Raimund Wolf
raimund.wolf@web.de

Abgabe am 20.03.2006

Magisterarbeit

Britische Entwicklungspolitik seit den 1990er Jahren

Kontinuität und Wandel als Ausdruck gesellschaftlicher Interessendurchsetzung

Magisterarbeit vorgelegt bei

Prof. Dr. Hanns W. Maull

Prof. Dr. Peter Molt

Universität Trier

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis **S. 5**

Abbildungsverzeichnis (Abbildungen im Text) **S. 7**

1. Einleitung **S. 8**

1.1. Thematische Einführung S. 8

1.1.1. Akteure britischer Entwicklungspolitik S. 9

1.1.2. Der Wandel britischer Entwicklungspolitik S. 10

1.2. Relevanz S. 12

1.2.1. Dünner Forschungsstand S. 12

1.2.2. Wandel oder Kontinuität S. 13

1.2.3. Relevante Akteure britischer Entwicklungspolitik S. 13

2. Vorgehensweise **S. 14**

2.1. Fragestellung S. 14

2.2. Eingrenzung S. 14

2.3. Forschungsstand und Quellenlage S. 16

2.4. Methodik und Vorgehensweise S. 17

3. Theorie **S. 20**

3.1. Liberale Theorieansätze der Internationalen Beziehungen S. 20

3.2. Moravcsiks Liberale Theorie der Internationalen Beziehungen S. 23

3.2.1. Exkurs: Rational Choice und der “Homo oeconomicus” S. 23

3.2.2. Grundannahmen S. 25

3.2.3. Varianten der Theorie S. 28

3.2.4. Internationale Einflüsse S. 32

3.3. Hermanns Konzept des außenpolitischen Wandels S. 34

3.4. Hypothesenbildung auf Grund der Theorie S. 37

3.5. Einschränkungen der Theorie S. 38

3.6. Grenzen der Theorie S. 39

4. Hauptteil **S. 41**

4.1. Relevante Akteure, ihre Interessen und Durchsetzung in der britischen Entwicklungspolitik S. 41

4.1.1. Entwicklungspolitische Interessen der Parteien S. 41

4.1.1.1. Conservative Party S. 41

4.1.1.1.1. Entwicklung und Beschaffenheit der Conservative Party S. 41
4.1.1.1.2. Parteiinteressen S. 46
4.1.1.1.3. Interessendurchsetzung S. 53
4.1.1.2. Labour Party S. 55
4.1.1.2.1. Entwicklung und Beschaffenheit der Labour Party S. 55
4.1.1.2.2. Parteiinteressen S. 60
4.1.1.2.3. Interessendurchsetzung S. 67
4.1.2. Nicht-Regierungs-Organisationen im Sektor der Entwicklungs-politik S. 68
4.1.2.1.Entwicklung und Beschaffenheit des NGO-Bereichs S. 68
4.1.2.2.Interessen der NGOs S. 71
4.1.2.3.Interessendurchsetzung S. 74
4.1.3. Interessengruppen aus dem Wirtschaftssektor S. 77
4.1.3.1.Unternehmerinteressen in der Entwicklungspolitik S. 78
4.1.3.1.1. Interessendurchsetzung S. 82
4.1.3.2.Arbeitnehmerinteressen in der Entwicklungspolitik S. 83
4.1.3.2.1. Interessendurchsetzung S. 85
4.1.4. Zwischenfazit: Relevante Akteure, ihre Interessen und Durchsetzung S. 86
4.2. Ausgestaltung der britischen Entwicklungspolitik S. 90
4.2.1. Die späten Thatcher Jahre und Majors Regierungszeit (1987-1997) S. 91
4.2.1.1. Struktur S. 91
4.2.1.2. Ziele S. 97
4.2.1.3. Umfang S. 103
4.2.2. Regierungszeit Blair (1997-2005) S. 106
4.2.2.1. Struktur S. 106
4.2.2.2. Ziele S. 112
4.2.2.3. Umfang S. 117
5. Fazit S. 122
5.1. Ergebnisse S. 122

5.2. Theoretische Reflexion S.127
5.3. Ausblick S. 129
6. Bibliographie S. 131
Anhang S. 150

Abkürzungsverzeichnis

ATP	Aid and Trade Provision
BNE	Bruttonationaleinkommen
BOAG	British Overseas Agencies Group
BOND	British Overseas NGOs for Development
BSP	Bruttosozialprodukt
CAFOD	Catholic Fund for Overseas Development
CBI	Confederation of British Industry
CDC	Commonwealth Development Corporation
CREDIT	Centre for Research in Economic Development and International Trade
DAC	Development Assistance Committee
DFID	Department for International Development
EC/EU	Europäische Gemeinschaft/Europäische Union
ECGD	Export Credit Guarantee Department
EGCI	Export Group for the Constructional Industries
FCO	Foreign and Commonwealth Office
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik (der Europäischen Union)
GBODA	Overseas Development Administration
HIPC	Highly indebted poor countries
HMSO	Her Majesty's Stationery Office
HMT	Her Majesty's Treasury
ICFTU	International Confederation of Free Trade Unions
IDS	Institute for Development Studies
IGBA	Independent Group on British Aid
IWF	Internationaler Währungsfond
JFS	Joint Funding Scheme
LLDC	Least Developed Country
MP	Member of Parliament
NEDC	National Economic Development Council
NGO	Nicht-Regierungs-Organisation
ODA	Official Development Assistance

ODI	Overseas Development Institute
ODM	Ministry of Overseas Development
OECD	Organisation for Economic Co-Operation and Development
PES	Public Expenditure Survey
PEST	Pressure for Economic and Social Toryism
PIMS	Policy Information Marker System
PPA	Partnership Programme Agreement
PSA	Public Service Agreement
SFC	Save the Children Fund
TUC	Trade Union Congress
UN/UNO	United Nations Organisation
UNICEF-UK	UK Committee for the United Nations Childrens' Fund
VSO	Voluntary Service Overseas
WDM	World Development Movement
WP	White Paper
WTO	World Trade Organization

Abbildungsverzeichnis (Abbildungen im Text)

Abbildung 1	Raster zur Bearbeitung der zweiten Fragestellung	S. 18
Abbildung 2	Erste Übersicht über angenommene Zusammenhänge	S. 19
Abbildung 3	Hermanns Stufen des außenpolitischen Wandels	S. 36
Abbildung 4	Traditionelle politische Strömungen in der Conservative Party und ihre Auswirkungen auf die Nachkriegspartei	S. 54
Abbildung 5	Übersicht über Einflussgrößen und Interessen der Koalition 1, 1989	S. 87
Abbildung 6	Übersicht über Einflussgrößen und Interessen der Koalition 1, 1997	S. 88
Abbildung 7	Übersicht über Einflussgrößen und Interessen der Koalition 2, 1989	S. 89
Abbildung 8	Übersicht über Einflussgrößen und Interessen der Koalition 2, 1997	S. 90

1. Einleitung

1.1. Thematische Einführung

Entwicklungspolitik ist für die westlichen Demokratien seit vielen Jahren und Jahrzehnten ein Baustein der Außenpolitik[1]. „Unter Entwicklungspolitik ist die Summe aller Mittel und Maßnahmen zu verstehen, die von Entwicklungsländern und Industrieländern eingesetzt und ergriffen werden, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer zu verbessern.“[2] Aus Sicht der „entwickelten“ Staaten drückt sich dieses Bemühen nicht nur in finanzieller und technischer Unterstützung aus, sondern zeigt sich auch etwa im Kampf gegen Korruption, Umweltverschmutzung und politische, wie wirtschaftliche Marginalisierung. Obwohl Entwicklungspolitik seit langer Zeit betrieben wird und sich auch zahlreiche internationale Institutionen und Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) dem Kampf gegen das Elend der Dritten Welt[3] verschrieben haben, scheint der Erfolg häufig zweifelhaft, und das Thema erfreut sich starker Aktualität. Zunehmend wird deutlich, dass Entwicklungspolitik kein geschlossenes Feld darstellt, sondern Auswirkungen auf zahlreiche andere Politikbereiche hat. So sind ökonomische, ökologische und sicherheitspolitische Problemstellungen eng mit der Entwicklungspolitik verknüpft. Das Politikfeld erweist sich somit nicht nur als wichtig, sondern auch als sehr komplex.

Die hier konzipierte Arbeit befasst sich mit zwei Aspekten der Entwicklungspolitik Großbritanniens, die nachfolgend kurz aufgeführt werden sollen. Ein erster Untersuchungsansatz liegt auf den Akteuren britischer Entwicklungspolitik, deren Interessen und gesellschaftlicher Interaktion. Der zweite Schwerpunkt befasst sich mit der Frage nach Wandel britischer Entwicklungspolitik seit den 1990er Jahren. Wichtige Aspekte beider Themen sollen im Folgenden dargestellt werden.

---

[1] Vgl hierzu und im Folgenden Nuscheler, Franz (Hrsg.): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Bonn 1996; Tarp, Finn (Hrsg.): Foreign Aid and Development, London, New York 2000.

[2] Bodemer, Klaus: Entwicklungspolitik, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen, Hamburg 2002, S. 235.

[3] Der Begriff “Dritte Welt” ist, ebenso wie etwa “die Länder des Südens”, Gegenstand ausgiebiger Debatten. Zu Recht wird die Pauschalisierung in solchen Bezeichnungen kritisiert, die kaum die Komplexität und Heterogenität der bezeichneten Länder widerspiegelt. Im Folgenden werden diese Begriffe dennoch genutzt, allerdings lediglich als greifbare Kurzformen für die Länder Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und der Karibik, die durch die Weltbank und die OECD als Entwicklungsländer klassifiziert werden. Damit soll keine Pauschalisierung oder Wertung vorgenommen werden.

1.1.1. Akteure britischer Entwicklungspolitik

Auf der Grundlage liberaler Ansätze zur Außenpolitikforschung[4] kann angenommen werden, dass die Gestaltung der britischen Entwicklungspolitik von zahlreichen gesellschaftlichen Akteuren konstituiert wird. Somit müssten auf Basis dieser Annahme auch Phänomene, wie Veränderungen in der Entwicklungspolitik, durch Modifizierung des gesellschaftlichen Akteurs- und Interessenspektrums ausgelöst werden und demnach zu erklären sein.

Im vorliegenden Fall sind auf gesellschaftlicher Ebene vor allem die Parteien zu nennen. Die Vorstellung einer Partei dürfte insbesondere dann die Politik maßgeblich gestalten, wenn ebendiese die Regierungsmehrheit stellt. Die „Conservative Party“ und die „Labour Party“ sind die zwei einflussreichsten Parteien im britischen Parteiensystem, wobei die Conservatives von 1979 bis 1997 die Regierungsmehrheit stellten, bis sie von der Labour Party abgelöst wurden. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese beiden Parteien die Entwicklungspolitik maßgeblich beeinflusst haben.

Daneben sind zahlreiche Interessengruppen auf nationaler Ebene im Bereich der Entwicklungspolitik aktiv. So bemühen sich Unternehmerverbände[5] und Einzelunternehmen, Gewerkschaften und auch entwicklungspolitische Lobbygruppen[6], Einfluss auf die Entwicklungspolitik der Regierung zu nehmen.

Schließlich beeinflussen internationale Organisationen und deren Vereinbarungen zumindest indirekt die Gestaltung britischer Entwicklungspolitik. Die Europäische Union (EU) bindet beträchtliche Summen des britischen Entwicklungshilfebudgets und stellt durch ihr Selbstverständnis als wichtiger entwicklungspolitischer Akteur einen normativen Einflussfaktor für die britische Politik dar. Auch die auf UN-Ebene getroffenen Vereinbarungen und die UN-Organisationen, sowie die Weltbank und die Organisation for Economic Co-Operation and Development (OECD) haben Einfluss auf

---

[4] Vgl. dann auch den Theorieansatz in Kapitel 3.

[5] Vgl. Morrissey, Oliver/Smith, Brian/Horesh, Edward: British Aid and International Trade. Aid Policy Making: 1979-89, Buckingham, Philadelphia 1992, S. 57-64.

[6] Die wichtigsten hierbei sind: Save the Children Fund, Oxfam (UK), International Planned Parenthood Federation, Christian Aid, ActionAid, Care (Britain), Tear Fund, Catholic Fund for Overseas Development, Voluntary Service Overseas. Vgl. Woods, Adèle: Facts about European NGOs Active in International Development, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development 2000, S. 90; Burnell, Peter: Charity, Politics and the Third World. Hertfordshire 1991, S. 42-132.

die Entwicklungspolitik. Daneben stellt das koloniale Erbe in Form des Commonwealth bis heute einen Faktor dar.

Diese Arbeit wird in einem ersten Schritt einen Überblick über die Akteurslandschaft und die konkurrierenden Interessen geben. Den Schwerpunkt stellt die innerstaatliche Ebene dar, die oben genannte internationale bzw. supranationale Ebene der britischen Entwicklungspolitik, im Sinne eines Zwei-Ebenen-Spiels, wird ausgeklammert.

1.1.2. Der Wandel britischer Entwicklungspolitik

Entwicklungspolitik in Großbritannien hat eine lange Tradition[7]. Trotz der Dekolonisation während der 1950er und 60er Jahre pflegt Großbritannien durch das Commonwealth bis heute enge Beziehungen zu vielen Entwicklungsländern[8]. Auch das Selbstverständnis als Großmacht mit ständigem Sitz im UN-Sicherheitsrat und als Teil der G7/G8 hat dazu beigetragen, dass Großbritannien bemüht ist, eine international bedeutsame Rolle einzunehmen, was ebenso für die Entwicklungspolitik gilt.

Durch den Beitritt zur EU 1973 erhielt die britische Entwicklungspolitik ein weiteres wichtiges Profilelement, das sich in deutlich stärkerer Hilfe über multilaterale Kanäle niedergeschlagen hat.

Trotz des kolonialen Erbes und der engen Einbindung Großbritanniens in das internationale und regionale Institutionengefüge, schien die Entwicklungspolitik für viele Jahre von der nationalen britischen Agenda verschwunden zu sein. 1979 wurde das „Ministry of Overseas Development“ als eigenständiges Ministerium abgeschafft und in das „Foreign and Commonwealth Office“ (FCO) als „Overseas Development Administration“ (GBODA)[9] eingegliedert. Nach einem White Paper (WP) im Jahr

---

[7] So geht das erste Gesetz in diesem Bereich, der „Colonial Development Act“ , auf das Jahr 1929 zurück, vgl. Burnell, Peter: Introduction to Britain’s overseas aid: between idealism and self-interest, in: Bose, Anuradha/Burnell, Peter (Hrsg.): Britain’s overseas aid since 1979. Between idealism and self-interest, Manchester, New York 1991, S. 2-3.

[8] Vgl. hierzu und im folgenden Bendix, Paul J.: Großbritannien. Vom Weltreich zum mittelgroßen Geber mit Einfluss, in: Reinold E. Thiel (Hrsg.): Entwicklungspolitiken – 33 Geberprofile –. Schriften des deutschen Übersee-Instituts Nr. 36, Hamburg: Deutsches Überseeinstitut 1996, S. 108-113; speziell zum Commonwealth vgl. Ansprenger, Franz: Das Commonwealth in Afrika, in: Institut für Afrikakunde (Hrsg.): Afrikajahrbuch 1995, Opladen 1996, S. 45-50; Bellers, Jürgen: Die Auflösung des Commonwealth und die Entstehung der britischen Entwicklungspolitik, Diskussionspapiere des Faches Politikwissenschaft, Universität GH Siegen, Nr. 71, Siegen 2002.

[9] Die geläufige Abkürzung ODA wird hier durch GBODA ersetzt, um Verwechslungen mit der OECD Abkürzung für die Kategorie „Official Development Assistance“ (ODA) zu vermeiden.

1975[10], dauerte es über 20 Jahre, bevor ein neues Grundlagenpapier angefertigt wurde. Auch die finanziellen Beiträge von staatlicher Seite zur Entwicklungshilfe sanken kontinuierlich. So betrug die „Official Development Assistance“ (ODA) 1979 noch 0,51%[11] des Bruttosozialprodukts und schrumpfte in den folgenden Jahren bis 1999 auf einen Anteil von 0,24%[12] am Bruttonationaleinkommen[13].

Erst seit diesem historischen Tiefstand scheint sich ein langsamer Wandel bei den Beiträgen zu vollziehen. 2003 erreichte die britische ODA wieder einen Stand von 0,34%[14] des Bruttonationaleinkommens. In Bezug auf die Zielsetzungen gab es in den vergangenen Jahren ebenfalls wichtige Neuerungen. Hier sind seit 1997 zwei WPs[15] angefertigt worden, die die britische Entwicklungspolitik auf den aktuellen Stand bringen sollen. Mit dem Amtsantritt von New Labour wurde die Entwicklungspolitik, mit der Einrichtung des „Department for International Development“ (DFID), wieder in ein eigenständiges Ministerium verlagert und somit Kompetenzen gebündelt. Schließlich profiliert sich Großbritannien seit jüngster Zeit auch auf internationaler Ebene mit entwicklungspolitischen Vorstößen. All diese Neuerungen haben Roland Meyer dazu veranlasst, das DFID heute zu den „(...) progressivsten und dominantesten bilateralen Gebern (...)“[16] zu zählen.

Die vorliegende Arbeit setzt sich mit diesem Wandel im Detail auseinander, wobei Verschiebungen der innerstaatlichen Interessenkonstellationen als Ursache hierfür angenommen werden.

---

[10] Ministry of Overseas Development: Overseas Development: The Changing Emphasis in British Aid Policies. More Help for the Poorest, London: HMSO 1975.

[11] Vgl. Development Assistance Committee: Twenty-Five Years of Development Co-Operation: A Review. 1985 Report, Paris: Organisation for Economic Co-Operation and Development 1985, S. 335.

[12] Vgl. Development Assistance Committee: Development Co-operation Report 2004, Paris: Organisation for Economic Co-Operation and Development 2005, S. 142f.

[13] Seit 2000 nutzt die OECD das „Gross National Income“ (GNI) als Referenzgröße, das im Rahmen des „System of National Accounts“ von 1993 beschlossen wurde. Die Relation zwischen GNP (deutsch:BSP) und GNI (deutsch: BNE) ist umstritten. Während die OECD davon ausgeht, dass durch die Umstellung der Referenzgrößen die Leistungen der Development Assistance Committee (DAC) Länder um durchschnittlich 3% geschmälert werden, sieht die UN keinen relevanten Unterschied. Vgl. United Nations: The System of National Accouts 1993 – Glossary, New York: United Nations 1994, http://www.oecd.org/dataoecd/38/18/2674296.pdf [10.08.2005], S. 19; Development Assistance Committee: (FN 12), S. 241.

[14] Vgl. Anhang III.

[15] DFID: Eliminating World Poverty: A Challenge for the 21st Century, London: HMSO 1997; DFID: Eliminating World Poverty: Making Globalisation Work for the Poor, Norwich: HMSO 2000.

[16] Meyer, Roland: Die Entwicklungszusammenarbeit Großbritanniens, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, (2003) 3, http://www.inwent.org/E+Z/content/archiv-ger/03-2003/schwer_art1.html [10.02.2006].

1.2. Relevanz

1.2.1. Dünner Forschungsstand

Trotz der historischen Bedeutung britischer Entwicklungspolitik und der Existenz namhafter „Think Tanks“[17] im Bereich der Entwicklungspolitik ist der Wandel, der sich in den1990er Jahren vollzogen zu haben scheint, nur sehr punktuell aufgearbeitet worden. Sowohl britische als auch ausländische Forscher haben in diesem Bereich noch keine umfassende Darstellung geliefert.

Weiterhin liegt der Schwerpunkt der Entwicklungspolitikforschung im Bereich der Implementationsstrategien von Entwicklungshilfe in Zielstaaten. Nur wenige Arbeiten beschäftigen sich dagegen mit dem „Zustandekommen“ von Entwicklungspolitik im Geberland.

Darüber hinaus ist der Zusammenhang von gesellschaftlichen Akteuren und staatlicher Ebene in diesem Kontext kaum dargestellt worden. Insgesamt ist das Politikfeld der Entwicklungspolitik „untertheoretisiert“. So lässt sich ein Mangel an Studien konstatieren, die Entwicklungspolitik systematisch mittels einer Theorie der Internationalen Beziehungen untersuchen und so zur Erklärung kausaler Zusammenhänge beitragen. Gerade in Bezug auf eine liberale Untersuchung von entwicklungspolitischen Fragestellungen, lässt sich in der Literatur eine starke Fokussierung auf den ökonomischen Strang, und somit die Motivation von Staaten als „Handelsstaaten“ in Entwicklungsländern tätig zu werden, erkennen. Andere Aspekte liberaler Theorie werden dagegen vernachlässigt[18].

Anzunehmen ist, dass die Ursachen hierfür in der generell randständigen Bedeutung des Politikfeldes, insbesondere in Bezug auf die Entstehung dieser Politik, und im geringen Interesse der Öffentlichkeit an ebendieser, liegen. Daher liefern nur wenige Autoren Arbeiten und Beiträge zum Thema. Eine theoretisch geleitete Arbeit zur Genese der Entwicklungspolitik im Geberland Großbritannien seit den 1990er Jahren, kann zumindest in Teilen vorhandene Lücken schließen.

---

[17] Hier vor allem das Overseas Development Institute (ODI), das Institute for Development Studies (IDS) und das Centre for Research in Economic Development and International Trade (CREDIT).

[18] Vgl. exemplarisch Schrade, Christina: Machtstaat, Handelsstaat oder Zivilstaat? Deutsche Entwicklungspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 4 (1997) 2, S. 255-294.

1.2.2. Wandel oder Kontinuität

Der Wandel, der sich auf den ersten Blick vollzogen zu haben scheint, bedarf der genaueren Untersuchung. So machen die ersten Anzeichen hierfür einen solchen Sachverhalt zwar wahrscheinlich, aber erst eine tiefgehende Untersuchung kann eine endgültige Aussage darüber treffen. Temporäre Phänomene oder falsche Wahrnehmung können einen Wandel simulieren, obwohl Kontinuität herrscht. Auch die wenig thematisierte Frage nach der Funktion gesellschaftlicher Gruppen in diesem Prozess des potentiellen Wandels berechtigt eine solche Arbeit.
Hierbei kann davon ausgegangen werden, dass Wandel und Kontinuität nur die Extreme einer Skala mit zahlreichen Zwischenstufen darstellen.

1.2.3. Relevante Akteure britischer Entwicklungspolitik

Durch eine Analyse der Akteurslandschaft erschließen sich die wesentlichen Einflussgrößen und -zusammenhänge britischer Entwicklungspolitik. So können Aussagen über die faktische Bedeutung verschiedener Handlungseinheiten im nationalen Implementationsprozess getroffen werden. Diese Annahmen lassen auch beschränkte Rückschlüsse auf das politische System zu, was etwa dessen Zugangsmöglichkeiten für verschiedene Gruppen betrifft. Weiterhin können Aussagen in Bezug auf die relative Bedeutung von nationalen Akteuren gegenüber anderen Einflussgrößen gemacht werden. Schließlich ermöglicht eine Identifikation der zentralen Interessen Rückschlüsse auf die aktuellen Motive britischer Entwicklungspolitik. Ideelle, wirtschaftliche oder auch geo- oder machtpolitische Argumente können eine Rolle spielen. Hier kann die Arbeit durch das Herausheben der treibenden gesellschaftlichen Interessen ein nationales Präferenzspektrum aufzeigen und bewerten.

2. Vorgehensweise

2.1. Fragestellung

Es ergeben sich für die Arbeit zwei zentrale Fragestellungen und einige weiterführende Fragen zur Präzisierung:

- *1. Welche gesellschaftlichen Akteure und spezifischen Interessen haben Einfluss auf die britische Entwicklungspolitik seit Beginn der1990er Jahre?*
    - *Welche Akteure und welche Interessen sind zentral?*
    - *Welchen Einfluss haben Parteien und nationale Interessengruppen tatsächlich auf die Entwicklungspolitik?*
    - *Wie erfolgt die Durchsetzung von Akteursinteressen?*

- *2. Hat die britische Entwicklungspolitik auf Grund der gesellschaftlichen Interessenkonstellation oder deren Durchsetzung seit Beginn der 1990er Jahre einen Wandel vollzogen?*
    - *Wie umfassend ist dieser Wandel?*
    - *Gibt es Bereiche der Kontinuität?*
    - *Ist der Wandel an einem bestimmten zeitlichen Punkt auszumachen oder ist er Teil einer langsamen Entwicklung?*

2.2. Eingrenzung

Zur zielgenauen Beantwortung der Fragestellungen werden einige Eingrenzungen vorgenommen. Diese erfolgen zunächst zeitlich. Wie in der Überschrift bereits dargestellt, soll sich der Untersuchungszeitraum auf die Zeitspanne seit den 1990er Jahren beschränken. Damit ergibt sich ein Zeitfenster von etwa 15 Jahren für die Analyse. Allerdings wird zur Untersuchung des Wandels ein Rückblick auf die späten 1980er Jahre sinnvoll sein, um zunächst einen Status quo festzulegen, an dem Veränderungen gemessen werden können. Darüber hinaus soll zur Darstellung der Parteiinteressen auch in die Vergangenheit geschaut werden, um nicht nur verschiedene

Strömungen innerhalb der Parteien erklären, sondern auch um deren Präferenzspektrum für den Untersuchungszeitraum plausibel darlegen zu können.

Sachlich können ebenfalls Einschränkungen vorgenommen werden. Zunächst sollen bei der Analyse der gesellschaftlichen Akteure und deren Interessen Grenzen gezogen werden. So wird der Schwerpunkt der Arbeit auf der nationalen gesellschaftlichen Ebene liegen. Die Auswahl der Gruppen erfolgt durch das Relevanzkriterium. Daher werden aus der Parteienlandschaft nur die zwei größten Parteien herausgegriffen[19]. Die Untersuchung beschränkt sich somit auf die Conservative Party und die Labour Party, also den im Untersuchungszeitraum regierungsstellenden Parteien. Im Bereich der wirtschaftlichen Gruppierungen werden ebenfalls nur die großen Dachverbände und Unternehmen mit einer herausragenden Rolle in den 1990er Jahren betrachtet. Schließlich erfolgt auch im Bereich der Special Interest NGOs eine Einschränkung. Nur die wichtigsten Gruppen werden berücksichtigt, die den Großteil der Gelder, Unterstützung und Öffentlichkeit in diesem Bereich auf sich vereinen.

Auch für die Beantwortung der zweiten Fragestellung kann die Untersuchung auf drei Dimensionen eingegrenzt werden: Struktur, Ziele[20] und Umfang. Diese Kriterien beinhalten mehrere Komponenten. So umfasst die Struktur nicht nur das Institutionengefüge, sondern auch gesetzliche Rahmenbedingungen und Wege der Entscheidungsfindung. Die Ziele bewegen sich im Spektrum zwischen ökonomischen, ideellen und geostrategischen Motiven. Schließlich beinhaltet auch der Umfang der Entwicklungshilfe mehrere Teilaspekte. Nicht nur die pauschale Entwicklungshilfe, sondern auch die offizielle sowie die private Hilfe im zeitlichen Verlauf sollen betrachtet werden. Ebenso wird ein Blick auf die Unterstützung multilateraler Entwicklungspolitik und die Qualität der Hilfe geworfen werden. Die Analyse des Umfangs ist nicht nur ein eigenständiger Indikator für einen möglichen Wandel, sondern lässt auch Rückschlüsse auf die Kongruenz zwischen Rhetorik und Handeln zu.

[19] Parteien sollen als eine Koalition gesellschaftlicher Akteure gelten. Sie sind daher zunächst selbst Teil der Gesellschaft.

[20] Ziele sind der Ausdruck perzipierter Interessen. Die Wahrnehmung von gesellschaftlichen Interessen auf der staatlichen Ebene konstituiert diese Ziele.

2.3. Forschungsstand und Quellenlage

Während die 1970er und 80er Jahre in zentralen Werken weitestgehend aufgearbeitet scheinen[21], sind es in den 1990ern vor allem zwei Ereignisse, die die Aufmerksamkeit der Wissenschaft auf sich gezogen haben. Zunächst der Wahlsieg der Labour Party unter Tony Blair 1997 und die damit verbundene Errichtung des DFID[22], sowie das WP im selben Jahr und dessen Auswirkungen auf die entwicklungspolitischen Ziele und Strategie Großbritanniens[23]. Hierzu gibt es einige Arbeiten aus verschiedenen Perspektiven. Darüber hinaus sind vereinzelt Studien zu entwicklungspolitischen NGOs[24], zum WP 2000[25] und zur neuen Gesetzgebung, in Form des International Development Act 2002[26], zu finden. Außerdem gibt es zahlreiche Arbeiten zu den Interessen und der Verfassung der wichtigen Parteien.

Die Sekundärliteratur ist im Ganzen nicht umfassend, bietet aber, vor allem im Zusammenhang wichtiger Ereignisse, eine nützliche Grundlage.

Darüber hinaus wird sich die Arbeit auf zahlreiche Primärquellen stützen, die durch die Öffentlichkeitsarbeit der Staatsorgane und einiger Interessengruppen vorliegen.

Nötiges Zahlenmaterial ist durch die Statistiken der OECD in ausreichendem Maße vorhanden[27].

---

[21] Vgl. Bose, Anuradha/Burnell, Peter (Hrsg.): Britain's overseas aid since 1979. Between idealism and self-interest, Manchester, New York 1991; Remmert, Michael: Entwicklungspolitik in Großbritannien, Freiburg 1988.

[22] Vgl. vor allem Morrissey, Oliver: British Aid Policy Since 1997: Is DFID the Standard Bearer for Donors? CREDIT Research Paper Nr. 02/23, Nottingham: Centre for Research in Economic Development and International Trade 2002, http://www.nottingham.ac.uk/economics/credit/research/papers/CP.02.23.pdf [13.06.2005].

[23] Vgl. Burnell, Peter: Britain's new government, new White Paper, new aid? Eliminating world poverty: a challenge for the 21st century, in Third World Quarterly 19 (1998) 4, S. 787-802; Cox, Aidan/ Healey, John Healey: The 1997 White Paper: Powerful poverty commitment, imprecise operational strategy, in: Journal of International Development 10 (1998) 2, S. 227-234; Goodlad, Alastair: The view from the opposition benches, in: Journal of International Development 10 (1998) 2, S. 195-201; IGBA: A campaigning group's perspective on the 1997 White Paper on International Development, in: Journal of International Development 10 (1998) 2, S. 215-218.

[24] Vgl. Burnell, Peter: (FN 6).

[25] Vgl. Wood, Adrian: Making Globalization work for the poor: the 2000 White Paper reconsidered, in: Journal of International Development 16 (2004) 7, S.933-937.

[26] Vgl. Richards, Patsy: The International Development Bill [HL]. Bill 37 of 2001-02. House of Commons Library Research Paper, Nr. 01/85, London 2001, http://www.parliament.uk/commons/lib/research/rp2001/rp01-085.pdf [10.08.2005].

[27] Vor allem in mehreren „Review Papers" der OECD, die auch über die reine Zahlenmenge hinausgehen. Vgl. etwa Development Assistance Committee: Development Co-operation Review Series. United Kingdom. 1997 No. 25, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development 1997.

2.4. Methodik und Vorgehensweise

Aus der bisherigen Darstellung ergibt sich ein grundsätzlich qualitatives Vorgehen. Im Bereich der Datenerhebung wird sich die Arbeit vor allem auf Inhaltsanalysen stützen. Hierbei werden sowohl primäre, als auch sekundäre Quellen herangezogen. Jedoch ermöglicht das überwiegend induktive Vorgehen bei der Beantwortung der Fragestellung eine flexible Wahl der Mittel zur Datenerhebung. So sind in wenigen Fällen Ergänzungen durch Interviews möglich, sofern die Dokumenten- und Inhaltsanalyse lückenhaft bleiben sollte.

Die Datenauswertung erfolgt dann weitestgehend verstehend, also gemäß der Hermeneutik. In Bezug auf den finanziellen Umfang von Entwicklungshilfe werden statistische Methoden zur Beschreibung herangezogen werden. Um den Kausalzusammenhang zu verdichten, wird auch in sehr beschränktem Umfang auf Prozessanalyse zurückgegriffen[28]. Der Einfluss der gesellschaftlichen Gruppen auf die Entwicklungspolitik kann dadurch plausibel gemacht werden[29].

Der empirische Hauptteil besteht aus zwei zentralen Blöcken, wobei diese die Zweiteilung der Fragestellung widerspiegeln.

Der erste Block wird sich mit den Interessen und Präferenzlagen von gesellschaftlichen Akteuren befassen, die in die britische Entwicklungspolitik involviert sind. Da den Parteien ein besonderes Gewicht zugesprochen wird, werden sie hierbei den Schwerpunkt bilden. Daneben sollen wirtschaftliche Interessengruppen, sowie NGOs aus dem Bereich der Entwicklungspolitik einbezogen werden. Es soll versucht werden, die Interessen der Gruppen durch induktive, empirische Untersuchung von Äußerungen und Aktivitäten der jeweiligen Gruppen und Institutionen herauszuarbeiten. Ist dies aus Mangel an Quellen nicht möglich, soll zunächst aus der Sekundärliteratur geschlossen, schließlich aber deduktiv theoretisch Interessen abgeleitet werden[30].

---

[28] Bennett, Andrew: Process Tracing in Case Study Research, Cambridge 1997.

[29] Es ist kaum möglich, tatsächlichen Einfluss zu „messen", da andere Einflussgrößen selten gänzlich ausgeschlossen werden können. In dieser Arbeit wird daher versucht werden, den Einfluss zumindest sehr plausibel zu machen. Für Parteien wird im Falle der Regierungsmehrheit von Einfluss ausgegangen. Für die anderen gesellschaftlichen Akteure soll durch Mehrfachbefunde eine Einflussannahme gestärkt werden.

[30] So vorgeführt bei Freund, Corinna/ Rittberger, Volker: Utilitarian-liberal foreign policy theory, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): German foreign policy since unification. Theories and case studies, Manchester, New York 2001, S. 68-104.

In einem zweiten Schritt wird der Wandel britischer Entwicklungspolitik analysiert werden. Entlang der Kriterien von Struktur, Zielen und Umfang sollen zwei Phasen untersucht und verglichen werden: Die Zeit unter der konservativen Regierung von 1987-1997 und dem gegenüber die Regierungszeit Blairs von 1997 bis heute. Obwohl die Phaseneinteilung dem Vergleich dient, sollen auch Änderungen innerhalb der Abschnitte Beachtung finden. Da zunächst die Parteien, vor allem in jenen Phasen, in denen sie die Regierungsmehrheit stellen, als wesentliche Größen in der Gestaltung von Entwicklungspolitik angenommen werden[31], macht eine Zeiteinteilung entlang der parteibezogenen Regierungswechsel Sinn.

Phase / Indikator	*Struktur*	*Ziele*	*Umfang*
Regierung der Conservative Party ((1987-1997)	X	X	X
Regierung der Labour Party (1997-2005)	X	X	X

Abbildung 1: Raster zur Bearbeitung der zweiten Fragestellung[32]

Ziel soll es sein, die Akteurslandschaft und das Interessenspektrum, das im ersten Teil vorgefunden wurde, im nächsten Schritt als zentrale Ursache festzulegen, die für die im zweiten Teil ermittelte Kontinuität oder Wandel der britischen Entwicklungspolitik verantwortlich ist. Ein Zusammenhang kann dort angenommen werden, wo die Empirie der staatlichen Entwicklungspolitik in Aspekten oder gänzlich entweder dem artikulierten Interesse einer Gruppe oder gesellschaftlicher Koalition entspricht, oder sich diesen annähert. Auch eine generelle Forderung nach Wandel kann als einflussreich gewertet werden, sofern nur ein punktueller Wandel zu belegen ist. Weiterhin ist die nachweisbare Kooperation bei der Gestaltung der Entwicklungspolitik im Inland ein sicherer Hinweis für Einfluss, wobei der Grad dessen am Gehalt des eingeflossenen Interesses gemessen werden muss.

[31] Diese Annahme ergibt sich aus dem besten Zugang der Parteien zur Regierung und der großen Handlungsfähigkeit einer Partei mit Regierungsmehrheit auf Grund von klaren Mehrheiten und wenigen Sanktionsinstanzen im britischen Fall. Auch der erste Befund eines entwicklungspolitischen Wandels deutet auf eine besondere Rolle von Parteien hin.
[32] Eigene Darstellung.

Fragen von Zugangschancen des Systems und realen Einflussmöglichkeiten, die durch die Struktur bedingt werden, liegen quer zu den Akteuren und können auch entsprechend abgehandelt werden.

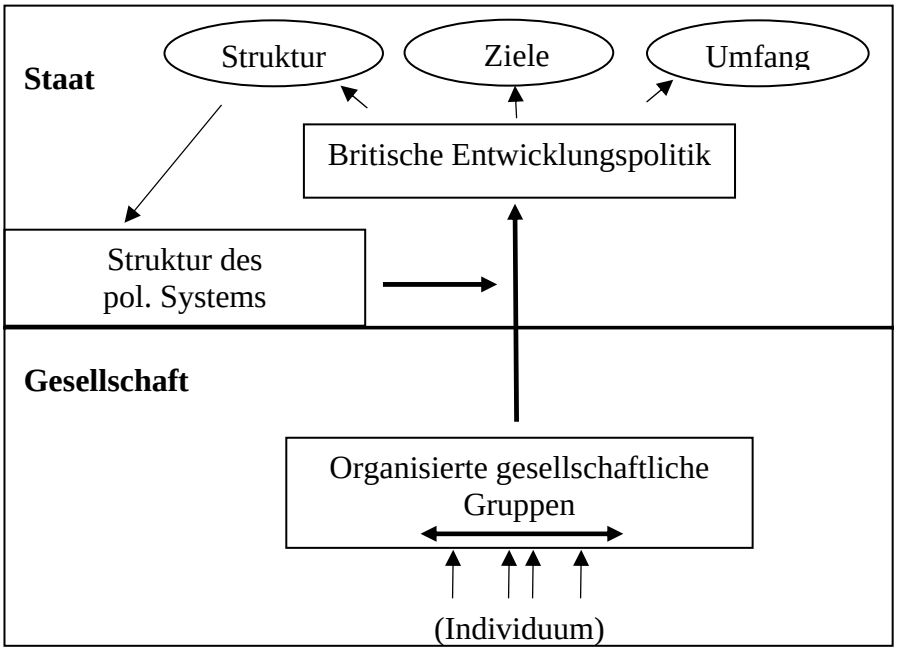


Abbildung 2: Erste Übersicht über angenommene Zusammenhänge[33].

[33] Eigene Darstellung.

3. Theorie

Auf Grund der Darstellungen in Einleitung und Vorgehensweise liegt es nahe, einen liberalen theoretischen Zugang zur Arbeit zu wählen. Die nötigen Grundlagen und Implikationen eines solchen Ansatzes werden im Folgenden ausgeführt. Weiterhin wird auf Konzepte des Wandels eingegangen. Beide Darstellungen sollen in überprüfbaren Hypothesen münden.

3.1. Liberale Theorieansätze der Internationalen Beziehungen

Der Liberalismus in den Internationalen Beziehungen beruht auf einem reichhaltigen Erbe liberaler Denkansätze philosophischer, ökonomischer wie auch politischer Prägung. Die lange Tradition und die zahlreichen Beiträge zur liberalen Theorie erzeugen ein häufig heterogenes Bild. So zeigte sich bereits bei den frühen Vertretern liberaler Ideen, wie etwa John Locke, Adam Smith, Jean-Jacques Rousseau oder Immanuel Kant, sehr unterschiedliche Facetten und Gewichtungen dessen, was Liberalismus ausmacht[34]. Während etwa Smith vor allem die ökonomische Komponente hervorhob und die Wohlfahrt des Menschen vor allem durch einen freien Markt verwirklichen wollte[35], zielt Rousseaus Ansatz auf einen starken Staat mit basisdemokratischer Prägung und vertraut weniger in die Kraft des privaten Sektors[36]. Zu Recht bemerkt Michael Doyle: „There is no canonical description of liberalism.“[37] Jedoch gibt es Grundannahmen, die alle Liberalen gemeinsam haben und die den Kern des liberalen Denkens ausmachen. „What we tend to call liberal resembles a family portrait of principles and institutions, recognizable by certain characteristics – for example individual freedom, political participation, private property and equality of

[34] Vgl. Zacher, Mark W./Matthew, Richard A.: Liberal International Theory: Common Threads, Divergent Strands, in: Kegley, Charles W. (Hrsg.): Controversies in Internatinal Relations Theory. Realism and the Neoliberal Challenge, New York 1995, S. 111-117.
[35] Vgl. Smith, Adam: An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, in: Campbell, R.H./Skinner, A.S. (Hrsg.): Adam Smith. An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. Volume 1, Oxford 1976.
[36] Vgl. Rousseau, Jean-Jacques: Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts, in: Fontius, Martin (Hrsg.): Jean-Jacques Rousseau. Kulturkritische und politische Schriften in zwei Bänden. 1, Berlin 1989, S. 381-508.
[37] Doyle, Michael W.: Liberalism and World Politics, in: American Political Science Review 80 (1986) 4, S. 1152.

opportunity (…).”[38] Zu ergänzen ist hier vor allem der “optimistische Fortschrittsglaube”[39], welcher der liberalen Denkschule zu Eigen ist.

Zahlreiche liberale Theoretiker haben sich bemüht, diese Grundgedanken über den Nationalstaat hinaus auf die internationalen Beziehungen zu beziehen. Kant bietet hierfür ein frühes und prominentes Beispiel. Er hielt den ewigen Frieden für möglich, da republikanische Staaten durch die Mitbestimmung ihrer Bürger weniger zum verlustreichen Krieg neigen[40] und ihre Wohlfahrt stärker in politischer Kooperation suchen[41]. Die Ansätze der Liberalen Theorie in den Internationalen Beziehungen sind umfangreich und in ihren konkreten Ausprägungen oft unterschiedlich. Dennoch lassen sich einige klare Prämissen zum liberalen Verständnis der Internationalen Beziehungen herausziehen.

So bildet die Grundlage aller Untersuchung das rationale Individuum als zentraler Akteur der Internationalen Beziehungen.[42] Die Individuen sind die „(...) self-interested units of action (...).“[43] In einem Folgeschritt wird, im Gegensatz zum Neorealismus, der Staat als geschlossener Akteur aufgebrochen und als pluralistischer Repräsentant von Individuen und Gruppen verstanden[44]. „No longer are states the actors; rather, central decision makers, legislatures, and domestic groups become the agents.“[45] Der Staat bleibt zwar die zentrale Handlungseinheit in den Internationalen Beziehungen, aber mit anderen Vorzeichen und wechselnden Zielsetzungen. Da liberale Theoretiker der Überzeugung sind, dass sich die Interessen von Individuen verändern können, können sich auch staatliche Ziele, als Repräsentation innerstaatlicher Interessen, ändern. Das „staatliche Interesse“ hängt hierbei von den Gruppen oder Individuen ab, die vor allem national aber auch international den Aushandlungsprozess dominieren, der zur Gestaltung staatlicher Politik führt. Staatliches Handeln basiert demnach auf

---

[38] Doyle, Michael W.: (FN 37), S. 1152.
[39] Schieder, Siegfried; Neuer Liberalismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen 2003, S. 170.
[40] Vgl Kant, Immanuel: Zum Ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, in: Weischedel, Wilhelm (Hrsg.): Immanuel Kant. Werke in sechs Bänden. Band VI, Darmstadt 1970, S. 204-206.
[41] Vgl. Kant, Immanuel: (FN 40), S. 208-213.
[42] Vgl. hierzu und im folgenden Zacher, Mark W./Matthew, Richard A.: (FN 34), S. 117-120; Keohane, Robert O.: International liberalism reconsidered, in: Dunn, John (Hrsg.): The economic limits to modern politics, Cambridge 1990, S. 173-176.
[43] Keohane, Robert O.: (FN 42), S. 174.
[44] Vgl. Freund, Corinna/Rittberger, Volker: (FN 30), S. 68.
[45] Milner, Helen V.: Interests, Institutions, and Information. Domestic Politics and International Relations, Princeton 1997, S. 4.

gesellschaftlichen Strukturen und Interessen. Weiterhin wird von den meisten Autoren die Ansicht geteilt, dass durch zunehmende Interdependenz auf globalem Level die internationale Ebene an Einfluss gewinnt. Gleichen sich die Ziele zweier oder mehrerer Staaten, so ist eine Kooperation zwischen ihnen möglich und durch die Chance auf Kostenreduktion für alle Beteiligten erstrebenswert. Die zunehmenden internationalen Vernetzungen drängen den nationalen Gestaltungsspielraum zurück und führen zu mehr Wohlfahrt, Gerechtigkeit und Frieden. In diesem Gedanken spiegelt sich die normative Überzeugung eines grundsätzlichen menschlichen Fortschritts[46], der den Liberalismus prägt.

Obwohl sich diese Übereinstimmungen bei den meisten Vertretern der liberalen Theorien der internationalen Beziehungen wieder finden, ist es lange nicht gelungen, sich auf ein einheitliches Theoriegerüst zu verständigen. Viele verschiedene Bezeichnungen für liberale Ansätze sind ein erstes Zeichen für diese Schwäche[47]. Entscheidender wirkten sich die unterschiedlichen Gewichtungen in Bezug auf Analyse- und Erklärungsgrößen aus. „Republican liberalism“ steht neben „Commercial liberalism“, „Sociological liberalism“ oder etwa „Interdependence liberalism“[48].

Neue Aufmerksamkeit erhielt der Liberalismus der Internationalen Beziehungen mit dem Ende des Kalten Kriegs. Viele Autoren sehen in diesem Ereignis eine Bestätigung liberaler Denkansätze[49]. Daher bildet er heute mit zahlreichen prominenten Vertretern eine erstzunehmende Herausforderung für andere Theorien der Internationalen Beziehungen. Wichtige Autoren, wie Ernst-Otto Czempiel, Michael Doyle, Helen V. Milner, Robert Putnam, Thomas Risse-Kappen und schließlich Andrew Moravcsik, dessen Ansätze hier genutzt werden sollen, verteidigen und erweitern die Liberale Theorie der Internationalen Beziehungen.

---

[46] Der Grad des Fortschrittsglaubens variiert. Keohane formuliert: „(...) [L]iberalism believes in at least the possibility of cumulative progress (…)”, in: Keohane, Robert O.: (FN 42), S. 174.

[47] Vgl. hierzu und im Folgenden Schieder, Siegfried: (FN 39), S. 170-171.

[48] Bezeichnungen aus Zacher, Mark W./Matthew, Richard A.: (FN 34), S. 120-137; Keohane: (FN 42), S. 176-185.

[49] Vgl. Risse-Kappen, Thomas: Ideas do not float freely: transnational coalitions, domestic structures, and the end of the cold war, in: International Organization 48 (1994) 2, S. 185-214. Zum Entstehen der Ost-West-Konfrontation als liberaler Sicht vgl. Wolf, Reinhard: Was hält siegreiche Verbündete zusammen? Machtpolitische, institutionelle und innenpolitische Faktoren im Vergleich, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 7 (2000) 1, S. 33-78

3.2. Moravcsiks Liberale Theorie der Internationalen Beziehungen

Obwohl die liberale Theorie der internationalen Beziehungen sehr reichhaltig ist, mangelte es ihr lange an analytischer Trennschärfe und kohärenter Theoriebildung. Der normative Anspruch, nicht nur zu beschreiben, sondern auch zu verändern, verhinderte den Durchbruch zu einer überprüfbaren Theorie[50]. „Es ist das Verdienst des (...) Politikwissenschaftlers Andrew Moravcsik, dieses Manko durch die Reformulierung der liberalen Theorie in einem nicht-ideologischen und nicht-utopischen Sinn behoben und damit die Systematisierung der liberalen Theoriebildung vorangetrieben zu haben.“[51] Der Harvard-Dozent verbindet mit seiner Theorie den Anspruch, eine ebenbürtige Alternative zu anderen Theorien der Internationalen Beziehungen zu formulieren. „(...) [L]iberal theory deserves to be treated as a paradigmatic alternative empirically coequal with and analytically more fundamental than the two dominant theories (...): realism and institutionalism.“[52] Im Folgenden wird Moravcsiks Theorie vorgestellt und gezeigt werden, wie deren Thesen für die vorliegende Arbeit fruchtbar gemacht werden können. Da die Theorie auf der Annahme des beschränkt rationalen Menschen basiert, wird zunächst ein kurzer Exkurs zu Rational Choice-Ansätzen nötige Grundlagen zum Verständnis liefern.

3.2.1. Exkurs: Rational Choice und der “Homo oeconomicus”

Im Gegensatz zu anderen sozialwissenschaftlichen Theorien erklären Rational Choice-Modelle gesellschaftliche Ereignisse durch die „(...) Eigenschaften und das Handeln von Individuen (...)“[53]. Es wird davon ausgegangen, dass das Handeln von Individuen auf „(...) Entscheidungen beruh[t], die rational getroffen werden, dass also individuellem

[50] Vgl. Keohane, Robert O.: (FN 42), S. 173-174; Moravcsik, Andrew: Liberalism and International Relations Theory, Weatherhead Center for International Affairs Working Paper Nr. 92-06, Harvard 1992, S. 2-4.
[51] Schieder, Siegfried: (FN 39), S. 172.
[52] Moravcsik, Andrew: Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: International Organisation, 51 (1997) 4, S. 513.
[53] Braun, Dietmar: Theorien rationalen Handelns in der Politikwissenschaft. Eine kritische Einführung, Opladen 1999, S. 18.

Handeln rationale Wahlen zugrunde liegen (...)“[54]. Das Individuum wird zur Wahl gezwungen, da es nicht alle Bedürfnisse, die es verfolgt, gleichzeitig befriedigen kann[55]. Rational Choice-Modelle gehen davon aus, dass die subjektive Wahl des in diesem Kontext primären Bedürfnisses nach festen Regeln erfolgt. So wird unterstellt, dass Individuen in der Lage sind, die Vor- und Nachteile einer Bedürfnis-Befriedigung abzuwägen und eine Rangordnung aller im Kontext möglichen Handlungsoptionen anzulegen. Hierbei wird angenommen, dass der Einzelne alle relevanten Informationen besitzt und versteht, die für die Aufstellung seiner Rangordnung erforderlich sind[56]. Außerdem müssen drei Kriterien erfüllt sein, damit von einer konsistenten Entscheidung gesprochen werden kann: Konnektivität, Transivität und Kontinuität[57]. So ergibt sich eine „(...) Präferenzordnung der Individuen in einer bestimmten Handlungssituation.“[58] Die Präferenz[59] an der Spitze der Ordnung wird schließlich zum handlungsleitenden Interesse, da diese Handlung den Nutzen maximiert, also das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweist.

Das idealtypische Menschenbild, das aus diesen Annahmen erwächst, ist der „Homo oeconomicus“, der folgende Kriterien aufweist, die aus der Theorie der rationalen Wahl stammen[60].

„Er handelt eigennützig.“[61] So wählt ein Individuum seine Handlung unter Berücksichtigung der gegebenen Einschränkungen frei. Eigennutz ist jedoch keinesfalls mit Egoismus zu verwechseln, da der Akteur seinen Eigennutz auch durchaus in

---

[54] Zimmerling, Ruth: ‚Rational Choice’-Theorien: Fluch oder Segen für die Politikwissenschaft?, in: Kunz, Volker/Druwe, Ulrich (Hrsg.): Rational Choice in der Politikwissenschaft. Grundlagen und Anwendungen, Opladen 1994, S. 16.

[55] Begründet in dem ökonomischen Verständnis von der Knappheit der Güter

[56] Im Falle von Unsicherheit im Bezug auf das Ergebnis einer Handlung durch mangelnde Information oder durch Ungewissheit erfolgt die Erstellung einer Rangordnung nach komplexeren Mustern; vgl. Hergreaves Heap, Shaun et al.: The Theory of Choice. A Critical Guide, Oxford 1992, S. 9-10.

[57] *Konnektivität*: Der Akteur ist immer in der Lage, zwischen zwei Gütern zu entscheiden, welches er vorzieht oder ob er indifferent ist (bei Gut x vs. Gut y → x>=y oder y>=x, [wobei > für „vorziehen“ und = für „indifferent“ steht]); *Transivität*: Der Akteur erstellt seine Rangordnung logisch (bei Gut x vs. Gut y vs. Gut z → wenn x>y und y>z, dann x>z); *Kontinuität*: Wenn ein Gut x einem Gut y vorgezogen wird und ein Gut z ähnelt dem Gut x, so muss auch das Gut z dem Gut y vorgezogen werden; vgl. Braun, Dietmar; (FN 53), S. 33-34; Hergreaves Heap, Shaun et al.: (FN 56), S. 5-6.

[58] Braun, Dietmar: (FN 53), S. 33.

[59] Zur Unterscheidung von Präferenz und Interesse: Präferenzen werden als die rational abzuwägenden Alternativen verstanden. Nur die im Kontext nutzen-maximierende Präferenz wird zum Interesse. Während Präferenz also ein optionales „Wollen“ ausdrückt, bedeutet Interesse ein „Handeln“.

[60] Vgl. hierzu und im Folgenden Braun, Dietmar: (FN 53), S. 39-42.

[61] Braun, Dietmar: (FN 53), S. 39.

sozialen Handlungen sehen kann. „Er ist ein Nutzenmaximierer (...).“[62] Ein „Homo oecomomicus“ entscheidet sich immer für die Handlungsoption, die seinen Nutzen, unter Berücksichtigung aller Kosten, maximiert. Dabei handelt er rational und denkt in ökonomischen Parametern. Jedes Bedürfnis kann, analog zur Wirtschaft, durch Kosten-Nutzen-Rechnungen kalkuliert werden, und die angenommene Rationalität ermöglicht es dem Akteur, die Handlungsalternativen in eine konsistente Präferenzordnung zu bringen. Nur so kann der Nutzen maximiert werden. Diese Notwenigkeit zur Nutzenmaximierung entsteht wesentlich durch die beinahe umfassende Annahme von der Knappheit der Güter. Für menschliches Handeln ist vor allem der Faktor Zeit ein knappes Gut, aber auch andere Güter – material oder immateriell – sind nicht unbegrenzt vorhanden. Diese Erkenntnis zwingt den ökonomischen Menschen zu der Abwägung verschiedener Alternativen. Außerdem gilt der „Homo oeconomicus“ zumindest in seiner grundlegenden Darstellung als umfassend informiert, was wichtige Auswirkungen auf die Erstellung seiner Präferenzordnung hat. Schließlich sind die Annahmen zum rationalen Kosten-Nutzen-Maximierer universell. So wird angenommen, dass die Entscheidungsfindung eines Menschen in jeder Situation, Kultur und Zeit nach gleichen Mustern abläuft.

3.2.2. Grundannahmen

Moravcsik formuliert drei grundlegende Annahmen, die seine Theorie bestimmen.
Die erste Prämisse bezieht sich auf die Vorrangigkeit von gesellschaftlichen Akteuren gegenüber dem Staat. *„The fundamental actors in international politics are individuals and private groups, who are on the average rational and risk-averse and who organize exchange and collective action to promote differentiated interests under constraints imposed by material scarcity, conflicting values, and variations in societal influence.”*[63]
Mit der Annahme, dass die Grundlagen aller politischen Prozesse das Individuum und soziale Gruppen, also eine Ansammlung von Individuen mit „gleichen“ Vorzeichen, bilden, steht Moravcsik in der Tradition der Rationalen Wahl und des Homo oeconomicus.[64] Obwohl er die Annahme der Rationalität einschränkt[65], bleiben

[62] Braun, Dietmar: (FN 53), S. 39.
[63] Moravcsik, Andrew: (FN 52), S. 516.
[64] Vgl. Schieder, Siegfried (FN 39), S. 174

wesentliche Charakteristika des Kosten-Nutzen-Maximierers bestehen. „Socially differentiated individuals define their material and ideational interests independently of politics and then advance those interests through political exchange and collective action."[66] Da die Interessen von Individuen in einer Gesellschaft häufig unterschiedlich ausfallen, kommt es zu Konfliktsituationen über konkurrierende knappe Güter oder zu temporären Koalitionsbildungen im Falle von übereinstimmenden Absichten. „Society (...) is comprised of individual human agents with autonomous interests and identities, who seek to form private groups, organizations and arrangements to advance their social and political goals."[67] Moravcsik nennt drei zentrale Reibungspunkte innerhalb einer Gesellschaft: „divergent fundamental beliefs, conflict over scarce material goods, and inequalities in political power."[68] Je wichtiger ein Gut eingeschätzt wird, umso stärker können gesellschaftliche Konflikte werden, da die Individuen zunehmende Anstrengungen unternehmen, um ihr Interesse durchzusetzen. Gleichzeitig scheuen sie aber auch das Risiko und sind bemüht, dieses zu minimieren. So wird vor allem das Erreichte verteidigt und neue Motive werden zunächst vorsichtig verfolgt. Grundsätzlich wird davon ausgegangen, dass Konflikte dort drohen, wo die Ungleichheiten zwischen Individuen oder Gruppen am Größten sind.

Die zweite Annahme bezieht sich auf das Verständnis des Staates als Repräsentant innerstaatlicher Akteure. „*States (or other political institutions) represent some subset of domestic society, on the basis of whose interests state officials define state preferences and act purposively in world politics*."[69] Gemäß den liberalen Wurzeln versteht Moravcsik Staaten und Institutionen nicht als geschlossene Einheiten, sondern als Vertreter innerstaatlicher Akteure „(...) constantly subject to capture and recapture, construction and reconstruction (...)."[70] Der Staat repräsentiert die wechselnden Anforderungen der dominanten gesellschaftlichen Gruppen, wobei die Theorie dabei die grundsätzliche Zielvorgabe im Auge hat, nicht jedoch die Änderungen in der Strategie oder der Taktik, mit der dieses Ziel verfolgt wird.

---

[65] Der Akteur ist lernfähig, abwägend und nur mit eingeschränkten Fähigkeiten ausgestattet. Vgl. Kunz, Volker: Rational Choice, Frankfurt/M. 2004, S. 11; vgl. auch Simon, Herbert A.: Homo rationalis. Die Vernunft im menschlichen Leben, Frankfurt, New York 1993, S. 29-33.
[66] Moravcsik, Andrew: (FN 52), S. 517.
[67] Moravcsik, Andrew: (FN 50), S. 7.
[68] Moravcsik, Andrew: (FN 52), S. 517.
[69] Moravcsik, Andrew: (FN 52), S. 518.
[70] Moravcsik, Andrew: (FN 52), S. 518.

Die Partizipationsmöglichkeiten und die staatliche Repräsentation einer Gesellschaft oder gesellschaftlicher Gruppen werden als wesentlicher „transmission belt“[71] für die Interessen von innerstaatlichen Akteuren verstanden. Dieses Staatsverständnis bezieht sich nicht nur auf basisdemokratische oder ideal-pluralistische Staatsformen, sondern ist auf alle Systeme anwendbar. Wesentlich sind die Zugangsmöglichkeiten, welche das System für verschiedene Individuen und Gruppen bietet. Während in einer Diktatur nur wenige Eliten einen Zugang zu den politischen Machtzentren haben, können in Demokratien deutlich mehr Menschen an der Ausgestaltung staatlicher Politik teilnehmen. Aber auch in Demokratien gibt es stärkere und schwächere Gruppen und somit können hier ebenfalls Ungleichheiten in der Repräsentation angenommen werden. Da nicht alle Individuen und Gruppen ihre nutzen-maximierenden Interessen durchsetzen können, haben verschiedene Staatsformen Auswirkungen auf das Außenverhalten von Staaten. So können in Diktaturen die Kosten für konfliktreiches Verhalten leichter auf die unterrepräsentierten Gruppen abgeschoben werden, was zu einem risikofreudigeren Verhalten führt[72]. In den Annahmen zu repräsentativen Systemen dagegen wird der Fortschrittsglaube des Liberalismus sichtbar, da Moravcsik davon ausgeht, dass in einer Gesellschaft mit ausgewogenen Partizipations- und Konfliktmechanismen eine Entwicklung „(...) in the direction of greater wealth and security (...)“[73] möglich ist.

Die Ziele des Staates ergeben sich somit aus den Interessen innerstaatlicher Akteure, abhängig vom gesellschaftlichen Konfliktausgang und den Zugangsmöglichkeiten des Systems. Das internationale System übt dem gegenüber keinen direkten Einfluss auf die Ziele des Staates aus.

Die dritte Annahme beschreibt das Zusammenwirken von Staaten im internationalen System. „*The configuration of interdependent state preferences determines state behavior*.”[74] Da der Staat seine Handlungsrahmen aus innerstaatlichen Aggregationen erhält und diese nun zu maximieren bemüht ist, stellt sich die Frage, wie die Interaktion im internationalen System funktioniert. Moravcsik bedient sich hier des Konzepts der politischen Interdependenz. „Policy interdependence is defined here as the set of costs

[71] Moravcsik, Andrew: (FN 52), S. 518.
[72] Vgl. Moravcsik, Andrew: (FN 50), S. 10.
[73] Moravcsik, Andrew: (FN 50), S. 9.
[74] Moravcsik, Andrew: (FN 52), S. 520.

and benefits created for foreign societies when dominant social groups in a society seek to realize their preferences (…).”[75] Das Verhalten von Staaten gegenüber anderen Staaten hängt nun im Wesentlichen davon ab, inwiefern Zielkonvergenz oder Zieldivergenz besteht. „(...) [I]nterstate behavior is shaped primarily by the pattern of state preferences, not state power.“[76] Sind die Motive zweier oder mehrerer Staaten gleich oder zumindest ähnlich, so ist eine Kooperation möglich, sofern ein Nutzenvorteil für beide Akteure erwächst, und die Gefahr eines Konflikts ist sehr gering. Sind die zentralen Bedürfnisse dagegen so unterschiedlich, dass die staatliche Verfolgung derselbigen zu Verlustsituationen bei anderen Staaten führt, so ist ein Konflikt zu befürchten. Je nach Nutzen und Durchsetzung des angestrebten Guts kann ein Staat zu verschiedenen Mitteln greifen. Ist das Gut in den Augen der dominanten Gruppen ein hohes Risiko und hohe Kosten wert, so wird ein Staat radikale Mittel, bis hin zu Krieg, in Betracht ziehen.

3.2.3. Varianten der Theorie

Moravcsik führt seine Grundannahmen in drei Varianten aus, die jeweils andere Schwerpunkte berücksichtigen. Die drei Ausgestaltungen sind nicht konkurrierend oder ausschließend zu verstehen, sondern ergänzen sich vielmehr zu einem kompatiblen Spektrum liberaler Denkrichtungen. „At the core of each lies a distinct view concerning the sources of the preferences of powerful domestic social groups, the causal mechanisms whereby they are transformed into state preferences, and the resulting patterns of national preferences in world politics.”[77] Die Varianten sollen nun vorgestellt werden, um anschließend Hypothesen für die vorliegende Arbeit abzuleiten.

Ideeller Liberalismus

Der Kern des ideellen Liberalismus bildet die Ansicht, dass die zentralen Determinanten im gesellschaftlichen Durchsetzungsprozess soziale Identitäten und Werte darstellen. „’Social identity’ is defined as the set of preferences shared by individuals concerning

[75] Moravcsik, Andrew: (FN 52), S. 520.
[76] Moravcsik, Andrew: (FN 50), S. 2.
[77] Moravcsik, Andrew: Liberal International Relations Theory: A social scientific assessment, Weatherhead Center for International Affairs Working Paper Nr. 01-02, Cambridge 2001, S. 10.

the proper scope and nature of public goods provision, which in turn specifies the nature of legitimate domestic order by stipulating which social actors belong to the polity and what is owed them."[78] Moravcsik nennt drei wesentliche Quellen, die soziale Identitäten beeinflussen und zu Konflikt- oder Kooperationssituationen führen können: Territoriale Grenzen, der politische Entscheidungsprozess und die sozioökonomische Wohlfahrtsregulierung[79]. Nach dieser Auffassung legitimieren Individuen und Gruppen einen Staat, der ihrem Wunsch nach einer bestimmten Ordnung – politisch, territorial, sowie wirtschaftlich – nachkommt. Entsprechend wird die Außenpolitik im Wesentlichen von Interdependenzen mit wertorientierten Vorzeichen bestimmt. Harmonie ist da möglich, wo die „staatlichen" Ansichten über legitime Staatlichkeit, Grenzen und wirtschaftliche Umverteilung übereinstimmen. In Situationen von entgegenlaufenden sozialen Identitäten ist ein Konflikt anzunehmen. So lassen sich etwa die Balkankriege anhand von divergierenden Anschauungen über die staatliche Grenzziehung im Falle gemischter nationaler Identitäten erklären. Die Konfrontationssituation im Kalten Krieg dagegen ließe sich durch den Verweis auf konträre Wirtschafts- und Politikverständnisse begründen.

Im Bereich der Entwicklungspolitik ist hier von Akteuren auszugehen, die durch ihr Engagement versuchen, die Reichweite oder die Akzeptanz von vertretenen Normen und Werten auszuweiten. Solidarität, Gerechtigkeit oder moralische Verpflichtungen können hier die rationale Grundlage bilden. NGOs, Teile von Parteien und andere soziale Vertreter der Gesellschaft sind die anzunehmenden Gruppierungen hinter einer solchen Interessenartikulation. Sollten sich diese Akteure mit ihren Interessen durchsetzen, so kann davon ausgegangen werden, dass der Staat bemüht ist, die relevanten Werte und Normen in seinem entwicklungspolitischen Handeln sowohl zu repräsentieren als auch zu transportieren.

[78] Moravcsik, Andrew: (FN 52), S. 525.
[79] Vgl. Schieder, Siegfried: (FN 39), S. 178.

Ökonomischer Liberalismus[80]

„Commercial liberalism explains the individual and collective behavior of states based on the patterns of market incentives facing domestic and transnational economic actors."[81] Zentral sind hier die Anreize, die Akteure für ihr individuelles Kosten-Nutzenkalkül in Betracht ziehen. So bemühen sich Akteure, gemäß dieser Variante, Situationen so zu beeinflussen, dass sie für sich einen möglichst hohen Eigennutzen erzielen können. Dabei wird zunächst von einem Verhalten wirtschaftlicher Vertreter ausgegangen, das sich am Zustand des nationalen und internationalen Marktes orientiert. Sollten sich die Bedingungen des internationale Marktes ändern und neue Anreize oder Kosten verursachen, so werden sich die gesellschaftlichen Akteure bemühen, den Staat zu einer Politikgestaltung zu veranlassen, die neue Chancen verfügbar macht oder aber neue Kosten reduziert. Dies muss nicht zwingend in abnehmender staatlicher Regulierung und Freihandel münden, sondern kann auch zu protektionistischem Verhalten von Staaten führen. „Je intensiver Produzenten und Konsumenten von der internationalen Arbeitsteilung profitieren, desto stärker werden sie sich für offene Märkte und stabile Wirtschaftsbeziehungen einsetzen und sich gegen Protektionismus wenden (...)."[82] Sollten jedoch die Anpassungskosten an das internationale System zu groß werden oder der Nutzen sehr ungleich innerhalb der Gesellschaft erfolgen, besteht die Option staatlicher Schutzmaßnahmen. „(...) [L]iberal IR theory focuses on market structure as a variable creating incentives for both openness and closure."[83] Die kommerzielle Variante des Liberalismus birgt auch wichtige sicherheitspolitische Einsichten. Die zunehmende wirtschaftliche Vernetzung ist weit weniger kostenintensiv als militärische Selbsthilfestrategien und wirtschaftliches Autonomiestreben. Daher sind Staaten bemüht die Kooperation zu suchen. Ebenfalls als Verhalten gemäß der ökonomischen Variante des Liberalismus sollen hier Interessendurchsetzungen zum Zweck von nationalem Machtgewinn oder gesellschaftlichem Selbsterhalt verstanden werden.

In Bezug auf Entwicklungspolitik sind die deutlich zu identifizierenden Vertreter dieser Variante die Unternehmer und deren Verbände. Vor allem der Exportsektor dürfte ein

[80] Obwohl Moravcsik von „Commercial liberalism" spricht, soll der breitere Begriff des ökonomischen Liberalismus hier genutzt werden.
[81] Moravcsik, Andrew: (FN 52), S. 528.
[82] Schieder, Siegfried: (FN 39), S. 179.
[83] Moravcsik, Andrew: (FN 52), S. 529.

Interesse vertreten, das die Entwicklungspolitik insofern beeinflusst, als dass optimale Bedingungen oder Hilfen für individuelle oder branchenweite wirtschaftliche Gewinnsituationen hergestellt werden. Aber auch Parteien oder andere gesellschaftliche Gruppierungen können ökonomisch motiviert sein. Die Interessen des nationalen Machtgewinns oder Machterhalts sowie des gesellschaftlichen Selbsterhalts oder der Popularität können die Entwicklungspolitik determinieren. Die staatliche Entwicklungspolitik nimmt im Falle von starkem Einfluss eines Akteurs mit ökonomischen Vorzeichen eine Gestalt an, die möglichst zielgenaue und spezielle Vorteile für den Einflussnehmenden bietet.

Republikanischer Liberalismus

Die dritte Variante des Liberalismus stellt die Zugangsmöglichkeiten gesellschaftlicher Akteure zum politischen System in das Zentrum der Überlegungen. „The key variable in republican liberalism is the mode of domestic political representation which determines whose social preferences are institutionally privileged."[84] Bei ungleichen Zugangsmöglichkeiten des Systems ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass privilegierte Individuen oder Gruppen alle oder zumindest einen Großteil der politischen Schaltzentren kontrollieren. Diese Akteure haben die Möglichkeit, ihre nutzenmaximierenden Präferenzen durchzusetzen und mögliche Kosten auf unterrepräsentierte Gruppen abzuwälzen. Eine Politikgestaltung weniger Gesellschaftsteile und ohne Rücksicht auf die Mehrheit, führt häufig zu ineffizienten Ergebnissen für die Gesamtheit und zu riskantem Verhalten des Staates, da Kosten ungleich verteilt werden können. Konfrontatives Außenverhalten bis hin zu Krieg wird hierbei wahrscheinlicher. Da aber die Akteure, gemäß der liberalen Annahmen über den Menschen, grundsätzlich Risiko scheuen, sofern sie die Kosten tragen oder mittragen müssen, wird ein Staat, der die Gesellschaft in weiten Teilen repräsentiert, eine moderate und konfliktarme Ausgestaltung wählen. „(...) [T]he more unbiased the range of domestic groups represented, the less likely they will support policies that impose high net costs or risks on a broad range of social actors."[85]

Diese Variante des Liberalismus wird hier als horizontal zu den anderen beiden Varianten verstanden und nicht vertikal neben die zwei anderen Ansätze gestellt. Sie

[84] Moravcsik, Andrew: (FN 52), S. 530.
[85] Moravcsik, Andrew: (FN 52), S. 521.

ergänzt in diesem Verständnis die ökonomische und ideelle Darstellung durch den Aspekt der relativen Zugangschancen innerhalb eines politischen Systems.
Im hier behandelten Politikfeld kann davon ausgegangen werden, dass vor allem die Parteien gute Zugangschancen haben. Die Verortung der anderen Akteure kann erst durch die Analyse erfolgen. Korporatistische Strukturen, große finanzielle oder personelle Kapazitäten, Popularität oder ähnliches sind denkbare Kriterien für die Zugangs- und Durchsetzungsfähigkeiten von Gruppen.

3.2.4. Internationale Einflüsse

Moravcsiks Theorie stellt keinen systemischen Ansatz dar, sondern setzt die subsystemischen gesellschaftlichen Akteure ins Zentrum seiner Überlegungen. Hierbei stellt sich die Frage, welche Rolle das internationale System bei diesem „Bottom-up“[86] Ansatz spielt und welcher Einfluss davon ausgeht. Zunächst können, per Definition, staatliche Ziele nicht durch die Gestalt der internationalen Beziehungen geändert werden. Was ein Staat will, ist unabhängig davon, was die anderen Staaten wollen. So verändern auch das internationale Beziehungsgeflecht oder staatliche Mächteverhältnisse zunächst nichts an der Gestaltung staatlicher Ziele.
Auch den Einfluss von internationalen Organisationen als Akteuren mit eigenen Interessen lehnt Moravcsik ab. Die prominente Theorie zu den „supranational entrepreneurs“[87], politische Unternehmern, die zwar keine formale Macht haben, aber durch einen Informations- und Innovationsvorsprung in der Lage sind, ihre Ansichten bei zwischenstaatlichen Verhandlungen geltend zu machen, lehnt er ab. Der Informationsvorsprung und der vermittelnde Einfluss von supranationalen Offiziellen führen zu keinem besseren oder staatlich unintendierten Ergebnis und sind somit keine entscheidenden Größen. Zu diesem Schluss kommt Moravcsik in „The choice for Europe“ nach der empirischen Untersuchung von fünf Phasen der europäischen Integration und deren Verhandlungen[88]. Staaten ändern ihre Positionen demnach nicht

[86] Moravcsik, Andrew: (FN 52), S. 517
[87] Vgl. hierzu und im Folgenden Moravcsik, Andrew: A New Statecraft? Supranational Entrepreneurs and International Cooperation, in: International Organization 53 (1999) 2, S. 267-306; Moravcsik, Andrew: The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht, New York 1998, S. 50-67, S. 479-485.
[88] Vgl. Moravcsik, Andrew: The Choice for Europe, (FN 87).

durch Einflüsse „von oben“, sondern reagieren auf innerstaatliche Aushandlungsprozesse gemäß eines Zwei-Ebenen-Verhandlungsprozesses[89].

Dennoch geht Moravcsik davon aus, dass die transnationale gesellschaftliche Ebene einen Einfluss ausübt, der über einen „Umweg“ die staatlichen Ziele beeinflussen kann. So können außerstaatliche Veränderungen durch transnationale Vernetzungen in eine Gesellschaft gelangen, die Wahrnehmung ändern und zum Teil der Debatte werden. Transnationale Wertestreits können somit Auswirkungen auf die nationale Werteeinschätzung haben. „The position of particular values in a transnational cultural discourse may help define their meaning in each society.”[90] Darüber hinaus führt Moravcsik in einer Arbeit zu internationalen Menschenrechtsregimen drei Varianten ein, wie Handlungen fremder Staaten Einfluss ausüben können[91]. „Each takes the same basic form: actions by foreign countries influence civil society in the target state, leading to a shift in the coalitions or calculations that underlie government policy, sparking in turn a change of policy.”[92] Die erste Möglichkeit des Einflusses stellen *Sanktionen* dar, die über internationale Regime erfolgen können[93]. Hierbei werden ökonomische Mittel genutzt, um innerstaatliche Präferenzbildungen zu beeinflussen. Wirtschaftliche Akteure unterstützen einen Politikwandel aus Angst vor ökonomischen Sanktionen mit hohen Kosten. Weniger direkt funktioniert das Instrument des „*shaming*“.[94] Hierbei wird versucht, ein nationales und internationales Verständnis von „richtigem“ und „falschem“ Handeln zu schaffen, das dann Einfluss auf Staaten ausübt. „Shaming exploits the symbolic legitimacy of foreign pressure and international institutions to unleash domestic moral opprobrium.”[95] Schließlich gibt es den Einflussmechanismus der *Kooptation*[96]. In diesem Fall wird versucht, die „Spielregeln“ des politischen Systems zu ändern, um eine andere Politik zu erreichen. Eingriffe in das Institutionengefüge oder die Rechtssprechung sollen die Machtverhältnisse beeinflussen. Es zeigt sich, dass alle Einflussvarianten nicht direkt auf die Präferenzen

---

[89] Vgl. Moravcsik, Andrew: A New Statecraft?, (FN 87), S. 270
[90] Moravcsik, Andrew: (FN 52), S. 523
[91] Vgl. Moravcsik, Andrew: Explaining International Human Rights Regimes: Liberal Theory and Western Europe, in: European Journal of International Relations 1 (1995) 2, S. 157-189.
[92] Moravcsik, Andrew: (FN 91), S. 160.
[93] Vgl. Moravcsik, Andrew: (FN 91), S. 161-168.
[94] Vgl. Moravcsik, Andrew: (FN 91), S. 168-175.
[95] Moravcsik, Andrew: (FN 91), S. 161.
[96] Vgl. Moravcsik, Andrew: (FN 91), S. 175-178.

des Staates einwirken, sondern immer den Umweg über den innerstaatlichen Aushandlungsprozess nehmen.

Auch im Falle von Entwicklungspolitik kann angenommen werden, dass Einflussnahme von externen Akteuren stattfindet. Dies bezieht sich nicht nur auf Empfängerstaaten, sondern auch auf die Hilfeleistenden. Gerade der Mechanismus des „shaming“ kommt hier zum Tragen. Internationale Institutionen, Organisationen und Regime vermitteln einen Eindruck davon, was gut und was richtig ist. Diese moralische Vorgabe spielt bei der innerstaatlichen Konfliktaustragung eine Rolle und kann die Ansichten von Individuen und Gruppen beeinflussen. Die internationale Umwelt stellt somit keine zentrale Determinante dar, ist aber dennoch eine einwirkende Größe beim Gestalten der gesellschaftlichen Präferenzordnung. Es gibt zwar kein externes Interesse, das die staatlichen Ziele direkt mitgestaltet, aber einen äußeren Einfluss, der die gesellschaftliche Interessenfindung mitgestalten kann.

3.3. Hermanns Konzept des außenpolitischen Wandels

Neben Moravcsiks Theorie soll ein Konzept genutzt werden, um die empirische Suche nach Veränderungen und Wandel in ein nachvollziehbares System zu bringen. Während „Veränderung“ ein Terminus ohne tiefer gehendes konzeptionelles Gerüst darstellt, ist der Begriff des „Wandels“ – und entsprechend Kontinuität oder Stabilität[97] – in jüngster Vergangenheit in zahlreichen theoretischen Arbeiten thematisiert worden. Nachdem Wandel in der Politikwissenschaft für viele Jahre vernachlässigt wurde, haben sich seit den 80er Jahren einige bemerkenswerte Konzepte herausgebildet. Dies gilt nicht nur für Wandel in Bezug auf das internationale System, sondern auch bezogen auf die Außenpolitik[98]. Der Arbeit von James Rosenau ist es zu verdanken, dass Konzepte des Wandels in der Außenpolitik stärker thematisiert wurden[99]. Jedoch ist bis heute keine einheitliche Theorie zum Phänomen des Wandels vorhanden. So bekennt Holsti „we do

[97] „Wandel und Kontinuität sind Zwillingskonzepte.” Medick-Krakau, Monika: Außenpolitischer Wandel: Diskussionsstand – Erklärungsansätze – Zwischenergebnisse, in: Medick-Krakau, Monika (Hrsg.): Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1999, S. 4.

[98] Vgl. Rosati, Jerel A./Sampson, Martin W./Hagan, Joe D.: The Study of Change in Foreign Policy, in: Rosati, Jerel A./Sampson, Martin W./Hagan, Joe D. (Hrsg.): Foreign Policy Restructuring. How Governments Respond to Global Change, Columbia 1994, S. 4-8.

[99] Vgl Rosenau, James N.: The study of political adaptation, London 1981.

not have even the beginning of a consensus of what constitutes change or transformation in political life."[100] Dies hängt zunächst damit zusammen, dass Wandel "(...) kein objektives Merkmal sozialer Strukturen oder Prozesse bezeichnet."[101] Es ist eine subjektive Kategorie, die davon abhängt, welche Größen der Politikgestaltung als relevant erachtet werden. So haben Anhänger der realistischen Denkschule ein deutlich starreres Bild von den Potenzialen des Wandels[102] als etwa liberal oder konstruktivistisch geprägte Ansätze. Die Möglichkeiten eines Wandels an sich, sowie speziell durch Außenpolitik, werden nicht in allen theoretischen Lagern gleich bejaht. Spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges jedoch, sind die Befürworter von außenpolitischem Wandel auf dem Vormarsch[103].

Obwohl die Theoriebildung noch zu keinem umfassend befriedigenden Ergebnis gekommen ist, haben die Konzepte einen anerkannten Reifegrad erreicht. Sie können daher für eine Untersuchung von Wandel wichtige Indikatoren und Kategorien liefern. Monika Medick-Krakau hat zentrale Konzepte zusammengefasst[104]. Die aufgeführten Konzepte unterscheiden sich vor allem in ihrem Fokus. Risse und Koslowski/Kratochwil, als Vertreter konstruktivistischer Ansätze, betonen die Bedeutung von kollektiven Identitäten und Handlungsnormen, die schlussendlich das Verhalten eines Staates prägen, auch für einen potenziellen Politikwandel. Dem gegenüber stehen die Konzepte von Holsti, Rosati und Hermann, die Wandel direkt am Verhalten der Akteure abmessen wollen. Sie unterscheiden sich vor allem in ihrem Kriterienkatalog (zeitlich und politikfeldbezogen) und ihren Abstufungen.

Für die vorliegende Arbeit soll Hermanns Kategoriensystem[105] das theoretische Gerüst von Moravcsik ergänzen. Dieses Konzept befasst sich mit Wandel in der Außenpolitik im Falle von politischen Umorientierungen, schließt aber keinen Wandel durch „(...)

---

[100] Holsti, Kalevi J.: The Problem of Change in International Relations Theory, Institute of International Relations: The University of British Columbia, Working Paper No. 26, Vancouver 1998, S. 2.
[101] Medick-Krakau, Monika: (FN 97), S. 9.
[102] Da die Interessen konstant sind, besteht Wandel nur aus Anpassungen an die internationale Umwelt, vgl. Skidmore, David: Explaining State Response to International Change. The Structural Sources of Foreign Policy Rigidity and Change, in: Rosati, Jerel A./Sampson, Martin W./Hagan, Joe D. (Hrsg.): Foreign Policy Restructuring. How Governments Respond to Global Change, Columbia 1994, S. 45-56.
[103] Vgl. Koslowski, Rey/Kratochwil, Friedrich V.: Understanding change in international politics: the Soviet empire's demise and the international system, in: International Organization 48 (1994) 2, S. 215-247.
[104] Vgl. Medick-Krakau, Monika: (FN 97), S. 12.
[105] Vgl. Hermann, Charles F.: Changing Course: When Governments Choose to Redirect Foreign Policy, in: International Studies Quarterly, 43 (1990) 3, S. 3-21.

regime change or state transformation (..:)“[106] ein. Hermann versteht Außenpolitik, also die Größe, an der ein Wandel untersucht werden soll, als „(...) a program (plan) designed to address some problem or pursue some goal that entails action toward foreign entities.“[107] Basierend auf diesem Verständnis von Außenpolitik definiert Hermann vier Stufen von Wandel, abhängig von Reichweite und Tiefgang der Veränderung[108].

Hermann 1990			
Adjustment Change [inkrementalistische Anpassung]	*Program Changes* [Veränderungen in den Instrumenten und Methoden]	*Problem/Goal Changes* [Veränderungen in den Zielen/ Problemen]	*International Orientation Change* [„redirection of the actor’s entire orientation toward world affairs“]

Abbildung 3: Hermanns Stufen des außenpolitischen Wandels

Für diese Arbeit bietet sich Hermanns Schema aus zwei Gründen an. Zunächst finden sich in seinem Konzept einige Punkte, die an Moravcsiks Theorie angeknüpft werden können. Beide gehen von einer gesellschaftlich gestalteten Außenpolitik aus[109]. Neben diesen Übereinstimmungen in Bezug auf das Zustandekommen von Außenpolitik bietet Hermann auch einen praktischen Vorteil für die vorliegende Arbeit. So ermöglicht seine mehrstufige Unterscheidung auch das Erfassen von kleinen Wandlungen, was bei einem sehr eingeschränkten Untersuchungszeitraum und der Fokussierung auf nur ein Politikfeld vorteilhaft ist.

[106] Hermann, Charles F.: (FN 105), S. 5.
[107] Hermann, Charles F.: (FN 105), S. 5.
[108] Vgl. zu den Stufen die Tabelle von Medick-Krakau.
[109] Hermann stellt vier mögliche Ursachen heraus, die nach seiner Auffassung als Anstoß von Wandel wirken können. „Leader driven“, „bureaucratic advocacy“ und „external shock“ stehen neben „domestic restructuring“. Diese vier Größen bewirken einen Wandel der Außenpolitik, wobei der Zusammenhang von Ursache und Wirkung durch die staatliche Entscheidungsfindung beeinflusst wird. Sie ist als intervenierende Variable zu verstehen. Da aber als Erklärungszusammenhang Moravcsiks Theorie dienen soll, wird sich die Nutzung von Hermanns Konzept für diese Arbeit auf die Wandel-Kategorisierung beschränken. Vgl. Hermann, Charles F.: (FN 105), S. 13; Rosati, Jerel A./Sampson, Martin W./Hagan, Joe D.: (FN 98), S. 11-12.

3.4. Hypothesenbildung auf Grund der Theorie

Gemäß dem Anspruch einer „General Theory“ müssen die Grundannahmen und Varianten bei Moravcsik nicht nur für ein spezielles Politikfeld gelten, sondern das ganze Spektrum staatlichen Verhaltens im internationalen System erklären können. Folgerichtig müssen sie auch für den Fall der Entwicklungspolitik Gültigkeit haben. Es sollen nun Hypothesen formuliert werden, die zur Überprüfung der Theorie gegenüber der Empirie, also der britischen Entwicklungspolitik, dienen können. Hierfür werden Aussagen getroffen, die eine Verknüpfung zwischen der ideellen und ökonomischen Variante, jeweils mit dem quer liegenden republikanischen Filter des Liberalismus, darstellen. Die Aussagen sollen den kausalen Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Interessen und staatlicher Entwicklungspolitik erklären.
Es ergeben sich folgende Hypothesen auf Grund der allgemeinen Annahmen und Varianten bei Moravcsik.

- *H1: Asymmetrisch gute Einflussmöglichkeiten organisierter Gruppen mit ökonomischen Interessen führen zu einer Entwicklungspolitik, die die spezifischen Kosten-Nutzen-Kalküle dieser Gruppen präferiert.*

- *H 2: Asymmetrisch gute Einflussmöglichkeiten organisierter Gruppen mit ideellen Interessen führen zu einer Entwicklungspolitik, die eine Unterstützung von rational begründeten Identitäten und Werten (sozial und politisch) präferiert.*

Darüber hinaus soll eine weitere Hypothese die zweite Fragestellung unterstützen. Sie soll sich am Konzept von Hermann orientieren.

- *- H 3: Seit den 1990er Jahren hat in der britischen Entwicklungspolitik ein Wandel stattgefunden, der mit den Kategorien von Hermann zu erfassen ist. Dieser betrifft nicht nur die Ziele und die staatliche Struktur, sondern auch den Umfang von Entwicklungshilfe.*

3.5. Einschränkungen der Theorie

Aus Gründen der Operationalisierung muss das theoretische Konzept für die vorliegende Arbeit an einem wichtigen Punkt eingegrenzt werden. Obwohl Moravcsik von Individuen und Gruppen als relevante gesellschaftliche Akteure ausgeht, soll die individuelle Ebene hier ausgegrenzt werden. Der Fokus liegt somit auf den gesellschaftlich organisierten Gruppen, wobei hierbei nur relevante, also im Politikfeld einflussreiche, Einheiten berücksichtigt werden. Fritz Scharpf geht bei seinem akteurszentrierten Institutionalismus davon aus, „(...) dass es empirisch sinnvoll ist, Ansammlungen von Individuen als komplexe Akteure zu behandeln und politische Ergebnisse mit Bezug auf deren Präferenzen und strategische Entscheidungen zu erklären.“[110] Sehr zu beachten ist der Doppelcharakter dieser Konzeption, bei der nicht nur eine Außenperspektive, sondern auch eine Innenansicht der Gruppen notwendig wird. Die Notwendigkeit dieses Schrittes liegt in der Charakterisierung eines komplexen Akteurs als einer Einheit mit der Fähigkeit zu intentionalem Handeln. „Da aber nur Individuen über Intentionen verfügen, muss die Fähigkeit zum Handeln auf der höheren Ebene (...) durch interne Interaktionen erzeugt werden.“[111]

Diese Vorstellung kann in der vorliegenden Arbeit aufgegriffen werden. Es sollen nur kollektive und korporative Akteure[112] Eingang in die Untersuchung finden. Allerdings werden, im Falle von Parteien, diese Gruppen nicht geschlossen behandelt, sondern interne Interaktionen und Machtkonstellationen sollen Berücksichtigung finden. So können zielgerichtete Akteurspräferenzen auf höherer Ebene plausibel gemacht werden. Darüber hinaus verringert eine doppelte Betrachtung die Gefahr, eine Abweichung von offizieller Interessenartikulation und informeller Zielsetzung zu übersehen. Taktisches und strategisches Vorgehen in den Verlautbarungen von organisierten Akteuren können zumindest teilweise als solches erkannt werden, da interne Interaktionen stärkere Rückschlüsse über die „wahren“ Absichten zulassen.

---

[110] Scharpf, Fritz W.: Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung, Opladen 2000, S. 96f.
[111] Scharpf, Fritz W.: (FN 110). S. 97.
[112] Gemäß der Definition von Scharpf, vgl. Scharpf, Fritz W.: (FN 110), S. 101-107.

3.6. Grenzen der Theorie

Drei wichtige Grenzen der Theorie sollen hier angesprochen werden[113]. Da diese Grenzen die Aussagekraft einer solchen Arbeit einschränken können, müssen sie hier erwähnt, wenn auch nicht tiefer gehend behandelt, werden.

Eine erste Lücke in Moravcsiks Theorie bildet die Annahme des Staates als bloßen Repräsentanten innerstaatlicher Akteure und deren Interessen[114]. Hier wurde mehrfach kritisiert, dass der Staat als geschlossene Einheit und ohne Eigeninteressen keiner tragfähigen Annahme entspricht. Dagegen müsste der Staatsapparat vielmehr als eine Ansammlung von eigenständigen Akteuren betrachtet werden, die entsprechend gesellschaftlichen Gruppen an der Außenpolitikgestaltung mitwirken und ihre Interessen verfolgen. Vor allem politische, aber auch administrative Akteure rücken somit ins Bild. So berechtigt diese Kritik ist, soll dennoch an der Moravcsikschen Annahme festgehalten werden. Politische Akteure werden als Teil von Parteien zumindest in einem reduzierten Ausmaß berücksichtigt. Somit wirkt sich die Lücke nicht in vollem Umfang aus. Außerdem ermöglicht die theoretische Verkürzung eine prägnantere Aussage über den Zusammenhang von Gesellschaft und Außenpolitik.

Eine weitere wichtige Kritik kommt aus dem aufstrebenden Lager der Konstruktivisten[115]. Deren Vertreter bemängeln die liberale Annahme, dass Akteure zwar die Struktur des internationalen Systems konstitutiv prägen, aber die Struktur dagegen nur einen begrenzten Einfluss auf die Akteure ausübe. Wendt als einer der dominanten Theoretiker sozialkonstruktivistischer Ausrichtung argumentiert, dass sowohl ein Ansatz, der „nur“ von den Akteuren ausgeht – wie etwa Moravcsik –, als auch ein Ansatz, der die Struktur als alleinig ausschlaggebende Größe begreift, zu kurz greift. „We may have some a priori notion that state actors and systemic structures are ‚mutually constitutive’ (...).“[116] Es müsse davon ausgegangen werden, dass Institutionen

---

[113] Vgl. hierzu und im Folgenden Schieder, Siegfried: (FN 39), S. 190-193.

[114] Vgl. hierzu Freund, Corinna/Rittberger, Volker: (FN 30), S. 68-104; Bienen, Derk/Freund, Corinna/Rittberger, Volker: Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik: Die Außenpolitiktheorie des utilitaristischen Liberalismus, Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung Nr. 33, Tübingen 1999.

[115] Vgl. hierzu Ulbert, Cornelia: Sozialkonstruktivismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen 2003, S. 391-420; Wendt, Alexander: Anarchy is what states make of it: the social construction of power politics, in: International Oranization, 46 (1992) 2, S. 391-425.

[116] Wendt, Alexander: (FN 115), S. 424.

nicht nur durch den Akteur bestimmt sind, "(...) sondern sie konstituieren wechselseitig auch Akteurspräferenzen und wirken somit identitätsstiftend auf die einzelnen Mitgliedsstaaten."[117] Da Moravcsik aber per Definition den Einfluss auf den Staat durch die Beschaffenheit des internationalen Systems ablehnt, verkenne er die wahren Zusammenhänge. Obwohl diese Kritik berechtigt erscheint, müssen Einschränkungen vorgenommen werden. Moravcsik erkennt in der Variante des ideellen Liberalismus wohl die grundsätzliche Funktion von Institutionen als Identitätsstifter an, dehnt diese Auffassung aber nicht auf das internationale System aus. Jedoch schwingt in seinen Arbeiten zur Durchsetzung von Menschenrechtsregimen[118], vor allem im Mechanismus des „shaming", ein gewisses Verständnis vom Einfluss internationaler Normen mit. Die internationale Festlegung von Werten wirkt auf eine Gesellschaft zurück. In dieser Auffassung erkennt Moravcsik zumindest Teile des reflexiven Struktur-Akteur-Zusammenhangs an.

In direkter Verwandtschaft mit der konstruktivistischen Kritik an der Akteur-Struktur-Beziehung steht die grundsätzliche Kritik an der Annahme des homo oeconomicus als Grundlage der liberalen Theorie. Zahlreiche Vertreter haben die Annahme des homo oeconomicus angezweifelt und etwa den homo sociologicus oder den homo reciprocans dagegen gestellt. Hierbei betont das Menschenbild des homo sociologicus stärker die gesellschaftlichen Einflüsse durch Verhaltenserwartung und Normen[119]. Der homo reciprocans dagegen verhält sich reziprok, das heißt er belohnt kooperatives und faires Verhalten und bestraft unkooperatives und unfaires Verhalten, auch wenn dies mit materiellen Kosten verbunden ist[120]. Obwohl alle Ansätze zunächst wissenschaftliche Konstrukte sind und nur eine Annahme über die Welt darstellen, ist es wichtig zu erkennen, dass das Bild vom rationalen Kosten-Nutzen-Maximierer nicht unumstritten ist und bei weitem nicht das einzige Modell menschlichen Verhaltens darstellt. Die Empirie wird zeigen, ob die zu Grunde liegende Annahme des homo oeconomicus in allen Situationen erklärungsmächtig ist, oder ob sich Engpässe ergeben.

---

[117] Schieder, Siegfried: (FN 39), S. 191.

[118] Vgl. Moravcsik, Andrew: (FN 91), S. 157-189; Moravcsik, Andrew/Evrigenis, Ioannis: Britain and the Creation of the United Nations Human Rights Regime, Paper prepared for the 2003 Annual Meeting of the American Political Science Association, Philadelphia 2003.

[119] Vgl. Dahrendorf, Ralf: Homo Sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle, Opladen 1977.

[120] Vgl. Falk, Armin: Homo Oeconomicus Versus Homo Reciprocans: Ansätze für ein Neues wirtschaftspolitisches Leitbild?, Institute for Empirical Research in Economic Working Paper Nr. 79, Zürich 2001, http://www.iew.unizh.ch/wp/iewwp079.pdf [01.11.2005].

4. Hauptteil

4.1. Relevante Akteure, ihre Interessen und Durchsetzung in der britischen Entwicklungspolitik

Im Folgenden wird der erste Schwerpunkt der Arbeit ausgeführt. Hierfür sollen die gesellschaftlichen Akteure zunächst in ihrer Beschaffenheit analysiert werden. In einem nächsten Schritt werden die wesentlichen Interessen betrachtet, woraufhin auf die Durchsetzungswege und –fähigkeiten eingegangen wird. Die gesamte Darstellung dient als Fundierung für den Abgleich von staatlicher Entwicklungspolitik und einem möglichen Wandel ebendieser. Sollte die Theorie richtige Annahmen enthalten, so bestimmen die identifizierten Interessen die britische Entwicklungspolitik. Einem Wandel auf staatlicher Ebene müssten demnach Interessen- oder Einflussverschiebungen auf gesellschaftlicher Ebene vorausgehen.

4.1.1. Entwicklungspolitische Interessen der Parteien

4.1.1.1. Conservative Party

4.1.1.1.1. Entwicklung und Beschaffenheit der Conservative Party

Die Conservative Party in Großbritannien hat nicht nur eine reichhaltige Tradition[121], sondern ist auch die erfolgreichste britische Partei des letzten Jahrhunderts. Diese beiden Aspekte stehen in enger Beziehung zu zwei Grundkonstanten ihres Denkens. Zunächst spiegelt sich in dem großen Erfolg der Partei deren Verständnis ihres Daseins und Verhaltens wider. Die Partei besteht zum Machtgewinn und wird stark von den Spitzen her dominiert[122]. Dies wird durch eine traditionelle Abneigung gegenüber Ideologie und Theorie unterstützt. „(...) [The Conservative mind] has its roots in a tradition of practice, a belief of superiority of enlightened pragmatism which is taken to be the genius not only of Conservative but also of British political experience."[123] Die

[121] Die Ursprünge der Conservative Party lassen sich nicht genau festlegen. Während die theoretischen Ursprünge im Kontext der französischen Revolution gesehen werden, wird von vielen Autoren der Parteivorsitz von Robert Peel in den 1830er Jahren als Startpunkt einer Parteigeschichte gesehen, vgl. exemplarisch Blake, Robert: The Conservative Party from Peel to Major, London 1997.
[122] Vgl. Dunleavy, Patrick: The Political Parties, in: Dunleavy, Patrick/Gamble, Andrew/Holliday, Ian/Peele, Gillian (Hrsg.): Developments in British Politics 4, London 1993, S. 124-125; Moran, Michael: Politics and Society in Britain. An Introduction, London 1985, S. 87-91.
[123] Norton, Philip/Aughey, Arthur: Conservatives and Conservatism, London 1981, S. 16.

konservativen Antworten auf Probleme waren immer sehr am konkreten Kontext ausgerichtet, nicht an einer anzustrebenden besseren Welt. „The British Conservative Party has always boasted that it is an ‚empirical' party, that is, a party that adopts policies in reaction to events."[124]

Auf der anderen Seite jedoch gibt es sehr wohl eine Palette von Überzeugungen, die eine hohe Konstanz in der Partei besitzen. Die lange Tradition der Partei hat zu einer beinahe evolutionären Entstehung von innerparteilichen Überzeugungen geführt, die sich aus Problem- und Lösungserfahrungen speisen. Verschiedene Konstanten lassen sich im traditionellen Denken der Konservativen wiederfinden[125]. So etwa die Anerkennung von Ungleichheit in einer Gesellschaft und der generellen Unvollkommenheit des Menschen. Die Partei lehnt Utopien oder Idealbilder, wie sie von den politischen Gegnern häufig propagiert werden, ab. Sie ist viel eher bereit, das Bestehende mit all seinen Schwächen zu akzeptieren, da sie nicht an die Möglichkeit eines radikalen Umbruchs hin zu einer besseren Welt und zu einem besseren Menschen glaubt. Anpassungen im Kleinen sind der bevorzugte Weg, allerdings begleitet von „(…) a reluctance to change what is known for what is assumed or claimed to be better."[126]. Zwar unterscheiden sich die Ausprägungen des Erhaltungswillens innerhalb der Conservative Party[127], aber es bleibt ein grundlegender Bestandteil konservativen Denkens. Eng verknüpft mit der Skepsis gegenüber politischer Veränderung ist das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit und die staatlichen Institutionen, die als Produkt und Ausdruck einer kollektiven Schöpfung der Gesellschaft begriffen werden. Stabile Kontrollinstanzen verhindern eine leichtfertige Abkehr von dem Erreichten und beschränken politische Selbstverwirklichung.

In Zusammenhang mit der Befürwortung von Privatbesitz und der verbundenen Akzeptanz von Ungleichheit in der Gesellschaft steht der Glaube an eine Elite, die sich

---

[124] Rose, Richard: The British Conservative Party, in: Morgan, Roger/Silvestri, Stefano (Hrsg.): Moderates and Conservatives in Western Europe. Political Parties, the European Community and the Atlantic Alliance, London 1982, S. 97.

[125] Nachfolgend nur in einer Auswahl dargestellt.

[126] Norton, Philip/Aughey, Arthur: (FN 123), S. 19.

[127] Robert Behrens unterscheidet für die Nachkriegszeit zwischen „Diehards" und „Ditchers". Während die „Ditchers" in einer Abkehr zu früheren Ausrichtungen die Konsenspolitik nach dem Krieg mitgetragen haben, forderten die „Diehards" eine Rückkehr zu den grundlegenden Prinzipien von individueller Freiheit, Rechtschaffenheit und beschränkter Regierungsmacht. Die „Ditchers" argumentierten, dass neue Umstände auch neue Politiken erfordern, vgl. Behrens, Robert: The Conservative Party from Heath to Thatcher. Policies and Politics 1974-1979, Westmead, Farnborough, Hants. 1980, S. 7-21.

durch ökonomische, soziale oder intellektuelle Überlegenheit hervortut und in der Gesellschaft die Führungsrolle übernimmt. Dies impliziert für Konservative keine diktatorische Staatsform, sondern „leadership is functional, essential and inevitable if a civilised society is to endure at all.“[128] Während die Elite die Aufgabe hat, die Balance zwischen gesellschaftlichen Gruppen zu gewährleisten und paternalistisch für alle zu sorgen, ist es die Pflicht der Gesellschaft die Autorität der Elite anzuerkennen.

Ein letzter Grundpfeiler britischer Konservativer ist ihr Patriotismus. „We are above all a patriotic party, a national party; (...) [N]othing that's bad for Britain can ever be good for Conservatives.“[129] Dieser Patriotismus bezog sich nicht nur auf die britische Insel, sondern erstreckte sich auch lange Zeit auf das gesamte Empire. „Patriotism, the deep affection for one's community and pride in one's membership of it, is a cement joining classes and groups in a common identity.”[130] Während Internationalismus und die Öffnung nach außen sehr skeptisch betrachtet werden, rücken das Wohlergehen und der Zusammenhalt der Gemeinschaft ins Zentrum konservativer Politik. Hier haben die Konservativen, vor allem in der Außenpolitik, immer argumentiert, das nationale Interesse sei auch das zentrale eigene Interesse. Diese Argumentation dient im Umkehrschluss auch als wichtige Legitimation konservativer Positionen gegenüber der Gesellschaft und dem Ausland.

Obwohl sich Parteigänger der Conservatives grundsätzlich in der Tradition dieser Werte sehen, gibt es doch ein Spektrum an unterschiedlichen Auffassungen, wie diese Grunderkenntnisse und Überzeugungen in konkrete Politik umgesetzt werden können.

Hier soll die Conservative Party zunächst in zwei große Strömungen aufgeteilt werden, nämlich die „Whigs“ und die „Tories“[131]. Dies stellen die beiden großen Interpretationen der Parteitradition in der Nachkriegszeit dar. „The ideological legacies of Toryism and Whiggery have been brought together in the twentieth-century Conservative party's concerns with both traditional values and capitalist

---

[128] Norton, Philip/Aughey, Arthur: (FN 123), S. 36.

[129] Thatcher, Margaret: Speech to the Conservative Party Conference in Brighton, 8.10.1976, in: Thatcher, Margaret (Hrsg.): Complete public statements 1945-1990, Oxford 1999.

[130] Norton, Philip/Aughey, Arthur: (FN 123), S. 42.

[131] Es gibt zwar weitere Begrifflichkeiten der Unterscheidung, aber die Termini hier erscheinen dem Autor die sinnvollste Unterteilung. Sie werden in dieser Form von Norton/Aughey eingeführt und von späteren Autoren als grundsätzlich überzeugend übernommen, vgl. Norton, Philip/Aughey, Arthur: (FN 123), S. 53-89; Crewe, Ivor/Searing, Donald D.: Ideological Change in the British Conservative Party, in: American Political Science Review 82 (1988) 2, S. 361-384; Whiteley, Paul F./Seyd, Patrick/Richardson, Jeremy/Bissell, Paul: Thatcherism and the Conservative Party, in: Political Studies 42 (1994), S. 185-203.

development."[132] Sie bilden zwei ausgleichende Pole innerhalb der Partei, und die Auffassungen der einen oder anderen Interpretation werden politikfeld- und kontextspezifisch übernommen. Die physische Trennung der beiden Strömungen ist schwierig, da viele Parteimitglieder einen Mix von Whiggery und Toryism in sich tragen. Dennoch ist die Unterscheidung sinnvoll. Sie verdeutlicht die Motoren hinter der konservativen Interessenartikulation.

Die Whigs stellen eine Art Verbindung von konservativen und liberalen Ansätzen dar. „Whigs emphasize economic organization and, in particular, maintaining the creative dynamic of capitalism."[133] Der Whiggery-Pol soll gemäß Crewe/Searing in liberal und corporate Whiggery aufgeteilt werden. „Liberal Whigs prefer the free enterprise approach of small business, which was put away in the Conservative cupboard after the war."[134] Diese liberale Auffassung, die am rechten Rand der Konservativen steht, lehnt staatliche Wirtschaftslenkung ab und sieht den Ursprung von Wohlstand in einem freien Markt. Sie stehen der britischen Privatwirtschaft sehr nahe. Dem gegenüber sehen die Anhänger des korporatistischen Ansatzes sehr wohl eine staatliche Aufgabe in der Gestaltung des Kapitalismus. Gesellschaftlich stehen sie den Werten von Gemeinschaft und Mitgefühl nahe, während der liberale Flügel vor allem Eigenverantwortung und Disziplin betont.

Den Gegenpol stellen die Tories dar. „(...) Tories are concerned with the moral and social well-being of the community, and wish to preserve harmony, stability and order in society."[135] Auch diese Gruppe soll eine interne Differenzierung in zwei Flügel erfahren. Die traditionellen Tories zeichnen sich durch besondere Skepsis und ein Gefühl von Fatalismus gegenüber Veränderungen aus. Sie sind höchst patriotisch, kaum an Wirtschaftsfragen interessiert und in erster Linie um die Aufrechterhaltung der Moral besorgt. „Their primary concern is strong government, leadership, and authority – strength at the center of the political system and the party."[136] Sie bilden den linken Rand der Conservative Party. Daneben steht der Progressive Toryism, der in seinen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auffassungen den Corporate Whigs nahe steht.

---

[132] Crewe, Ivor/Searing, Donald D.: (FN 131), S. 366.
[133] Whiteley, Paul F./Seyd, Patrick/Richardson, Jeremy/Bissell, Paul: (FN 131), S. 189.
[134] Crewe, Ivor/Searing, Donald D.: (FN 131), S. 367.
[135] Whiteley, Paul F./Seyd, Patrick/Richardson, Jeremy/Bissell, Paul: (FN 131), S. 188.
[136] Crewe, Ivor/Searing, Donald D.: (FN 131), S. 367.

Er hat einen paternalistischen Ursprung[137] und sieht es als seine Aufgabe, das Wohlergehen aller Teile der Gemeinschaft im Kontext hierarchischer Sozialstrukturen zu gewährleisten. Daher unterstützt er den Wohlfahrtsstaat und hält den Schutz der Gesellschaft gegenüber den freien Marktkräften für eine staatliche Verantwortung. Die Progressive Torys sind hierfür stärker als andere Teile der Partei bereit, neue Wege zu gehen und neue Antworten auf die aktuellen Fragen zu suchen.

Mit dem Aufkommen der britischen „New Right“[138] in den 1970er Jahren wandelten sich die Vorzeichen der Partei. Die neue Ausrichtung der Nachkriegspartei, wegen ihrer Galionsfigur und politischen Führungspersönlichkeit in Großbritannien Margaret Thatcher auch als „Thatcherism“ bezeichnet, fußte innerparteilich auf dem Individualismus von Rechts und dem Traditionalismus von Links[139]. „Mrs. Thatcher has made her way in the Conservative party by joining together components from two familiar perspectives: liberal Whiggery and traditional Toryism.”[140] Während die Partei sich traditionell gegen den Ruf gewehrt hatte, einer Ideologie oder theoretischen Konstrukten zu folgen, bekannten sich Thatcher und ihre Mitstreiter klar zum Wirtschaftsliberalismus nach Friedrich August von Hayek und waren auch sonst bereit, theoretische Aussagen in die Politik aufzunehmen. Die radikalen Positionen waren innerparteilich höchst kontrovers, und Thatcher gelang es nie, die Partei vollständig im Sinne der New Right zu „erziehen“.[141] Selbst während ihrer langen Regierungszeit wurde sie von zahlreichen Parteigängern abgelehnt[142]. „The new leadership, they say, ‚worships at the shrine of Hayek,’ has become ‚the prisoner of Chicago,’ prefers conflict to practical reform, and is not really very Conservative at all.“[143]

---

[137] Der Kern dieses Ansatzes liegt in der dargestellten Vorstellung von Eliten, die für die Gemeinschaft handeln. „(...) [P]rivilege entails responsibility“, vgl. Norton, Philip/Aughey, Arthur: (FN 123), S. 66.

[138] Die New Right ist der allgemein gebräuchliche Name für die neuen politischen Ausrichtungen der konservativen Parteien in den USA und Großbritannien. Er ist nicht unumstritten und scheint das traditionell konservative Element dieser Politikauffassung nur ungenügend widerzuspiegeln. Dennoch soll wegen seiner hohen Gebräuchlichkeit an diesem Begriff festgehalten werden, vgl. King, Desmond S.: The New Right. Politics, Markets and Citizenship, London 1987.

[139] Diesen Befund stärken verschiedene Arbeiten zum Ursprung des Thatcherism. Eine liberale Wirtschaftspolitik, gepaart mit einem schlanken Staat, wurde ergänzt durch eine autoritäre „Law and Order” Politik im Sozialen und Sorge um die Moral der Gesellschaft, vgl. exemplarisch Whiteley, Paul F./Seyd, Patrick/Richardson, Jeremy/Bissell, Paul: (FN 131); Crewe, Ivor/Searing, Donald D.: (FN 131); King, Desmond S.: (FN 138), S. 7-27.

[140] Crewe, Ivor/Searing, Donald D.: (FN 131), S. 378.

[141] Vgl. hierzu Whiteley, Paul F./Seyd, Patrick/Richardson, Jeremy/Bissell, Paul: (FN 131), S. 201-203.

[142] Für die konservativen Gegner der Thatcher Führung hat sich die Bezeichnung „Wets“ durchgesetzt, die Thatcher selbst geprägt hat, vgl. . Dunleavy, Patrick: (FN 122), S. 125.

[143] Crewe, Ivor/Searing, Donald D.: (FN 131), S. 361.

4.1.1.1.2. Parteiinteressen

Das pragmatische Selbstverständnis der Partei hat wichtige Auswirkungen auf die Untersuchung ihrer Interessen, da die Abwägung des Präferenzspektrums in Bezug auf die Entwicklungspolitik häufig am direkten geschichtlichen und politischen Kontext festgemacht werden muss.

Die frühe Entwicklungspolitik wurde durch die Tendenz, an dem Bestehenden festzuhalten und Patriotismus geprägt. Dies determinierte den Umgang mit dem Niedergang des Empire und das Verständnis von Entwicklungsländern. So wurde aus Patriotismus und Reformskepsis die Unabhängigkeit der britischen Kolonien für problematisch erachtet, und die Interessen waren zunächst an einem Erhalt des Empire und der damit verbundenen Großmachtstellung Großbritanniens ausgerichtet. „The withdrawal from Africa was always going to be difficult for the traditional Party of Empire.“[144] Da sich der Status quo jedoch nicht halten ließ[145], waren Befürworter der progressiven Konservativen – ganz im Sinne pragmatischer Politik – zumindest daran interessiert, die Durchführung der Unabhängigkeitsprozesse mitzugestalten und das Feld nicht dem politischen Gegner zu überlassen. So könnten, im nationalen Interesse, zumindest die Handelsbeziehungen mit den ehemaligen Kolonien und der britische Einfluss erhalten bleiben. Die guten Beziehungen zu den Kolonien dienten weiterhin dem Anliegen, den Schein einer Großmacht nicht zu verlieren[146]. Außerdem würde so verhindert werden, dass sich die Kolonien Unterstützung im sowjetischen Lager sichern, um ihre Unabhängigkeit durchzusetzen. Darüber hinaus diente die Entwicklungspolitik, im Zuge des relativen wirtschaftlichen Niedergangs nach dem Krieg, als „(...) Substitut für die sich verringernden Außenwirtschaftsbeziehungen Englands zum Commonwealth (...)“[147], dem man sich aus paternalistischen Erwägungen heraus verpflichtet fühlte. Die Aufrechterhaltung der guten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien sowie die Einbindung der

---

[144] Ramsden, John: The Winds of Change: Macmillan to Heath, 1957-1975, London 1996, S. 146.
[145] Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Etwa die wachsenden Unabhängigkeitsbewegungen in den Kolonien, die wirtschaftlichen und militärischen Schwächen der Briten, der neue Kontext des kalten Krieges, vgl. Maclean, Donald: British Foreign Policy. The years since Suez. 1956-1968, New York 1970.
[146] Vgl. Bulpitt, Jim: Rational Politicans and Conservative Statecraft in the Open Polity, in: Byrd, Peter (Hrsg.): British Foreign Policy under Thatcher, Oxford 1988, S. 188-191.
[147] Bellers, Jürgen: (FN 8), S. 1.

Kolonien in das westliche politische System und der Fürsorgeaspekt waren demnach die frühen Interessen hinter konservativer Entwicklungspolitik. Das progressive und paternalistische Element der parteilichen gemäßigten Mittelströmungen sind in den moderaten und konstruktiven Positionierungen der Conservatives deutlich erkennbar.

Als ab dem Ende der 1960er Jahre die politischen Bindungen und die wirtschaftliche Relevanz der Ex-Kolonien zu schwinden begannen, war die traditionelle Partei des Empire ohne größere innerparteiliche Konflikte in der Lage, das konservative Interesse entsprechend anzupassen[148]. Sie wurde zur neuen Partei Europas, da sich hier der neue ökonomische Schwerpunkt herauszubilden begann. Die Entwicklungspolitik verlor in der Folge an Bedeutung innerhalb der Partei. Dennoch blieben wirtschaftliche Erwägungen und vor allem das paternalistische Argument der Zusammengehörigkeit relevant. So heißt es im Wahlprogramm 1974: „We shall continue to maintain close relations with our fellow-members of the Commonwealth, based on a common heritage and mutual interdependence. (…) It is essential for Britain as a trading nation that the momentum of development in the Third World should not slacken."[149]

Erst die New Right folgte in der Außen- und Entwicklungspolitik neuen Wegen. „This approach to foreign policy was highly ideological, eschewing the more traditionalist and pragmatic assumptions of its predecessors."[150] Zwei Aspekte sind für die entwicklungspolitischen Auffassungen der New Right von besonderer Bedeutung.

Zum Einen stand für Thatcher, stärker als bei den Vorgängerpositionen, die Durchsetzung von eigennützigen Interessen im Zentrum, wobei dies nicht nur in Reaktion auf Ereignisse geschehen sollte, sondern auch aktiv im Sinne perspektivischer Weichenstellungen. „She tended to see foreign policy not as a continuum, the stream, largely beyond governments' control (...) on which they can navigate with more or less skill (…), but rather as a series of disparate problems with attainable solutions, or even as zero-sum games, which Britain had to win."[151]

---

[148] Die scheinbar problemlose Abkehr von einer traditionellen Position der Konservativen erklärt Rose mit dem übergeordneten Ziel und der Überzeugung, im Interesse der Nation zu handeln, vgl. Rose, Richard: (FN 124), S. 114-115

[149] The Conservative Party: Firm Action for a Fair Britain. The Conservative Manifesto, 1974, in: Dale, Iain (Hrsg.): Conservative Party General Election Manifestos 1900-1997, London, New York 2000, S. 225.

[150] Byrd, Peter: Introduction, in: Byrd, Peter (Hrsg.): British Foreign Policy under Thatcher, Oxford 1988, S. 1.

[151] Cradock, Percy: In pursuit of British Interests. Reflections on Foreign Policy under Margaret Thatcher and John Major, London 1997, S. 22.

Zum Anderen übten wirtschaftliche Ideologien und Theorien auch in der Interessenfindung zur Entwicklungspolitik einen wichtigen Einfluss aus. In diesem Zusammenhang steht das Werk von Peter Bauer[152], der deutliche Spuren in der Rechtfertigung von entwicklungspolitischen Positionen der New Right hinterlassen hat[153]. „To Bauer, trade, not foreign aid, was the handmaiden of development."[154]
Somit dominierten die konsequente Ausrichtung der Entwicklungspolitik auf die „nationalen" Interessen, sowie die Skepsis gegenüber Entwicklungshilfe generell und das Vertrauen in die Marktkräfte das entwicklungspolitische Verständnis der New Right. Die Förderung der eigenen Wirtschaft und der Abbau von Beschränkungen waren ein zentrales Interesse hinter den entwicklungspolitischen Vorstellungen ab den späten 1970er Jahren. „Like other industrial countries, Britain has a vital interest in bringing prosperity to poorer nations which provide us with a growing market and supply many of the raw materials upon which we depend."[155] Bauer liefert für die radikale Ausrichtung auf wirtschaftliche Interessen ein wesentliches Argument. „The best contribution Britain can make to developing countries is to campaign open trade and free enterprise abroad and to practice them at home."[156] Da die Entwicklungshilfe

---

[152] Der britische Professor greift in seinen Arbeiten die Entwicklungshilfe scharf an und argumentiert, erst diese vermeintliche Hilfe habe das Problem der Dritten Welt geschaffen und verschärft. „Ohne Entwicklungshilfe gäbe es keine [D]ritte Welt" (Bauer, Peter: Entwicklungshilfe: Was steht auf dem Spiel?, S. 5). Bauer sieht zahlreiche politische und wirtschaftliche Folgeschäden, deren Ursache die Entwicklungshilfe ist. Im politischen Bereich würden durch Entwicklungshilfe vor allem die bestehenden Regierungen gestärkt, was auch autoritäre Regime stützt, Vetternwirtschaft fördert und zu einer Aufblähung administrativer und politischer Bereiche führt. Daraus folgen wirtschaftliche Probleme, wie gehemmtes Wachstum, Wettbewerbsverzerrung und die Schuldenthematik. Bauer argumentiert, dass gerade durch die Entwicklungshilfe die Situation für die armen Länder des Südens verschlechtert oder zumindest konserviert wird. Er sieht im Freihandel den besten Motor für eine Entwicklung. „His work illustrated that private entrepreneurs were more likely to be engines of development, and that Western aid was often more likely to perpetuate poor government policies and corruption than foster true economic vitality" (Blundell, John: A conversation with Peter Bauer, in: Robinson, Colin: (Hrsg.): A Tribute to Peter Bauer, London 2002, S. 19). Daher fordert er eine klare Hinwendung zu einer Förderung des wirtschaftlichen Sektors und den Abbau von Handelsbeschränkungen. Während Peter Bauer bis in die 1970er Jahre hinein wenig Gehör innerhalb der konservativen Partei fand, wurden seine Argumente schließlich von der New Right aufgenommen. Vgl. hierzu Bauer, Peter: Equality, the Third World and Economic Delusion, Cambridge 1981; Bauer, Peter: Entwicklungshilfe: Was steht auf dem Spiel?, Kieler Vorträge gehalten im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Nr. 97, Tübingen 1982.
[153] The Economist schreibt über Thatchers Ansichten zu Entwicklungshilfe: „She was intellectually attracted by Bauerism. Yet she often saw merit in particular aid projects. She backed some because they would create jobs in Britain (...)." Vgl. The Economist: Votes in aid, 30.07.1994.
[154] Sally, Razeen: Aid, trade, development: The Bauer legacy, in: Robinson, Colin (Hrsg.): A Tribute to Peter Bauer, London 2002, S. 85
[155] The Conservative Party: The Conservative Manifesto 1979, in: Dale, Iain (Hrsg.): Conservative Party General Election Manifestos 1900-1997, London, New York 2000, S. 282.
[156] The Conservative Party: The next moves forward. The Conservative Manifesto 1987, in: Dale, Iain (Hrsg.): Conservative Party General Election Manifestos 1900-1997, London, New York 2000, S. 350.

für eine tatsächliche Entwicklung von Ländern für wenig hilfreich gehalten wurde, konnte sie auch bedenkenlos für weitere politische Ziele eingesetzt werden. Neben der Unterstützung der Exportunternehmen zur Förderung der Wirtschaft stand ein weiteres Interesse der New Right im Kontext des Kalten Krieges. Sie sahen die Bindung von instabilen Staaten an den Westen als wichtiges nationales, also eigenes, Interesse[157]. „In Africa and the Middle East, there is an increasing threat from the Soviet Union and its Cuban allies. That threat must be countered (…).”[158]

Schließlich gibt es neben dem erstrangigen ökonomischen und dem zweitrangigen geopolitischen Interesse durchaus auch ein drittrangiges ideelles Element in den entwicklungspolitischen Auffassungen der New Right. Obwohl die Argumente von Bauer zunächst eher als Rechtfertigung für die eigene Wirtschaftslastigkeit in der Entwicklungspolitik genutzt wurden, ist doch nicht abzustreiten, dass die New Right überzeugt war, durch eine Wirtschaftsförderung die Entwicklung der Dritten Welt zu unterstützen. Diese Unterstützung stellte das positive Nebenprodukt der liberal-wirtschaftlichen Schwerpunktsetzung im entwicklungspolitischen Profil der New Right dar. Wie die New Right insgesamt, waren diese Positionen innerhalb der Partei höchst umstritten. So begründen Hewitt/Killick den Mangel an Strategiepapieren während der Thatcher Regierungszeit mit dem Hinweis, „(...) that to produce one would stir up enough controversy within the Conservative Party and its supporters that it was preferable to leave the dog sleeping.“[159]

Die neue Führung unter John Major pflegte einen Stil, der sehr am innerparteilichen Konsens interessiert war, und sie bemühte sich, weite Teile der konservativen Partei in der Interessenartikulation widerzuspiegeln. Dies zeigt sich auch deutlich an der Entwicklungspolitik. Als Veranschaulichung soll eine Darstellung des Conservative Research Department, dem zentralen parteiinternen Think Tank, dienen[160].

In diesem Dokument zeigen sich, neben Übereinstimmungen, einige Abweichungen von den Zielen der New Right. „Britain’s role is to help improve the quality of life and reduce poverty by promoting sustainable economic and social development, and all the

---

[157] Vgl. Sanders, David: Foreign and Defence Policy, in: Dunleavy, Patrick/Gamble, Andrew/Holliday, Ian/Peele, Gillian (Hrsg.): Developments in British Politics 4, London 1993, S. 285-289.
[158] The Conservative Party: (FN 155), S. 282.
[159] Hewitt, Adrian/Killick, Tony: The 1975 and 1997 White Papers compared: Enriched Vision, depleted policies?, in: Journal of International Development 10 (1998) 2, S. 185-186.
[160] Vgl. Conservative Research Department: Overseas Aid. The new Agenda, London 1992.

elements of good government."[161] Hier werden die Interessen einer konservativen Entwicklungspolitik zusammengefasst, deren Begründung auch klar in Zusammenhang mit dem Ende des Kalten Krieges gestellt wird. Im Gegensatz zu den 1980er Jahren scheint es stark um die Armutsbekämpfung als zentrales Interesse zu gehen. Auch die Mittel, die hierfür genutzt werden sollen, weichen von den Vorgängeransichten ab. Nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie politische Konditionalität sind Instrumente, die nur in Bezug auf die ökonomische Komponente von der New Right befürwortet wurden. In der Folge geht die Darstellung sehr ausführlich auf die Elemente von politischer Konditionalität und Demokratieförderung ein. Hier sieht sich die konservative Partei als Regierungspartei[162] in einer Vorreiterrolle, die Werte von Demokratie und freier Marktwirtschaft zu fördern. Dieses Element britischer Entwicklungspolitik wird so zentral platziert und auch an anderen Stellen wiederholt[163], dass es sich hierbei wohl um ein eigenständiges Interesse und nicht nur um ein Mittel handelt. Die ökonomische Komponente, die zunächst sehr viel schwächer geworden zu sein scheint, wird ebenfalls in einem Kapitel abgehandelt. Es zeigt sich, dass die doppelte Bedeutung der wirtschaftlichen Elemente in der Entwicklungspolitik auch nach Thatcher erhalten geblieben ist. Entwicklungshilfe und die Befürwortung von Handel werden weiterhin sowohl als Unterstützung der eigenen Exportwirtschaft als auch als Hilfe für die Entwicklungsländer verstanden. Ökonomische Interessen spielen also nach wie vor eine Rolle, wenn auch weniger prominent, neben den ideellen Interessen wie der Verbreitung von Demokratie, der freien Marktwirtschaft und der Armutsbekämpfung. Geostrategische Argumente sind dagegen völlig aus der Darstellung verschwunden.

---

[161] Conservative Research Department: (FN 160), S. 54.

[162] Die Verknüpfung von Regierung und Partei ist ein empirisches Problem, da nur schwer der Zusammenhang von Ursache und Wirkung nachvollzogen werden kann. Bilden die Parteiinteressen schließlich die Regierungsinteressen, oder ist es stärker die Regierung, die die Parteiinteressen prägt? Der innerparteiliche Bruch erfolgt hier häufig zwischen Basis und Parteispitze. Im vorliegenden Dokument des Conservative Research Department wird durchgehend von Großbritannien als Ganzes und von Regierungsmitgliedern gesprochen. Dennoch hält der Autor diesen Text für einen Ausdruck von Parteiinteressen. Es war traditionell ein politischer Schachzug der Konservativen, die eigenen Interessen als die nationalen Interessen zu verstehen. Des Weiteren ist es vor allem der Stil von Major, der als Parteivorsitzender einer hierarchischen Machtgewinnungspartei und als Prime Minister bemüht war, eine möglichst hohe Kongruenz innerhalb der Partei, zwischen den Strömungen und den Ebenen, und in Bezug auf die Regierung herzustellen. Major war gegenüber der eigenen Partei deutlich weniger konfrontativ als dies etwa Thatcher war.

[163] So etwa im Wahlprogramm 1992, vgl. The Conservative Party: The Best Future for Britain. The Conservative Manifesto 1992, in: Dale, Iain (Hrsg.): Conservative Party General Election Manifestos 1900-1997, London, New York 2000, S. 358.

In der Folge entwickelte sich das Zusammenspiel von ideellen und ökonomischen Interessen unter Major stark zugunsten der ideellen Positionen. Als der Pergau-Skandal[164] Mitte der 1990er Jahre die Probleme der wirtschaftlichen Förderung offenbarte, verstärkte sich dieser Trend weiter. Alastair Goodlad, der konservative „Shadow Spokesman on International Development“ nach der Wahlniederlage 1997, fasst die konservativen Interessen seit 1994 prägnant zusammen. „They were: support for sound political and economic policies[165]; promotion of stronger health and education services; encouragement of sustainable development; and a commitment to work with our international partners to alleviate poverty and to provide disaster relief.”[166] Auch in den Wahlprogrammen ab 1997 ist schließlich nichts mehr von den Vorteilen für die britische Wirtschaft zu lesen. Vielmehr liegt der alleinige Schwerpunkt auf ideellen Argumenten: „We will focus our aid programme to encourage sustainable development in countries that are growing towards self-sufficiency under democratic government.”[167]
Dies änderte sich auch nicht unter den Parteivorsitzenden William Hague, Iain Duncan Smith und Michael Howard. Vor allem innerparteiliche Machtaustragungen und Konflikte über innenpolitische und Europafragen banden einen Großteil der Parteikräfte in den Jahren der Opposition. Die Konstanz der entwicklungspolitischen Positionen zeigt das Wahlprogramm 2005. Obwohl auf die Situation des weltweiten Terrorismus und militärische Verantwortung eingegangen wurde, bleiben die entwicklungspolitischen Vorstellungen davon unberührt. „A key element of British foreign policy under a Conservative Government will be fighting world poverty. (…) Above all, we recognise that there is a vital thread that links open markets, free trade, property rights, the rule of law, democracy, economic development and social progress. We will use our global influence to champion these principles in the interests of the developing world.”[168]
Seit der Wahlniederlage 2005 ist David Cameron der Parteivorsitzende der Konservativen. Auch er bekennt sich zu den dominierenden entwicklungspolitischen

[164] Vgl. hierzu die Darstellung in Kapitel 4.2.1.2.
[165] Aus dem Kontext wird ersichtlich, dass es sich hierbei um Politiken im Empfängerland handelt.
[166] Goodlad, Alastair: (FN 23), S. 196.
[167] The Conservative Party: You can only be sure with the Conservatives. The Conservative Manifesto 1997, in: Dale, Iain (Hrsg.): Conservative Party General Election Manifestos 1900-1997, London, New York 2000, S. 454.
[168] The Conservative Party: It’s time for Action. Conservative Election Manifesto 2005, London 2005, S. 27.

Interessen der Partei. „A new generation of concerned citizens want prosperity for themselves and progress for the poor – whether living on the other side of the street or the other side of the world. Modern, compassionate Conservatism means responding to their demands."[169] An diesem Ausspruch werden nochmals Grundansichten moderater Konservativer deutlich, die sich als paternalistische Vertreter der Gesellschaft sehen und ihre Interessen daran ausrichten.

Betrachtet man die konservativen Interessen an der Entwicklungspolitik, so lassen sich wiederholende Elemente finden. Vor allem das paternalitische Verständnis, das sich zunächst in einer Verantwortlichkeit gegenüber den ehemaligen Kolonien zeigte und sich in der Rede von Cameron in einer universellen Form andeutet, zieht sich durch die konservativen Ansichten[170]. Eine klare Ausnahme bildet die Ära der New Right, die zwar an ökonomische und geostrategische Komponenten im Sinne „nationaler Interessen" der 1950er Jahre anknüpfen kann, aber in den späten 1990ern nur noch wenig Spuren in der entwicklungspolitischen Interessenartikulation hinterlassen hat.

Eine analytische Schwierigkeit bildet die Verwicklung von politischem Machtbesitz, Machtanspruch und Interessenartikulation. Die langen konservativen Regierungsphasen und die häufig konsequente Ausrichtung auf eine Interessenartikulation, die vor allem auf Wählbarkeit abzielt, erschweren es, von genuinen Interessen zu sprechen. Die Partei ist so strukturiert, dass sowohl in Oppositionsphasen wie auch in den Regierungszeiten die Interessen im Wesentlichen von der Spitze her formuliert werden. Häufig scheint die Parteiführung stärker einen Konsens mit der Wählerschaft oder bedeutenden Gruppen innerhalb der Gesellschaft zu suchen als gegenüber parteiinternen Strömungen.

---

[169] Cameron, David: New Hope for Britain, and new Hope for the world, Speech at the Centre for Policy Studies, 08.11.2005, http://www.conservatives.com/tile.do?def=news.story.page&obj_id=126179&speeches=1 [02.02.2006].

[170] Hier deutet sich der Einfluss eines ausgedehnten „One Nation" Gedankens an, der eine Zusammengehörigkeit und Verantwortlichkeit zwischen sozialem Oben und Unten auch über Grenzen ausdehnt. Die „One Nation" Gruppe gibt es seit den 1950er Jahren innerhalb der Konservativen als Manifestation des Gedankens der Zusammengehörigkeit aller Schichten, vgl. Seawright, David: One Nation, in: Hickson, Kevin (Hrsg.): The Political Thought of the Conservative Party since 1945, Houndmills, Basingstoke, Hampshire, New York 2005, S. 69-90.

4.1.1.1.3. Interessendurchsetzung

Es wird hier davon ausgegangen, dass Parteien vor allem in ihren Regierungsphasen herausragende Einflussmöglichkeiten auf den Staat haben. Dann haben Parteien die Chance, ihre Ansichten auf direktem Wege einzubringen. Durchsetzungskämpfe finden dann vor allem innerparteilich statt. Die verschiedenen Strömungen kämpfen um die Vorherrschaft in der Partei und die damit verbundene Möglichkeit, ihre Vorstellungen umzusetzen. Gerade bei den Konservativen, wo die Interessenartikulation traditionell stark von der Spitze dominiert wird, ist die interne Führungsrolle wesentlich. Bis in die 1970er Jahre dominierten die Aussagen der Progressive Tories und der Corporate Whigs die Interessen der Partei. Deswegen wurden die beiden Strömungen bei Whiteley/Seyd/Richardson/Bissell mit der Bezeichnung „Progressive Conservatism“[171] zusammengefasst. Sie trugen die innerstaatliche Konsenspolitik der Nachkriegszeit mit und wurden erst durch die New Right unter Margaret Thatcher als Hauptgestalter konservativer Positionen abgelöst. 1990 verlor die New Right ihre dominierende Rolle in der Conservative Party jedoch wieder. Die Folge war ein erneutes Erstarken der moderaten Mittelpositionen. „The change of party leadership appeared to have shifted the ideological centre of gravity in the party to a significant extent, with John Major winning support among progressives which his predecessor did not have, without appearing to alienate individualists and to a lesser extent traditionalists.”[172] Die paternalistische Strömung in der Partei gewann wiederum an Einfluss. „The strong paternalist strain of the Tory party had not been entirely vanquished by Thatcherism.”[173] Allerdings ging auch die Zeit der New Right nicht spurlos an der Partei vorbei und die moderaten Positionen der Konservativen in den frühen 1990ern sind in Teilen vom Thatcher-Erbe beeinflusst. „It was ‚Thatcherism with a human face’, as Kenneth Clarke called it.“[174]

---

[171] Dies beinhaltet auch einen Großteil der „One Nation“ Gruppe.
[172] Whiteley, Paul F./Seyd, Patrick/Richardson, Jeremy/Bissell, Paul: (FN 131), S. 202.
[173] The Economist: (FN 153).
[174] Blake, Robert: (FN 121), S. 388.

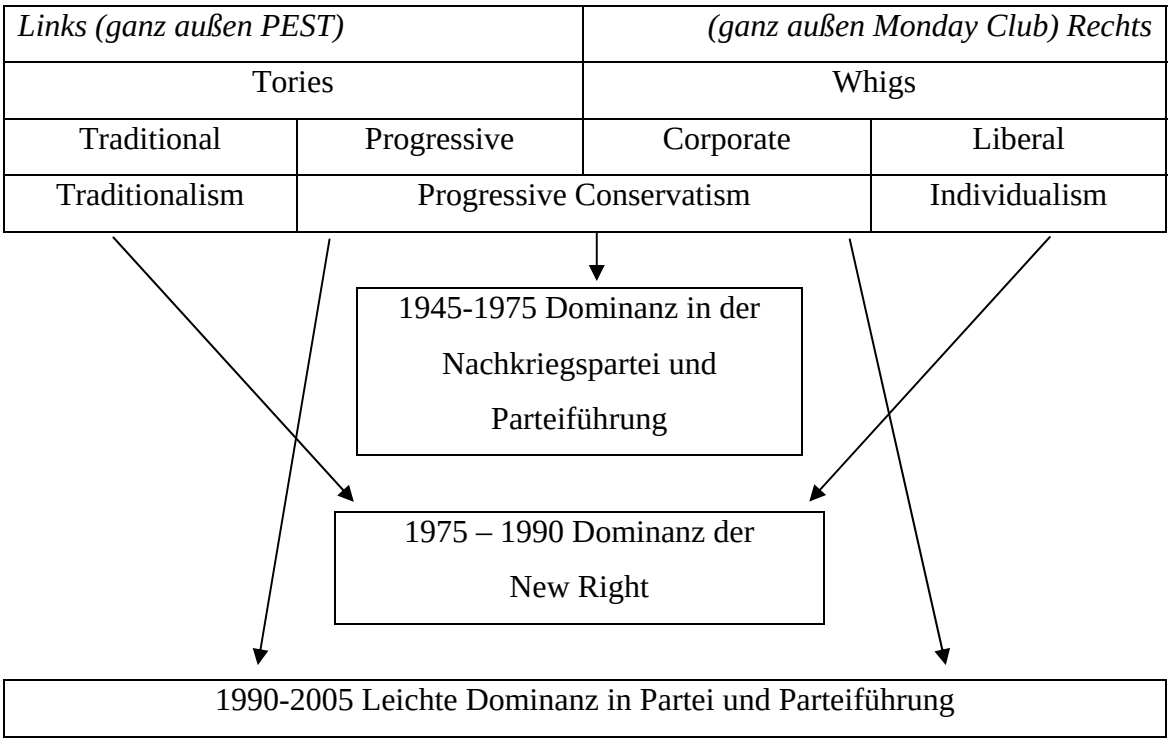


Abbildung 4: Traditionelle politische Strömungen in der Conservative Party und ihre Auswirkungen auf die Nachkriegspartei[175].

In Zeiten der Opposition hingegen ist der Einfluss der Partei sehr gering. Sie nimmt zwar ihre parlamentarischen Möglichkeiten wahr, ist aber ohne Mehrheiten kaum handlungsfähig. Der Weg über die Presse oder über gesellschaftliche Koalitionen dient dann nicht nur der Wahlvorbereitung, sondern auch der Einflusssteigerung. Jedoch scheinen die Übereinstimmungen zwischen der Labour Regierung und den Conservatives in der Entwicklungspolitik in den letzten Jahren so groß, dass es hier kaum Ansatzpunkte zur Profilierung und konkurrierenden Interessendurchsetzung gibt. Gesellschaftliche Koalitionsbildungen sind vor allem mit den Wirtschaftsvertretern zu beobachten, was wesentlich mit dem Machtanspruch und Selbstverständnis der Partei zusammenhängt. Da aber die Wirtschaft ab Mitte der 1990er auch von New Labour umworben wurde, ist die Stärke dieser Koalition tendenziell zurückgegangen.

[175] Eigene Darstellung, vgl. zu den Differenzierungen und Zusammenhängen Norton, Philip/Aughey, Arthur: (FN 123), S. 53-89; Crewe, Ivor/Searing, Donald D.: (FN 131), S. 361-384; Whiteley, Paul F./Seyd, Patrick/Richardson, Jeremy/Bissell, Paul: (FN 131), S. 185-203.

4.1.1.2. Labour Party

4.1.1.2.1. Entwicklung und Beschaffenheit der Labour Party

Die Labour Party verstand sich, zurückgehend auf ihren Gründungskontext, viele Jahre als Teil einer gesellschaftlichen Bewegung und nicht als abgegrenzte Organisation zur Machtgewinnung[176]. Ihre Aufgabe sah sie darin, als politisch-parlamentarischer Repräsentant zur Durchsetzung der sozialistischen und sozialdemokratischen Gruppierungen, aus denen sie hervorgegangen war und die in der Gesellschaft aktiv waren, zu dienen. Das „Labour Representation Committee", der Vorläufer der Labour Party, war in seinem Selbstbild eher „(…) a defensive pressure group, not a serious challenger for power."[177] Eigenständige Politikinhalte oder etwa eine progressive Zukunftsvision wurden zunächst nicht formuliert. Vielmehr waren Facetten linker Ideologien, aus der Arbeiterbewegung heraus, im Zentrum der Parteitätigkeit. Die ideologische Verwurzelung ist ein grundlegendes Element der Partei und ihrer Politikformulierung: „(...) [T]he Labour Party proclaims that it is a party of principle or ideology, adopting major goals to be achieved whatever the obstacles arising from events."[178]

Aus diesem Gründungszusammenhang und ihrem Selbstverständnis kann die Partei nicht als einheitlicher Akteur mit homogenen Auffassungen verstanden werden, sondern erst das Zusammenspiel verschiedener innerparteilicher und außerparteilicher Gruppen, mit unterschiedlichen ideologischen Auffassungen, konstituiert das facettenreiche Präferenzmuster der Labour Party. Auch zahlreiche politische Richtungswechsel können nur vor dem Hintergrund ihrer starken Verwurzelung innerhalb der heterogenen Linken Großbritanniens plausibel gemacht werden. Darüber hinaus saugte die Labour Party mit wachsendem Erfolg Gruppen und Individuen aus dem gesamten linken Spektrum der britischen Gesellschaft und Politik auf und verbreiterte damit die innerparteiliche Spannweite.

---

[176] Die Wurzeln von Labour gehen auf ihre Gründung durch Vertreter des Trade Union Congress (TUC), der Independent Labour Party (ILP) und der Social Democratic Foundation (SDF) als „Labour Representation Committee" im Jahr 1900 zurück. Den Namen „The Labour Party" gab sich die Gruppe 1906, vgl. Drucker, Henry Matthew: Doctrine and Ethos in the Labour Party, London 1979, S. 122.
[177] Drucker, Henry Matthew: (FN 176), S. 19.
[178] Rose, Richard: (FN 124), S. 97.

Nach 1945, als das Thema der Entwicklungspolitik in Großbritannien langsam an Bedeutung gewann[179], lassen sich zwei zentrale Denkrichtungen identifizieren, die einen Großteil des Spektrums der innerparteilichen Auffassungen abdeckten. So standen sich die Ansichten des „Socialism“ und der „Revisionist Social Democracy“[180] gegenüber. Während sich unter dem Banner des Sozialismus die extreme und gemäßigte Linke versammelte, vertraten die Revisionisten weite Teile der innerparteilichen Mitte und des rechten Spektrums. Daneben gab es auch immer eine pragmatische Machtposition, die von den Spitzen der Partei und Teilen der Gewerkschaften praktiziert wurde. Deren politische Verortung war wenig ideologisch rückgebunden und diente vor allem der Machtsicherung. Da aber auch diese Positionierung von den großen Strömungen beeinflusst wurde und erst im Laufe der Jahre an Bedeutung gewann, sollen hier zunächst der Sozialismus und die revisionistische Sozialdemokratie der Labour Party skizziert werden.

„For a generation, from the late 1940s to the end of the 1970s the political thinking and practice of the Labour Party were governed by the precepts of revisionist social democracy.”[181] Die Auffassungen der Revisionisten stehen in enger Verbindung mit den Namen von Hugh Gaitskell[182], dem Parteivorsitzenden in den 1950er Jahren, und von Tony Crosland[183], der als intellektueller Vater der Strömung verstanden werden kann.

---

[179] Obwohl mit dem „Colonial Development Act“ 1929 bereits eine Art Entwicklungshilfegesetz vorlag, wurde die Entwicklungspolitik erst ab 1947, mit der Unabhängigkeit der ersten Staaten des „British Commonwealth“, auf breiterer Basis relevant, vgl. Nuscheler, Franz: Entwicklungspolitik Großbritanniens, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorie, Begriffe, Personen, Reinbek 2002, S. 249-250.

[180] Die Begrifflichkeiten sind von Eric Shaw übernommen. Andere Autoren und Theoretiker nutzen zum Teil auch andere Bezeichnungen für die beiden Großgruppen, vgl. Shaw, Eric: The Labour Party since 1979. Crisis and Transformation, London 1994, S. 2-15.

[181] Shaw, Eric: (FN 180), S. 2.

[182] Vgl. Morgan, Kenneth O.: Labour People. Leaders and Lieutenants. Hardie to Kinnock, Oxford 1989, S. 220-230.

[183] Croslands Theorie stellte eine Abkehr der vorherrschenden sozialistischen Tradition in der Labour Party dar. Im Zentrum aller Überlegungen liegt zwar die Deutung des sozialistischen Grundinteresses, als das Erreichen von Gleichheit: „Socialism, in our view, was basically about equality“ (Crosland, Anthony: Socialism Now, S. 15). Diese Gleichheit ist hier auch sehr umfassend zu verstehen, also in Bezug auf Bildung, Klasse, wirtschaftliche Macht und Ansehen, die Umverteilung von Besitz einschließt und im Gegensatz zur liberalen Auffassung der Gleichheit von Chancen steht. Die fundamentale Abkehr von bisherigen Theorien vollzog Crosland jedoch in Bezug auf die Mittel, mit denen eine umfassende Gleichheit zu erreichen sei. Er beschreibt einen Weg, bei dem die Fehler des Kapitalismus, ohne Verstaatlichung der Produktionsgüter, kompensiert werden könnten. Die Revisionisten waren überzeugt, „(…) that the defects to which capitalism was prone could be surmounted by the application of Keynesian economics, rendering alternations in the ownership structure superfluous” (Shaw, Eric: (FN 180), S. 2). Ein starker öffentlicher Sektor mit Anteilen an zentralen Wirtschaftszweigen und ein umfangreicher

Dem gegenüber standen die traditionellen Sozialisten[184]. „The Left had always been critics of the revisionism.“[185] Für sie ging der staatliche Eingriff in die Wirtschaft, wie von Keynes vorgeschlagen, nicht weit genug. Die Sozialisten forderten einen stärkeren und intervenierenden Staat. Die Vorstellungen sahen eine Planung des Marktes[186] durch Staatsunternehmen und korporatistische Strukturen vor. Außerdem wurde der Kampf gegen Ungleichheit radikalisiert, „(…) to bring about a fundamental and irreversible shift in the balance of power and wealth in favour of working people and their families.”[187]

Nachdem die Wahlniederlage 1983 die tiefe Trennung zwischen den Auffassungen der sozialistischen Strömung, die zu dieser Zeit die Partei dominierte, und der britischen Wählerschaft offenbart hatte, begann der strukturelle und ideologische Wandel von Labour, der schließlich mit New Labour enden sollte. Dieser Umbau wurde vor allem von den Parteispitzen getragen, die die Partei stärker in die politische Mitte rücken und ihre Wählbarkeit zurückgewinnen wollten. Dafür war es nicht nur nötig, den übermäßigen Einfluss der Linken zu schmälern, sondern auch die zutiefst zerstrittene Partei zusammenzuführen. Erste Schritte erfolgten unter dem Vorsitz von Neil Kinnock, einem Mann, der dem Mitte-Links Spektrum zuzuordnen ist[188]. Trotz großer Schwierigkeiten gelang es Kinnock bis 1992, die Partei mit einem moderaterern Parteiprogramm zu versehen. „In essence, Neil Kinnock turned his back on the strategy of the two lefts and began to proto-New Labour strategy of moving back to the

---

Wohlfahrtsstaat wurden von dieser Strömung gefordert. Revolutionäre Umwälzungen von Staat und Wirtschaft lehnten sie dagegen ab. Vgl. Crosland, Anthony: Socialism Now, London 1974, S. 15-58.

[184] Auch die hier vereinfachend als „Sozialisten“ bezeichnete Gruppe war kein einheitlicher Akteur. Sie bestanden aus Teilen einer traditionellen Labour-Linken (mit Wurzeln in der organisierten Arbeiterschaft) und der Neuen Linken (stark aus der intellektuellen Mittelklasse), die nur teilweise der Partei angehörte. So zählten Kommunisten, Trotzkisten, militante Gewerkschafter, die Fabier, radikale Intellektuelle, sowie einige Zwischenpositionen zu den Sozialisten. Auf Grund der programmatischen Verwandtschaft und teilweiser intellektueller Schwäche können die Positionen hier vor allem in Bezug auf die Entwicklungspolitik zusammengefasst werden, vgl. Chun, Lin: Wortgewitter. Die britische Linke nach 1945, Hamburg 1996, S. 52-56.

[185] Shaw, Eric: (FN 180), S. 7.

[186] Allerdings nicht die Auflösung des Marktes. Die Planung sollte im Rahmen des Marktes erfolgen, vgl. Shaw, Eric: (FN 180), S. 11-12.

[187] The Labour Party: New Hope for Britain. Labour’s Manifesto 1983, in: Dale, Iain (Hrsg.): Labour Party General Election Manifestos 1900-1997, London, New York 2000, S. 248.

[188] Kinnock wuchs in einer Arbeiterfamilie in Wales auf. Sein Vater war Bergmann und starb früh bei einem Minenunglück. Da Kinnock aber erst während des Studiums zu Labour kam, sind die Wurzeln der Arbeiterklasse nicht so stark, wie zu erwarten wäre, vgl. Morgan, Kenneth O.: (FN 182), S. 333-341.

centre."[189] Allerdings blieben die Spannungen zwischen den innerparteilichen Lagern in den 1980er Jahren groß, und der Parteivorsitz hatte nur eingeschränkten Handlungsspielraum[190]. Dennoch „(...) unternahm [Kinnock] vorsichtige programmatische Schritte weg vom Neokorporatismus und staatlicher Planung und Lenkung, hin zu mehr Markt und Individualismus, weg vom Image der Steuererhöhungs- und Haushaltsdefizitpartei."[191] Eine große programmatische Bewegung erfolgte nach der Wahlniederlage 1987, die unter anderem in dem Policy Review von 1989 resultierte[192]. Die ausgiebige Revision der Labour Positionen führte zu einer „(...) adoption of a ‚post-revisionist social democracy' in which several of the key tenets of Croslandite revisionism were discarded."[193] Die Labour Party bewegte sich wieder stärker auf die innerparteiliche Rechte zu. Wesentliche Punkte waren die zaghafte Anerkennung der positiven Eigenschaften des Marktes und die Abkehr von Verstaatlichungsforderungen bei gleichzeitiger Betonung von sozialer Gerechtigkeit[194]. Keynesianische Positionen spielten kaum noch eine Rolle.

Trotz eines beachtlichen programmatischen Wandels war Labour nicht in der Lage, die Wahl 1992 für sich zu entscheiden, und Kinnock trat als Parteivorsitzender zurück. Nach der inhaltlich wenig bedeutenden Phase unter John Smith[195] kamen 1994 mit

---

[189] Heath,Anthony F./Jowell, Roger M./Curtice, John K.: The Rise of New Labour. Party Policies and Voter Choices, Oxford 2001, S. 137.

[190] So muss etwa das höchst unpopuläre Bekenntnis zur einseitigen nuklearen Abrüstung, wie es Labour in den 1980ern als offizielle Position vertrat, als Zugeständnis an die moderate Linke verstanden werden, mit deren Hilfe Kinnock seine Führerschaft sicherte und die die beschränkten Parteireformen trugen. Erst mit wachsender Stabilität seiner Machtposition konnte er diese Position widerrufen, vgl. hierzu etwa Hughes, Colin/Wintour, Patrick: Labour Rebuilt. The New Model Party, London 1990, S. 104-127.

[191] Jun, Uwe: Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Party im Vergleich, Frankfurt/M., 2004, S. 230.

[192] Labour begann seine Programmatik stärker an dem auszurichten, was laut Meinungsforschung in der Bevölkerung populär ist. So setzte sich die Partei mit den Wahlerfolgen der Konservativen auseinander und versuchte Antworten auf neue Probleme, wie etwa die Globalisierung und sozialen Wandel zu formulieren. In der Literatur herrscht ein Streit in Bezug auf die Interpretation der Neupositionierung von Labour gegenüber den Konservativen. Während einige Autoren von einer Anpassung in Richtung der konservativen Positionen sprechen, verstehen andere Autoren die Neuausrichtung als eine eigenständige innerparteiliche Modernisierung, vgl. exemplarisch Hay, Colin: Labour's Thatcherite Revisionism: Playing the ‚Politics of Catch-Up', in: Political Studies 42 (1994), S. 700-707; Smith, Martin J.: Understanding the ‚Politics of Catch-Up': the Modernization of the Labour Party, in: Political Studies 42 (1994), S. 708-715.

[193] Shaw, Eric: (FN 180), S. XIV

[194] Für einen genaueren Überblick über die Veränderungen im Zuge der Policy Review vgl. Shaw, Eric: (FN 180), S. 81-107.

[195] Für die Labour-Struktur war dagegen die Durchsetzung des "One member, one vote" System ein zentraler Schritt, der den übermäßigen Einfluss der Gewerkschaften schmälerte. Diese Veränderung bedeutete eine weitere Stärkung für die Parteispitze und die parteiinterne Mitte, die die programmatischen Änderungen in der Folge tragen sollte.

Tony Blair[196] und Gordon Brown zwei Modernisierer an die Parteispitze, die die Veränderungen unter Kinnock unterstützten, aber sie für nicht ausreichend ansahen. „The so-called ‚modernisers' argued that the party had not changed enough, that it was still too much ‚old Labour'.[197] Blair war der Überzeugung, dass die Partei noch weiter in die politische Mitte rücken müsse, weg von einem Interessenvertreter der Gewerkschaften und hin zu einer Partei für alle Teile der Bevölkerung. Daher akzeptierte die neue Führung zunehmend die Weichenstellungen der konservativen Regierung und warb verstärkt um die Unterstützung der Medien sowie um Zustimmung im britischen Mittelstand und sogar unter dem traditionellen Klassenfeind. Labour skizzierte eine zurückgezogene Rolle für den Staat gegenüber der Wirtschaft, wobei dieser nur bei Marktversagen oder in Bereichen intervenieren sollte, „(...) in denen Marktgesetze allein keine effiziente Lösung erbringen (...)"[198], so etwa im Bildungssektor. Ansonsten sah das neue Programm den Staat als Gewähr für die Erhaltung eines berechenbaren Wirtschaftsraumes, in dem die Wirtschaft unter Bedingungen der Globalisierung konkurrieren kann. Ein wesentliches Ereignis, wenn auch vor allem auf Grund seiner symbolischen Bedeutung, war die Revision der alten „Clause Four" des Labour Programms, die seit 1918 einen festen Bestandteil darstellte. Das darin enthaltene Bekenntnis zur Verstaatlichung von Produktionsmitteln war seit Kinnock mehr ein Relikt der Vergangenheit als ein tatsächliches angestrebtes Programm. Dennoch war die Abkehr von dem sozialistischen Bekenntnis in der „Clause Four" ein bedeutendes Zeichen für die Veränderungen in der Partei[199]. Um die Neuerung der Partei zu unterstreichen, wurde Labour unter Blair mit einem neunen Namen versehen. In Abkehr von dem unpopulären „old Labour" nannte Blair die Partei „New Labour"[200]. Um die programmatischen Veränderungen in einen umfassenden Zusammenhang zu bringen, griff Blair einen Begriff auf, den er den Arbeiten von

---

[196] Im Gegensatz zu Kinnock ist Blair klar auf dem rechten Flügel der Partei angesiedelt und hat keine Wurzeln in der organisierten Arbeiterschaft.
[197] Butler, David/Kavanagh, Dennis: The Road to New Labour, in: Butler, David/Kavanagh, Dennis (Hrsg.): The British General Election of 1997, Houndmills, Basingstoke, Hampshire, London 1997, S. 46.
[198] Jun, Uwe: (FN 191), S. 231.
[199] Die Initiative ergriff Blair auf der Labour Party Conference 1994, vgl. Blair, Tony: Labour Party Conference speech, Blackpool, 4 October 1994, in: Richards, Paul (Hrsg.): Tony Blair in his own words, London 2004, S. 93-96.
[200] Vgl. Blair, Tony: New Britain. My vision for a young country, London 1996, S. 35-50.

Anthony Giddens entlehnt hatte[201]. „The ‚Third Way' is to my mind the best label for the new politics which the progressive centre-left is forging in Britain and beyond."[202] Der Dritte Weg stellt das umfassende philosophische Gerüst dar, mit dem die einzelnen Politikinhalte verbunden werden sollen.

4.1.1.2.2. Parteiinteressen

Obwohl die skizzierten Strömungen der Sozialisten und Revisionisten massive innerparteiliche Auseinandersetzungen austrugen[203], scheinen die grundlegenden Positionen im Bereich der Entwicklungspolitik nicht all zu weit voneinander entfernt.
Zunächst sind Aussagen zur Außen- oder gar Entwicklungspolitik in Croslands Umdeutung des Sozialismus nicht angelegt. Dennoch können klare Zusammenhänge zwischen dem nationalen Anspruch und dem Verhalten in Bezug auf die Entwicklungsländer gezogen werden. Die Umverteilung mit dem Ziel der Gleichheit wird von Crosland selbst über Grenzen hinaus ausgedehnt: „Certainly we must redistribute wealth both between and within nations."[204] So heißt es im Wahlprogramm im Februar 1974: „We shall commit Britain to a policy of equality at home and abroad which would involve radical changes in aid, trade and development policies."[205] Bei der folgenden Wahl im Oktober desselben Jahres liefert Labour die Begründung für das außenpolitische Programm. „A Labour Government which excluded from its foreign

---

[201] Giddens, der die Diskussion um den Dritten Weg maßgeblich beeinflusst hat, skizzierte einen Weg zwischen alter Sozialdemokratie und Neoliberalismus vor dem Hintergrund von Globalisierung, Individualisierung, politischen Steuerungsdefiziten und ökologischen Fragen. Hierbei soll es nicht um einen Mix aus beidem gehen, sondern das Ziel war und ist, die Etablierung einer neuen Denkrichtung. Giddens beschreibt die Werte des Dritten Weges als Gleichheit, Schutz des Schwachen und Verletzlichen, Freiheit als selbstbestimmtes Handeln, keine Rechte ohne Verpflichtungen, keine Entscheidungsmacht ohne demokratisches Verfahren, kosmopolitischer Pluralismus und philosophischer Konservatismus. Er unterstreicht die Notwenigkeit für den Staat, sich nach außen wie nach innen zu öffnen. Aktives Einbeziehen der nationalen Zivilgesellschaft und die Mitgestaltung auf internationaler Ebene sind für ihn unerlässliche Aufgaben für den modernen Staat. Vgl. Giddens, Anthony: Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt/M. 1999; Giddens, Anthony (Hrsg.): The Global Third Way Debate, Cambridge 2001.
[202] Blair, Tony: The Third Way: new politics for the new century, Fabian Society Pamphlet, London 1998, S. 1.
[203] In diesem Kontext steht auch die Abspaltung von Teilen der Rechten und die Neugründung der Social Democratic Party 1981, vgl. Crewe, Ivor/King, Anthony: SDP. The Birth, Life and Death of the Social Democratic Party, Oxford 1995.
[204] Crosland, Anthony: (FN 183), S. 152-153.
[205] The Labour Party: The Labour Party Manifesto 1974. Let us work together. Labour's way out of the crisis, in: Dale, Iain (Hrsg.): Labour Party General Election Manifestos 1900-1997, London, New York 2000, S. 191.

policy the ideals of morality, equality and justice, which are at the heart of our domestic policy, would soon lose such ideals at home."[206]

In der sozialistischen Strömung wurden nach 1945 Auffassungen in Bezug auf eine Entwicklungspolitik neu formuliert sowie traditionelle Inhalte mitgetragen. Internationale Solidarität und Kooperation im Klassenkampf, wie sie aus der Gewerkschaftstradition stammen, standen neben sozialistischem Pazifismus und Humanismus[207]. Als Beispiel einer theoretischen Fundierung von Entwicklungspolitik innerhalb der Linken soll hier Peter Worsleys „The Third World"[208] dienen. „Peter Worsley (…) betrachtete die neuen Staaten als vitale Kräfte, mit deren Hilfe dem Imperialismus und der international festgefahrenen Situation begegnet werden konnte."[209] Er war der Überzeugung, dass, sofern eine teilweise Entwicklung der Dritten Welt gelänge, eine dritte Macht entstünde, mit der der Imperialismus als Teil des Kapitalismus neu herausgefordert werden könne. „They are bound together, then, by a continuing shared interest in the anti-imperialist struggle."[210] Diese Anschauung der Dritten Welt als potenzieller Verbündeter der sozialistischen Idee, gepaart mit einem Bewusstsein der internationalen Verbundenheit und gegenseitiger Verantwortung für die untersten Klassen, wurde von den Sozialisten vertreten. „The Labour Party is working to create a democratic socialist society in Britain, but we realise to achieve this we must enjoy the fullest international co-operation."[211] Und weiter heißt es im Wahlprogramm 1983: „(…) [W]e have a foreign policy that will help liberate the peoples of the world from oppression, want and fear."[212]

Insgesamt sind bei beiden Gruppen traditionelle sozialistische Werte wie Gleichheit und Solidarität über Grenzen hinaus erkennbar. Beide Gruppen sprechen sich für die Notwendigkeit einer Entwicklungspolitik aus, die nicht an wirtschaftlichen oder geostrategischen Interessen ausgerichtet ist, sondern den Ärmsten in der Welt hilft. Ann Clwyd, „Shadow Minister" für Entwicklungspolitik im Wahlkampf 1992, fasste es in folgende Worte: „I think most people would accept that the Labour Party has always

---

[206] The Labour Party: Labour Party Manifesto. October 1974, in: Dale, Iain (Hrsg.): Labour Party General Election Manifestos 1900-1997, London, New York 2000, S. 211.
[207] Letztere wurden im Zuge der Neuen Linken begründet, vgl. Chun, Lin: (FN 184), S. 71-75 und S. 108-109.
[208] Vgl. Worsley, Peter: The Third World, Chicago, London 1970.
[209] Chun, Lin: (FN 184), S. 108.
[210] Worsley, Peter: (FN 208), S. 233.
[211] The Labour Party: (FN 187), S. 281.
[212] The Labour Party: (FN 187), S. 282.

given overseas development a high priority and we have consistently attempted to think through the most effective contribution Britain can make to development and poverty alleviation."[213] Ein wichtiger Unterschied liegt jedoch in dem Verständnis der Labour-Linken, dass das Anvisieren von Gleichheit und das Einhalten der Solidarität im internationalen Spektrum kein Interesse an sich darstellt, sondern zunächst ein Mittel im universellen sozialistischen Kampf ist. Entwicklungshilfe ist demnach kein Interesse, das sich aus sozialistischen Werten speist, sondern ein strategisches Instrument, das der sozialistischen Idee dient.

Unter Kinnock machte die Entwicklungspolitik einen Schwenk zugunsten der revisionistischen Auffassung, aber auch darüber hinaus. Im Abschlussbericht der Politik-Revision Ende der 1980er „Meet the challenge, make the change"[214] wird dies deutlich. Hier heißt es abschließend: „Our approach in this report is based on both moral and practical beliefs – on our moral commitment to support Third World communities as they strive to develop out of poverty, and on the practical belief that economic progress in developing countries is an essential part of progress in the world community as a whole."[215] Während sich der erste Aspekt in diesem Bekenntnis klar auf die revisionistischen Positionen der Nachkriegspartei zurückbeziehen lässt, ist der zweite Gedanke neu. Die Anerkennung von Marktkräften sowie die Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Globalisierung in den späten 1980er Jahren haben in den entwicklungspolitischen Vorstellungen von Labour Spuren hinterlassen. Das ökonomische Interesse an der Entwicklungspolitik ist noch sehr schwach und wird von ideellen Komponenten überlagert, sollte aber während der 1990er Jahre stärker ins Zentrum rücken. Sehr aufschlussreich für die moralischen Aspekte der Postrevisionisten ist Ann Clwyds Beitrag im „Journal of International Development", in dem sie einen Neun-Punkte-Plan[216] mit den Prioritäten und Schritten im Falle eines Labour Wahlsieges 1992[217] skizziert. „The reduction of poverty will be the top priority of the

---

[213] Clwyd, Ann: The Labour Party Policy on Overseas Development, in: Journal of International Development 4 (1992) 1, S. 94.
[214] Vgl. The Labour Party: Meet the challenge, make the change. A new agenda for Britain. Final Report of Labour's Policy Review for the 1990s, London 1989.
[215] The Labour Party: (FN 214), S. 84.
[216] Im Folgenden wird nicht dem genauen Neun-Punkte-Plan gefolgt, sondern es werden teilweise Punkte zusammengefasst und verkürzt. Für eine vollständige Darstellung vgl. Clwyd, Ann: (FN 213), S. 97-102.
[217] Wesentliche Elemente dieses Plans werden auch im Wahlprogramm 1992 aufgeführt, vgl. The Labour Party: Labour's election manifesto. It's time to get Britain working again, in: Dale, Iain (Hrsg.): Labour Party General Election Manifestos 1900-1997, London, New York 2000, S. 341-342.

aid programme."[218] Neben diesem zentralen Interesse werden einige Mittel angeführt, wie die Armutsbekämpfung umgesetzt werden kann. Wirtschaftliche Ausrichtungen der bestehenden Entwicklungspolitik sollen etwa zurückgefahren und zu den Ärmsten umgeleitet werden. Eine Labour-Neuheit stellt die Forderung zur Nachhaltigkeit in Bezug auf die Umwelt dar, die in der Entwicklungspolitik berücksichtigt werden soll. Darüber hinaus wird ein großes Gewicht auf die Effizienzsteigerung von Entwicklungshilfe gelegt, wozu neben der Einrichtung eines eigenen Ministeriums für Entwicklungspolitik auch „untying aid, decentralizing project management, working more closely with the NGOs, putting women's priorities at the heart of the programme, building partnerships and institutional links, strengthening project monitoring and other necessary measures (...)"[219] zählen. Weiterhin wird auf die Bedeutung von internationaler Zusammenarbeit hingewiesen. Die „Shadow Minister for Overseas Development" beschreibt hier die Absicht einer Labour Regierung, durch ihre Beteiligung an UN, EG und Commonwealth für eine größere Berücksichtigung der Interessen der Dritten Welt einzutreten. Schuldenerlass, Handelsförderung und die Regulierung von schädlichen Handelspraktiken werden hier als Vorgaben angeführt. Schließlich soll das Verständnis von entwicklungspolitischen Problemen durch bessere Bildung innerhalb Großbritanniens gefördert werden. Obwohl das Interesse der Armutsbekämpfung und die Absage an wirtschaftliche Interessen in der revistionistischen Labour-Tradition gesehen werden können, wird das Ziel deutlich umfassender begriffen, als es in der Vergangenheit der Fall war. Nachhaltigkeit in der Umweltdimension, die Einführung von Partnerschaften und die Vertiefung der internationalen Kooperation ergänzen die früheren Positionen.

Vor allem die Betonung der globalen Interdependenz, die auch Giddens hervorhebt, markiert den Übergang von den postrevisionistischen zu New Labours entwicklungspolitischen Interessen[220]. Ein bedeutendes programmatisches Dokument

---

[218] Clwyd, Ann: (FN 213), S. 97.
[219] Clwyd, Ann: (FN 213), S. 97.
[220] Obwohl der tatsächliche Einfluss des Dritten Weg Denkens in der Außenpolitik zweifelhaft bleibt, vgl. hierzu Vickers, Rhiannon: Labour's search for a Third Way in foreign policy, in: Little, Richard/Wickham-Jones, Mark (Hrsg.): New Labour's foreign policy, Manchester 2000, S. 33-45; Dunne, Tim/Wheeler, Nicholas J.: Blair's Britain: a force for good in the world?, in: Smith, Karen/Light, Margot (Hrsg.): Ethics and Foreign Policy, Cambridge 2001, S. 167-184.

stellt hier „A fresh start for Britain“[221] dar, das die Partei 1996 veröffentlichte. In diesem Positionspapier verweist New Labour auf die verstärkte globale Interdependenz, die sich durch die Phänomene der Globalisierung ergeben hat. „The pace of technological advance forces each nation state to respond to global challenges and not just its own domestic agenda.”[222] Ein internationales Mitgestalten sei auf Grund wachsender Abhängigkeiten von Wirtschaftsmärkten, Umweltproblemen und nuklearer Proliferation unerlässlich. New Labour fasst ihre Vorstellung der britischen Rolle in der internationalen Arena prägnant zusammen. „Labour is ready to make Britain once again a force for good in the world community.”[223] In Bezug auf Entwicklungspolitik erklärt die Partei: „No responsible member of the world community can accept an outcome in which much of mankind lives and dies in hunger (...).“[224] Zwei Gründe werden angeführt, warum ein Kampf gegen die Armut eine Verpflichtung ist, der eine britische Regierung nachkommen sollte:

„Firstly, because the persistence of mass poverty in the closing years of the 20th century is immoral and inexcusable.”[225] Hier wird das moralische Argument erneuert, das in breiter Labour Tradition steht. Bereits die Revisionisten bekannten sich zu der moralischen Verpflichtung gegenüber der Dritten Welt, sowie dem Anspruch die eigenen Ideale, wie Gerechtigkeit und Solidarität, auch in der Außenpolitik zu vertreten, um innerparteilich und gegenüber der Wählerschaft glaubhaft und authentisch zu sein. Der Bezug zur internationalen Tradition der Partei wird in „A fresh start for Britain“ mehrfach angeführt[226]. Dieses Bekenntnis zu den Wurzeln ist hier insofern verwunderlich, da gerade mit der Konzipierung von New Labour ein Bruch mit der Tradition markiert werden sollte. Während strukturell eine deutliche Abkehr von den Gewerkschaften nachzuvollziehen ist und auch das nationale Programm nur schwache Bekenntnisse zur traditionellen Klasse enthält, scheint die Entwicklungspolitik in diesem ersten Punkt eher in der Tradition zu verharren. Dadurch erscheinen – trotz dem Bekenntnis von New Labour zu sozialer Gerechtigkeit und Wohlfahrtsstaatlichkeit – die außenpolitischen Werte wie Solidarität und Hilfe für die Benachteiligten, die aus den

[221] The Labour Party: A fresh start for Britain. Labour’s strategy for Britain in the modern world, London 1996.
[222] The Labour Party: (FN 221), S. 1.
[223] The Labour Party: (FN 221), S. 2.
[224] The Labour Party: (FN 221), S. 2.
[225] The Labour Party: (FN 221), S. 19.
[226] Vgl. The Labour Party: (FN 221), S. 1 und 19.

Ursprüngen der Arbeiterbewegung mitgetragen wurden, losgelöst von der innerparteilichen Politikwende. Es erscheint plausibel anzunehmen, dass sich moralische Werte innerhalb der Labour Party etabliert haben, die auch abgelöst von dem ursprünglichen politisch historischen Zusammenhang zumindest in bestimmten Politikfeldern relevant geblieben sind.

„(...) [S]econdly, we recognise that tackling poverty and promoting sustainable development worldwide is in our interest."[227] Das Referieren auf die britischen Interessen bezieht sich sowohl auf die ökonomischen Perspektiven, die sich aus einem wirtschaftlichen Aufschwung der Entwicklungsländer ergeben könnte, als auch auf die größere internationale Sicherheit und Stabilität, die sich durch eine Entwicklung ergeben würden. Somit zieht sich auch New Labour von der rein moralischen Begründung der Entwicklungspolitik zurück und balanciert die Armutsbekämpfung mit ökonomischen und geostrategischen Interessen aus: „Again, this is not simply an altruistic stance on our part."

Während die revisionistischen Sozialdemokraten das Interesse der gesellschaftlichen Gleichheit über Grenzen ausdehnten, die Sozialisten das Motiv des sozialistischen Kampfes auch in der Dritten Welt verfolgen wollten und die postrevisionistischen Position unter Kinnock die Hilfe für die Ärmsten als das dominierende Interesse ansahen, werden die Begründung für Entwicklungspolitik unter New Labour breiter angelegt und ökonomische sowie geostrategische Interessen neben die moralische Verpflichtung gestellt. Die konkreten Schritte, die hierfür ins Auge gefasst werden, unterscheiden sich kaum von dem Konzept von 1992.

Seit dem Entwurf von 1996 bewegen sich die Verlautbarungen der Labour Party zwischen den zwei Polen von ideellen, sowie ökonomischen und geostrategischen Interessen. Das Wahlprogramm 1997 enthält zunächst nur das Argument der moralischen Verpflichtung. „Labour believes that we have a clear moral responsibility to help combat global poverty."[228] Die Aussagen der Wahlprogramme 2001 und 2005 bewegen sich hingegen wieder stärker im Bereich der ökonomischen und geostrategischen Interessen, betonen aber auch die moralische Komponente. Seit 2001 wird noch konkreter auf die Interdependenz im Zuge der Globalisierung und die

[227] The Labour Party: (FN 221), S. 19.
[228] The Labour Party: New Labour. Because Britain deserves better, Dale, Iain (Hrsg.): Labour Party General Election Manifestos 1900-1997, London, New York 2000, S. 381.

wachsende Bedeutung, die daraus für die Armutsbekämpfung besteht, eingegangen. Auch die Relevanz der Entwicklungspolitik im Kampf gegen den Terrorismus nahm im neuen Jahrtausend zu. Die Annerkennung der Komplexität der Entwicklungspolitik im Zeichen der Globalisierung wird im Wahlprogramm 2005 deutlich: „Domestic interests and international action are entwined more than ever before. Action on drugs, terrorism, people trafficking, AIDS, climate change, poverty, migration and trade all require us to work with other countries and through international organisations."[229]

Es sind im Untersuchungszeitraum also zwei große Argumente mit veränderter Gewichtung, die zur Begründung von Entwicklungspolitik dienen. Die moralische Verantwortung, die sich aus der Labour-Tradition herleiten lässt, steht neben ökonomischen und geostrategischen Interessen, wie es für die Labour Party gänzlich neu ist. Sicherlich sind auch der Faktor der Wählbarkeit und die Abgrenzung zum politischen Gegner in dieser Zweiteilung enthalten. So stärkte die lange Oppositionsphase die ideelle Komponente, da damit keine direkte Verantwortung verbunden war. Außerdem wollte man sich auf diese Art vom „pragmatischen" Stil unter Thatcher absetzen. Die radikale Ausrichtung auf die Wählerschaft unter New Labour stärkte hingegen das Argument der britischen Interessen, wie es innerhalb der konservativen Regierung häufig angeführt wurde. Obwohl innerhalb der Partei das ideelle Interesse überwiegt, ist die Parteispitze ambivalent. Hier scheint das Interesse sehr kontextabhängig und wird von pragmatischen Regierungspositionen überlagert, die in die Partei rückgebunden werden[230]. Auch wenn sich Teile des traditionellen Selbstverständnisses der Partei in den heutigen Positionen wieder finden, wird die Interessenformulierung heute deutlich durch die Parteispitze getragen und dominiert.

[229] The Labour Party: The Labour Manifesto 2005. Britain forward not back, London 2005, S. 83.
[230] Vgl. als beispielhaftem Konflikt zwischen Wunsch der Partei und Regierungswirklichkeit Taylor, Ian/Williams, Paul: The limits of engagement: British foreign policy and the crisis in Zimbabwe, in: International Affairs 78 (2002) 3, S. 547-565.

4.1.1.2.3. Interessendurchsetzung

Auch bei der Labour Party liegt zunächst der Schluss nahe, dass Durchsetzungskonflikte innerparteilich ausgetragen werden. Dies lässt sich an den Konfrontationen zwischen den beiden traditionellen Strömungen bis zur Befriedung der Partei und der Machtverlagerung in die Spitzen ab Mitte der 1980er Jahre klar zeigen. Die revisionistischen Sozialdemokraten waren bis Ende der 1970er Jahre die dominierende Gruppe innerhalb der Labour Party und haben deutliche Spuren in der Interessenartikulation der Partei hinterlassen. Nach der Wahlniederlage 1979 begann eine kurze Dominanz der Sozialisten. Da die enttäuschten Gewerkschaften ihre höchst einflussreiche Unterstützung von den Revisionisten auf die Linke verlagerten, hatten diese die Möglichkeit, ihre politischen Vorstellungen durchzusetzen. Mit dem Erstarken der Linken wurden deren Interessen in die Parteiartikulationen eingeführt.

Erst in Folge der desaströsen Wahlniederlage 1983 begann eine Phase, die zunehmend von den Parteiführung bestimmt wurde. Diese stützen sich bis heute vor allem auf die rechten Positionen innerhalb der Partei. Obwohl die Partei durch ihre Umstrukturierungen stark an internem Konfliktpotential verloren hat, ist häufiger Streit vor allem mit der traditionellen Linken zu beobachten.

Aber auch außerhalb der Partei wurden Koalitionen geschmiedet, um Einfluss über Plenum[231] und Committees hinaus in der langen Oppositionsphase zu ermöglichen. Jedoch gelang dies nur sehr gegrenzt. New Labour erkannte schließlich, dass mit dem traditionellen Klientel der Gewerkschaften und weiteren Linken der Machtgewinn und die Interessendurchsetzung kaum gelingen konnte. Daher fing Blair an, die Wählbarkeit der Partei zu vergrößern und neue Gruppierungen an die Partei heranzuführen.

[231] Es gibt vor 1997 einige Beispiele von Debatten im House of Commons über die unterschiedlichen Ansichten zur Entwicklungspolitik. Wobei die konservative Mehrheit Labour-Anträge niederstimmt. Exemplarisch soll hier auf einen Antrag von 1991 verwiesen werden, in dem Ann Clywd fordert: „I beg to move, that this House (…) calls on the Government (…) to set a timetable to meet the United Nations aid target of 0.7 per cent of gross national product." Lynda Chalker, Minister of State for Overseas Development, reagiert in der Folge darauf: „The Opposition motion is misconceived-it is a disgrace, and I ask the House to reject it." Der Antrag von Labour wird schließlich mehrheitlich abgelehnt. Vgl. House of Commons: Hansard, 14.05.1991, Column 208-250.

4.1.2. Nicht-Regierungs-Organisationen im Sektor der Entwicklungspolitik

Die gesellschaftlichen Akteure, die im Folgenden dargestellt werden sollen, sind sehr vielfältig und heterogen. Daher sollen nicht einzelne Gruppen herausgegriffen und tiefgehend behandelt werden, sondern es werden jeweils allgemeine Profile für die Sektoren angefertigt. Im Untersuchungszeitraum dominante Akteure, deren Interessen und Verhalten dienen hierbei als Referenz für das Gesamtprofil.

4.1.2.1.Entwicklung und Beschaffenheit des NGO-Bereichs

Obwohl es einige karitative Gruppen schon sehr lange gibt[232], hat die Bedeutung des NGO-Sektors im Bereich der Entwicklungspolitik erst seit den 1980er Jahren beträchtlich zugenommen. „The last two decades have seen a significant growth in the number, size and profile of Non-Governmental Organisations active in international development (…).“[233] Zwei Aspekte sollen diesen Sachverhalt verdeutlichen[234].
Ein erstes signifikantes Phänomen ist der quantitative Zuwachs an NGOs in Großbritannien in den letzten 30 Jahren. Eine Untersuchung der OECD hat ergeben, dass 64% der NGOs, die im Jahr 1993 die Charakteristika einer entwicklungspolitischen NGO erfüllten, erst seit 1976 entstanden sind[235]. Auch die Gesamtzahl der Gruppen ist mittlerweile sehr groß. „What is certain is that there are at least three hundred non-profit non-governmental organisations whose principal cause (…) lies in improving (…) the well-beeing of people in (…) the so-called ‘developing’ countries.”[236] Jedoch befindet sich unter dieser Großzahl von NGOs ein enormer Teil von extrem kleinen Gruppen,

---

[232] Vor allem die NGOs mit religiösem Hintergrund sind teilweise sehr alt, so etwa die „Church Missionary Society“ von 1799. Aber auch manche säkularen NGOs haben eine lange Geschichte, so geht „Save the Children Fund“ auf das Jahr 1919 zurück. Andere der heute prominenten Gruppen haben ihre Wurzeln in den Kriegsjahren, so etwa Oxfam von 1942 (als „The Oxford Committee for Famine Relief“) und Christian Aid von 1944 (als „Inter-Church Aid and Refugee Service“), vgl. hierzu Burnell, Peter: (FN 6); Burnell, Peter: Debate: NGOs and Poverty. Third World Charities in a Changing World, in: Community Development Journal 27 (1992) 3, S. 290-302.
[233] Woods, Adèle: (FN 6), S. 9.
[234] Wobei es jeweils schwierig ist, den kausalen Zusammenhang zwischen diesen Phänomenen selbst und dem vermeintlichen Bedeutungszuwachs des NGO Bereichs klar zu bestimmen. Dies ist für die vorliegende Arbeit aber auch nicht weiter relevant. Zur Frage nach den Ursachen der NGO Proliferation vgl. Burnell, Peter: (FN 6), S. 32-40.
[235] Vgl. Anhang VIII.
[236] Burnell, Peter: Debate: NGOs and Poverty, (FN 232), S. 290.

mit wenig Personal und finanziellen Mitteln. So akkumulieren die oberen 10% der NGOs 90% des Personals, und 90% der Gelder innerhalb dieses Sektors werden durch die Arbeit von 20% der Gruppen abgedeckt[237]. Darüber hinaus teilen sich die 10 größten NGOs einen Anteil an den Gesamtfinanzen von 61%.

Ein weiterer Hinweis auf die Bedeutung von NGOs im modernen Großbritannien ist ihre wachsende Anerkennung durch internationale Organisationen, die staatlichen Ausführungsorgane und die Gesellschaft. So hat die OECD seit 1988 die Bedeutung von NGOs aufgewertet und sie als potentiellen Partner für staatliche Hilfe anerkannt. „To us on the official side the NGO sector represents and educator of our publics, an aspect of our support, the origin of some of our policy, a welcome financial contribution, the source of insights on methodology and a vehicle for administering a portion of our official assistance."[238] Auch die Weltbank, UN-Organisationen und die EU schenken den NGOs seit den 80er Jahren mehr Bedeutung, und Dialoge sowie Zusammenarbeit sind keine Ausnahme mehr. Diese Tendenz ist ebenfalls auf der nationalen Ebene zu beobachten. Die staatlichen Ausführungsorgane erkennen seit den späten 1980er Jahren die zunehmende Relevanz der gesellschaftlichen Gruppen. Daher wurden in Großbritannien staatliche Finanzierungsmöglichkeiten für NGOs geschaffen[239]. Lynda Chalker, Minister of State for Overseas Development, erklärte: „The increased funding we are making available to NGOs is in recognition of the important role they have to play in overseas development."[240] Schließlich genießen die NGOs in der Bevölkerung, die auch eine wichtige Geldquelle darstellt, ein hohes Ansehen[241].

Die NGO-Landschaft ist hierbei sehr bunt und es ist schwierig, eindeutige Klassifikationen zu erstellen. Die Gruppen unterscheiden sich stark in ihrer Größe, ihrem Alter, ihrem inhaltlichen Fokus oder ihrer Ausdehnung. So stehen traditionelle Gruppen wie Oxfam[242], mit über 1500 Beschäftigten im In- und Ausland sowie einem

---

[237] Vgl. Anhang VIII.

[238] Wheeler, Joseph: Foreword, in: Organisation of Economic Co-operation and Development (Hrsg.): Voluntary Aid for Development. The role of Non-Governmental Organisations, Paris 1988, S. 5.

[239] Zunächst das „Joint Funding Scheme", vgl. dazu GBODA: The Joint Funding Scheme. Guidelines and Procedures, London 1994.

[240] Chalker, Lynda: The Role of NGOs in Today's World. The Cecil Jackson Cole Memorial Lecture, 26.10.1989, London 1989, S. 6.

[241] Eine gewisse Abhängigkeit ergibt sich gegenüber den Medien, die über Projekte berichten oder nicht berichten, vgl. Burnell, Peter: (FN 6), S. 18-20.

[242] Vgl. Gwynn, John: Introducing Oxfam, Oxford 1993.

breiten Spektrum an Aktivitäten und Themenfeldern, anderen NGOs gegenüber, die keine oder wenige Festangestellte beschäftigen, zunächst nur national operieren sowie den Fokus auf ein Zielland und einen Entwicklungsaspekt legen.

Während Gruppen wie Christian Aid bewusst mit religösen Bewegungen zusammenarbeiten, stellt dies bei säkularen Akteuren, so etwa Save the Children Fund (SCF), eher die Ausnahme dar. Für die vorliegende Arbeit sollen vor allem die NGOs im Mittelpunkt stehen, von denen angenommen werden kann, dass sie durch ihre Größe, finanziellen Mittel und Bedeutung in der NGO-Szene den größten Einfluss ausüben. Aus diesen Gruppen sollen Beispiele gewählt werden, die stellvertretend für den gesamten NGO-Bereich stehen können. So kann ein Interessenprofil abgeleitet werden. Einige Berechtigung erhält dieses Vorgehen durch die Heterogenität der 10 wichtigsten NGOs[243]. Darin enthalten sind universelle Vertreter wie Oxfam; Care und ActionAid; religiöse Gruppen wie Christian Aid, Tear Fund und Catholic Fund for Overseas Development (CAFOD) sowie spezielle Gruppen wie SCF, Voluntary Service Overseas (VSO), International Planned Parenthood Federation und UK Committee for the United Nations Childrens' Fund (UNICEF-UK). Somit wird ein großer Teil der verschiedenen Merkmale britischer NGOs in der Entwicklungspolitik abgedeckt. Ergänzt werden soll diese Gruppe durch das World Development Movement (WDM), das zwar über keine herausragenden Finanzmittel verfügt, aber vor allem als prominente „Pressure Group"[244] gegenüber staatlichen Organen in den 90er Jahren eine wichtige Rolle gespielt hat.

Diese Gruppen sind auch in den wichtigen NGO-Koalitionen vertreten. Die British Overseas Agencies Group (BOAG)[245] ist der wichtigste und einflussreichste Zusammenschluss. „(...) [T]hose are the NGOs that are taken most seriously by the British government and the ones that have the most contact with the British government."[246] Daneben besteht mit „British Overseas NGOs for Development"

---

[243] Wichtigkeit bezieht sich hier auf ihre Größe und finanziellen Kapazitäten, was allerdings gleichzeitig für ihre Bekanntheit stehen kann, da viel Geld aus der Bevölkerung kommt, vgl. Anhang VIII.

[244] Nach der Definition von Grant sind alle Gruppen, die hier einbezogen werden auch Pressure Groups. „A pressure group is an organisation which seeks as one of its functions to influence the formulation and implementation of public policy, said public policy representing a set of authoritative decisions (...).". Vgl. Grant, Wyn: Pressure Groups, Politics and Democracy in Britain, Hertfordshire 1995, S. 9.

[245] Eine Koalition von fünf zentralen NGOs. Zur Zeit sind es Christian Aid, ActionAid, CAFOD, SCF und Oxfam, vgl. BOAG: A response from the British Overseas Agencies Group (BOAG) on the start of war on Iraq, 20.03.2003, http://christian-aid.org.uk/news/stories/030317s.htm [10.02.2006].

[246] Interview mit ActionAid Vertreter Tom Sharman, Anhang IX, Frage 1.

(BOND)[247] ein Netzwerk, das einen Großteil aller Gruppen abdeckt und ebenfalls eine besondere Relevanz besitzt. Schließlich gibt es mit der „Independent Group on British Aid“ (IGBA) einen Zusammenschluss von Wissenschaftlern und NGO Aktiven[248], die sowohl durch Publikationen, als auch durch Lobbying immer wieder in Erscheinung treten. Die Gruppe besitzt ein schillerndes Image, da sie bereits in den frühen 1980er Jahren durch Publikationen eine ungewöhnliche Popularität erreichte[249].

4.1.2.2.Interessen der NGOs

Das Interessenspektrum britischer NGOs in der Entwicklungspolitik lässt sich besonders signifikant in den Verlautbarungen der multi-funktionalen Gruppen finden. Sie bilden durch ihre Vielseitigkeit ein breites Spektrum an Dimensionen ab. Oxfam erklärt hierzu: „Oxfam’s main objectives are: To relieve poverty, distress and suffering in any part of the world (...) and in connection therewith to educate the public concerning the nature, causes and effects thereof.”[250] Der Fokus aller NGOs liegt in der Bekämpfung der Armut in der Dritten Welt. „(...) [O]verall is the elimination of world poverty.“[251] Allerdings geht der Armutsbegriff hier weit über ökonomische Armut hinaus. Armut hat im Verständnis der NGOs viele Gesichter und verschiedene Gruppen zielen, direkt oder indirekt, auf verschiedene Phänomene von Armut. Deutlich werden einige Facetten von Armut bei ActionAids „Rights based approach”[252], der ein Recht der Menschen in der Dritten Welt bezogen auf verschiedene Aspekte der Entwicklungspolitik propagiert. „(…) [T]here are the six areas we focus on: Right to education, right to food, right to human security in conflict and emergencies, right to a

[247] BOND hat über 290 Mitgliedsgruppen und fungiert nicht nur als Koordinationsorgan, sondern auch als Lobbyplattform, vgl. BOND: About BOND, http://www.bond.org.uk/aboutus/index.html [10.02.2006].
[248] Den Vorsitz der Gruppe hatte lange Zeit Charles Elliott inne, der zunächst in der Wissenschaft tätig war, dann als Special Advisor für die Regierung arbeitete und ab 1982 Direktor bei Christian Aid wurde. Weitere langjährige Mitglieder sind Adrian Hewitt, der jetzt den Vorsitz führt, Paul Mosley, Simon Maxwell, John Clark und John Mitchell. Alle kommen aus der Wissenschaft oder sind NGO-Funktionäre, vgl. IGBA: Real Aid: A Strategy for Britain. Report of the Independent Group on British Aid, London 1982, S. 1.
[249] Vgl. IGBA: (FN 248); IGBA: Aid is not enough. Britain’s Policies to the World’s Poor. Report of the Independent Group on British Aid, London 1984; IGBA: Real Aid: Missed Opportunities. Britain and the Third World. Report of the Independent Group on British Aid, London 1986; IGBA: Real Aid: What Europe can do, London 1990.
[250] Gwynn, John: (FN 242), S. 1.
[251] Anhang IX, Frage 2.
[252] Vgl. Anhang IX, Frage 2.

life in dignity in the face of HIV/Aids, right to just and equitable governments and women's rights as an overall one."[253] Dass diese Liste immer noch nicht vollständig ist, beweisen beispielsweise SCF oder UNICEF-UK, die die Kinderfürsorge in den Mittelpunkt rücken[254]. Der Armutsfokus eint die vielfältigen Gruppen, auch wenn ihre Strategie und Beweggründe sehr heterogen ausfallen mögen. Selbst Gruppierungen, die sich die Aufklärung der britischen Bevölkerung auf die Fahnen geschrieben haben, so auch Oxfam, tun dies zunächst im Interesse der Armutsbekämpfung. Allerdings offenbart gerade dieses Mittel ein zweites Interesse, das den britischen NGOs zugeschrieben werden kann. Die Bevölkerungsaufklärung, ebenso die Interaktion mit den Medien oder lautstarke Aktionen[255], zielen zwar indirekt auf die Armutsbekämpfung, dienen aber auch der Popularität dieser Gruppen und der ganzen Sparte, die sie für den Erhalt finanzieller Zuflüsse benötigen. Da viele Geldmittel durch Spenden aus der Bevölkerung bezogen werden, sind Bekanntheit und Image wesentliche Kriterien für das eigene Überleben. Auch der wachsende Anteil staatlicher Zuwendungen für NGOs hängt in seiner Verteilung zumindest teilweise von der gesellschaftlichen Wahrnehmung und Bedeutung einer Gruppe ab. Somit ist ein zweites Interesse der Selbsterhalt, der durch Bekanntheit und Bedeutung garantiert werden soll. Obwohl einige Gruppen alternative Finanzierungskanäle haben, bleibt die Abhängigkeit von Spenden oder staatlichen Zuwendungen kritisch. Es kann angenommen werden, dass dies bei Gruppierungen mit regulärem Personal von größerer Relevanz ist, da hier der Selbsterhalt, durch die Gefahr der Arbeitslosigkeit, eine tiefergehende Dimension erhält.

Im Untersuchungszeitraum stellen die NGOs in zahlreichen Memoranden ihre Positionen zu bestimmten Sachverhalten dar. So äußerten sich NGOs im Rahmen der Untersuchung zum Pergau Dam und der damit verbundenen Revision der „Aid and Trade Provision"[256] (ATP) vor dem Foreign Affairs Committee[257]. Das WDM fasst

---

[253] Anhang IX, Frage 2.

[254] Vgl. Burnell, Peter: (FN 6), S. 67-72.

[255] So etwa die gewaltige Kampagne „Make Poverty History" die 2005 durch NGOs in Großbritannien durchgeführt wurde. Die Aktion enthielt unter Anderem auch Demonstrationen, Unterschriften- und E-Mailaktionen, sowie Fernsehspots. Vgl. BOND: Make poverty history, http://www.makepovertyhistory.org/ [05.02.2006].

[256] Bei ATP handelte es sich um ein Mixed Credit System zur Unterstützung der britischen Exporteure und sonstige Unternehmen bei Investitionen im unterentwickelten Ausland. Mit dem ATP Programm unterstützte die britische Regierung, über technische Hilfe oder mit vergünstigten Krediten, Großprojekte im Ausland, sofern ein britisches Unternehmen den Auftrag dafür erhielt. Dadurch wurde das Angebot

zentrale Forderungen zusammen. Sie fordern die Abschaffung der ATPs, die Abschaffung von Lieferbindung[258] in der Entwicklungshilfe und ein neues Gesetz zur Sicherung der Nutzung von Entwicklungshilfe für die Bekämpfung der Armut[259]. Auch die Eigenständigkeit der Entwicklungspolitik auf staatlicher Ebene wird gefordert. „The Overseas Development Administration should be re-established as a separate ministry with cabinet status to prevent manipulation of the aid budget to serve policy objectives incompatible with aid policy."[260] Auch ActionAid und Oxfam argumentieren in dieselbe Richtung und bemängeln den Anteil ökonomischer Interessen hinter der Entwicklungspolitik. „Oxfam also believes that the ODA should seek to re-assert the subordination of commercial interests to development considerations by taking steps to untie the rest of British aid."[261] Im gleichen Jahr beschreiben die ActionAid, Oxfam, CAFOD, Christian Aid, One World Action und SCF in einem gemeinsamen Memorandum ihre Skepsis gegenüber der multilateralen Hilfe. „British NGOs are concerned at the impact growing multilateral commitments (particular to the EU) are having on the British bilateral aid budget."[262] Sie befürchten, dass ein wachsender multilateraler Anteil ohne bilateralen Ausgleich bleibe. Das Hauptproblem ergibt sich aus dem Herzstück der EU Entwicklungshilfe, dem Lomé-Vertrag zwischen den AKP-Staaten[263] und der EU. „There is concern that Lomè is weak on poverty orientation."[264] Ähnlich äußern sich diese Gruppen auch in den wenigen weiteren Committee-

---

des britischen Bewerbers erheblich attraktiver für das Zielland. Vgl. Morrissey, Oliver: An Evaluation of the Economic Effects of the Aid and Trade Povision, in: The Journal of Development Studies 28 (1991) 1, S. 104-129; May, Ranald S./Schumacher, Dieter/Malek, Mohammed H.: Overseas Aid. The Impact on Britain and Germany, Hertfordshire 1989, S. 73-87.

[257] Das Foreign Affairs Committee befasste sich bis 1997 mit den Fragen der Entwicklungspolitik. Erst ab 1997 gibt es das International Development Committee.

[258] Lieferbindung bezeichnet die „(...) vertragliche Bindung von Kapitalhilfe an Lieferungen und Leistungen aus dem Geberland". Durch die Verknüpfung von offizieller Finanzhilfe an die Verwendung dieser Mittel für Produkte oder Dienstleistungen des Geberlandes, sollte die eigene Wirtschaft unterstützt werden. Vgl. Nohlen, Dieter: Lieferbindung, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorie, Begriffe, Personen, Reinbek 2002, S. 523.

[259] Vgl. WDM: Memorandum, in: Foreign Affairs Select Committee (Hrsg.): 3rd Report. Public Expenditure: The Pergau Hydro-Electric Project, Malaysia, the Aid and Trade Provision and related matters, Volume II, London 1994, S. 129.

[260] WDM: (FN 259), S. 129.

[261] Oxfam: Memorandum, in: Foreign Affairs Select Committee (Hrsg.): 3rd Report. Public Expenditure: The Pergau Hydro-Electric Project, Malaysia, the Aid and Trade Provision and related matters, Volume II, London 1994, S. 171.

[262] ActionAid/Oxfam/CAFOD/Christian Aid/One World Action/SCF: Memorandum, in: Foreign Affairs Select Committee (Hrsg.): 1st Report. Monitoring of the European Community overseas aid programme, London 1994, S. 27.

[263] Staatengruppe aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik.

[264] ActionAid/Oxfam/CAFOD/Christian Aid/One World Action/SCF: (FN 262), S. 29.

Berichten, die zwischen 1990 und 1997 zur Entwicklungspolitik erstellt wurden. Obwohl die Töne nach 1994 versöhnlicher wurden, bleibt der Kern der Kritik bestehen. Deutlich positiver äußerten sich Gruppen während der Diskussion um das Weißbuch zur Entwicklungspolitik 1997 im International Development Committee. Sowohl Oxfam als auch das WDM, die IGBA, Tear Fund, Christian Aid, BOND, CAFOD und SCF begrüßen das WP ausdrücklich. Obwohl kleinere Kritikpunkte vorgebracht wurden, ist die Gesamteinschätzung äußerst wohlwollend. „The Independent Group on British Aid does not submit this Memorandum to the Committee in order to carp, but to praise the new development vision displayed in the White Paper.“[265] Die Beiträge zum zweiten WP 2001 fallen dagegen wieder skeptischer aus. Die NGOs artikulieren einige Reibungsflächen, die mit dem Staat bestehen[266]. So äußert ActionAid beispielsweise Zweifel an dem entwicklungspolitischen Nutzen von Handelsliberalisierungen unter den bestehenden Handelsregulierungen[267]. SCF formuliert prägnant die Ungeduld, die viele NGOs gegenüber dem Staat haben. „While we are therefore pleased with the general direction of the paper and we do recognise that there is a time lag between policy change and change in practice, we now need to see concrete evidence of a real shift among key players.”[268] Nur die Abschaffung der Lieferbindung wird vorbehaltlos begrüßt. „SC[F] UK welcomes the untying of aid from April 2001, which follows many years of NGO sector campaigning of this issue.”[269]

4.1.2.3.Interessendurchsetzung

Bevor auf Mittel und Wege eingegangen werden kann, muss eine wichtige Unterscheidung eingeführt werden, die wesentliche Auswirkungen auf den Handlungsspielraum von NGOs hat. „In the sphere of overseas aid and development, charities are a major constituent of Britain’s NGOs”[270] Ein Großteil der NGOs im

---

[265] IGBA: Memorandum, in: International Development Select Committee (Hrsg.): 2nd Report. The Development White Paper, London 1997, Appendix 8, S. 40.
[266] Vor allem im Bereich des Handels gibt es einige Meinungsverschiedenheiten, vgl. Anhang IX, Frage 1.
[267] Vgl. ActionAid: Memorandum, in: International Development Select Committee (Hrsg.): 1st Report. The Globalisation White Paper, London 2001, Appendix 7, S. 29.
[268] SCF: Memorandum, in: International Development Select Committee (Hrsg.): 1st Report. The Globalisation White Paper, London 2001, Appendix 11, S. 41.
[269] SCF: (FN 268), S. 41.
[270] Burnell, Peter: (FN 6), S. 2.

Sektor der Entwicklungspolitik sind „Charities“[271], ein juristischer Status, der steuerrechtliche und legale Vorteile durch den Staat beinhaltet. Eine NGO kann als Charity anerkannt werden, sofern sie nachweisen kann, dass ihre Ziele und Aktivitäten rein wohltätig sind[272]. Der Charity-Status hat große Bedeutung für die Einflussnahme von NGOs, da er auch unpräzise Verhaltensregeln[273] beinhaltet, die NGOs von lautstarken politischen Aktivitäten fernhalten sollen. Hier kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen Gruppierungen, die, nach Ansicht der Charity Commission die Grenzen der zulässigen Aktivitäten überschritten haben. So sind die Charities meist gemäßigt in ihrer Einflussnahme, da vor allem der finanzielle Vorteil durchaus beträchtlich ist. Daneben stehen Gruppen, die sich bewusst für die Einflussnahme auf Gesellschaft und Staat entschieden haben und hier bereit sind, vielfältige Mittel einzusetzen. „Most NGOs in Britain are registered charities, but some are concerned purely with campaigning and therefore do not qualify for charitable status.”[274] Der Unterschied zwischen dem politischen Potential einer Charity und anderen Gruppen zeigt sich deutlich im Rahmen des Pergau Dam Skandals 1994, bei dem das WDM die Regierung für den Missbrauch von Entwicklungshilfegeldern verklagt hat. Ein solches konfrontatives Verhalten wäre für eine Charity kaum vorstellbar.

Grundsätzlich können zunächst drei Wege der Einflussnahme unterschieden werden. „We probably tend to use three different strands and within that different aspects. So we have lobbying as one area, we’d have media as another area and we’d have public campaigning as a third area.”[275] Lobbying wird vor allem gegenüber der Regierung und Regierungsvertretern, sowie dem administrativen Unterbau betrieben. Des Weiteren werden Kontakte zu relevanten Parlamentariern, etwa Mitgliedern des International

---

[271] Von den 11 zentralen Gruppen auf die hier Bezug genommen wird, sind seit einigen Jahren alle Charities. Jedoch war das WDM bis 1997 keine Charity.

[272] Anerkennung, Verwaltung und Kontrolle erfolgt über die Charity Commission. Die Rechtsgrundlage stellen der Charities Act von 1992 und 1993 dar. Seit einigen Jahren befindet sich ein neues Gesetz im legislativen Prozess, das bis Mitte 2006 in Kraft treten soll. Vgl. zu der Gesetzeslage und dem Gesetzgebungsprozess, Home Office Communities: Charity Law and Regulation, http://communities.homeoffice.gov.uk/activecomms/charity-law-and-reg/reform-charity-legislation/ [05.02.2006]; vgl. zur Charity Commission, Charity Commission: Homepage, http://www.charity-commission.gov.uk/ [05.02.2006].

[273] Diese Prinzipien sind nicht festgesetzt und wurden nie juristisch ausgetestet. Sie haben sich vielmehr über viele Jahre eingependelt, vgl. Burnell, Peter: (FN 6), S. 7-9.

[274] Robinson, Mark: An uncertain partnership: the Overseas Development Administration and the voluntary sector in the 1980s, in: Bose, Anuradha/Burnell, Peter (Hrsg.): Britain’s overseas aid since 1979. Between idealism and self-interest, Manchester, New York 1991, S. 160.

[275] Anhang IX, Frage 3.

Development Committee, hergestellt. Die Intention ist ein maximaler Effekt auf die Gestaltung der Entwicklungspolitik. Bedingt durch das britische politische System, fällt ein Großteil der Aufmerksamkeit auf die Mitglieder der Mehrheitsfraktion im Parlament. ActionAid argumentiert in Bezug auf die aktuelle Regierung: „We don't have the resources to go and speak to every single MP, so you have to be a bit strategic and look where the priorities are and it's a Labour government so it's Labour MPs that we are usually trying to influence."[276] Informations- und Gedankenaustausch soll dann Einfluss auf die Entwicklungspolitik ausüben. Hier werden NGO-Koalitionen genutzt, aber auch bilaterale Gespräche zwischen NGOs und Vertretern der Exekutive oder Legislative finden statt. Auch bei offiziellen Anhörungen von Committees werden NGOs und NGO-Koalitionen zu Themen der Entwicklungspolitik einbezogen.

Neben dem direkten Beeinflussen der Regierung wird über die Medien und durch Kampagnen versucht, die Entwicklungspolitik im eigenen Interesse zu beeinflussen. „The aid agencies acknowledge the vital contribution which the media can make to publicising their cause."[277] Hierfür wird über gezielte Medienarbeit, themenspezifische Netzwerke[278] und öffentlichkeitswirksame Aktionen versucht, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und Druck auf die Regierung auszuüben. Dies dient auch wesentlich der eigenen Popularität und steigert den Bekanntheitsgrad. Vor allem das positive Image der NGOs und die zunehmende Sensibilität der britischen Regierung gegenüber dem Medienkonzert machen diese Mittel zu einer nützlichen Ergänzung des Lobbying[279]. Durch eine aktive Öffentlichkeitsarbeit gegenüber einer mediensensiblen Regierung kann der Einfluss von NGOs auf eine vermeintlich billige Weise erheblich erhöht werden[280]. Da aber gerade Kampagnen einen sehr hohen Aufwand mit sich bringen, ist dies nur für breite Koalitionen tragbar. Sie werden daher eher selten durchgeführt.

Es ist insgesamt schwierig, das tatsächliche Gewicht der NGOs zu messen. In der britischen Verbändeforschung hat sich eine Unterscheidung zwischen „Insidern", als

---

[276] Anhang IX, Frage 3.1.

[277] Burnell, Peter: Debate: Third World Charities in Britain towards 2000, in: Community Development Journal 28 (1993) 1, S. 71.

[278] „(…)[T]rade has the trade justice movement, debt has jubilee debt campaign, aid has his new UKAN – UK Aid Network (…)." Anhang IX, Frage 1.

[279] Beispielsweise veröffentlichte ActionAid 2005 einen Bericht, nach dem 29% Prozent der britischen Entwicklungshilfe (vor allem die Bereiche Schuldenerlass und technische Unterstützung) „Phantom Hilfe" sei. Das DFID reagierte äußerst ungehalten auf diesen öffentlichen Vorwurf, vgl. Financial Times London: EU plan to double aid is greeted with caution: Development campaigners are doubtful whether some member countries will meet their existing targets, 7.05.2005.

[280] Ein wesentlicher Nachteil von NGOs gegenüber Wirtschaftsverbänden ist ihre finanzielle Schwäche.

Gruppen mit direktem Zugang zu Whitehall, und „Outsidern“, also schlecht repräsentierten Gruppen, durchgesetzt[281]. Nach dieser Unterscheidung liegen die Kriterien für das Erreichen des Insider-Status vor allem in Mitgliederstärke, Expertenwissen, Übereinstimmung mit der regierenden Partei und Sanktionsgewalt[282]. Für die 1990er Jahre kann angenommen werden, dass die entwicklungspolitischen NGOs von einer Outsider-Position in eine Insiderrolle aufgerückt sind. Obwohl NGOs nach wie vor über wenig Mitglieder und vor allem kaum über Sanktionsgewalt verfügen, ist ihr Expertenwissen heute sehr gefragt[283]. Da stärkere personelle Überschneidungen mit der Labour Party vorhanden sind als dies mit den Konservativen der Fall ist, haben die NGOs seit 1997 zusätzlich an Gewicht gewonnen. Außerdem ist durch das Entwicklungsministerium ein Anknüpfungspunkt entstanden, der deutlich mächtiger ist als sein Vorgänger. Da die NGOs aber über keine Sanktionsgewalt verfügen, laufen sie weiterhin Gefahr, übergangen zu werden. Gerade Charities haben durch ihren engen politischen Spielraum kaum Potential in diesem Bereich. Die Medien dienen hier nicht nur als Mittel zum Selbsterhalt über Popularität, sondern auch als mittelbares Druckmittel[284].

4.1.3. Interessengruppen aus dem Wirtschaftssektor

Die Interessengruppen, die sich im Sektor der Wirtschaft bewegen, lassen sich zunächst in zwei große und häufig konkurrierende Lager aufteilen. Auf der einen Seite stehen die Arbeitnehmer, die sich in Gewerkschaften zusammenschließen, um ihre Interessen gegenüber den Arbeitgebern und dem Staat durchzusetzen. Dem gegenüber stehen die Interessen der Unternehmer, die häufig als Einzelakteure, aber auch in Verbänden versuchen, vor allem die Politik in ihrem Sinne zu beeinflussen. Obwohl das Interesse der wirtschaftlichen Akteure zunächst auf den nationalen Wirtschaftssektor ausgerichtet

[281] Die Begriffe, die von Wyn Grant eingeführt wurden, werden in zahlreichen Arbeiten aufgegriffen. Vgl. Grant, Wyn: Pressure Groups, in: Lancaster, Steve (Hrsg.): Developments in Politics. An Annual Review, Volume 10, Lancashire 1999, S. 21-41; Jordan, A. Grant/Richardson, Jeremy: Government and Pressure Groups in Britain, Oxford 1987, S. 30-40; Morrissey, Oliver/Smith, Brian/Horesh, Edward: (FN 5), S.57; Clarke, Michael: British External Policy-making in the 1990s, Houndmills, Basingstoke, Hampshire, London 1992, S. 145.
[282] Vgl. Saalfeld, Thomas: Großbritannien. Eine politische Landeskunde, Opladen 1998, S. 81-82.
[283] Betrachtet man die Äußerungen von Regierungsvertretern, so hat die Anerkennung des Expertenwissens durch die Regierung in den späten 1980er Jahren eingesetzt und seitdem zugenommen.
[284] Vgl. zur Rolle der Medien in der Outsider Definition . Saalfeld, Thomas: (FN 282), S. 81.

ist, haben Teile beider Lager auch im Politikfeld der Entwicklungspolitik Interessen und bemühen sich, diese einzubringen. Während auf Seiten der Arbeitnehmer vor allem die sehr großen Gewerkschaften auch Interessen in der Entwicklungspolitik formulieren, sind es bei den Unternehmern vor allem kleine und spezielle Koalitionen sowie Einzelakteure, die bemüht sind, ihren Einfluss zu maximieren.

4.1.3.1.Unternehmerinteressen in der Entwicklungspolitik

Unabhängig vom Politikfeld zielt die Unternehmerseite gemäß ihrer natürlichen Logik vor allem auf möglichst günstige Bedingungen für ihre eigenen Geschäfte. „British business interests are clearly guided by self-interest."[285] Gerade Exporteure und transnationale Firmen sehen Möglichkeiten, auch Entwicklungspolitik in diesem Sinne nutzbar zu machen. Neben den Einzelunternehmen spielen drei Verbände eine herausragende Rolle. Zunächst die „Confederation of British Industry" (CBI)[286], die den Dachverband der britischen Wirtschaft darstellt. „The CBI is still the most prominent feature of business lobbying and governments of both political persuasions have shown a willingness to treat with it."[287] Aber trotz ihrer einflussreichen Position gegenüber dem Staat ist die CBI nicht die einzige und auch nicht immer die favorisierte Vertretung der Exportunternehmer. „The fundamental problem with the CBI is its wide membership, reflecting the difficulty of defining business interests because firms are a disparate and competitive grouping."[288] Daher fühlen sich Firmen häufig nicht optimal vertreten und nutzen andere Wege der Einflussnahme. Die „Export Group for the Constructional Industries" (EGCI)[289] und das „British Consultants Bureau"[290] sind die prominentesten Beispiele von sektorenspezifischen Verbänden, die auf die

[285] Bose, Anuradha: Aid and the business lobby, in: Bose, Anuradha/Burnell, Peter (Hrsg.): Britain's overseas aid since 1979. Between idealism and self-interest, Manchester, New York 1991, S. 126.
[286] In Bezug auf Entwicklungspolitik war innerhalb der CBI Anfang der 1990er Jahre vor allem das Export Finance and Promotion Committee wichtig, das die Positionen des CBI in diesem Bereich definiert hat. Seit einigen Jahren ist dieses Committee nicht mehr vorhanden und Positionen zur Entwicklungspolitik werden themenabhängig in verschiedenen Policy Units erarbeitet, vgl. Morrissey, Oliver/Smith, Brian/Horesh, Edward: (FN 5), S. 61-63.
[287] Bose, Anuradha: (FN 285), S. 134.
[288] Morrissey, Oliver/Smith, Brian/Horesh, Edward: (FN 5), S. 61.
[289] Die EGCI umfasst beinahe alle britischen Firmen aus dem Baugewerbe, die international tätig werden. Vgl. Bose, Anuradha: (FN 285), S. 136-139.
[290] Das British Consultants Bureau vertritt Beratungsunternehmen aus verschiedenen Sparten. Der Großteil sind Ingenieurbüros, aber auch Firmen aus der Wirtschaftsberatung, Beratung in der Landwirtschaft oder andere Sparten. Vgl. Bose, Anuradha: (FN 285), S. 139-14.

Entwicklungspolitik Einfluss nehmen. Während die Verbände für pauschal vorteilhafte Bedingungen für ihre Mitglieder und den Wirtschaftszweig eintreten, kämpfen Einzelunternehmen für ihren eigenen und konkreten Vorteil[291]. Sie treten nur in Erscheinung, wenn sich eine akute Vorteils- oder Gefahrenperspektive für sie ergibt. Obwohl das Feld der wirtschaftlichen Repräsentation heterogen ist, wird es durch ihr Interesse geeint. Wie bereits angemerkt, ist das Interesse der gesamten Unternehmenslobby, Situationen zu schaffen, die einen möglichst großen ökonomischen Nutzen für sie bieten. Unternehmer und deren Vertreter bemühen sich also, die Entwicklungspolitik in eine Richtung zu beeinflussen, in der sich Perspektiven und Hilfen für die britische Wirtschaft, bzw. sie selbst, ergeben. „Their demands are extremely specific, for example more money for ATP and more help for British business in entering and retaining markets overseas."[292]

Die konkrete Ausgestaltung dieses Interesses zeigt sich in Großbritannien vor allem an zwei Aspekten der Entwicklungspolitik. „Large firms (...) have the strongest vested interest in the British aid budget both because of the importance of LDC markets and the availability of aid support to foreign competitors."[293] So werden Mixed Credit Systeme befürwortet, die die eigenen Investitionsbemühungen in Entwicklungsländern durch staatliche Entwicklungshilfe ergänzen. Es wird argumentiert, nur dadurch sei die Konkurrenzfähigkeit gegenüber Unternehmen in anderen DAC-Ländern[294] zu erreichen, die ebenfalls Vorteile durch staatliche Unterstützung genießen[295]. Da im Falle von Großprojekten zahlreiche Zulieferer und externe Spezialisten aus Großbritannien den eigentlichen Vertragspartner unterstützen, haben auch diese Kleinunternehmen ein großes Interesse an einer derartigen Entwicklungspolitik[296]. „The potential benefits of an aid and trade strategy are visible, largely measurable, and affect a small group directly."[297]

---

[291] Je größer ein Unternehmen, umso weniger wird es sich über Verbände repräsentieren lassen. Bei entsprechender Größe verfügt ein Unternehmen über die Kapazitäten und die Finanzkraft, ein erfolgreiches Lobbying unabhängig durchzuführen. Vgl. Moran, Michael: (FN 122), S. 126.
[292] Bose, Anuradha: (285), S. 132.
[293] Morrissey, Oliver/Smith, Brian/Horesh, Edward: (FN 5), S. 57.
[294] 22 Staaten, sowie die Kommission der EU sind Teil des Development Assistance Committees (DAC), einer der Arbeitsgruppen der OECD die sich mit der Verbesserung und Erfassung von Entwicklungspolitik und –hilfe befassen.
[295] Vgl. einen Kommentar von Alick Goldsmith, Generaldirektor der EGCI, in der Times. Vgl. The Times: Aid and Trade, 04.02.1994.
[296] Vgl. Morrissey, Oliver/Smith, Brian/Horesh, Edward: (FN 5), S. 57.
[297] Morrissey, Oliver/Smith, Brian/Horesh, Edward: (FN 5), S. 59.

Der zweite Aspekt neben dem Mixed Credit System ist die Lieferbindung der Entwicklungshilfe. Die Lieferbindung, die Entwicklungshilfe an den Kauf von britischen Produkten bindet, stellt einen zweiten offensichtlichen Nutzen für die Exportindustrie dar.

Neben diesen zwei Inhalten von Entwicklungspolitik wird für eine insgesamt wirtschaftsfreundlichere Ausgestaltung des Politikfeldes eingetreten. So werden etwa einfachere Zugangsmöglichkeiten zu den Märkten des Südens oder stabilere Kreditgarantien[298] durch die Regierung gefordert.

Deutlich werden diese Aspekte in dem Papier der EGCI „Aid, Trade, and Survival"[299], eines der wenigen Papiere der Wirtschaftsvertreter, das klare Positionen öffentlich darstellt[300]. Vor allem das Argument der internationalen Konkurrenz wird hier stark gemacht. „The world is a competitive place and the only test of success is whether a country and its companies and people do better or worse than the competition. This applies to aid policies as much as anything else."[301] Die Reduzierung und Erschwerung von Mixed Credits, das Zurückfahren von Lieferbindungen, eine instabile Außenwirtschaftspolitik[302] und unklare Zielvorgaben in der Entwicklungspolitik würden die Position der britischen Unternehmen im internationalen Konkurrenzkampf schwächen. Dies schade nicht nur den Unternehmen, sondern auch Großbritannien. In diesem Kontext wird das GBODA eher als hinderlich angesehen und der Vorschlag unterbreitet, mehr Kompetenzen auf andere Ministerien zu verteilen[303]. Die multilaterale Hilfe wird kritisch gesehen. „The control which UK government has over the allocation to specific projects is greater in the case of bilateral aid, and it is usual for such aid to be spent on obtaining resources form the donor country."[304]

---

[298] Das Export Credits Guarantee Department (ECGD) wird zwar gelobt, aber seine Ziele wären politisch zu vage formuliert und die schwankenden Wechselkurse und Leitzinsen erschwerten ökonomische Kalkulationen. Vgl. McGregor, Peter: Aid, Trade, and Survival. A Review of Government Policies Towards Development Aid and the Deployment of British Skills in the Assistance of Developing Countries. The Export Group for the Constructional Industries, London 1985.

[299] Vgl. McGregor, Peter: (FN 298).

[300] Dieses Papier ist zwar schon von 1985, es kann aber angenommen werden, dass die Interessen und Argumente der Unternehmerseite eine hohe Konstanz besitzen und das Papier daher auch für den Untersuchungszeitraum Relevanz besitzt. Vereinzelte Stellungnahmen der Akteure innerhalb des Untersuchungszeitraums, sowie die Sekundärliteratur verstärken diese Annahme.

[301] McGregor, Peter: (FN 298), S. 17.

[302] Vgl. hierzu McGregor, Peter: (FN 298), S. 3.

[303] Vgl. McGregor, Peter: (FN 298), S. 17.

[304] McGregor, Peter: (FN 298), S. 2.

Die Wichtigkeit des ATP Programms für die britische Wirtschaft wird im Zuge des Skandals um dieses Programm 1994 deutlich. Profitierende Unternehmen und Verbände kämpften hier für den Erhalt des Programms. „It is extremely important to British contractors working in international markets, and to their British subcontractors and suppliers, that the ATP budget be maintained, and indeed expanded at the first possible opportunity."[305] Sie sehen mehr Vorteile als Nachteile in diesem Programm und fürchten den negativen Effekt durch Pergau. So äußerte sich Robbin Biggam, ein Vertreter von Balfour Beatty[306]:„I am just worried that partly as a result of the debate on Pergau, the United Kingdom Government is going to turn its back on major projects and it is major projects that create jobs."[307] Als 1997 das ATP Programm schließlich abgeschafft wurde[308], blieben die Lieferbindungen und das ECGD als wichtige Komponenten für die britische Wirtschaft. „The CBI strongly welcomes the Government's commitment not to untie British bilateral aid unilaterally(…)[309]." Im Zuge der Umgestaltung des ECGD 1999 unterstreicht das CBI die Bedeutung dieser Einrichtung. „The ECGD remains crucially important to UK business success in international markets. A wide range of sectors of UK business would be seriously disadvantaged without ready access to a competitive, user-friendly credit agency."[310] Überraschend schwach ist das Echo, als 2001 auch die Lieferbindung fällt. Die wirtschaftliche Bedeutung der Entwicklungsländer oder der entwicklungspolitischen

---

[305] EGCI: Memorandum, in: Foreign Affairs Select Committee (Hrsg.): 3rd Report. Public Expenditure: The Pergau Hydro-Electric Project, Malaysia, the Aid and Trade Provision and related matters, Volume II, London 1994, S. 289.

[306] Balfour Beatty ist das zweitgrößte Unternehmen in der britschen Baubranche. Es ist mittlerweile von BICC (einem Unternehmen zur Kabelversorgung und -herstellung aller Art) übernommen worden. Balfour Beatty war zentraler Vertragspartner beim Bau des Pergau-Damms. Vgl. Balfour Beatty: History, http://www.balfourbeatty.com/bbeatty/aboutus/history/1990/ [10.02.2006]

[307] Robin Biggam zitiert in Foreign Affairs Select Committee: Minutes of Evidence, in: Foreign Affairs Select Committee (Hrsg.): 3rd Report. Public Expenditure: The Pergau Hydro-Electric Project, Malaysia, the Aid and Trade Provision and related matters, Volume I, London 1994, S. 1.

[308] Zur Abschaffung äußert sich die EGCI wie folgt: „The Export Group is concerned that the decision to abolish ATP may in practice mean that the UK will have no means of providing competitive financing in future (...)." Die CBI erklärt, dass sie „(…) regretting the demise of the Aid and Trade Provision (…)." Vgl. EGCI: Memorandum, in: International Development Select Committee (Hrsg.): 2nd Report. The Development White Paper, London 1997, Appendix 22, S. 74; CBI: Memorandum, in: International Development Select Committee (Hrsg.): 2nd Report. The Development White Paper, London 1997, Appendix 25, S. 78.

[309] CBI: (FN 308), S. 78.

[310] CBI: CBI Response to the Review of the ECGD's Mission & Status – Public Consultation. Memorandum by the Confederation of British Industry, London 1999, S. 1.

Unterstützung scheint hier zurückgegangen zu sein[311]. Seit 2001 liegt der Fokus nun vor allem auf dem ECGD, allerdings ist das Interesse der Wirtschaft an der Entwicklungspolitik insgesamt geschrumpft. Neue Prioritäten[312] und internationale Umstände[313] könnten hierfür die Erklärung bieten.

4.1.3.1.1. Interessendurchsetzung

Da die Unternehmer informelle Zusammenkünfte und Absprachen bevorzugen und kaum auf die Öffentlichkeit als Hilfsmittel setzen, ist es schwer, die Akteure und deren Bedeutung für die Politikgestaltung genau zu bestimmen. Aber es kann davon ausgegangen werden, dass Unternehmen und ihre Verbände einen beträchtlichen Einfluss ausüben. Durch die finanzielle Kraft und die Bedeutung von Unternehmen für die Gesellschaft und den Staat nehmen sie unter den Interessengruppen eine besondere Rolle ein[314]. Viele Wirtschaftsvertreter werden hier als „Insider“ bezeichnet[315]. „Insidergruppen sind als Interessengruppen definiert, die von Ministerien und der Ministerialverwaltung regelmäßig gehört werden.“[316] Die offensichtlichsten Knotenpunkte zwischen Wirtschaft und Politik bilden dabei korporatistische Gremien. „Another example where private interests are intimately involved with government is the case of the British Overseas Trade Board [(BOTB)].”[317] Diese Einrichtung, in der Vertreter der Wirtschaft und der Politik zusammenkommen, hatte vor allem in den frühen 1990er Jahren einen gewissen Einfluss auf die Entwicklungspolitik. Daneben bildet das DTI als erste Anlaufstelle und „Verbündeter“ der Wirtschaft in Whitehall eine wesentliche Einflussquelle[318]. Schließlich waren gute Kontakte zum wirtschaftsnahen Flügel der Conservative Party vor allem in den frühen 1990er Jahren von gewissem Nutzen. Allerdings muss anerkannt werden, dass gerade in den vergangenen Jahren der Einfluss auf die Entwicklungspolitik abgenommen zu haben scheint. Auch hier liegt

[311] Dafür spricht auch der deutliche Rückgang privater Geldflüsse in die Entwicklungsländer bis 2002, vgl. Anhang III.
[312] So etwa der Handel innerhalb der EU.
[313] Die Lieferbindungen und Mixed Credit Systeme sind auch in anderen Staaten abgeschafft worden.
[314] Wyn Grant spricht hier von „Business as a privileged interest“. Vgl. die Diskussion dazu in Grant, Wyn: Business and Politics in Britain, Houndmills, Basingstoke, Hampshire, London 1993, S. 32-45.
[315] So etwa bei Morrissey, Oliver/Smith, Brian/Horesh, Edward: (FN 5), S. 57.
[316] Saalfeld, Thomas: (FN 282), S. 81.
[317] Jordan, A. Grant/Richardson, Jeremy: (FN 281), S. 22.
[318] Vgl. Grant, Wyn: (FN 314), S. 51-57.

jedoch die Vermutung nahe, dass weniger das Potential zur Beeinflussung fehlt, als die Bereitschaft, die Kosten hierfür aufzuwenden.

4.1.3.2.Arbeitnehmerinteressen in der Entwicklungspolitik

Auch die organisierten Arbeitnehmer haben Interessen in der Entwicklungspolitik, wenn auch nur sehr spezifisch und eher schwach in ihrer Ausprägung. Im Gegensatz zur Unternehmerseite sind Gewerkschaften auf eine hohe Mitgliederzahl angewiesen, um Einfluss zu erreichen. Da sie nicht über bedeutende finanzielle Fähigkeiten verfügen, ist eine große Mitgliederzahl ihr zentraler Rückhalt[319]. Im Folgenden soll wesentlich auf den gewerkschaftlichen Dachverband, den „Trade Union Congress“ (TUC), eingegangen werden. „Some three-quarters of all unions are affiliated to the (…) TUC, which speaks for the trade union movement as a whole.“[320] Der TUC vertrat 1995 6,895 Millionen von insgesamt 8,031 Millionen organisierten Arbeitnehmern in Großbritannien[321]. Auf Grund dieser dominierenden Stellung des TUC erscheint es sinnvoll, dieses Bündnis als einflussreiches und repräsentatives Beispiel aus dem Bereich der Gewerkschaften herauszugreifen.

Neben dem innenpolitischen Fokus artikuliert der TUC auch Positionen zur britischen Außen- und Entwicklungspolitik. „The (...) TUC has a long history of expressing Labour Movement’s views on international issues (…).”[322] Hierbei kongruiert das Interesse des TUC im In- wie im Ausland. TUC bemüht sich um Einfluss, „(...) to represent the interests of their members on pay and working conditions (...)“[323] Dies gilt sowohl gegenüber den Arbeitnehmern als auch gegenüber der Politik. Im Falle der Entwicklungspolitik wird dafür gekämpft, dass soziale Standards und Sicherungssysteme sowie gute Arbeitsbedingungen garantiert werden. „Promotion of the core labour standards (...) needs to become a flagship element in the UK Governments development policy.”[324] TUC ist hierbei höchst skeptisch gegenüber der

[319] Vgl. Grant, Wyn: (FN 314), S. 33-34.
[320] Jones, Bill: Pressure Groups, in: Jones, Bill/Kavanagh, Dennis/Moran, Michael/Norton, Philip (Hrsg.): Politics UK, Harlow 2001, S. 217.
[321] Vgl. Saalfeld, Thomas: (FN 282), S. 84.
[322] Clarke, Michael: (FN 281), S. 149.
[323] Jones, Bill: (FN 320), S. 217.
[324] TUC/ICFTU: Memorandum, in: International Development Select Committee: 1st Report. The Globalisation White Paper, London 2001, Appendix 19, S. 67.

Liberalisierung der Wirtschaft auf Grund der unvorhersehbaren Folgen für die Arbeitnehmer. Dies zeigt sich in der Diskussion zum WP 2001, bei der sich der TUC zusammen mit dem transnationalen Gewerkschaftsbund „International Confederation of Free Trade Unions“ (ICFTU) äußert. „(…) [W]e question the efficacy of a White Paper’s approach to poverty elimination which is built on open markets and liberalisation.”[325] Die gewerkschaftlichen Interessen werden als wesentlicher Aspekt der Armutsbekämpfung verstanden. „Employment promotion and improved social protection systems are essential elements of an integrated strategy to eliminate poverty”[326]

Das Interesse hinter den Gewerkschaftsbestrebungen kann hier als zweiseitig verstanden werden. Zum Einen dient es dem ökonomischem Eigeninteresse der Gewerkschaftsmitglieder, die zum Teil selber im Ausland arbeiten oder aber die Konkurrenz von Arbeitskräften in Ländern mit niedrigen Löhnen und Sozialstandards fürchten. Das Bedienen der unmittelbaren Mitgliederinteressen zielt hierbei auch auf den Selbsterhalt, der maßgeblich von der Zufriedenheit der Mitglieder abhängt. Es kann angenommen werden, dass die Arbeiter ihre Vertretung nur unterstützen, solange sie sich tatsächlich gut vertreten fühlen und einen erkennbaren Nutzen haben. Zum Anderen werden auch ideelle Ziele mit der Einflussnahme auf die Entwicklungspolitik verfolgt. Die internationale Solidarität, wie sie historisch in der Gewerkschaftsbewegung verankert ist, führt zu einem ideellen Interesse an dem Wohlergehen der gesamten Arbeiterklasse. Jedoch ist Solidarität im Kontext des Arbeitskampfes grundsätzlich nicht selbstlos oder irrational, sondern dient dem Ziel, die Schlagkraft gegenüber dem „Klassenfeind“ durch besonderen Zusammenhalt zu vergrößern. Dies gilt vor allem im Inland, aber auch auf der globalen Ebene.

[325] TUC/ICFTU: (FN 324), S. 63.
[326] TUC/ICFTU: (FN 324), S. 63.

4.1.3.2.1. Interessendurchsetzung

Während die Gewerkschaften bis in die Zeit von Thatcher einen immensen Einfluss hatten[327], ist dieser im Untersuchungszeitraum deutlich geschwunden. „It could be argued that the real countervailing power to business toady is not the trade unions but the environmental and consumer movement."[328]

Ausdruck dieser Insiderrolle war das National Economic Development Council (NEDC), „(...) in dem sich Regierung, TUC und Arbeitgeberverbände trafen."[329]

Allerdings hat die Bedeutung der Gewerkschaften seit ihrer Hochphase in den 1970er Jahren stark abgenommen[330]. Die Mitgliederzahlen sind um mehr als ein Drittel zurückgegangen und das Streikpotential wurde durch eine Reihe von Gesetzen unter Thatcher eingeschränkt[331]. Schließlich ging, im Zuge der Reformen auf dem Weg zu New Labour, der Einfluss der Gewerkschaften auf die Partei erheblich zurück[332]. „Blair has been careful not to encourage any thinking that the historical closeness of unions to Labour entitled them to any special treatment (…)."[333] Auch das NEDC wurde 1993 unter Major abgeschafft[334]. „Auf politischer Ebene wurden die Gewerkschaften zu einer

---

[327] Die Grundlagen des ehemaligen Einflusses lassen sich in mehreren zentralen Punkten zusammenfassen. Zunächst war der große Mitgliederstamm ein wichtiges Kriterium, um in Whitehall Gehör zu bekommen. 1980 repräsentierten die Gewerkschaften über 50% aller Erwerbsfähigen, wodurch die TUC anführen konnte, dass sie für 47,3% aller erwerbsfähigen Briten sprach (Saalfeld, Thomas: (FN 282), S. 84). Daneben hatten die Gewerkschaften erhebliche Druckmittel durch die Androhung von Streiks, die durch den hohen Organisationsgrad immense Auswirkungen für die Wirtschaft bargen. Prominentestes Beispiel ist der „Winter of Discontent" 1978/1979, in dessen Verlauf die Wirtschaft fast vollständig zum Erliegen kam. Im Jahr 1979 gab es insgesamt 4,6 Mio. Streikende, was einen Verlust von 29,5 Mio. Arbeitstagen bedeutete (vgl. Hübner, Emil/Münch, Ursula: Das politische System Großbritanniens. Eine Einführung, München 1999, S. 72). Schließlich war die enge Verbindung mit der Labour Party eine essentielle Quelle von Einfluss. Die historischen Wurzeln der Labour Party innerhalb der Gewerkschaftsbewegung haben zu einer Parteistruktur geführt, die bis in die frühen 1990er Jahre einen erheblichen Einfluss der Gewerkschaften auf die Partei- und Personalpolitik Labours zuließ. Diese drei Kriterien, machten die Gewerkschaften zu mächtigen Insidern. Vgl. auch die drei Punkte bei Moran, Michael: (FN 122), S. 131-135.

[328] Grant, Wyn: (FN 314), S. 34.

[329] Saalfeld, Thomas: (FN 282), S. 88.

[330] Die nachfolgenden Aspekte zum Rückgang der Gewerkschaftsmacht sind nur die wichtigsten unter zahlreichen Kriterien.

[331] Vgl. Kastendiek, Hans: Arbeitsbeziehungen und gewerkschaftliche Interessenvertretung, in: Kastendiek, Hans/Rohe, Karl/Volle, Angelika (Hrsg.): Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Bonn 1998, S. 342-348.

[332] Da die Gewerkschaften der Rückhalt der Parteilinken waren, die in den 1980er Jahren einen negativen Einfluss auf die Partei ausübte, wurde von den Parteispitzen seit Kinnock daran gearbeitet, die innerparteiliche Macht der Gewerkschaften einzugrenzen. Unter Smith gelang ein wesentlicher Schritt durch die Reform des parteiinternen Wahlmodus. Vgl. Jun, Uwe: (FN 191), S. 165-174.

[333] Jones, Bill: (FN 320), S. 219.

[334] vgl. Jones, Bill: (FN 320), S. 221.

Außenseitergruppe."[335] Vor allem die Distanzierung durch die Labour Party hat verhindert, dass die Gewerkschaften in den 1990er Jahren zu neuer Stärke fanden. Der Status der Outsider ist ihnen im gesamten Untersuchungszeitraum zu großen Teilen zuzusprechen. Dies zeigt sich auch in ihrem Einfluss auf die Entwicklungspolitik. Aus ihren Anmerkungen zum Weißbuch 2001 sind deutliche Zeichen der Frustration zu erkennen. „As a consequence of its marketised approach the White Paper totally understates the role and potential of trade unionism, appearing in places to reduce the labour movement to the same status as faith groups and externally financed NGOs in the struggle for workers' rights and economic development."[336] Auch die TUC fordert mehr Einbeziehung der Gewerkschaften in den entwicklungspolitischen Prozess. „We urge the Government to commit itself to working with trade unions (…) to achieve the goals set out in the White Paper."[337] Aber es hat nicht den Anschein, als ob die Gewerkschaften an neuem Einfluss gewinnen würden. Sie können also für die gesamte Untersuchungsphase als durchsetzungsschwach betrachtet werden. Im Gegensatz zu der Unternehmerseite haben sie nicht das Interesse an der Entwicklungspolitik verloren, sondern vielmehr das Potential zur politischen Beeinflussung.

4.1.4. Zwischenfazit: Relevante Akteure, ihre Interessen und Durchsetzung

Im vorangegangenen Kapitel wurden die relevanten gesellschaftlichen Akteure und ihre Interessen untersucht. Es hat sich gezeigt, dass bei Betrachtung der Verbindungen zwischen den Gruppen zwei Koalitionen plausibel sind, die auch in ihren Interessen über viele Jahre konvergieren. Eine erste Koalition besteht zwischen der Wirtschaft und der Conservative Party. Die Conservatives wurden im Untersuchungszeitraum vor allem von zwei großen Tendenzen dominiert. Die New Right, mit ihren Auswirkungen bis Mitte der 1990er Jahre und die Mittelposition des Progressive Conservatism, die seit Anfang des Untersuchungszeitraums an Einfluss gewinnen konnte und schließlich das dominierende Element darstellt. Während die New Right sehr starke ökonomische und

[335] Saalfeld, Thomas: (FN 282), S. 90.
[336] International Centre for Trade Unions Rights: Memorandum, in: Memorandum, in: International Development Select Committee: 1st Report. The Globalisation White Paper, London 2001, Appendix 27, S. 88.
[337] TUC/ICFTU: (FN 324), S. 67.

schwächere geostrategische Interessen verfolgte, die sich vor allem aus den Interpretationen des Wirtschaftsliberalismus ergaben, setzten sich die moderaten Kreise für eine stark ideelle Entwicklungspolitik ein, was sich aus dem zentralen paternalistischen Verständnis speist. Gerade bei der New Right und ihren Ausläufern gab es für die ökonomisch interessierten Unternehmergruppen wesentliche Anknüpfungspunkte. Innerhalb dieser Koalition dominierten in den späten 1980ern und den frühen 1990er Jahren die ökonomischen Interessen, gefolgt von geostrategischen und leichten ideellen Motiven, die aus der Partei mitgetragen wurden. Diese Interessen müssten in der staatlichen Politik deutlich zu erkennen sein, da die Durchsetzungschancen sehr groß waren. Die Conservative Party stellte die Regierung und der Wirtschaft kann durch verschiedene Komponenten eine mächtige und aktive Insider-Rolle zugesprochen werden.

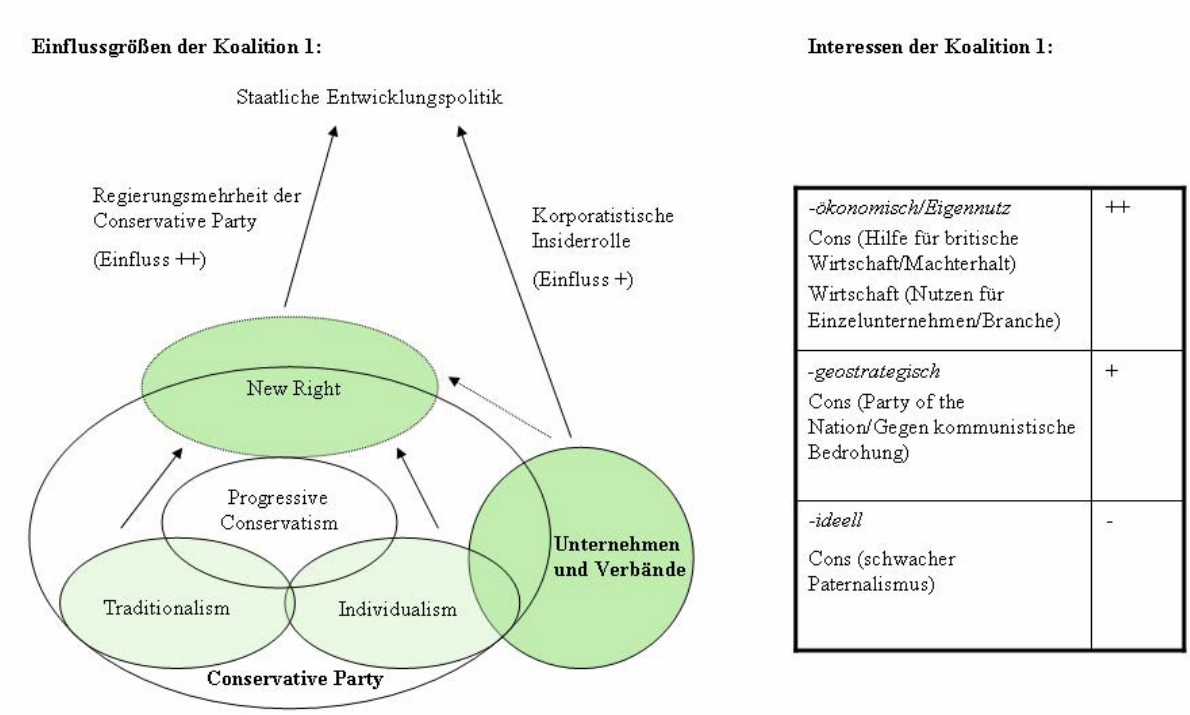


Abbildung 5: Übersicht über Einflussgrößen und Interessen der Koalition 1, 1989[338].

[338] Diese und folgende Abbildungen sind eine eigene Darstellung. Vgl. hierzu und zu weiteren Darstellungen für die Jahre 1994 und 2001 Anhang XI.
Einflussgrößen: Größe der Gruppen ist in technischen Erwägungen der Darstellung begründet. Koalitionen zwischen den Akteuren sind nur schematisch und sollen nicht mehr als einen Zusammenhang andeuten. Vereinfachungen wurden beim Systemzugang und der inneren Beschaffenheit der Gruppierungen vorgenommen. Die Hervorhebungen sollen die jeweils relevanten Teile der Koalitionen andeuten. Der Einfluss wurde durch eine Skala von ++ (sehr stark) bis -- (sehr schwach) ausgedrückt. +-

Jedoch veränderten sich ab Mitte der 1990er die Vorzeichen innerhalb dieser Koalition völlig, da die Conservatives aus der innerparteilichen Mitte heraus zunehmend ideelle Interessen vertraten und die Wirtschaft das Interesse an der Entwicklungspolitik zu großen Teilen verlor. Zusätzlich reduzierte der Regierungswechsel 1997 den Einfluss der Koalition erheblich.

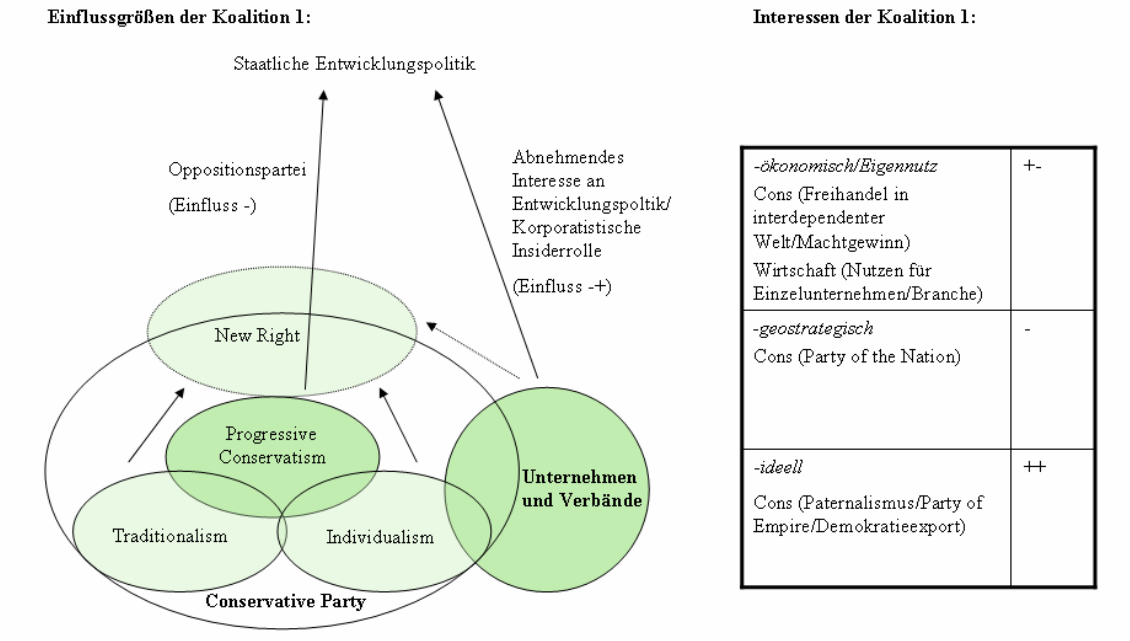


Abbildung 6: Übersicht über Einflussgrößen und Interessen der Koalition 1, 1997

Die zweite Koalition besteht zunächst zwischen den Gewerkschaften und Labour, was sich aus der gemeinsamen Vergangenheit und der strukturellen Verzahnung bis in die 1990er Jahre ergibt. Auch die NGOs werden aufgrund der personellen Überschneidungen und der Interessenkongruenz als Teil dieser Gruppierung verstanden. Hier ist für die frühen Untersuchungsjahre ein klar dominierendes ideelles Interesse festgestellt worden. So vertraten die Postrevisionisten und der TUC Interessen, die sich aus den Gleichheits- und Solidaritätsgedanken speisten. Die NGOs vertraten ebenfalls ideelle Interessen, die sie durch Argumente der moralischen Verpflichtung und

---

stellt die Mitte dar, bei der verschiedene Aspekte so gegeneinander laufen, dass eine Zuweisung in stark oder schwach schwierig ist.
Interessen: Die Stärke der Interessen innerhalb der Koalition werden vereinfacht durch eine Skala von ++ (sehr stark) bis -- (sehr schwach) eingestuft. +- bedeutet ein Mittelwert, der sich durch verschiedene Aspekte in der Koalition ergibt.

Gerechtigkeit begründen. Die Bestrebungen zum Selbsterhalt oder Machtgewinn sind demgegenüber schwächer. Da aber die Einflusschancen sehr gering waren, dürfte sich diese ideelle Schwerpunktsetzung kaum auf staatlicher Ebene spiegeln. Labour als Oppositionspartei und die Gewerkschaften als schwindender Insider und schließlich Outsider hatten sehr wenige Durchsetzungsmöglichkeiten. Auch die NGOs standen erst am Anfang eines Bedeutungszuwachses.

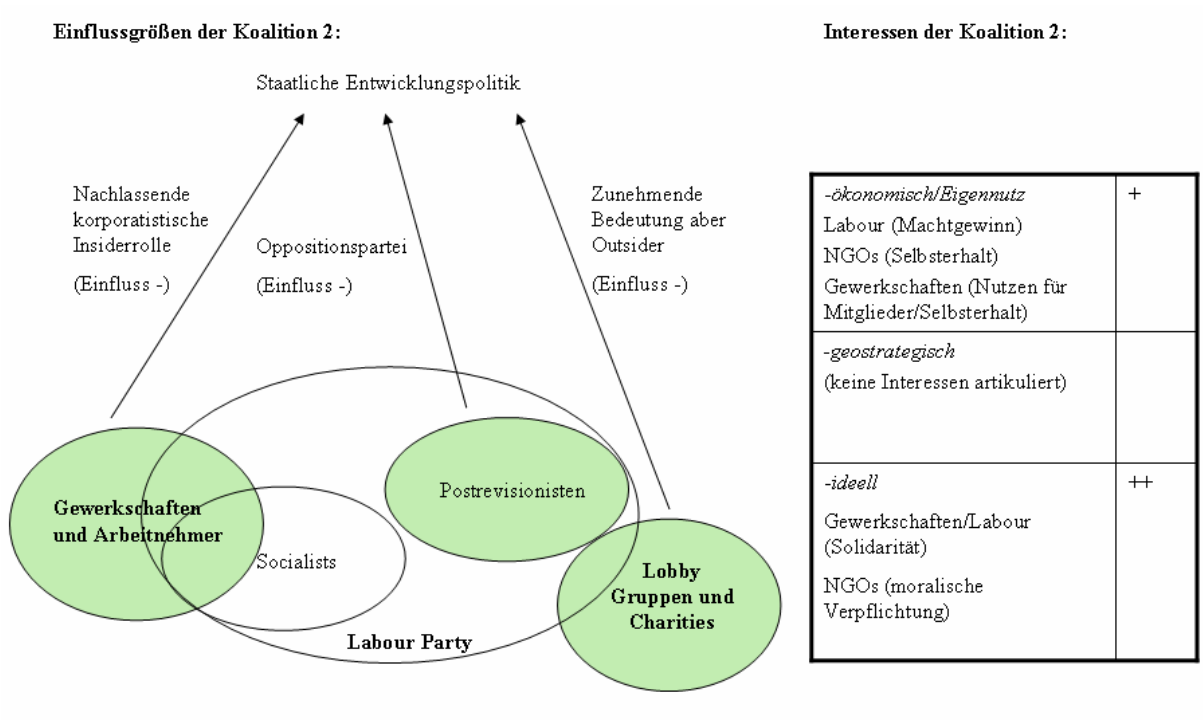
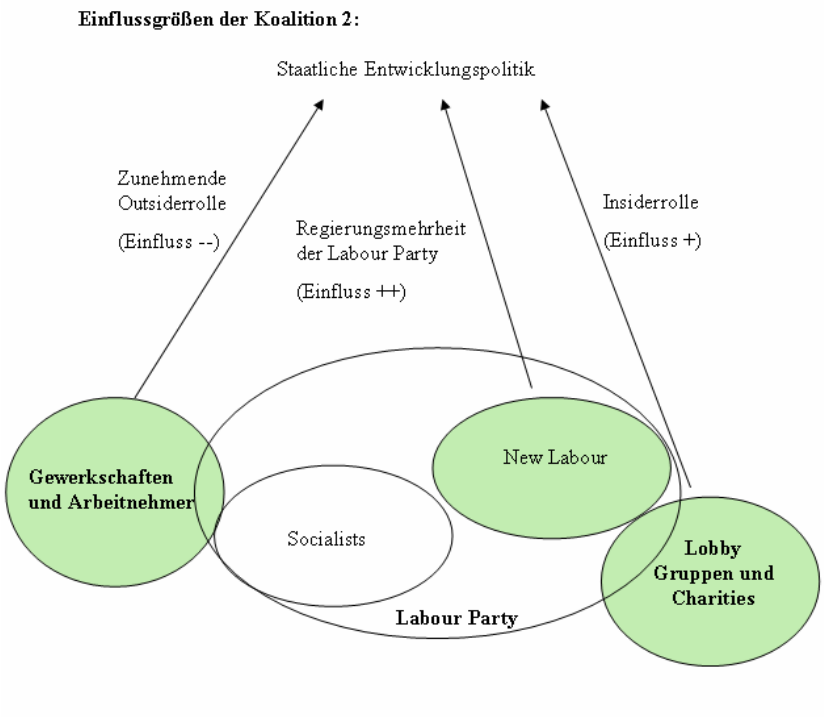


Abbildung 7: Übersicht über Einflussgrößen und Interessen der Koalition 2, 1989

In den folgenden Jahren änderte sich aber auch hier das Bild. Unter New Labour wurden deutliche ökonomische und geostrategische Interessen einbezogen, begründet durch die globale Interdependenz. Während sich die Interessen ansonsten als konstant erwiesen, haben sich die Durchsetzungschancen maßgeblich verändert. Obwohl die Gewerkschaften sogar stärker an den Rand gedrängt werden, ist durch den Wahlsieg von New Labour 1997 und die zunehmende Insider-Rolle der NGOs eine deutliche Gewichtsverlagerung zu beobachten. Der Bedeutungszuwachs der NGOs erklärt sich hierbei nicht nur durch die guten Beziehungen zur Regierungspartei ab 1997, sondern bereits vor dem Wahljahr erhielten die entwicklungspolitischen NGOs auf Grund ihrer

Popularität und ihres Expertenwissens zunehmende internationale und nationale Anerkennung. Durch die Verschiebungen des Einflusses müsste sich die staatliche Politik in der Folge zugunsten ideeller Ausgestaltungen entwickeln.



Interessen der Koalition 2:

-ökonomisch/Eigennutz Labour (Machterhalt/Freihandel in interdependenter Welt) NGOs (Selbsterhalt) Gewerkschaften (Nutzen für Mitglieder/Selbsterhalt)	+
-geostrategisch Labour (Sicherheit in interdependenter Welt)	-
-ideell Labour (Solidarität/moralische Verpflichtung) Gewerkschaften (Solidarität) NGOs (moralische Verpflichtung)	++

Abbildung 8: Übersicht über Einflussgrößen und Interessen der Koalition 2, 1997

Eine Verschiebung des gesamten Interessenspektrums in Richtung ideeller Motive ist vor allem durch die Wende bei den Konservativen zu zeigen. Daneben haben sich aber auch die Einflusschancen maßgeblich verändert. Durch den Wahlsieg von New Labour 1997 und die zunehmende Bedeutung der NGOs haben Vertreter ideeller Interessen die klare Oberhand gewonnen.

4.2. Ausgestaltung der britischen Entwicklungspolitik

Im Folgenden soll nun überprüft werden, ob die Verschiebungen auf der gesellschaftlichen Ebene auch Auswirkungen auf die staatliche Entwicklungspolitik haben. Bietet die Theorie richtige Annahmen, müssten sich die Veränderungen in den drei Untersuchungsdimensionen Struktur, Ziele und Umfang wieder finden.

4.2.1. Die späten Thatcher Jahre und Majors Regierungszeit (1987-1997)

4.2.1.1. Struktur

Die politische und administrative Struktur im Bereich der Entwicklungspolitik während der Regierungszeit unter Thatcher und Major ist durch eine hohe Konstanz gekennzeichnet. Die organisatorischen Weichenstellungen gehen hierbei auf den Amtsantritt der Conservative Party 1979 zurück[339]. Die Regierung Thatcher unterstellte das „Ministry of Overseas Development“ (ODM) als eigenständiges Ministerium, allerdings bereits ohne Kabinettsrang[340], dem FCO. Die neue Abteilung des britischen Außenministeriums erhielt den Namen „Overseas Development Administration“ (GBODA), die weiterhin durch den „Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs“[341], mit dem Zusatztitel „Minister of Overseas Development“ im Kabinett vertreten wurde. „Einer der ihm unterstellten vier Ministers of State (…) stand als Minister of State for Overseas Development[342] an der Spitze des [GB]ODA.“[343] Diese politische Einordnung war auch in den Jahren 1987 bis 1997 gültig.

Die administrative Ausgestaltung der GBODA hat sich ebenfalls als sehr stabil erwiesen, sieht man von einigen Anpassungen ab, die neuen entwicklungspolitischen Gegebenheiten Rechnung tragen sollten. Die Behörde wurde von einem Permanent Secretary geleitet und war in mehrere Unterabteilungen aufgeteilt, die funktionelle oder geographische Ausdifferenzierungen widerspiegelten. Die „Divisions“ ihrerseits waren in Departments, als kleinste administrative Einheiten, aufgespalten.

---

[339] Vgl. hierzu und im Folgenden Nuscheler, Franz: Die Entwicklungspolitik der Regierung Thatcher. Wie konservativ ist die Overseas Aid-Politik der britischen Konservativen?, Bonn 1986, S. 29-35; Remmert, Michael: (FN 21), S. 57-128; Bendix, Paul J.: Die Entwicklungspolitik Großbritanniens, Berlin 1986, S. 33-44; Development Assistance Commitee: Development Co-operation Review Series. United Kingdom. 1994 No. 1, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development 1994, S. 31-39; Anhang XII.

[340] Seit 1976 wurde das ODM durch den Außenminister im Kabinett vertreten, vgl. Nuscheler, Franz: (FN 339), S. 32.

[341] Folgende Secretaries of State for Foreign Affairs fallen in den ersten Untersuchungszeitraum: 1983-1989: Sir Geoffrey Howe, 1989: John Major, 1989-1995: Douglas Hurd, 1995-1997: Malcolm Rifkind, vgl. FCO: Policy, people and places - Secretaries of State for Foreign Affairs 1782-2001, http://www.fco.gov.uk/servlet/Front?pagename=OpenMarket/Xcelerate/ShowPage&c=Page&cid=1007029395915 [10.11.2005].

[342] Folgende Minister of State for Overseas Development fallen in den ersten Untersuchungszeitraum: 1986-1989: Christopher Patten, 1989-1997: Lynda Chalker (ab 1992 Baroness Chalker of Wallasey), vgl. DFID: DFID historical background. Ministers, http://www.dfid.gov.uk/aboutdfid/history.asp [10.11.2005].

[343] Remmert, Michael: (FN 21), S. 60.

Während Thatchers dritter Amtszeit umfassten zwei geographische Sparten mit 7 Departments die bilaterale Hilfe für Afrika sowie Asien und Ozeanien. Diese planten und führten Länderprogramme und technische Unterstützung für ihren Betreuungsbereich aus. Eine International Division organisierte multilaterale Aspekte in drei Departments, mit Zuständigkeiten für die EG, die UN und die internationalen Finanzinstitutionen. Zusätzlich zu den geographischen Einheiten wurden mehrere funktionale Departments eingerichtet, die übergreifende Aufgaben im Bereich der Entwicklungspolitik und im internen Prozess wahrnahmen. Hierbei bearbeiteten die sektoralen Einheiten die entwicklungspolitischen Themenfelder „Natural Resources“, „Education“, „Engineering“, sowie „Health & Population“. Die übrigen funktionalen Sparten befassten sich mit allem, was eine Behörde unabhängig von ihrer spezifischen Funktion benötigt, wie etwa Organisation, Sicherheit, Technik oder Personal. Besonders wichtig waren die Bereiche der Forschung, Finanzierung und Evaluation. Das „Aid Policy and Finance Department“ spielte eine herausragende Rolle in der Planung der Entwicklungshilfe.

In den Jahren 1986-87 beschäftigte das GBODA 1487[344] Mitarbeiter, die sich vor allem aus Verwaltungsbeamten, technischen Beratern, Projektmitarbeitern im Ausland und Personal zur Evaluation zusammensetzten[345], wobei sich die Zahl in den frühen 1990ern um etwa 300 Mitarbeiter verringerte.

Diese Aufstellung der GBODA hat sich in einem erheblichen Maße bis in die Regierungszeit von Major gehalten. Ein Bericht des DAC 1994 verdeutlicht, neben wenigen Anpassungen, die hohe Konstanz der Administration. Lediglich der Zusammenbruch der Sowjetunion und die damit verbundene Entstehung neuer Staaten in Osteuropa führte zu Veränderungen. Eine dritte geografische Division wurde den beiden bestehenden Bereichen hinzugefügt. Die Sektion „Eastern Europe, Former Soviet Union and Western Hemisphere“ umfasste, neben der direkten und indirekten[346] Hilfe für Russland und die zentral- und osteuropäischen Staaten, auch die Hilfe für Lateinamerika und den karibischen Raum. Darüber hinaus war man bemüht, die Evaluationsfähigkeiten des Ministeriums zu verbessern, was seit 1993 durch das „Policy

[344] Development Assistance Commitee: (FN 339), S. 31.
[345] Vgl. Mosley, Paul: Overseas Aid. Its Defence and Reform, Brighton 1987, S. 49-55.
[346] Über die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

Information Marker System“ (PIMS)[347] verwirklicht wurde. PIMS glich die Geldvergabe mit den damit verbundenen Leistungszusagen ab und ermöglichte somit bessere Qualitätssicherung von Projekten. Allerdings erfasste das System keine multilaterale und nur etwa 60% der bilateralen Hilfe.

Die Umsetzung von Entwicklungspolitik in Großbritannien – in London und East Kilbride (Schottland) – wurde durch mehrere Büros in Übersee ergänzt. So unterhielt der Inselstaat unter Thatcher fünf „Regional Development Divisions“, die die Arbeit des GBODA vor Ort überwachten und Beratungen für die Projektplanungen in den Zentralen, sowie für andere britische Akteure im Ausland, übernahmen. Neben zwei Außenstellen in Afrika (Malawi, Kenia) wurden Posten im Pazifik (Fidschi Inseln), in der Karibik (Barbados) und in Thailand für den süd-ost-asiatischen Raum unterhalten. Die wenigen Angestellten vor Ort wurden zu weiten Teilen vom Mutterland instruiert und hatten kaum eigene Befugnisse. Unter Major wurde eine sechste Regional Division in Südafrika eingerichtet sowie die Bedeutung der Außenposten aufgewertet, „ (…) which play a key role in planning and managing bilateral aid (…).“[348] Darüber hinaus wurden zwei administrative „Aid Management Offices“ in Dhaka und im Pazifik eingereichtet. Weitere Mitarbeiter der GBODA wurden britischen Botschaften und „High Commissions“[349] unterstellt, um Personal, ohne großen finanziellen und organisatorischen Aufwand vor Ort zu haben.

Die Abwertung des ODM zu einer Abteilung des FCO ist nicht aus rein organisatorischen Gründen vollzogen worden, sondern spiegelte eine neue Einschätzung der Rolle von Entwicklungspolitik in der britischen Außenpolitik wieder. Das Ziel war „(…) die stärkere Berücksichtigung außenpolitischer Interessen in der Overseas Aid.“[350] Daher ist weder die Unterordnung des ODM verwunderlich, noch die starke Verwicklung anderer Staatsorgane und semistaatlicher Organisationen in die Umsetzung von Entwicklungspolitik. Es sind zunächst vor allem drei starke Ministerien, die Nuscheler in den 1980ern veranlasst haben, das Politikfeld als das „(…)

---

[347] PIMS erfasste neue Projekte und bewertete sie nach ihrem Beitrag zu den entwicklungspolitischen Gesamtzielen, vgl. hierzu Development Assistance Committee: (FN 27), S. 33; Cinnock, Jeff/Curtis, Mark/McFarlane, Ian: United Kingdom, in: Randel, Judith/German, Tony (Hrsg.): The Reality of Aid 1995, London 1995, S. 94.

[348] Development Assistance Commitee: (FN 339), S. 31.

[349] Bezeichnung für Vertretungen auf dem Boden anderer Commonwealth Staaten.

[350] Nuscheler, Franz: (FN 339), S. 33.

politische Stiefkind von Whitehall (…)“[351] zu bezeichnen. Zunächst mühte sich das FCO als „Dach“ der GBODA um die Lenkung von Geldern in seinem Sinne. Hier wurde die „(…) Entwicklungshilfe in erster Linie als diplomatisches Hilfsinstrument betrachtet.“[352] Trotz relativer Autonomie der GBODA innerhalb des FCO[353] erhielt das Außenministerium einen stärkeren Einfluss sowohl auf die entwicklungspolitische Rahmensetzung als auch auf die konkrete Projektkoordination. Vor allem durch die gemeinschaftliche Besetzung des Departments für „Aid Policy and Finance“[354] durch GBODA Mitarbeiter und Personal des FCO, das die grundlegenden Planungen („Aid Framework“) im Bereich der Entwicklungshilfe vornahm, erfolgte eine starke Lenkung. Zusätzliches Gewicht erhielt das FCO durch die Position des Außenministers[355], der das GBODA als zuständiger Minister im Kabinett vertrat. Durch die Eingliederung der Entwicklungspolitik in das Außenministerium erhielt dieses neue Implementationsfähigkeiten, die es verstärkt zur Umsetzung von Zielen der breiteren Außenpolitik nutzen konnte[356], was vor allem Auswirkungen auf die geographische Verteilung und sektorale Ausrichtung der Entwicklungshilfe hatte.

Ein weiteres relevantes Ministerium stellte das DTI dar, das als Vertreter für alle Außenhandelsfragen eine wichtige Rolle im Bereich der Entwicklungspolitik einnahm. Die gesamte Verwaltung der ATP wurde vom DTI ausgeführt[357]. „Dabei spielt auch das (...) ECGD, eine Unterorganisation des DTI, eine Rolle, da die ATP-Mischfinanzierungspakete in der Regel auch mit staatlich subventionierten Exportkrediten(…), bei denen das ECGD das Ausfallrisiko trägt, ausgestattet sind.“[358] Eine weitere Einrichtung des DTI, das korporatistische BOTB, beriet britische

[351] Nuscheler, Franz: (FN 339), S. 29.
[352] Nuscheler, Franz: (FN 339), S. 30.
[353] Paul Bendix erklärt diese relative Autonomie als „(...) Ausdruck der Anerkennung der Leistungsfähigkeit der [GB]ODA-Mitarbeiter.“ Michael Remmert sieht die Erklärung hierfür eher in administrativer Trägheit und hoher Spezialisierung der GBODA Mitarbeiter. Vgl. Bendix, Paul J.: (FN 339), S. 35; Remmert, Michael: (FN 21), S. 120-123.
[354] Unter Major gilt die gemeinsame Bearbeitung nur noch für das Department „Aid Policy“, das von „Finance“ getrennt wurde; vgl. Development Assistance Commitee: (FN 339), S. 32.
[355] Bereits 1980 festgelegt in HMSO: Overseas Development and Co-operation Act 1980, Chapter 63, London 1980.
[356] Vgl. Remmert, Michael: (FN 21), S. 121-122.
[357] Die Verantwortung für ATP-Projekte lag allerdings bei der GBODA und dem Außenminister. Die Ausgaben im Rahmen der ATP entsprachen 1987/88: 6,2% der gesamten bilateralen Ausgaben, 1990/91: 9,0%, 1996/97: 5,9%; vgl. Development Assistance Committee: (FN 27), S. 36.
[358] Remmert, Michael: (FN 21), S. 123.

Unternehmen bei der Nutzung des ATP-Programms. Neben der Verwaltung der ATP Ströme regelte das DTI auch die administrative Umsetzung des Schuldenerlasses.

Schließlich hatte „Her Majesty's Treasury" (HMT) eine wichtige Rolle, da hier die „Public Expenditure Surveys" (PES) erstellt wurden. Diese Finanzpläne für jeweils drei Jahre teilten den Ressorts ein Budget zu, mit dem sie in den kommenden Jahren arbeiten sollten. Obwohl die Abteilungen bei der Planung gehört wurden[359], war das Finanzministerium in seiner finalen Festlegung der Gelder im PES frei. Das Dokument wurde nach seiner Erstellung im Kabinett diskutiert, ergänzt und verabschiedet („Public Expenditure Plan"). Hierbei wurde auch über die Belange der GBODA gesprochen. Das Parlament bewilligte nur für jeweils ein Haushaltsjahr die Mittel, die auf Grund des Aid Framework unter Abgleichung des Public Expenditure Plans vom Schatzamt dem zuständigen Parlamentsausschuss vorgelegt wurden.

Auf Grund dieser Geldzuweisungen wurde die Aufteilung des Budgets innerhalb des GBODA vorgenommen. Dies erfolgte im Joint Aid Policy Committee, das aus Vertretern des GBODA, FCO, DTI, HMT und weiterer interessierter Ministerien zusammengesetzt war. Das HMT war bei seiner Finanzplanung daran interessiert, möglichst wenig Geld in vermeintlich unrentable Bereiche zu kanalisieren. Da die Wirkung von Entwicklungshilfe vor allem in der Thatcherphase und im direkten Anschluss daran umstritten blieb, war das HMT rigide in seiner Zuweisung.

Neben den involvierten Ministerien sind vor allem zwei halbstaatliche Organisationen zu nennen, die eine wichtige Rolle bei der Umsetzung von Entwicklungspolitik innehatten. Obwohl der Schwerpunkt der Planung, Steuerung und Durchführung der Entwicklungshilfe eindeutig bei der GBODA lag[360], sind diese Institutionen ein bedeutender Bestandteil der entwicklungspolitischen Struktur. Die „Commonwealth Development Corporation" (CDC), eine Organisation, die noch aus der Kolonialzeit besteht, führte eigene Projekte im Bereich der Entwicklungshilfe aus[361]. „Die CDC hat die Rechtsform einer Public Corporation und hat kein Eigenkapital, sondern finanziert ihre Aktivitäten aus staatlichen Krediten und aus selbst erwirtschafteten Mitteln."[362] Sie besitzt eine eigenständige und unabhängige Struktur und war das britische

[359] Im Falle de GBODA wurde das Aid Framework als Grundlage genutzt.
[360] Vgl. Bendix, Paul J.: (FN 339), S. II.
[361] Wobei die anfängliche Beschränkung auf Länder des Commonwealth bereits 1969 aufgehoben wurde, vgl. Remmert, Michael: (FN 21), S. 78.
[362] Remmert, Michael: (FN 21), S. 78.

Hauptwerkzeug zur Unterstützung des privaten Sektors in Entwicklungsländern[363]. Die CDC investierte in Unternehmen innerhalb dieser Länder, häufig in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen. Hierbei wurden vor allem Projekte angestrebt, die, auf Grund des hohen Risikos weder von der bilateralen Entwicklungshilfe noch von der Privatwirtschaft beachtet wurden. Die Kontrolle der CDC erfolgte zunächst über den Secretary of State des FCO, der wichtige Regelungen treffen konnte. So wurde der Vorstand der Organisation von ihm ernannt, die Länder bestimmt, in denen Aktivitäten erlaubt wurden, und er hatte die Möglichkeit Richtlinien für die CDC zu erlassen. Noch weit wichtiger war die Zuweisung der Gelder aus dem GBODA Budget, die Höhe der Zinssätze und Rückzahlungsbedingungen, die der Außenminister in Absprache mit dem HMT bestimmte. Auch das GBODA hatte Kontrollbefugnisse, da sie Projekten über 500 000 Pfund zustimmen musste[364].

Die Crown Agents[365] sind eine zweite wichtige Organisation, zunächst mit dem Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts. Die Crown Agents, die bereits 1833 gegründet wurden, blicken auf eine lange Tradition zurück, wobei sie ihren Tätigkeitsbereich deutlich ausgedehnt haben. Ende der 1980er Jahre arbeiteten sie sowohl für die GBODA als auch für zahlreiche staatliche und private Institutionen. Die Dienstleistungen erstreckten sich von fachlicher und technischer Beratung bis hin zur Durchführung von Entwicklungshilfeprojekten. Durch ihre lange Erfahrung in der Koordination von Ankauf und Transport britischer Ware und Ermächtigung dazu stellten sie einen idealen Partner für die Umsetzung von Projekten mit Lieferbindung dar[366]. Im Rahmen der Zielvorgabe des „schlanken Staates“ unter Thatcher wurde 1989 von der britischen Regierung die vollständige Privatisierung der Crown Agents beschlossen. Sie nahmen weiterhin Aufgaben für das GBODA wahr, allerdings auf Vertragsbasis und ohne finanzielle Rückendeckung durch den britischen Staat[367].

Neben den beiden großen Einrichtungen nimmt das British Council eine eher randständige Rolle in der Entwicklungspolitik ein. Es wird je zur Hälfte von der GBODA und dem FCO getragen und ist im Bereich der Kulturpolitik das wichtigste

---

[363] „The purpose of the Corporation shall be to assist overseas countries (...) in the development of their economies.” HMSO: Commonwealth Development Corporation Act 1978, Chapter 2, London 1978, S. 4.
[364] Ab 1 000 000 Pfund musste auch der Außenminister zustimmen.
[365] Zum rechtlichen Rahmen vgl. HMSO: Crown Agents Act 1979, Chapter 43, London 1979.
[366] Vgl. May, Ranald S./Schumacher, Dieter/Malek, Mohammed H.: (FN 256), S. 29-31.
[367] Endgültige Privatisierung erst 1997, vgl. DFID: Departmental Report 1998/99, London 1997, S. 56.

Entwicklungshilfeinstrument. Es organisiert Stipendienprogramme, Lehreraustausche und berät in Erziehungsfragen.

Ergänzt wurden die Hilfeleistungen der „großen“ Einrichtungen durch die staatliche Unterstützung einiger wissenschaftlicher Einrichtungen und zahlreicher NGO Projekte. Die Hilfestellung der Wissenschaft sollte neue Impulse für die Entwicklungspolitik liefern. Die Unterstützung von NGOs erfolgte über das „Joint Funding Scheme“ (JFS), bei dem die GBODA Entwicklungshilfeprojekte mitfinanzierte[368]. Das Unterstützungsprogramm zur Einbindung gesellschaftlicher Akteure erfuhr unter Major stärkere Gewichtung, blieb aber über die gesamte konservative Regierungszeit randständig.

4.2.1.2. Ziele

Die Ziele unter Thatcher und Major wurden durch einige widersprechende[369] oder zumindest schwer vereinbare Präferenzen bestimmt. Während der gesamten konservativen Regierungszeit wurde kein Weißbuch zur Entwicklungspolitik erstellt. Daher galt offiziell noch immer ein Weisbuch von 1975[370], das unter der damaligen Labour Regierung erstellt worden war. In diesem Papier wurde die britische Entwicklungspolitik neu justiert. „Our new aid strategy is therefore in essence: to give an increasing emphasis in our bilateral aid towards the poorest countries (…).“[371] Diese neue Ausrichtung auf Hilfe für die ärmsten Länder sollte sich auch in der Kooperation mit anderen Staaten ausdrücken. Darüber hinaus wurde dargelegt, dass gezielt in den Sektoren geholfen werden müsse, die zur Armutsbekämpfung besonders geeignet erschienen. Als Schwerpunkte wurden die Förderung der ländlichen Gebiete, der Bildung, des Wohnbaus und der Stadtentwicklung, der Bevölkerungsentwicklung und der Gesundheit hervorgehoben[372].

---

[368] Meist 50% der Gesamtkosten, vgl. GBODA: (FN 239).
[369] Vgl. Bendix, Paul J.: (FN 339), S. 12; vgl. auch hierzu und im Folgenden Erswell, Christopher C.: UK Aid Policy and Practice 1974-90: An Analysis of the Poverty Focus, Gender Consciousness and Environmental Sensitivity of British Official Aid, Liverpool 1994, http://members.lycos.co.uk/CCErswell/ [10.10.2005], S. 58-83.
[370] Vgl. Ministry of Overseas Development: (FN 10).
[371] Ministry of Overseas Development: (FN 10), S. 7
[372] Vgl. Ministry of Overseas Development: (FN 10), S. 50-52.

Neben den Weichenstellungen im Weißbuch, denen sich auch die Politik unter Thatcher und Major weiterhin verpflichtet fühlte, wurden mit dem Amtsantritt von Thatcher auch neue Elemente in die britische Entwicklungspolitik eingeführt. „(…) [M]inisterial statements on the aid programme have stressed the intention to give greater weight to political, industrial and commercial objectives (…).“[373] So verkündeten Außenminister Lord Carrington und Entwicklungsminister Marten 1980 in beiden parlamentarischen Häusern: „(…) [A]longside basic developmental objectives, political, industrial und commercial considerations will receive greater emphasis.“[374]

Nur im Kontext dieses neuen Anspruchs können einige Gegebenheiten der britischen Entwicklungspolitik verstanden werden. In der Hinsicht auf stärkere politische Nutzung ist die Eingliederung des GBODA in das FCO ein klarer struktureller Fortschritt, da das FCO als Vertreter der allgemeinen außenpolitischen Ziele stärkeren Einfluss auf die Entwicklungspolitik erhalten hat[375]. Ein wichtiges politisches Ziel bestand zunächst in einer möglichst umfassenden globalen Präsenz Großbritanniens, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der besonderen historischen Bindungen und der Fürsorge für die „overseas territories“[376]. Die größte Gratwanderung bildete hierbei die gewünschte Betonung Afrikas, ohne Südostasien zu vernachlässigen. Einige Programmländer erhielten besonderes Gewicht, was zur Entlastung der Administration und der Effektivität der Hilfe beitragen sollte. Zu diesen Staaten zählten Ende der 1980er bis 1997 durchgehend Indien und Bangladesch, aber auch Kenia. Neben der pauschalen weltweiten Präsenz waren auch spezifische geostrategische Ziele ein wichtiger politischer Baustein, der allerdings nach dem Ende des Kalten Krieges an Relevanz verloren hat[377]. Die Regierung in Mosambik wurde viele Jahre stark unterstützt, obwohl Großbritannien keine koloniale Vergangenheit in dem ostafrikanischen Staat hat und

---

[373] Sutton, Mary/Hewitt, Adrian: Taking stock: three years of conservative aid policy, in: ODI review (1982) 1, S. 26.
[374] Zitiert nach Bendix, Paul J.: (FN 339), S. 28.
[375] Vgl. Nuscheler, Franz: (FN 339), S. 33.
[376] Umfassen Anguilla, British Antarctic Territory, Bermuda, British Indian Ocean Territory, British Virgin Islands, Cayman Islands, Falkland Islands, Gibraltar, Montserrat, St Helena and Dependencies (Ascension Island and Tristan da Cunha), Turk and Caicos Islands, Pitcairn Island, South Georgia and South Sandwich Islands, vgl. FCO: Overseas Territories, http://www.fco.gov.uk/servlet/Front?pagename=OpenMarket/Xcelerate/ShowPage&c=Page&cid=1013618138295 [20.11.2005].
[377] Vgl. Legum, Colin: Britain’s Policy in Africa, in: Brüne, Stefan/Betz, Joachim/ Kühne, Winrich (Hrsg.): Africa and Europe. Relations of Two Continents in Transition, Münster, Hamburg 1994, S. 59-69.

Mosambik erst 1995 Teil des Commonwealth wurde. Die Ursache hierfür lag in der Sorge um den unübersichtlichen Konflikt zwischen der sozialistischen Regierungsgruppe Frelimo und der Rebellengruppe „Renamo“, die in den 1980er Jahren in Mosambik gegen die Regierung vorging[378]. Des Weiteren war Mosambik ein wichtiger Brückenkopf, um Einfluss auf die Unabhängigkeitsbestrebungen in Rhodesia[379] und Südafrika zu nehmen. Die Hilfe für Mosambik ist hier klar als geostrategische Investition zu verstehen. „It is the political objective of the United Kingdom government to try to promote peaceful change in southern Africa through dialogue and through economic growth and development.”[380]

Die ökonomische Komponente der britischen Entwicklungspolitik wurde vor allem durch die hohe Lieferbindung britischer Hilfsleistungen und das ATP Programm gewährleistet. Zunächst sollte durch Lieferbindung die Exportwirtschaft unterstützt werden. „There are (...) macro-economic arguments that through tying aid you produce jobs in an aid donor country(…).“[381] ATP daneben sollte der britischen Wirtschaft rentable Aufträge in Übersee verschaffen. Es wurde noch unter Labour im Jahre 1978 eingeführt und war bis 1994 ein fester Bestandteil der britischen Entwicklungspolitik. Ursprünglich gedacht, um die Wettbewerbsfähigkeit der britischen Unternehmen gegenüber staatlich subventionierten Konkurrenten anderer Länder zu gewährleisten, wurde das System bald ausgedehnt und zur häufig genutzten staatlichen Unterstützung bei Großprojekten im Ausland. Besonders unter Thatcher spielten Skepsis gegenüber “klassischer” Entwicklungshilfe und die Berücksichtigung ökonomischer Kriterien eine wichtige Rolle. „Aid was generously given, but with a wish to relate it more closely to British exports.“[382]. Aber es wurde nicht nur die eigene Wirtschaft bei der Entwicklungspolitik einbezogen, sondern auch gezielt ökonomisch relevante oder wirtschaftsnahe Sektoren im Empfängerland gefördert, da der Freihandel und ein stabiles liberales Wirtschaftssystem als Grundlage jeglicher Entwicklung galt. Auch die zunehmenden Bestrebungen zu Konditionalität, wie sie von Seiten der Weltbank und

[378] Wahrscheinlich ist die westliche Unterstützung auch eine entscheidende Erklärung für Distanzierung der Frelimo von sozialistischen Zielen. Dadurch erhält die britische Unterstützung ein weiteres Motiv, das im Kalten Krieg seinen Ursprung haben dürfte. Vgl. The Times: Blair to show solidarity with Zimbabwe farmers, 31.08.2002.
[379] Dem heutigen Zimbabwe
[380] Patten, Christopher: Great Britain and the World: Three Talks at Berkeley, Berkeley 1990, S. 46.
[381] Patten, Christopher: (FN 380), S. 49.
[382] Cradock, Percy: (FN 151), S. 30.

anderer Organisationen propagiert wurden, nutzte die Thatcher-Regierung überwiegend wirtschaftlich. „Die komplizierten Probleme der Dritten Welt – Armut, Hunger und Schulden – würden nicht durch fehlgesteuerte internationale Intervention, sondern eher durch freies Unternehmertum sowie die Förderung des Handels gelöst werden – und durch die Bezwingung des Sozialismus in all seinen Ausprägungen.“[383] Die ökonomische Gewichtung von Entwicklungspolitik wurde innerstaatlich heftig diskutiert und kritisiert. Wissenschaftler und Interessengruppen im Bereich der Entwicklungspolitik kritisierten die hohe Lieferbindung als wettbewerbsverzerrend und ATP als ineffizient und unrentabel für alle Beteiligten[384].

Während sich Konditionalisierung an die Vergabe von Entwicklungshilfe unter Thatcher vor allem auf wirtschaftliche Dimensionen erstreckte, also „(…) commitments to greater free market policies, rolling back subsidies, eliminating parastatals in favour of privatisation, and tax reform (…)“[385], wurden Konditionen im Bereich von „good governance“[386] unter Major zunehmend wichtiger. John Major erklärte 1991: „We must all meet basic standards and human and democratic rights: universal standards not merely Western standards.“[387] Vor dem Hintergrund der Annahme, dass Umweltprobleme nicht mehr lokale, sondern globale Auswirkungen haben, wurden ökologische Motive ebenfalls zunehmend relevant[388]. Auch unter Major bestand grundsätzlich das Spannungsverhältnis zwischen Hilfe für die Ärmsten auf der einen Seite und die Verfolgung weiterer britischer Ziele im ökonomischen als auch im politischen Bereich auf der anderen Seite. Allerdings veränderte sich die Gewichtung der Sektoren stärker zu Gunsten der Motive des Weißbuches und damit weg von der

---

[383] Thatcher, Margaret; Downing Street No. 10. Die Erinnerungen, 2. Auflage, Düsseldorf, Wien, New York, Moskau 1993, S. 255.

[384] Vgl. als frühe Beispiele von wissenschaftlicher Kritik May, Ranald S./Dobson, N. C.: The impact of the United Kingdom’s bilateral aid programme on British Industry, in: ODI Review (1979) 2, S. 1-22; Morrissey, Oliver: (FN 256); zur kritischen Position der NGOs vgl. German, Tony: United Kingdom, in: Randel, Judith/German, Tony (Hrsg.): The Reality of Aid. An independent review of international aid, Genf, Brüssel, London 1993, S. 55-57; zur Beziehung zwischen Handel und Hilfe vgl. Osei, Robert/Morrissey, Oliver/Lloyd, Tim: The Nature of Aid and Trade Relationships, in: The European Journal of Development Research 16 (2002) 2, S. 354-374.

[385] Legum, Colin: (FN 377), S. 62.

[386] Dieses Stichwort bezieht sich auf die Auflagen bei der Vergabe von Entwicklungshilfe, die sich nach politisch-strukturelle bzw. verfahrenstechnische Reformen richten; vgl. Grotz, Florian: Good Goovernance, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorie, Begriffe, Personen, Reinbek 2002, S. 341-342.

[387] Zitiert in Legum, Colin: (FN 377), S. 62.

[388] Diese Tendenz begann sich schon in den späten 1980er Jahren abzuzeichnen, vgl. The Economist: The greening of Margaret Thatcher, 11.03.1989.

ökonomischen Interessenverfolgung. Grundsätzlich spielten in Majors Regierungszeit die ideologischen Implikationen der monetaristischen Schule eine geringere Rolle als unter Thatcher. „In ideological terms he travelled light.“[389] Bezogen auf die ökonomischen Komponenten der Entwicklungspolitik hatte dies wichtige Folgen, die durch die unintendierten und unerwarteten Probleme in Bezug auf ATP noch verstärkt wurden. Die Lieferbindung ging massiv zurück und wurde nicht länger als zentrales Element der Entwicklungspolitik wahrgenommen. Die sektorale Verteilung wurde verstärkt zugunsten von Bildung, Gesundheit und sonstiger sozialer und politischer Infrastruktur umgeschichtet. Aber vor allem das ATP Programm erlitt einen massiven Einbruch, nachdem mehrere Skandale das Programm in Verruf gebracht hatten[390]. Das entscheidende Negativereignis drehte sich um ein Dammbauprojekt am Fluss Pergau in Malaysia, das vom britischen Staat mit 234 Millionen Pfund unterstützt wurde[391]. Die Ursprünge dieses Projekts gehen bis ins Jahr 1989 zurück, als Thatcher gegenüber Malaysia ein Versprechen in Bezug auf die Unterstützung dieses Projekts abgab. Im Verlaufe der Enthüllungen 1994 sollte sich zeigen, dass das Versprechen im Tausch für die malaysische Zusage, Waffenlieferungen aus Großbritannien zu beziehen, erfolgte[392]. Diese politische Konstellation veranlasste den Außenminister Douglas Hurd[393] 1991, entgegen der Empfehlung seines GBODA Permanent Secretary Tim Lankester das Projekt zu bewilligen. Lankester hatte sich nach mehreren Projekteinschätzungen seiner Behörde dagegen ausgesprochen. Die Gutachter waren der Überzeugung, das Vorhaben sei unökonomisch, im Kontext der anderen ATP Projekte zu groß und binde zu viele Gelder. Das National Audit Office kritisierte das Projekt 1993 ebenfalls als

---

[389] Cradock, Percy: (FN 151), S. 34.

[390] „Kleinere“ Skandale in den 1980ern waren ein Helikoptergeschäft mit Indien (von Indien wenig gewünscht und hauptsächlich zur Auftragssicherung des britischen Helikopterunternehmens), ein Turbinengeschäft mit Ägypten (mit veralteten Turbinen, die das britische Unternehmen aus dem Lager haben wollte) und ein Busgeschäft mit Sambia (das gegen die GBODA Empfehlung durchgeführt wurde, wobei die Busse nach einem Jahr nicht mehr fuhren, weil sie nicht für die lokalen Straßen gerüstet waren), vgl. Erswell, Christopher C.: (FN 369), S. 70-71.

[391] Vgl. hierzu White, Fidelma/Harden, Ian/Donnelly, Katy: Audit, accounting officers and accountability: the Pergau Dam affair, in: Public Law (1994) 4, S. 526-534; Grosz, Stephen: Pergau be dammed, in: The New Law Journal (1994) 6675, S. 1708-1710; National Audit Office: Pergau Hydro-Electric Project. Report by the Comptroller and the Auditor General, London 1993; The The Economist (US): Arms and the Dam, 01.02.1997.

[392] Die Presse vermutete eine solche Verbindung schon während der britisch-malaysischen Verhandlungen um Waffengeschäfte, die Ende 1988 begannen.

[393] Zu seiner eigenen Darstellung vgl. Hurd, Douglas: Memoirs, London 2003, S. 494-496; ergänzend dazu vgl. Stuart, Mark: Douglas Hurt. The Public Servant. An Authorised Biography, Edinburgh 1998, S. 402-413.

unausgewogen und wenig effizient. Erst 1994 kamen jedoch Zweifel an der tatsächlichen Rechtmäßigkeit des Projekts auf, als Lankester gegenüber dem Public Accounts and Foreign Affairs Committee mitteilte, dass er sich gegen die Finanzierung des Projekts ausgesprochen hatte und dass das Projekt ein Missbrauch von Entwicklungshilfe sei. Die folgenden Reaktionen seitens der Presse und zahlreicher Akteure aus dem Bereich der Entwicklungspolitik gipfelten in einem Gerichtsurteil, das Douglas Hurd der rechtswidrigen Geldvergabe für schuldig sprach. Der Klage des WDM, nach der der Außenminister seine Kompetenzen, festgelegt im Overseas Development and Co-operation Act[394], überschritten hätte, wurde stattgegeben. John Vereker, Permanent Secretary des GBODA bis zu dessen Umwandlung, formuliert die Problematik um ATP wie folgt: „Drawing the line between an acceptable project that happened to promote exports and a useful export that could be dressed up as aid, became harder and harder – and ended up in the courts with the Pergau judgement."[395] Das mediale Echo vor, während und nach dem Richterspruch war gewaltig, und nur mit Mühe konnte der Außenminister seinen Posten halten[396]. Durch diesen Vorfall geriet das ATP Programm in starke Kritik und wurde von Majors Regierung anschließend kaum noch genutzt[397]. „While this long-running discussion on the abuse of British aid went on, both [GB]ODA and NGOs were devoting much attention to their own effectiveness, and the key question of whether aid was working."[398] Zum Ende der Major Zeit befand sich die Entwicklungspolitik in einer Krise, die erst mit dem Regierungswechsel 1997 überwunden werden konnte.

---

[394] „The Secretary of State shall have power, for the purpose of promoting the development or maintaining the economy of a country or territory outside the United Kingdom (…)", in HMSO: (FN 357), Chapter 63, Part I, S. 1.

[395] Vereker, John: Blazing the Trail: Eight Years of Change in Handling International Development, in: Development Policy Review 20 (2002) 2, S. 136.

[396] Vgl. etwa The Economist: The dam affair returns, 05.11.1994; The Economist: Aid and Trade. The curse of Pergau, 05.03.1994; The Economist: And some more questions about Pergau, 26.02.1994; Financial Times London: Hurd may have to retreat on dam aid, 23.12.1994; Financial Times London: Hurd broke law over Pergau aid, High Court says: Pounds 234m allocation for Malaysian dam project was 'fatally flawed', 11.11.1994; The Times: Pergautory, 21.07.1994. Zum medialen Druck in der Folge vgl. Financial Times London: Trade and Aid, 01.09.1996; Financial Times London: Aid cash should not be tied to 'buying British', 06.09.1996.

[397] Der trotzdem noch starke Anteil an den Gesamthilfeausgaben liegt vor allem an laufenden Verträgen, wobei kaum neue Verträge hinzukamen. Die Times schreibt zum Zusammenhang zwischen Pergau und ATP: „The details scarcely rate the Pergau Dam becoming a slogan, but it finally killed off the Aid and Trade Provision (ATP) (…)." Vgl. The Times: British Aid should follow trade, 06.11.1997.

[398] Randel, Judith/German, Tony: United Kingdom, in: Smillie, Ian/Helmich, Henny (Hrsg.): Public Attitudes and International Development Co-operation, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development 1998, S. 147.

4.2.1.3. Umfang

Im Umfang lassen sich für die Jahre der konservativen Herrschaft in Großbritannien einige Tendenzen ablesen[399]. Zunächst sollen die gesamten Geldflüsse betrachtet werden, die sowohl in realen Mitteln, als auch als prozentualer Anteil am Bruttosozialprodukt deutlichen Schwankungen ausgesetzt waren. So erreichten die gesamten Finanzflüsse 1989 während der letzten Regierungsphase unter Thatcher einen Höhepunkt mit einem Anteil von 1,14% des BSP, was einem Gegenwert von 9 468 Millionen US Dollar entsprach. In den folgenden Jahren brach die Hilfe ein und umfasste 1991 nur noch 0,56% des BSP. Danach setzte ein Zuwachs ein, der nach einem kleinen Rückfall 1993 stetig stieg und 1996 mit 22 470 Mio. US Dollar (1,93% BSP) den Höchststand unter Major kennzeichnete. Entscheidend ist hierbei jedoch nicht die staatliche Unterstützung, sondern vor allem der gewaltige Anteil an privaten Geldflüssen, die im Jahr 1996 1,61% des BSP ausmachen. Auch sie sind in den frühen 1990er Jahren erheblichen Schwankungen ausgesetzt, die mehr als einen Prozentpunkt ausmachen. Im Jahr 1991, als der Gesamtumfang der Entwicklungshilfe auf einem sehr niedrigen Stand war, lagen auch die privaten Investitionen nur bei 1 527 Mio US Dollar, was einem BSP Anteil von 0,15% entsprach. Diese Schwankungen im Bereich der privaten Finanzflüsse sind auch maßgeblich für die Inkonstanz der Gesamtflüsse verantwortlich. Denn im Gegenzug hierzu zeigen sich die Zuwendungen aus öffentlicher Hand als stabil. Sie lagen durchgehend bei etwa 0,30%, was bei leicht steigendem BSP geringe Zuwächse bedeutet. In den Jahren 1992 bis 1994 gab der Staat 0,31% des BSP für Entwicklungshilfe aus. 1991 lagen sie um 0,01% darüber, in den Jahren 1995 und 1996 wenige Zehntel darunter. Erst bei Betrachtung der ODA[400] in ihrer Verteilung lassen sich leichte Neigungen beobachten. So ist erkennbar, dass die multilateralen Kanäle, vor allem die EC/EU, an Bedeutung gewinnen. Der Anteil der multilateralen Mittel wuchs zwar nicht von Jahr zu Jahr, dennoch ist hier eine gewisse Steigerung nachzuvollziehen. Der Anteil der EC/EU hat sich in den Jahren zwischen 1987 und 1996 nahezu verdoppelt. Da die gesamte ODA nicht merklich gewachsen ist,

[399] Siehe Anhang II für folgende Zahlenangaben

[400] ODA beinhaltet nach der Definition des DAC alle Zuschüsse und Kredite (mit mindestens 25% Zuschusselement), sowie technische Unterstützung an Entwicklungsländer durch den staatlichen Sektor, die zur Entwicklung der Wirtschaft und Wohlfahrt beitragen sollen. Vgl. Development Assistance Committee: (FN 12).

nähert sich der multilaterale stark dem bilateralen Anteil an. 1996 lagen die multilateralen Ausgaben bei 1 409 Mio. US Dollar, die bilateralen Gelder bei 1 790 Mio. US Dollar. Der Anteil der multilateralen Ausgaben an der Gesamtheit des ODA stieg um mehr als einen Prozentpunkt.

Auch die Zielländer britischer Entwicklungshilfe zeichnen sich durch eine hohe Konstanz aus[401]. So ist Indien, als ehemalige Kolonie und wichtiges Mitglied des Commonwealth, durchgehend der Hauptempfänger britischer Unterstützung. Zwar ging der Anteil der Hilfe für Indien zurück[402], lag aber während der Regierung Major und Thatcher durchgehend vor allen anderen Staaten. Ähnlich stabil zeigt sich Bangladesch, das nie weniger als 2% der britischen ODA erhielt[403]. Auch die Wahl der weiteren primären Zielstaaten ist durch hohe Stabilität gekennzeichnet: Pakistan, Kenia, Sambia, Tansania, Ghana oder etwa Malawi sind fast durchgehend unter den ersten 10 Empfängerstaaten. Auffällig ist der hohe Anteil an ehemaligen Kolonien und Commonwealth Mitgliedern unter den Hauptempfängern. Wenigstens 7 der 10 Hauptempfänger bilateraler Entwicklungshilfe sind Commonwealth Mitglieder. In den Jahren 1991 und 1992 waren 9 von10 Hauptempfängern im Commonwealth, 1990-1991 sogar alle Staaten. Daneben kamen aber auch neue Staaten hinzu, die keine traditionellen und strukturellen Bindungen zu Großbritannien hatten. So ist seit 1991-1992 China ein wichtiges Ziel britischer Entwicklungshilfe und häufig unter den ersten 10 Empfängerländern. In den Jahren 1992 bis 1996 wurden auch beträchtliche Anteile des britischen ODA auf Entwicklungshilfe in den vom Krieg heimgesuchten Balkanstaaten verwendet. Obwohl sie nicht unter den Hauptempfängern auftauchen, bezogen seit Anfang der 90er Jahre die mittel- und osteuropäischen Staaten zunehmend große Anteile britischer Hilfe[404].

Der hohe Anteil an Commonwealth Staaten als Empfänger britischer Entwicklungshilfe ist ein wichtiger Grund für den hohen Anteil an Zuwendungen für die ärmsten Staaten. Denn gerade sehr viele Commonwealth Staaten zählen in diese Kategorien[405]. Paul

---

[401] Vgl. hierzu Anhang V.

[402] Von 8,7% Anteil am ODA im Jahresdurchschnitt 1986-87, zu 5,2% am ODA 1996-97.

[403] Der Anteil für Bangladesch ist gegenüber Indien vor allem vor dem Hintergrund der Landesgröße gewaltig.

[404] Vgl. Cinnock, Jeff/Curtis, Mark/McFarlane, Ian: (FN 347), S. 93.

[405] 42 von insgesamt 53 Commonwealth Mitgliedern zählen zur Gruppe I (Entwicklungsländer) der UN Kategorien, davon 15 zu den LLDCs. Seit 1971 führt die UN eine Liste der Länder mit der niedrigsten Entwicklung, die sich nach den Kriterien besonders niedrigen Pro-Kopf-Einkommens, Schwächen im

Bendix spricht hier von einem für die Statistik „(…) ‚glückliche[n]' Umstand, dass die traditionellen Einflussländer Großbritanniens gleichzeitig zu den ärmsten Ländern zählen."[406] Dadurch ergibt sich ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Geldern für die „Least Developed Countries" (LLDCs), der sich auch durch die gesamte Zeit von Major und die späten Thatcher Jahre zieht[407]. Er fällt zwar von 33% im Jahr 1987 auf 24% 1997 ab, bleibt aber trotzdem durchgehend über DAC Durchschnitt.

Deutliche Entwicklungen zeigen sich in der sektoralen Verteilung von offizieller Entwicklungshilfe[408]. So verloren die Bereiche der Produktion und ökonomischer Infrastruktur ab Anfang der 1990er stark an Gewicht. Während im Jahr 1990 noch 24,1% des ODA in „ökonomische Infrastruktur", also vor allem in Transport, Kommunikation und Energie, und 19,1% in „Produktion", das die Bereiche Landwirtschaft, Industrie, Bergbau, Baugewerbe, Handel und Tourismus umfasst, flossen, gingen 1997 nur noch 10,9% an Projekte zur ökonomischen Infrastruktur und 11,1% in den Sektor der Produktion. Gleichzeitig wuchsen die Anteile für „soziale und administrative Infrastruktur" um 4,5 Prozentpunkte auf einen Stand von 27,8% im Jahr 1997. Hier ist eine deutliche Verschiebung der Prioritäten von wirtschaftlichen Sektoren in stärker soziale und politische Bereiche zu erkennen. Die wichtigsten Bausteine der sozialen und administrativen Infrastruktur sind Bildung, Gesundheitsvorsorge, Wasserversorgung, sowie die Unterstützung von Regierung und Zivilgesellschaft.

Zwei weitere wichtige Größen sind die Lieferbindung und das Zuschusselement von Entwicklungshilfe[409]. Diese Konditionen sagen viel über die „Qualität" der Gaben aus und besonders bei der Lieferbindung sticht Großbritannien hervor. Weit über dem Durchschnitt der anderen DAC Staaten hatte das Inselkönigreich zunächst einen sehr hohen Anteil an gebundener Hilfe. So war bis 1991 der Anteil des gesamten ODA mit Lieferbindung bei über 40%, was in der Regel weit über dem Anteil des DAC

Bereich der Human Resources und ökonomischer Krisenanfälligkeit richtet. Vgl. United Nations Conference on Trade and Development: Development and Globalization: Facts and Figures, New York, Genf 2004, S. 2, http://www.unctad.org/en/docs/gdscsir20041_en.pdf [15.11.2005]; für eine Tabelle der aktuellen LLDCs und Kategorie I Staaten vgl. Development Assistance Committee: (FN 12), S. 244.

[406] Bendix, Paul J.: (FN 339), S. 13.

[407] Vgl. hierzu Anhang VI.

[408] Vgl. hierzu Anhang VII.

[409] Vgl. hierzu Anhang IV.

Durchschnitts lag[410]. Ebenso auffällig wie der hohe Prozentsatz im Bereich der Lieferbindung ist aber auch ihr immenser Rückgang während den 1990er Jahren. 1991 noch bei 41,40% ging der Wert bis 1996 auf 13,90% zurück. 1996 war der Anteil des ODA mit Lieferbindung in Großbritannien damit deutlich unter dem DAC Durchschnitt gefallen[411]. Dieser Rückgang von Lieferbindungen fällt klar in die Zeit von Majors Regierung und ist die deutlichste Tendenz in der Umfang-Dimension dieser Jahre.
„Ein Kennzeichen der auch vom DAC anerkannten bisherigen hohen Qualität der britischen bilateralen ODA ist der extrem hohe Anteil an Zuschüssen und das entsprechend hohe durchschnittliche Zuschusselement.“[412] Das Vereinigte Königreich zeigt sich sehr konstant und gebefreudig. Das Zuschusselement[413] der gesamten ODA sinkt in keinem Jahr unter 96,50%, was selbst bei diesem Tiefststand noch über dem DAC Durchschnitt lag[414]. Ab 1996 lag das Zuschusselement schließlich durchgehend bei 100%.

4.2.2. Regierungszeit Blair (1997-2005)

4.2.2.1. Struktur

Bei Regierungsantritt 1997 nahm Labour im Bereich der Entwicklungspolitik einige auffällige strukturelle Veränderungen vor. Vor allem auf der politischen Ebene, aber auch auf administrativer kam es zu Verschiebungen[415]. Die auffälligste Neuerung ist die Einrichtung eines eigenständigen Entwicklungshilfeministerium (DFID), das von einem „Secretary of State for International Development“ mit Kabinettsrang vertreten wird.

---

[410] So hatten 1991 41,4% der britischen ODA eine Lieferbindung gegenüber 24,0% im DAC Durchschnitt, vgl. vgl. Development Assistance Committee: Development and Co-Operation Report 1993, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development 1994, S. 195.
[411] Dem britischen Anteil von 13,9% entsprachen 26,5% im DAC Durchschnitt, vgl. Development Assistance Committee: Development and Co-Operation Report 1998, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development 1999, S. A50.
[412] Bendix, Paul J.: (FN 339), S. 12.
[413] Das Zuschusselement (Grant Element) gibt Auskunft über den tatsächlichen Grad an Vergünstigung, der mit einer finanziellen Hilfeleistung verbunden ist. Ausgehend von einem Kredit zu einem marktüblichen Zinssatz, der durch ein Zuschusselement von 0% widergespiegelt wird, bis hin zu einem Geschenk, das am anderen Ende der Skala, also bei 100%, liegt, sind alle Grade hier erfassbar.
[414] DAC Durchschnitt lag bei 90,6%, vgl. Development Assistance Committee: Development and Co-Operation Report 1994, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development 1995, S. F1.
[415] Vgl. hierzu und im Folgenden Morrissey, Oliver: (FN 22), S. 2-6; Conway, Tim: Changing aid policies of the major donors: UK case study, London 2003, S. 22-45; Development Assistance Committee: The DAC Journal 2001, Volume 2, No. 4, Paris: Organisation for Economic Co-Operation and Development 2001, Teil 1, S. 53-63; DFID: (FN 367), S. 57-59; Anhang XIII.

Andere Ministerien, so etwa das FCO und DTI, haben durch diesen Schritt an administrativem, aber vor allem an politischem Einfluss auf die Entwicklungspolitik verloren. Die politische Verantwortung der Entwicklungshilfe ist jetzt weitestgehend in einem Ministerium konzentriert. In Fällen von übergreifenden Themenfeldern werden Ad hoc Koalitionen mit betroffenen Ressorts gebildet. Die Zusammenarbeit erfolgt dann zunächst entlang konkreter Projekte. „These issue-specific links are complemented by the Inter-Departmental Working Group on Development which provides a Ministerial forum for reviewing overall Government progress in promoting coherence."[416] Die Arbeitsgruppe, der der „Secretary of State for International Development" vorsitzt, besteht aus Mitgliedern von Ministerien, deren Aufgabenfelder durch die Entwicklungspolitik berührt werden könnten, so etwa das FCO, das DTI, das HMT oder auch das „Ministry of Defence"[417]. Weiterhin wurde ein Ausschuss im House of Commons gebildet, der sich nur mit Fragen der Entwicklungspolitik beschäftigt. Das „Committee on International Development" stellt eines der „Select Committees" dar, die die Aufgabe haben „(…) to examine the expenditure, administration and policy (…)"[418] des jeweiligen Ministeriums[419]. Dies steigert die Präsenz der Entwicklungspolitik auf legislativer Ebene. So kann das DFID aufgrund seiner neuen Anwesenheit auf Kabinettsebene und in Ausschüssen der gesetzgebenden Häuser politisch stärker mitgestalten.

Im Bereich der Ministeriumsadministration hat sich, neben der Ausgliederung aus dem FCO, strukturell wenig geändert. Einem Director General für den Bereich „Programmes" unterstehen drei geographische Sektionen, die nach wie vor für die Ausführung von Entwicklungshilfe zuständig sind[420], sowie die sektoralen Divisions „Economic and Social Policy", „Human Development" und „Natural and Physical Environment". Daneben verwaltet ein zweiter Director General den Bereich Ressourcen, was vor allem die Themen der internationalen Hilfe, die Personalabteilung, Evaluation und die Planungssektionen „Aid Policy and Resources" einschließt. Ab 2003

[416] DFID: Departmental Report 2000. The Governments Expenditure Plans 2000-2001 to 2001-2002, London 2000, S. 78.
[417] Vgl. DFID: (FN 416), S. 78.
[418] Norton, Philip: The House of Commons, in: Jones, Bill (Hrsg.): Politics UK, Harlow 2001, S. 360-361.
[419] Im Gegensatz zu Standing Committees, die zur Beratung von Gesetzen gebildet werden, sind die Select Committees ständige Einrichtungen, vgl. Norton, Philip: (FN 418), S. 359-363.
[420] Wobei „Eastern Europe, Former Soviet Union and Western Hemisphere" nun in „Europe, Middle East and American Division" geändert wurde.

kam ein dritter „Director General for Policy and International“ hinzu, dem auch das zentrale Forschungsteam untersteht, das aus den bisherigen sektoralen Departments zusammengezogen wurde. Hier sollen neue Ansätze für die Entwicklungspolitik erarbeitet werden. Der ehemalige Aufgabenbereich „Resources“ trägt nun den Namen „Corporate Performance and Knowlegde Sharing“, enthält aber nach wie vor die wichtigen Departments zur Evaluation in der „Knowledge Division“ und die finanzielle Planungseinheit „Finance and Corporate Performance Division“. Das Personal hat deutlich zugenommen und umfasste 2004/2005 1 883 Vollzeitarbeiter, nachdem es 1999/2000 1 325[421] und 1997/98 nur 1 150 waren[422]. Auch die Zahl der Auslandsbüros wurde seit 1997 deutlich größer. Während das DFID 1997 5 Auslandsbüros und 2 „Aid Management Offices“ unterhielt, die in Teilen von der konservativen Regierung übernommen wurden, sind es 2005 37 Auslandsbüros, davon allein 15 im Bereich Asien und Pazifik[423]. Seit jüngster Zeit unterhält das DFID auch 3 Außenstellen im Irak. Die Verlegung der Administration in die betroffenen Gebiete hat nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Dimensionen. So sind die Befugnisse zur Geldvergabe für die Außenposten ausgeweitet worden, und seit 2000 werden Länderbüros verstärkt dezentralisiert, was eigenständige Kompetenzen in Bezug auf Vertragsabschlüsse und Management bedeutet[424].

Starkes Gewicht wurde auf die Planungs- und Forschungskapazitäten des Ministeriums gelegt. Zahlreiche Hintergrundpapiere, Strategiepapiere[425], Statistiken, Berichte des Ministeriums und vieles mehr dienen nicht nur der Transparenz und Evaluation der Entwicklungspolitik, sondern stellen auch das strategische und intellektuelle Rückgrat der ausführenden Administration dar. Hierfür werden neben den eigenen Forschungsteams aus sektoralen Spezialisten des Policy Departments auch externe

---

[421] Teilzeitkräfte werden zu Vollzeitkräften zusammengerechnet. Die Zahlen für 2004/2005 sind geschätzt, vgl. DFID: Departmental Report 2005, Norwich 2005, S. 161.

[422] Obwohl die Absicht bestand, die Anzahl der Mitarbeiter von 1997/98 weiter zu reduzieren, vgl. Development Assistance Committee: (FN 27), S.30.

[423] Vgl. DFID: (FN 367), S. 57; DFID: About DFID, http://www.dfid.gov.uk/aboutdfid/organisation/regionalprogrammesdivision-africa.asp [03.12.2005]

[424] Erste Pilotprojekte wurden im südlichen und östlichen Afrika durchgeführt, später auf andere Staaten, z.B. Vietnam und Indien, ausgedehnt. Die Erfahrungen waren hierbei gemischt, vgl. Vazquez, Belen: United Kingdom. Aid level soars but still short of target, in: Randel, Judith/ German, Tony/ Ewing, Deborah (Hrsg.): The Reality of Aid 2002. An Independent Review of Poverty Reduction and Development Assistance, Manila 2002, S. 244-245; Development Assistance Committee (FN 415), S. 70-71.

[425] Unterteilt in „Target Strategy Papers”, „Institutional Strategy Papers” und „Country Strategy Papers”

Forschungseinrichtungen und NGOs einbezogen. So wurden die beiden zentralen Weißbücher auch auf der Grundlage zahlreicher Beiträge von externen Quellen angefertigt.

Die Evaluation und Effektivität von Entwicklungshilfe erhielt im neuen Ministerium ebenfalls mehr Bedeutung. Sie erfolgt zunächst anhand der neuen „Public Service Agreements“ (PSA)[426], die seit 1999 zu erstellen sind. Die PSAs werden mit dem HMT für jeweils drei Jahre aufgestellt und enthalten die Anforderungen, die das DFID im Gegenzug für ihr Geld erbringen muss. Diese werden durch ein „Service Delivery Agreement“[427] ergänzt, das die Umsetzung der Ziele konkretisiert. Die PSAs haben im Gegensatz zu früheren Public Expenditure Plans den Vorteil, dass hier keine Verteilung von Geldern, sondern Ziele festgelegt sind, die als Leitlinie für die Arbeit der Administration dienen. Erfolg oder Misserfolg lassen sich so leichter bemessen und nachvollziehen. Darüber hinaus wurde zusätzliches Gewicht auf die Bewertung von Projekten sowohl durch das Evaluation Department in Großbritannien als auch durch die Büros vor Ort gelegt. Während im GBODA die Beurteilung von Projekten in der Regel nach deren Abschluss erfolgte, wird seit mehreren Jahren versucht, bereits während laufender Projekte Teilerkenntnisse über die Effizienz zu gewinnen, um stärkeren Profit aus diesen Erfahrungen zu ziehen.

Neben den gebündelten Befugnissen des DFID verwalten andere staatliche Akteure nur sehr beschränkte Anteile an der Entwicklungspolitik. Das FCO und das Home Office haben einen geringen Anteil am Politikfeld, so etwa im Bereich der medizinischen Unterstützung. Das DTI hat vor allem durch das ECGD, das nach wie vor Sicherheiten bei Exporten und Krediten übernimmt, weiterhin einen Anteil an der Entwicklungshilfe. Im Bereich des Schuldenerlasses gibt es eine gemeinsame Zuständigkeit, wobei das HMT hier eine zentrale Rolle einnimmt[428].

Als unterstützende Ausführungsorgane bestehen weiterhin das British Council und die Crown Agents, wobei letztere als Privatunternehmen nur noch Dienstleistungen auf

---

[426] Vgl. hierzu DFID: Public Service Agreement 2005-2008, http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/PSA/DFID-PSA-2005-08.pdf [03.12.2005]; DFID: Public Service Agreement 2003-2006, http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/publicserviceagreement03-06.pdf [03.12.2005].

[427] Vgl. zum Public Service Agreement 2003-2006 das relevante Public DeliveryAgreement, vgl. DFID: DFID Public Delivery Agreement 2003-2006, http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/servicedeliveryagree03-06.pdf [05.12.2005]

[428] Der Gouverneur bei der Weltbank – ehemals ein HMT Vertreter – wird dagegen vom DFID gestellt, vgl. zum Konflikt und Kompromiss zwischen HMT und DFID, The Economist (US): Overseas Aid. Stop Short, 16.08.1997; Financial Times London: Dispute on World Bank Role for Short, 19.05.1997.

vertraglicher Basis ausführen. Daneben ist vor allem die CDC eine wichtige Einrichtung zur Unterstützung der Wirtschaft in riskanten Unternehmungen. Das Weißbuch von 1997 stellt fest, „[o]ur main instrument for investing in the private sector in the poorest countries is the Commonwealth Development Corporation“[429]. Jedoch wird auch auf die beschränkte Handlungsfähigkeit durch seinen semistaatlichen Status hingewiesen und der Plan formuliert, die CDC zu einer Aktiengesellschaft umzuformen, um privates Kapital zuzuführen[430]. Zur Durchsetzung dieses Plans wurde das CDC Gesetz von 1978[431] durch ein neues Gesetz ersetzt. Das „Commonwealth Development Corporation Bill“[432] von 1999 ermöglichte die Umwandlung der CDC zu einer Aktiengesellschaft, allerdings zunächst mit dem Staat als Besitzer aller Anteile[433]. Im Rahmen der Umwandlung gab sich die neue Gesellschaft auch einen neuen Namen, die „CDC Group plc“[434]. Die Verbindung zwischen DFID und der CDC Group erfolgt über ein „Public-Private Partnership Agreement“[435], wobei die CDC Group als Dienstleister für den Staat agiert[436]. 2004 wurden etwa 260 Firmen in 60 Ländern durch das Kapital der CDC mitfinanziert[437].

Eine weitere strukturelle Weichenstellung ist die stärkere Einbeziehung von NGOs in die staatliche Entwicklungshilfe. Hierfür wurde zunächst das JFS der konservativen Regierung fortgeführt. Das Programm wurde 1999 durch einen „Civil Society Challenge Fund“ ersetzt und durch „Partnership Programme Agreements“ (PPA) ergänzt. Das DFID plant durch den Fond „(…)to broaden and deepen our contacts with civil society in the UK in order to strengthen civil society overseas.”[438] Das neue Unterstützungswerkzeug ist umfangreicher bezüglich der Gruppen, die sich um eine

---

[429] DFID: Eliminating World Poverty: A Challenge for the 21st Century, (FN 15), S. 46.
[430] Vgl. DFID: Eliminating World Poverty: A Challenge for the 21st Century, (FN 15), S. 46
[431] Vgl. HMSO: (FN 363).
[432] Hillyard, Mick: The Commonwealth Development Corporation Bill [HL]. Bill 2 of 1998-99, House of Commons Library Research Paper, Nr. 99/29, London 1999, http://www.parliament.uk/commons/lib/research/rp99/rp99-029.pdf [03.12.2005].
[433] Anteile sollen aber im Laufe der Zeit veräußert werden, bis der Staat nur noch „(…) a substantial minority holding (…)“ besitzt, vgl. DFID: (FN 416), S. 80.
[434] Vgl. CDC Group plc: Report & Accounts 1999, London 2000, S. 3.
[435] Eine Konstellation, die unter Blair in vielen Fällen zum Einsatz kommt, um für höhere Effizienz und weniger Kosten zu sorgen. Abwicklungseinrichtungen werden privatisiert und nur durch „Public Private Partnership Agreements“ an den Staat gebunden, vgl. Pyper, Robert: Civil service management and policy, in: Jones, Bill (Hrsg.): Politics UK, Harlow 2001, S. 458-477.
[436] Zum gesamten Szenario und den Problemen, die durch die Umstrukturierung entstanden sind vgl. The Economist (US): Two fingers to the poor, 16.06.2001; Financial Times London: Poor countries investment agency faces shake-up, 08.01.2004.
[437] Vgl. CDC Group plc: Annual Report and Accounts 2004, London 2005, S. 11
[438] DFID: (FN 416), S. 80.

Finanzierung bewerben können, als auch bezogen auf den finanziellen Umfang der Unterstützung, der bis zu 100% beträgt[439]. PPAs stehen allerdings nur zentralen gesellschaftlichen Akteuren im Bereich der Entwicklungspolitik offen. So bestehen etwa Übereinkünfte mit Care, Oxfam oder Christian Aid[440]. Die Vereinbarungen stellen eine strategische Übereinkunft zwischen einem gesellschaftlichen Akteur und dem DFID dar. Hierdurch können langfristige Zielübereinkünfte projektunabhängig gefördert werden. 2005 arbeitete das Ministerium mit insgesamt 160 gesellschaftlichen Akteuren zusammen und hatte 18 laufende PPAs, wobei die Zusammenarbeit in diesem Bereich weiter ausgebaut werden soll[441].

Die strukturellen Neuerungen wurden durch ein neues Gesetz im Bereich der Entwicklungspolitik 2002 ergänzt[442]. Der „International Development Act“ ersetzt jenes von 1980, das unter der Regierung Thatcher erlassen worden war[443]. Während sich das Gesetz in weiten Teilen kaum von seinem Vorgänger unterscheidet, gibt es doch wichtige Neuerungen. Diese beziehen sich neben einer etwas größeren Handlungsfreiheit für den zuständigen Minister vor allem auf die stärkere Ausrichtung auf Armutsbekämpfung. „The Secretary of State may provide any person or body with development assistance if he is satisfied that the provision of the assistance is likely to contribute to a reduction in poverty.”[444] Diese erste Festlegung ist die zentrale Ausrichtung des gesamten Gesetzes. Die Möglichkeit zur Unterstützung der Wirtschaft durch Entwicklungsarbeit hingegen, wie sie 1980 formuliert wurde, ist nicht in das neue Gesetz übernommen worden.

---

[439] Vgl. DFID: Civil Society Challenge Fund Guidelines, http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/civilsocietycfguide.pdf [05.12.2005].

[440] Vgl. DFID: Care International (UK) Partnership Programme Agreement, 28 June 2002, http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/care-ppa.pdf [05.12.2005]; DFID: Partnership Programme Agreement: Oxfam, 19.07.2002, http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/oxfam-ppa.pdf [05.12.2005]; DFID: Christian Aid Partnership Programme Agreement, February 2002, http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/ca-ppa.pdf [05.12.2005].

[441] Vgl. DFID: (FN 421), S. 102.

[442] Vgl. House of Commons: International Development Bill, London 2001, http://www.publications.parliament.uk/pa/cm200001/cmbills/049/2001049.htm [06.12.2005].

[443] Vgl. hierzu Richards, Patsy: (FN 26).

[444] House of Commons: (FN 442), Part 1, S. 1.

4.2.2.2. Ziele

Die Ziele der neuen Regierung sind bereits 1997 durch ein Weißbuch[445] deutlich gemacht worden. Hierin zeigten sich Neuerungen, aber auch vieles, was von den – häufig impliziten – Weichenstellungen unter der konservativen Regierung aufgegriffen wurde. Das WP von 1997 ist die Grundlage der britischen Entwicklungspolitik unter Labour und soll daher im Zentrum der folgenden Darstellungen stehen. Weitere Anpassungen wurden durch ein Weißbuch 2000[446] vorgenommen, auf das ebenfalls kurz eingegangen werden muss.

Das erste Grundsatzpapier seit über 20 Jahren stellt die Entwicklungspolitik im Wesentlichen auf drei Pfeiler, die sowohl Herkömmliches enthalten, als auch Innovationen einbeziehen[447]. Inhaltlich kann das Papier, das an sich schon eine Innovation darstellt, mit drei Schlagwörtern zusammengefasst werden. „The White Paper has three major planks: poverty, partnerships and policy consistency."[448] Im Zentrum des gesamten Papiers steht die Verpflichtung zur Armutsbekämpfung durch nachhaltige Entwicklung, alle anderen Erwägungen sind diesem Ziel untergeordnet. Diese Ausrichtung enthält zunächst kaum Neues, da bereits das 1975 White Paper[449], auf deren Grundlage die konservativen Regierungen gearbeitet haben, die Hilfe für die Ärmsten in den Fokus genommen hat[450]. Obwohl sich die Regierung unter Thatcher diesem Papier nur noch sehr beschränkt verpflichtet sah, wurde bereits unter Major die Tendenz zur Armutsbekämpfung wieder stärker ins Zentrum gerückt. Daher liegt eine Neuerung hier weniger in dem Bekenntnis an sich, sondern im erneuten Explizieren dieser Position. Darüber hinaus können in den Details einige Veränderungen entdeckt werden. Zunächst ist die Zielvorgabe deutlich klarer festgelegt als in früheren Schriften. Es sollen die "International Development Targets", wie sie durch die UNO gesetzt

---

[445] Vgl. DFID: Eliminating World Poverty: A Challenge for the 21st Century, (FN 15).
[446] Vgl. DFID: Eliminating World Poverty: Making Globalisation Work for the Poor (FN 15).
[447] Vgl. für eine Übersicht Goudie, Andrew: Eliminating world poverty: A challenge for the 21st century. An overview of the 1997 White Paper on international development, in: Journal of International Development, 10 (1998) 2, S. 167-183.
[448] White, Howard: British Aid and the White Paper on International Development: Dressing a Wolf in Sheep's Clothing in the Emperor's new Clothes?, in: Journal of International Development, 10 (1998) 2, S. 158.
[449] Vgl. hierzu Hewitt, Adrian/Killick, Tony: (FN 159), S. 185-194.
[450] „Our new aid strategy is therefore in essence: to give an increasing emphasis in our bilateral aid towards the poorest countries (...)", vgl. Ministry of Overseas Development: (FN 10), S. 7.

wurden, verwirklicht werden[451]. Aber auch die Darstellung der Facetten von Armut ist deutlich umfassender formuliert worden, als das in früheren Ausführungen der Fall war[452]. So werden nicht nur die Einkommen als Indikator herangezogen, sondern auch Exklusion, Informationszugang, Gesundheitsversorgung, Bildung und Selbstverwirklichungschancen[453]. Auch in Bezug auf die Zugänge und die Qualität der Hilfe werden neue Wege gegangen. „[I]t is the first clear and comprehensive commitment by a British government to using its aid and influence to help poor people and not just poor countries."[454] So wird nicht mehr die Auffassung vertreten, dass die finanzielle Förderung von Staaten allein zum Erfolg führt, sondern es werden neue Aspekte einbezogen. „First, if the poor are given rights and choices they can themselves become the means to reducing poverty."[455] Hier steht die Förderung von Staatlichkeit und Zivilgesellschaft im Mittelpunkt. Das Weißbuch erkennt zwar die besondere Rolle des Staates als Garant von Rechtsstaatlichkeit an, sieht aber auch eine wichtige Aufgabe im privaten Sektor. "Second, it supports a pattern of economic growth that allows the poor to share in the fruits of development."[456] Das Bekenntnis zum wirtschaftlichen Wachstum, das vorwiegend durch Freihandel und Schuldenerlass erreicht werden soll, stellt eine Kontinuität mit den vorangegangenen Regierungen dar. Im Weißbuch sind demnach sowohl ein politisch sozialer als auch ein wirtschaftlicher Zugang zur Armutsbekämpfung gezeichnet. Während aber unter den Konservativen die stärkere Betonung auf den wirtschaftlichen Ansätzen zur Bekämpfung von Armut lag, ist unter Labour „(…) the balance between state and market (…) more heavily tilted toward the state (…)"[457]. So wird im WP festgestellt: „There is now an opportunity to create a new synthesis which builds on the role of the State in facilitating economic growth and benefiting the poor."[458] Weiter zur Qualitätssicherung britischer Hilfe ist die Abschaffung des ATP Programms vorgesehen. „The Aid and Trade Provision lacks

[451] Zentral ist hier die Reduzierung der Armut bis 2015 um 50%, sowie das UNO Ziel von einem Anteil am BSP von 0,7% für Entwicklungspolitik, vgl. DFID: Eliminating World Poverty: A Challenge for the 21st Century, (FN 15), S. 20-21, 79-80.
[452] Vgl. Hewitt, Adrian/Killick, Tony: (FN 159), S. 190.
[453] Vgl. DFID: Eliminating World Poverty: A Challenge for the 21st Century, (FN 15), S. 10.
[454] Cox, Aidan/Healey, John: (FN 23), S. 227.
[455] Cox, Aidan/Healey, John: (FN 23), S. 229.
[456] Cox, Aidan/Healey, John: (FN 23), S. 229.
[457] White, Howard: (FN 448), S. 159.
[458] DFID: Eliminating World Poverty: A Challenge for the 21st Century, (FN 15), S. 12.

poverty elimination as ist central foucs (…)“[459], wird als Begründung für die Einstellung des Programms angegeben. Auch die bereits dargestellte Privatisierung der CDC, die im Weißbuch entwickelt wurde, ist im Kontext besserer Qualität zu sehen.

Die übergeordnete Präferenz der Armutsbekämpfung wird durch zwei strategische Weichenstellungen ergänzt. Im Kapitel 2 des Weißbuchs wird das Konzept der Partnerschaft ausgeführt[460]. „One of the key elements of the government’s approach is to support the development efforts of developing country governments through a range of partnerships, rather than seek to contribute through isolated and poorly integrated actions.“[461] Der Ansatz der Partnerschaft hat zahlreiche Facetten. Der wesentlichste Baustein ist hierbei sicherlich die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem DFID und den Regierungen in Empfängerländern, die die Konditionalität im herkömmlichen Sinne ablösen soll[462]. Aber auch Kooperationen mit anderen britischen Staatsorganen, der Wissenschaft, Wirtschaftsunternehmen, NGOs und internationalen Institutionen werden bei diesem Partnerschaftsbegriff eingeschlossen. In seiner weitesten Auslegung bezieht der Begriff sogar die Unterstützung der breiten britischen Öffentlichkeit mit ein. Die breit angelegte und gleichzeitig enge Zusammenarbeit soll eine höhere Effektivität und Kohärenz der Entwicklungspolitik liefern. Hiermit wird auch der weiten Streuung von Hilfe, wie sie unter der konservativen Regierung die Regel war, eine Absage erteilt. Vielmehr soll eine tief greifende Kooperation mit wenigen Staaten angestrebt werden. Während die Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Akteuren bereits unter Vorgängerregierungen praktiziert wurde, macht das neue Ministerium in ihrem Papier deutlich, dass hier eine umfassendere und konsequentere Einbindung angestrebt wird. In Bezug auf internationale Institutionen wird auf deren wichtige Rolle in der Entwicklungspolitik verwiesen, allerdings auch der Vorsatz gefasst, für eine höhere Effizienz und stärkere Konzentration auf Armutsbekämpfung einzutreten. Der ehrgeizige Anspruch der Partnerschaften mit den Empfängerländern, wie er 1997 erhoben wurde, konnte der Realität nur begrenzt

---

[459] DFID: Eliminating World Poverty: A Challenge for the 21st Century, (FN 15), S. 45.
[460] Vgl. DFID: Eliminating World Poverty: A Challenge for the 21st Century, (FN 15), S. 22-49.
[461] Goudie, Andrew: (FN 447), S. 169-170.
[462] Zum Verhältnis und der Diskussion von Konditionalität und Partnerschaft vgl. Maxwell, Simon/Riddell, Roger: Conditionality or contract: Perspectives on Partnership for Development, in: Journal of International Development, 10 (1998) 2, S. 257-268; Kayizzi-Mugerwa, Steve: Africa and the donor community: From conditionality to partnership, in: Journal of International Development, 10 (1998) 2, S. 219-225. Zu neuesten Entwicklungen in der britischen Diskussion zur Konditionalität vgl. Financial Times London: Britain to stop demanding policy changes in return for aid, 02.03.2005.

standhalten und wird nur sehr eingeschränkt praktiziert, obwohl der Grundansatz weiterhin Bestand hat. Durch Interviews mit Mitarbeitern des DFID kommt Tim Conway zu der Einschätzung, „that the concept of partnership (…) was perhaps a little idealistic, and reflected the perspective of politicians who had only recently entered power, and were yet to find out how hard it would be to achieve genuine partnerships."[463]

Als zweiter strategischer Baustein wird die „consistency of policies"[464] ausgeführt. Hiermit soll der Komplexität der Materie sowohl im nationalen wie auch im internationalen Kontext Rechnung getragen werden. „We shall ensure that the full range of Government policies affecting developing countries, including environment, trade, investment and agricultural policies, takes account of our sustainable development objective."[465] Das DFID formuliert die Überzeugung: Um eine hohe Effizienz im Bereich der Entwicklungspolitik zu erzielen, müssen alle involvierten Politikbereiche abgestimmt werden und alle Akteure an einem Strang ziehen. Was auf nationaler Ebene durch eine vernetzte Struktur[466] und die Einbindung vieler gesellschaftlicher Gruppen erreicht werden soll, wird auf internationaler Ebene durch ein stärkeres Engagement in den Gremien mit britischer Präsenz angestrebt. Schwerpunkte stellen hierbei die Förderung des Freihandels und der Abbau von Handelsbeschränkungen, die Umweltpolitik, politische und ökonomische Stabilität, sowie die Reaktionen auf Konflikte dar. Hierfür sollen die verschiedenen Plattformen der OECD, WTO, UN, EU oder auch der G8 genutzt werden[467]. Als Grundlage dient das Bekenntnis zu bereits Erreichtem, so etwa das Kyoto-Protokoll im Bereich der Umweltpolitik. Als wichtige Problemfelder werden unter anderem die „Gemeinsame Agrarpolitik" (GAP) der EU, als auch das zögerliche Vorgehen in Bezug auf den Schuldenerlass genannt. Das DFID erklärt in diesem Weißbuch den Anspruch, die GAP grundlegend zu reformieren, um den Freihandel mit landwirtschaftlichen Gütern zu fördern. Bezüglich des

[463] Conway, Tim: (FN 415), S. 15.
[464] Vgl. DFID: Eliminating World Poverty: A Challenge for the 21st Century, (FN 15), S. 50-76.
[465] DFID: Eliminating World Poverty: A Challenge for the 21st Century, (FN 15), S. 50.
[466] Vgl. Etwa die bereits dargestellte Rolle der "Inter-Departmental Working Group on Development".
[467] So etwa bei dem jüngsten G8 Gipfel in Gleneagles, bei dem eine Verdopplung der Hilfe für Afrika bis 2010, sowie der Schuldenerlass für die HIPCs unter dem britischen Vorsitz beschlossen wurde, vgl. Blair, Tony: Gleneagles 2005: Chairman's summary, 08.07.2005, http://www.number-10.gov.uk/output/Page7883.asp [20.08.2005].

Schuldenerlasses bekennt sich Großbritannien zum Mauritius Mandat[468] und der HIPC Schulden-Initiative[469] des IWF und der Weltbank.

Das Weißbuch stellt bis heute die Grundlage der britischen Entwicklungspolitik dar. Das zweite Grundsatzpapier aus dem Jahr 2000 rüttelt nicht an den Grundpfeilern, die 1997 festgelegt wurden[470]. Hier werden zum einen Justierungen des 1997er Papiers vorgenommen und zum anderen die Auswirkungen der Globalisierung auf die Ausrichtung der Entwicklungspolitik dargestellt. „(...) [Ms. Short] defends the WTO and makes a strong intellectual case for global capitalism, arguing that it should be seen as a solution to global poverty rather than the cause of it."[471] Weiterhin werden das Ziel der Armutsreduktion und das Bekenntnis zu dem UN-Ziel von 0,7% bestätigt. Neu hingegen sind die Zusagen zur Gestaltung eines Gesetzes zur Regelung der Entwicklungspolitik[472] und die Abschaffung der Lieferbindung[473]. Das Gesetz, das in der Folge entstand, fundierte die pauschale Ausrichtung der Entwicklungspolitik auf Armutsbekämpfung und stellte den juristischen Rahmen zur Abschaffung der Lieferbindung dar.

Seit diesem zweiten Weißbuch wurden keine neuen Ziele oder grundlegende Strategien formuliert[474]. Der „Departmental Report" des DFID für das Jahr 2005 stellt fest,

---

[468] Das Mandat wurde von Großbritannien auf einem Treffen der Commonwealth Finanzminister vom 15.-17.09.1997 auf Mauritius vorgelegt. Es drängt auf Überprüfung und schnelleres Voranschreiten in der HIPC Schulden Initiative des IWF und der Weltbank bis Ende 1999, vgl. HMT: Delivering the Mauritius Mandate, 1.10.1998, http://www.hm-treasury.gov.uk./newsroom_and_speeches/press/1998/press_161_98.cfm [02.01.2006]; The Commonwealth Secretariat: Commonwealth Finance Ministers Meeting – Communiqué, 17.09.1997, http://www.thecommonwealth.org/Templates/Internal.asp?NodeID=140762 [02.01.2006].

[469] Mit dieser Schuldeninitiative sollten hoch verschuldete Staaten (Highly indebted poor countries – HIPC) die Möglichkeit erhalten, ihre Schulden auf ein tragbares Maß zu reduzieren, vgl. Thibaut, Bernhard/Schwehm, Johannes: Verschuldung, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorie, Begriffe, Personen, Reinbek 2002, S. 854-859.

[470] Vgl. DFID: Eliminating World Poverty: Making Globalisation Work for the Poor, (FN 15); vgl. auch Wood, Adrian: (FN 25), S. 933-937.

[471] The Economist (US): A Short treatise on Globalisation, 16.12.2000.

[472] DFID: Eliminating World Poverty: Making Globalisation Work for the Poor, (FN 15), S. 89.

[473] Dies hatte sich schon im täglichen Geschäft angedeutet, wurde in diesem Weißbuch aber erst endgültig. Daneben soll auch gegen Lieferbindungen auf internationaler Ebene vorgegangen werden, vgl. DFID: Eliminating World Poverty: Making Globalisation Work for the Poor, (FN 15), S. 94-95.

[474] Im Augenblick arbeitet das DFID an einem dritten Weißbuch zur Entwicklungspolitik, das im Sommer 2006 erscheinen soll. Der Entstehungsprozess hierfür wurde im Januar 2006 mit der ersten von insgesamt 6 Reden des Secretary of State for International Development Hilary Benn eingeleitet. Die Reden sollen die Themen des Weißbuchs skizzieren und gesellschaftliche wie internationale Akteure sind aufgefordert, auf Grundlage dieser Reden an der Diskussion zur Entstehung des White Paper mitzuwirken. In der vorliegenden Arbeit können nur noch die ersten 5 von 6 Reden erfasst werden. Die Inhalte der Reden und des White Paper fasst Benn wie folgt zusammen: „Over the coming weeks I'll talk about the main themes of the White Paper – reform of the humanitarian system; how we deal with corruption and governance;

„(…)UK policy on development is set out in a series of White Papers and through the International Development Act."[475]

4.2.2.3. Umfang

Der Umfang britischer Entwicklungshilfe in den Jahren nach 1997 beinhaltet neben anhaltenden Tendenzen auch einige Neuerungen[476]. Da es bei der Betrachtung des Umfangs nicht möglich ist, einen exakten Schnitt beim Regierungswechsel im Jahr 1997 zu ziehen, müssen hier vor allem die langfristigen Bewegungen über das Jahr 2000 hinaus betrachtet werden. Laufende Projektfinanzierungen, Kredite oder sonstige Unterstützungsleistungen mussten noch von der neuen Regierung erfüllt werden, zunächst unabhängig von einer möglichen Neujustierung der Entwicklungshilfe. Da diese Finanzierungen nach und nach ausliefen, ist der Umfang britischer Entwicklungshilfe erst etwa ab 2000 gesichert als ein Produkt der neuen Regierung zu sehen[477]. Dennoch sind die Beträge vor 2000 nicht gänzlich zusammenhangslos, sondern bereits ab 1998[478] lassen sich zumindest erste Hinweise auf die Entwicklungen

---

public services; areas beyond aid which are vital to development – trade, climate change, migration – and finally on the shape of the international development system we have created." Die Betrachtung der ersten 5 Reden legt den Schluss nahe, dass weite Teile des neuen White Paper in klarer Linie mit den beiden Vorgängern liegen. Interessant könnte sich die Betonung der humanitären Hilfe entwickeln. Hier erwähnt Benn neben der Hilfe in Umweltkatastrophen und Hungersnöten, auch Fälle schwacher Staatlichkeit und verweist nicht nur auf die präventive Verantwortung der Staatengemeinschaft, sondern auch auf eine hilfreiche Rolle des Militärs in bestehenden Krisen. „We need to have a better understanding with the military to work out how we can cooperate most effectively together, when we need to." Obwohl sich dies zunächst auf die militärische Ressourcennutzung bei Katastrophenhilfen bezieht, könnte sich hier, abhängig von der Diskussion dieses Vorschlags, ein Anknüpfungspunkt von Entwicklungshilfe und militärischer Intervention entwickeln. Vgl. die Reden Benn, Hilary: Growth and poverty reduction – greating more and better jobs in poor countries, 19.01.2006, http://www.dfid.gov.uk/news/files/Speeches/wp2006-speeches/growth190106.asp [15.02.2005]; Benn, Hilary: Humanitarian and conflict reform – an emergency service for the world, 23.01.2006, http://www.dfid.gov.uk/news/files/Speeches/wp2006-speeches/humanitarian230106.asp [15.02.2006]; Benn, Hilary: Political Governance, Corruption and the Role of Aid, 02.02.2006, http://www.dfid.gov.uk/news/files/Speeches/wp2006-speeches/governance020206.asp [15.02.2006]; Benn, Hilary: Meeting our Promises: Basic services for everyone, everywhere, 16.02.2006, http://www.dfid.gov.uk/news/files/Speeches/wp2006-speeches/services160206.asp [20.0.2006]; Benn: Hilary: Development beyond aid, 23.02.2006, http://www.dfid.gov.uk/news/files/Speeches/wp2006-speeches/beyond-aid230206.asp [24.02.2006].

[475] DFID: (FN 421), S. 4.

[476] Vgl. Anhang III.

[477] Die Dreijahresfrist ergibt sich aus der in Großbritannien üblichen mittelfristigen Finanzplanung in den Public Expenditure Plans, die für drei Jahre erstellt werden.

[478] Der Public Expenditure Plan 1996 saß Nullrunden für 1997 und 1998 vor, die sich auch tatsächlich in den stabilen Ausgaben bis 1998 spiegeln, vgl. German, Tony/Randel, Judith: Trends in aid and

unter Labour feststellen, weil Restposten der Major Regierung ab- und Neuabschlüsse der Blair Regierung zunahmen.

In Bezug auf die gesamten Geldflüsse in Entwicklungsländer lässt sich zunächst eine Abnahme bis 2002 feststellen. So gingen 1997 noch 19 659 Millionen US Dollar, ein Anteil am BSP von 1,5%, in Entwicklungsländer, 2002 hingegen nur noch 7 634 Millionen US Dollar, was einem Anteil von 0,48% am Bruttonationaleinkommen (BNE) entsprach. Die Ursache für diesen Rückgang liegt im schwindenden Anteil privater Investitionen in Entwicklungsländern. Während 1997 noch ein BSP-Anteil von 1,23% privat investiert wurde, kamen 2002 von der nicht-staatlichen Ebene nur noch 2 360 Millionen, was 0,15% des BNE entspricht. Vor allem Gelder aus direkten Investitionen sind massiv zurückgezogen worden. Jedoch erfolgt seit 2003 ein gegenläufiger Trend. Die gesamten Finanzflüsse für Entwicklungspolitik sprangen auf 1,01% Anteil am BNE, 2004 sogar auf 1,24% des BNE. Ebenso wie für den Rückgang nach 1997 sind auch hier die privaten Geldflüsse hauptverantwortlich. Diese stiegen bis 2004 auf 18 805 Millionen US Dollar.

Betrachtet man die Geldflüsse aus öffentlicher Hand, so lassen sich auch hier zwei Phasen seit 1997 ausmachen. Während der frühen Blair-Jahre durchlief die staatliche Entwicklungshilfe ein Tal, das erst im Jahr 2000 überwunden wurde. Danach setzte ein leichtes Wachstum im Bereich der ODA ein. Der Tiefstand im gesamten Untersuchungszeitraum wurde 1999 erreicht, als die offizielle Unterstützung nur noch 0,24% des BNE ausmachte, was 3 426 Millionen US Dollar entsprach. Doch direkt im Folgejahr sprang der Wert um über 1 000 Millionen US Dollar und entsprach mit 4 501 Millionen 0,32% des britischen BNE. Der Aufwärtstrend setzte sich dann sehr zögerlich fort und erreichte 2004 einen BNE Anteil von 0,36%. Die Ausgaben 2005, sowie die Planungen bis 2008 scheinen diesen Trend zu bestätigen[479]. Die Steigerungen der öffentlichen Hilfe kommen vor allem der bilateralen Entwicklungsarbeit zugute. Hier ist ein Anwachsen von 1 979 Millionen US Dollar im Jahr 1997 auf 5 339 Millionen US Dollar sieben Jahre später zu verzeichnen. Von den steigenden Beträgen profitieren

development cooperation, in: Randel, Judith/German, Tony (Hrsg.): The Reality of Aid 1997/8. An Independent Review of Development Cooperation, London 1997, S. 260.

[479] Die Angaben, auf die hier referiert werden, sind nur beschränkt verlässlich, da sie nicht aus der gleichen Zahlenreihe des OECD stammen, sondern Angaben des DFID darstellen, vgl. zu den Zahlen DFID: (FN 421), S. 170; The Economist (US): Changed by Short, not shortchanged, 17.07.2004.

unter anderem die Bereiche der technischen Unterstützung, der Notfallhilfe und sehr deutlich die Zusammenarbeit mit NGOs.

Die multilateralen Anteile sind großen Schwankungen ausgesetzt und ein Trend ist nur schwer zu erkennen. Es scheint aber nach wie vor eine Tendenz zu wachsenden Beiträgen zu geben, was sich an einem absoluten Höchststand von 2 544 Millionen US Dollar multilateraler Hilfe 2004 festmachen lässt. Da die gesamten öffentlichen Gelder jedoch zugenommen haben, haben die multilateralen Mittel 2004 dennoch nur einen Anteil von 34,3% an den gesamten ODA Mitteln.

Die Zielländer von Entwicklungshilfe haben sich als eher konstant erwiesen[480]. So bleibt Indien über alle Blair Jahre hinweg ein Hauptempfänger britischer Hilfe, der nur in der Jahresbilanz 2000/2001 die Rangliste nicht anführt. In diesem Fall übernahm Tansania, das 2000/2001 4,8% der britischen bilateralen Mittel erhielt, die Spitzenposition. Dennoch ist der Umfang an Hilfe für Indien konstant hoch und erreichte mit einem Anteil von 6% im Jahresübergang 2002/2003 einen neuen Höhepunkt. Auch Bangladesch, das weiterhin mehr als 2% der Unterstützung erhält, ist eine Konstante britischer Entwicklungshilfe. Daneben tauchen andere Staaten Afrikas und Asiens sehr kontinuierlich unter den zehn Hauptempfängern auf. Das bereits erwähnte Tansania, aber auch Uganda, Sambia, Mosambik, Ghana und China sind fast durchgehend vertreten. Der große Anteil an Mitgliedsländern des Commonwealth ist unter der Labour Regierung in gleichem Maße evident, wie dies unter den Konservativen der Fall war. Aber es gibt auch hier einige Staaten, die nicht zu den traditionellen Hauptempfängern gehören. Zunächst wird mit Serbien Montenegro ein Balkanstaat unterstützt, der seit 2001 mit beträchtlichen Anteilen der britischen Hilfe bedacht wird[481]. Auch das britische „Overseas Territory“ Montserrat ist einmalig in der Bilanz 1997/1998 vertreten. Dieses Aufrücken in die Spitzengruppe geht auf eine beträchtliche Notfallhilfe zurück, die die Karibikinsel durch einen Vulkanausbruch benötigte[482]. Schließlich kann festgestellt werden, dass „(...)the ’war on terror’ has

[480] Vgl. hierzu Anhang V.

[481] 2001/2002: 4,9% und 2002/22003: 4,1%. Die Zahlungen an Serbien Montenegro stehen wohl in direktem Zusammenhang mit der politischen Krise und der demokratischen Wende 2000. Das vom Krieg schwer geschädigte Land hat hiernach um internationale Hilfe gebeten, vgl. FCO: Country Profile: Serbia and Montenegro (formerly the Federal Republic of Yugoslavia - FRY), http://www.fco.gov.uk/servlet/Front?pagename=OpenMarket/Xcelerate/ShowPage&c=Page&cid=1007029394365&a=KCountryProfile&aid=1019745010237 [10.12.2005].

[482] Vgl. hierzu The Times: Montserrat anger forces leader to resign, 22.08.1997.

affected the allocation of UK development assistance."[483] So gehört seit 2001 Afghanistan zu den wichtigsten Empfängern britischer ODA. Seit 2002 ist der Irak in die Spitzengruppe aufgerückt und auch Pakistan, das nach 1997 nur einen geringen Anteil der Hilfe erhielt, ist seit 2002 wieder unter den ersten zehn Empfängern zu finden. Während Pakistan im Jahresübergang 2003/2004 wieder aus der Spitzengruppe gefallen ist, erhalten Afghanistan und vor allem der Irak wachsenden Zuwendungen. Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass die ersten 10 Staaten einen zunehmend höheren Anteil an den bilateralen Ausgaben auf sich vereinigen. Während der frühen 1990er Jahre vereinten die 10 Hauptempfänger durchgehend etwa 22-24% der bilateralen Hilfe auf sich, was sich erst nach dem Regierungswechsel langsam änderte. Im Wahljahr lag der Anteil der wichtigsten Zehn bei 23,8% des bilateralen ODA. Der Prozentsatz wuchs bis ins Jahr 2004 auf 28,5% an, was auf einem kontinuierlichen Zuwachs in den vorangegangenen Jahren basiert. Dies deutet auf eine Tendenz zur Konzentration der Mittel in wenigen Ländern hin.

Die Gelder für LLDCs haben nach einem Tiefstand von 21% im Jahr 1999 wieder stark zugenommen und betrugen 2004 38% an der Gesamthilfe[484]. Wie auch in der Zeit konservativer Herrschaft liegen die Werte, selbst bei solchen, die für das Vereinigte Königreich im Vergleich der Jahre niedrig erscheinen, durchgehend über dem DAC Durchschnitt[485].

Eine Tendenz, die sich bereits unter Major entwickelt hatte und unter Blair weiterlief, besteht in der sektoralen Allokation der britischen Hilfe[486]. Während die Gelder für die Bereiche Produktion und vor allem ökonomische Infrastruktur weiter zurückgingen, hat die Förderung von sozialer und administrativer Infrastruktur an Umfang zugenommen. Einen gewaltigen Zuwachs erhielt der letztgenannte Sektor nochmals ab 2002 mit einem Sprung von über 10 Prozentpunkten auf einen Anteil von 34,9% an der gesamten bilateralen ODA. 2004 schließlich flossen 37,3% der Entwicklungshilfe in die Förderung von Gesellschaft und Staatlichkeit. Demgegenüber erhält die Entwicklung von wirtschaftlichen Sektoren immer weniger Gewicht. Die Anteile für den

---

[483] Gaughran, Audrey: United Kingdom. Poverty focus stronger but 'war on terror' diverts funds, in: Randel, Judith/ German, Tony/ Ewing, Deborah (Hrsg.): The Reality of Aid 2004. An Independent Review of Poverty Reduction and Development Assistance, London, New York 2004, S. 298.
[484] Vgl. hierzu Anhang VI.
[485] 2002 bildet eine Ausnahme. Hier lag Großbritannien mit 27% im DAC Durchschnitt, vgl. Development Assistance Committee: (FN 12), S. 203.
[486] Vgl. hierzu Anhang VII.

Produktionsbereich gingen von bereits niedrigen 11,1% nach dem Regierungswechsel auf 4,9% im Jahr 2004 zurück. Ebenso verhält es sich mit den Aufwendungen für die ökonomische Infrastruktur, die sich von 10,9% auf 8,1% reduzierten. Die Trends die sich seit den frühen 1990ern abgezeichnet haben, werden, wenn auch mit gelegentlichen Schwankungen, unter der neuen Regierung weitergeführt.

Beim Betrachten der Lieferbindung zeigt sich eine wichtige Neuerung[487]. So ist die bilaterale Lieferbindung seit 2002 abgeschafft. Der Anteil der ungebundenen Kredite beläuft sich demzufolge auf 100%. Diese Entwicklung ist bemerkenswert, da noch 1998 20,4% der Hilfeleistungen gebunden waren, was den starken Abfall in diesem Bereich verdeutlicht. Bereits ein Jahr später waren es nur noch 8,2% der britischen Entwicklungshilfe. Das hohe Zuschusselement dagegen ist beibehalten worden und liegt durchgehend bei 100%. Die britische Entwicklungshilfe hat heute eine hohe Qualität im internationalen Vergleich erreicht. „[M]ost experts agree that Britain's aid is of a higher quality – less tied to its commercial and diplomatic interests – than France's."[488]

[487] Vgl. hierzu Anhang IV.
[488] The Economist (US): Coming to the aid of the party, 08.01.2005.

5. Fazit

5.1. Ergebnisse

Abschließend können nun die behandelten Fragen der Arbeit beantwortet werden.

Zur Beantwortung der ersten Fragestellung wurden die wichtigsten Parteien, NGOs und Wirtschaftsakteure sowie die Interessen dieser Gruppierungen betrachtet. Die zentralen Interessen der Untersuchten sind vielfältig, und kein Akteur verfügt über ein einzelnes, konstantes Motiv[489].

Vor allem das Präferenzspektrum der Parteien ist breit und flexibel. So waren die wesentlichen Interessen der Conservative Party am Ende der Thatcher Jahre sehr stark auf die Förderung der eigenen Wirtschaft und den politischen Nutzen durch Entwicklungspolitik ausgerichtet. Ideelle Aspekte, wie die Förderung von Demokratie und Freihandel, waren hier eher ein Nebenprodukt der ökonomischen und geostrategischen Erwägungen. Doch bereits unter Major nahm das ökonomische und geostrategische Interesse an der Entwicklungspolitik zugunsten von ideellen Motiven ab. Der Pergau Damm Skandal von 1994 verstärkte diesen Trend zusätzlich, und die Conservatives von heute artikulieren nur noch klare ideelle Interessen an der Entwicklungspolitik. Der Paternalismus, wie ihn die dominierende Mittelposition innerhalb der Partei vertritt, dürfte hier das zentrale Antriebsmoment sein.

Dem gegenüber war die Labour Party Anfang der 1990er Jahre sehr stark von ideellen Interessen in der Entwicklungspolitik geleitet, die sich vor allem aus der traditionellen Solidarität und dem grenzübergreifenden Gleichheitsgedanken speisten. Allerdings wurden im Laufe der 1990er Jahre zunehmend ökonomische und geostrategische Kriterien einbezogen, obwohl das ideelle Interesse das dominierende Moment blieb. New Labour betont hierzu den Kontext der Globalisierung und die zunehmende Interdependenz, die neue Sicherheits- und Wirtschaftsaspekte bedingen, welche durch Entwicklungspolitik verfolgt werden können. In diesem Rahmen ist auch der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, der von New Labour mitgetragen wird, einzuordnen. Auch hier geht es um Sicherheitsaspekte in einer interdependenten Welt, die unter anderem durch Entwicklungspolitik verwirklicht werden sollen[490].

---

[489] Vgl. zu Koalitionen, Interessen und Einfluss Anhang XI.

[490] Diese insgesamt gegenläufigen Interessenverschiebungen der Parteien sind eine erklärungsbedürftige Auffälligkeit. Eine nahe liegende Ursache hierfür könnte der Kontext der Regierungsverantwortung sein.

Neben den Parteien wurden weitere gesellschaftliche Gruppen betrachtet. So wurde für die wichtigsten NGOs neben dem nahe liegenden ideellen Interesse auch ein ökonomisches Interesse identifiziert, das kurz als Selbsterhalt bezeichnet werden kann. Das ideelle Moment speist sich aus verschiedenen Quellen, so etwa Gerechtigkeitsdenken oder Verantwortungsbewusstsein. Ähnlich verhält es sich mit den Gewerkschaften, die ebenfalls neben dem ideellen Interesse, auf der Basis von internationaler Solidarität, auf ihren Selbsterhalt und den Nutzen ihrer Mitglieder ausgerichtet sind. Schließlich konnte für die Unternehmen und deren Vertreter ein klares ökonomisches Interesse nachgewiesen werden. Unternehmen sind demnach bemüht, möglichst optimale wirtschaftliche Bedingungen für sich selbst zu erzeugen.

Anschließend wurden die Einflusschancen und Durchsetzungswege betrachtet. Für die Parteien in der Regierungsverantwortung ergeben sich im spezifisch britischen Fall hiernach herausragende Zugangschancen zum System. In der Opposition ist ihr Einfluss dagegen gering. Andere Gruppierungen haben ebenfalls gewisse Einflusschancen. Die Arbeit hat versucht, dies an drei Punkten zu verdeutlichen. Zunächst auf der gesellschaftlichen Ebene, durch die zwei dargestellten Koalitionen unter den Akteuren, wobei es plausibel ist, dass die jeweilige Partei eine Hilfestellung für die anderen Gruppen darstellt. So hatten die Gewerkschaften bis in die frühen 1990er Jahre ein großes Gewicht in der Labour Party. Die Unternehmer haben gewissen Einfluss auf Teile der Conservatives, und NGOs haben personelle Überschneidungen mit New Labour. Diese Verbindungen sind aber eher vage und nicht exakt zu messen. Sie lassen allerdings Vermutungen über Einflusschancen zu. Zweitens wurde die Unterscheidung zwischen Insidern und Outsidern eingeführt, die ebenfalls Aussagen über den Einfluss von gesellschaftlichen Gruppen trifft. Während die Gewerkschaften in eine Outsider-Rolle gerutscht sind, verhält es sich mit den NGOs entgegengesetzt. Die Unternehmen haben eine konstante Insider-Rolle. Allerdings wurde auch angedeutet, dass Outsider-Rollen in beschränktem Umfang kompensiert werden können. Als drittes Kriterium

---

Parteien in der Opposition tendieren demnach zu ideellen Interessen. Eine Regierungspartei hingegen bezieht auch andere Beweggründe stärker in ihr Interessenspektrum ein. Dennoch weichen die Gewichtungen der drei Interessen zwischen den beiden Parteien auch in ihrer Regierungszeit ab. New Labour erhielt die ideellen Interessen in der Regierungszeit stärker, als dies unter Major der Fall war. Jedoch wurde die Konstellation unter Major wohl durch die Besonderheit der vorangegangenen Thatcher Ära, die durch ihre kontroverse Politikgestaltung und ihre starke ökonomische und geostrategische Ausrichtung eine historische Ausnahme in der Conservative Party darstellt, verstärkt.
Dies ist nur eine mögliche Erklärung für das Phänomen und bleibt schlussendlich unbefriedigend. Eine schlüssige Beantwortung dieser Frage muss offen bleiben.

muss schließlich, wie bei den Parteien, der Vergleich zwischen gesellschaftlicher Interessenkonstellation und der staatlichen Politikgestaltung gelten, der den Einfluss am deutlichsten zeigen kann. Aber durch Interessenüberschneidungen auf gesellschaftlicher Ebene können die Verbindungen zu einer speziellen Gruppe oder Koalition nicht immer gesichert vorgenommen werden. Gerade um die Schwächen der Einzelkomponenten auszugleichen, wurde die Kombination der drei Aspekte gewählt. Dies erlaubt durch Mehrfachbefunde eine präzisere Einschätzung der Einflusschancen. Demnach kann für die Gewerkschaften in den 1990er Jahren kaum Einfluss angenommen werden. Die Unternehmen hätten zwar das Potential Einfluss auszuüben, haben dies aber nur bis Ende der 1990er Jahre aktiv getan. Seit einigen Jahren sind sie zu weiten Teilen kaum an der Entwicklungspolitik interessiert[491]. Die NGOs dagegen haben über die Jahre deutlich an Einfluss gewonnen.

Die Durchsetzung von Interessen erfolgt, abhängig von der Position der Gruppierung, auf verschiedenen Wegen. So hat eine Regierungspartei den kürzesten Weg, und es kann angenommen werden, dass Durchsetzungskonflikte dann innerhalb der Partei selbst stattfinden. Parteien in der Opposition haben dagegen große Probleme, Interessen effizient durchzusetzen. Sie nutzen die Öffentlichkeit, sowie ihre Teilnahme in staatlichen Organen, wie dem Plenum und den Committees. Allerdings bleiben ihre Durchsetzungschancen gering. Die übrigen Gruppen nutzen, abhängig von ihrem Status und Potential, verschiedene Mittel. Insider werden zunächst den direkten Zugang zu Whitehall suchen. Sollte dies nicht fruchten, werden andere Mittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen herangezogen, die auch Outsider-Gruppen nutzen. NGOs gehen in diesem Fall den Weg über die Medien und die Öffentlichkeit. Unternehmervertretungen besitzen vor allem finanzielles und wirtschaftliches Drohpotential und Gewerkschaften können über Streiks Einfluss suchen. Auch die Nutzung der Beziehungen zu Parteien ist im Falle von schlechten Einflusschancen ein Hilfsmittel.

Zur Beantwortung der zweiten Fragestellung wurde anschließend die britische Entwicklungspolitik anhand der Dimensionen Struktur, Ziele und Umfang untersucht. Sofern aus dem theoretischen Zugang richtige Annahmen abgeleitet wurden, müsste

[491] Dies liegt wohl an der Umorientierung vieler Unternehmen auf Märkte in Europa und den USA. Der Rückgang privater Investitionen in Entwicklungsländer bis 2002 ist hierfür ein klarer Hinweis. Die Zunahme der Geldflüsse ab 2003 spiegelt sich noch nicht in einer gesteigerten Aktivität der Wirtschaftsvertreter im Bereich der Entwicklungspolitik.

sich die gesellschaftliche Interessen- und Einflussverschiebung auf dieser Ebene in einem Wandel niederschlagen.

Die Analyse hat ergeben, dass es einen deutlich zu identifizierenden Wandel gab. Daher kann die Hypothese 3 bestätigt werden: Es ist ein Wandel festzustellen, der sowohl die Struktur, die Ziele, als auch den Umfang umfasst. Jedoch ist der Grad des Wandels nur schwer zu bestimmen. Während die Veränderungen beim Umfang insgesamt eher gering ausfallen, sind die Anpassungen bei Struktur und Zielen durchaus beachtlich. Würde man die Dimensionen getrennt betrachten, so müsste festgestellt werden, dass sich die Veränderungen innerhalb der ersten drei Kategorien bei Hermann bewegen[492]. Es soll aber eine Gesamtaussage über die britische Entwicklungspolitik anhand der drei Dimensionen gemacht werden. Hierfür müssen sie aufeinander bezogen und in eine Hierarchie gesetzt werden, um den Wandel an der wesentlichen Kategorie der Entwicklungspolitik abzumessen. Ein solches Vorgehen stellt die Ziele als zentrale Dimension heraus, in deren Folge die anderen Aspekte zu sehen sind. Während die Struktur den Zielen dient, ist der Umfang ein Ausdruck ebendieser. Somit ist der Wandel, der sich in der britischen Entwicklungspolitik vollzogen hat, vor allem an den Veränderungen in der Ziel-Dimension zu bestimmen, die sich von überwiegend ökonomischen und geostrategischen zu ideellen Zielen gewandelt hat. Dieser Wandel entspricht einem Goal Change in Hermanns Kategorisierung. „When overseas aid was under Foreign Office control, it was clearly a tool of foreign policy as well as a way of helping poor countries. And it sometimes subsidised British business by being tied to British goods and services. (…) When New Labour came into office, it announced that aid should be purely for helping the poor."[493]

Der gesellschaftlichen Interessen- und Einflussverschiebung steht demnach ein Wandel in der staatlichen Entwicklungspolitik gegenüber. Der Zusammenhang zwischen den beiden Feststellungen ist im Sinne von Ursache und Wirkung höchst plausibel anzunehmen. Dies ermöglicht zunächst den Schluss, dass die bedeutendsten Gruppen als Untersuchungsgegenstand im Vorfeld identifiziert wurden.

Weiterhin behalten die Hypothesen 1 und 2 damit ihre Gültigkeit. In den frühen 1990er Jahren haben die asymmetrisch guten Einflussmöglichkeiten der Akteure mit

[492] Umfang entspricht einem Adjustment Change, Struktur einem Program Changes, Ziele einem Problem/Goal Change.

[493] The Economist (US): Overseas Aid. Alms of Armies, 13.05.1999.

ökonomischen Interessen, namentlich die Wirtschaftsvertreter und die Conservative Party, auch zu einer Entwicklungspolitik geführt, die durch das ATP Programm und die Lieferbindung spezielle Vorteile für Unternehmen bot. Die konservative Partei sah sich dabei in ihrer Rolle als Vertreter des „nationalen Interesses“, was in einem nächsten Schritt dem Machterhalt diente. Die überproportional guten Einflussmöglichkeiten ideeller Akteure, wie sie ab 1997 vor allem durch New Labour und die NGOs vorlagen, führten zu einer Entwicklungspolitik, die rationale Werte und Normen in den Mittelpunkt stellt. Gerechtigkeit, Solidarität, Freihandel oder Demokratie sind einige Stichwörter, die in diesen Kontext gehören. Die Aufwertung des Politikfelds durch das DFID und der Armutsfokus im WP 1997, der sich in der Folge auch in der Umfang-Dimension zeigt, sind erste konkrete Ausgestaltungen dieser ideellen Zielsetzung, die sich in Interessenartikulationen von Labour und NGOs bereits Anfang der 1990er Jahre finden lassen. Die Abschaffung der Lieferbindung und die neue Gesetzgebung sind weitere Entwicklungen, die gefordert wurden. Die besseren Strukturen zur Einbindung und Finanzierung von NGOs ab 1997 spiegeln ebenfalls deren Interesse, allerdings das ökonomische Moment des Selbsterhalts.

So kann zunächst argumentiert werden, dass die Entwicklungspolitik sich vor allem mit dem Wahlsieg von New Labour 1997 und dem verbundenen Einflusszuwachs von Akteuren mit ideellen Interessen gewandelt hat. Allerdings würde es zu kurz greifen, den Wandel nur an diesem Punkt festzumachen[494]. Bereits unter Major gab es Tendenzen und Veränderungen, die den Gesamtwandel mitkonstituieren. Die Abkehr von ökonomischen Zielen begann bereits hier und wurde durch den Pergau-Skandal verstärkt. Ebenso erfolgte die Abkehr von geostrategischen Zielen unter den Konservativen. Auch bei der Struktur gab es durch Majors zunehmende Einbeziehung der NGOs erste Schritte. Schließlich wurde das Zuschusselement, also ein Aspekt der Umfang-Dimension, noch vor 1997 auf 100% gesetzt. Dies stimmt, vor dem Hintergrund der innerparteilichen Interessenverschiebung bei den Konservativen, mit den theoretischen Annahmen über ein. Dass es zu keiner stärkeren Veränderungen nach 1994 kam, ist verwunderlich, da bereits hier das ideelle Interesse in der konservativen Partei deutlich an Gewicht gewann. Eine mögliche Erklärung wäre institutionelle

[494] Vgl. hierzu Anhang X.

Trägheit, die einer Regierung nach 15 Jahren in kaum veränderter Form[495] anhängen dürfte. Aber auch der gegensteuernde Einfluss der Wirtschaft, könnte hier als Ursache in Betracht kommen.

5.2. Theoretische Reflexion

Wie gezeigt, haben sich der gewählte theoretische Ansatz sowie die Kategorien des Wandels zu großen Teilen als sinnvoll und nützlich erwiesen. Die grundlegenden Annahmen der liberalen Theorie konnten für die vorliegende Arbeit fruchtbar gemacht werden. Durch Moravcsiks Varianten sind die zwei wesentlichen gesellschaftlichen Triebkräfte hinter der britischen Entwicklungspolitik identifiziert worden. Lediglich die geostrategische Motivation kommt zu kurz. Das Fehlen von Annahmen zur Entstehung von geostrategischen Zielen, wie unter Thatcher, aber auch in beschränktem Umfang bei Blair, zeigt eine Schwäche der Theorie. Moravcsik sieht diese Kategorie, die vor allem aus der theoretischen Strömung des Realismus kommt, nicht als relevant für das Außenverhalten von Staaten an, da dies kein zentrales Interesse von gesellschaftlichen Akteuren darstelle. Wie diese Untersuchung zeigt, greift die Theorie hier zu kurz. Gesellschaftliche Akteure artikulieren offenbar klare geostrategische Motive, die dann zu staatlicher Politik werden können. Die Conservative Party in den späten Thatcher-Jahren sieht sich in einer Frontstellung gegenüber der Sowjetbedrohung. Auch für Labour spielt das Interesse an globaler Sicherheit und am Kampf gegen den Terror eine Rolle in ihren Auffassungen zur Entwicklungspolitik.

Allerdings bleibt auch hieran ein Zweifel bestehen. Denn gerade bei geostrategischen Zielen zeigt sich ein grundsätzliches Problem bei der Identifikation von Parteiinteressen, das bereits in Moravcsiks Parteienverständnis angelegt und auch empirisch kaum aufzulösen ist. Sofern man Parteien als gesellschaftliche Gruppe oder Koalitionen mit Einfluss auf den Staat in eine Untersuchung einbezieht[496], ergeben sich im Falle von Regierungsparteien zwangsläufig Schwierigkeiten. In dieser Situation ist die Partei nicht mehr nur gesellschaftlicher, sondern auch staatlicher Akteur[497]. Es ist

[495] Strukturell und in der Zielausrichtung, auch personell, aber in kleinerem Ausmaß.
[496] Entgegen Moravcsiks Darstellung. Er sieht die Parteien nur als Transmissionsriemen. Diese Untersuchung zeigt aber, dass Parteien wesentliche und höchst einflussreiche Träger von eigenen Interessen sind.
[497] Verschärft wird das Problem im vorliegenden Fall durch die Einparteienregierung.

dann kaum möglich, den „Weg“ von Interessen nachzuzeichnen, weil nicht ausgeschlossen werden kann, dass staatliche Interessen in die Partei rückgebunden werden. An diesem Punkt kann eine Annahme nur eingeschränkt nachvollzogen werden, da der Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Interesse und staatlichem Ziel nicht klar zu zeigen ist. So könnte eine Vermutung lauten, dass tatsächlich keine geostrategischen Interessen aus der Gesellschaft kommen, sondern von der Staatsebene in die Parteien rückgebunden werden.

Diese Unbekannte könnte reduziert werden, sofern der Staat nicht als „black box“ verstanden würde, sondern als weiteres Gefüge von Akteuren mit eigenen Interessen. Dies hätte zwar Nachteile für die Operationalisierung, aber staatliches Interesse könnte klarer umrissen und von gesellschaftlichem Interesse getrennt werden. Im vorliegenden Fall hätte eine Ausweitung auf die staatliche Ebene sehr wahrscheinlich zusätzliche Einsichten geliefert. Die dargestellten Kompetenzen der Ministerien legen die Vermutung nahe, dass es hier zu Konkurrenz und Konflikten kommt, die einen Einfluss auf die Entwicklungspolitik haben können[498]. Auch das Wirken von Spitzenpolitikern hätte durch eine Ausweitung einbezogen werden können. Der Economist schreibt etwa über Clare Short: „During her six years in the job, she managed to make the Department for International Development a model for other rich countries.”[499] Es wäre zumindest denkbar, dass starke Persönlichkeiten auf der staatlichen Ebene in der Lage sind, abweichenden Einfluss zu nehmen.

Eine weitere Schwachstelle der Theorie birgt das Verständnis von internationalen Einflüssen. Durch diese Auffassung sind auf staatlicher Ebene keine Politikinhalte denkbar, die nicht aus der Gesellschaft kommen. Internationale Akteure können demnach nur über den gesellschaftlichen Umweg Einfluss erlangen. Die britische Entwicklungspolitik in den 1990er Jahren zeigt jedoch, dass dieser Zusammenhang nicht gänzlich zu halten ist. So ist die wirtschaftliche und auch politische Konditionalität kein traditionelles Thema innerhalb der britischen Entwicklungspolitik oder der Gesellschaft. Hier ist anzunehmen, dass die Vorlage für eine fordernde

[498] So etwa zwischen FCO, DTI und ODA/DFID. Diese Vermutung wird durch den Artikel des langjährigen Permanent Secretary John Vereker gestützt. Es sind auch an anderer Stelle Konflikte zwischen dem DTI und DFID dokumentiert. Vgl. Vereker, John: (FN 395); Kennedy-Pipe, Caroline/Vickers, Rhiannon: Britain in the International Arena, in: Dunleavy, Patrick/Gamble, Andrew/Heffernan, Richard/Peele, Gillian (Hrsg.): Developments in British Politics 7, Houndmills, Basingstoke, Hampshire, New York 2003, S. 321-337.

[499] The Economist: Clare loses it, 17.05.2003.

Entwicklungspolitik von der Weltbank kam, zunächst auf staatlicher Ebene Einfluss gewann und erst in einem dritten Schritt in der Gesellschaft befürwortet wurde[500]. Eine ähnliche Schwierigkeit ergibt sich mit der EU. Obwohl sämtliche Akteure die europäische Entwicklungspolitik ablehnen oder zumindest für problematisch halten, sind die Beiträge, die diesen Kanal nutzen, fast kontinuierlich gestiegen. Dies kann nicht aus gesellschaftlichen Interessen heraus plausibel gemacht werden. Es liegt die Vermutung nahe, dass die EU auf staatlicher Ebene Einfluss ausübt, der dem gesellschaftlichen Interesse entgegensteht oder die Entwicklungshilfebeiträge als „Side-Payments“ in zwischenstaatlichen Verhandlungen genutzt wurden. In beiden Fällen kann der grundlegende liberale Ansatz keine plausible Erklärung bieten.

Schließlich erweist sich die grundlegende Rationalitätsannahme der Theorie als problematisch. Dies ist vor allem im Bereich ideeller Interessen nicht immer klar festzumachen. So ist zwar eine Solidarität im Rahmen der Arbeiterbewegung klar rational zu begründen, aber die Solidarität, wie sie bei New Labour trotz Loslösung von ihren gewerkschaftlichen Wurzeln besteht, ist kaum noch im gleichen Kontext zu erklären. Auch die Motivationen der NGOs an der Armutsbekämpfung sind nicht immer direkt als rational zu kennzeichnen. Gerade im Feld der Entwicklungspolitik stellt sich die Frage, ob es hier nicht auch Normen gibt, die jenseits rationaler Erklärungsmuster vertreten werden.

5.3. Ausblick

Die britische Entwicklungspolitik hat in den 1990er Jahren einen beträchtlichen Wandel vollzogen. Von einem Geber mit starken ökonomischen und geostrategischen Zielen wurde Großbritannien zu einem Geber mit überwiegend ideellen Zielen. Einher mit dieser Veränderung ging eine Professionalisierung und Effizienzsteigerung der Entwicklungspolitik und –hilfe. Daher kann die eingangs zitierte Aussage von Roland

[500] Ein Background Paper des FCO legt einen solchen Zusammenhang zumindest nahe, da hier auf die Weltbank als Initiator des Good Government verwiesen wird. Im Falle der NGOs ist anzunehmen, dass der Zusammenhang der moravcsikschen Vorstellung entspricht, allerdings kam Konditionalität zu einer Zeit auf, in der die NGOs wenig Einfluss hatten. Vgl. FCO: Aid and Good Government. Background Brief, London 1992.

Meyer[501] nur bestätigt werden. Allerdings bleibt abzuwarten, wie sich die kommenden Jahre entwickeln werden. Es ist nach wie vor ein weiter Weg zu den Millennium Development Goals der UN[502], die bis 2015 erreicht werden sollen. Auch die Entwicklungen seit dem 11. September 2001 und das erstarkende Interesse der Wirtschaft an der Dritten Welt machen eine Prognose in Bezug auf die Entwicklungspolitik schwierig.

Sollten geostrategische oder ökonomische Interessen an Gewicht gewinnen, könnte Großbritannien seine Vorreiterrolle in der Entwicklungspolitik schnell wieder verlieren. Die Wirtschaft hat ein Einflusspotential, das schnell zu aktivieren wäre und die Interessenkonstellation zu Gunsten ökonomischer Zielsetzungen verschieben könnte. Auch in geostrategischer Hinsicht könnten sich Veränderungen ergeben. Das neue WP 2006 könnte erste Ansätze einer Verknüpfung von politischen und militärischen Sicherheitserwägungen und Entwicklungspolitik liefern. Und vor dem Hintergrund der Bombenexplosion in London vom 07. Juli 2005, sowie der Gefahr weiterer terroristischer Anschläge könnte sich die gesellschaftliche Stimmung zugunsten einer verstärkten Terrorabwehr verschieben, was auch eine Neujustierung der Entwicklungspolitik nach sich ziehen könnte.

Jedoch gibt es dafür innerhalb der britischen Gesellschaft bislang keine Anzeichen. Dies ist angesichts der Notwendigkeit von effektiver und fokussierter Entwicklungsarbeit zugunsten der Armutsbekämpfung erfreulich. Die Probleme der Dritten Welt sind längst nicht gelöst und Entwicklungshilfe kann eine Rolle in der Lösung der komplexen Schwierigkeiten darstellen, auch wenn über den tatsächlichen Nutzen nach wie vor gestritten wird. Und wie diese Studie gezeigt hat, bemerkt die britische Regierung zu Recht: „To succeed, we need the active support of the people of Britain.“[503]

---

[501] „Es besteht kein Zweifel, dass DFID heute in der internationalen Debatte zu den progressivsten und dominantesten bilateralen Gebern gehört.“ Meyer, Roland: (FN 16).

[502] Hyvarinen, Joy: The Millenium Development Goals: At a decisive stage?, The Royal Institute of International Affairs Briefing Paper No. 7, London 2003.

[503] DFID: Eliminating World Poverty: A Challenge for the 21st Century, (FN 15), S. 5.

Bibliographie

Primärquellen

Dokumente staatlicher Organe/Vertreter

Benn: Hilary: Development beyond aid, 23.02.2006, http://www.dfid.gov.uk/news/files/Speeches/wp2006-speeches/beyond-aid230206.asp [24.02.2006].

Benn, Hilary: Growth and poverty reduction – greating more and better jobs in poor countries, 19.01.2006, http://www.dfid.gov.uk/news/files/Speeches/wp2006-speeches/growth190106.asp [15.02.2005].

Benn, Hilary: Humanitarian and conflict reform – an emergency service for the world, 23.01.2006, http://www.dfid.gov.uk/news/files/Speeches/wp2006-speeches/humanitarian230106.asp [15.02.2006].

Benn, Hilary: Meeting our Promises: Basic services for everyone, everywhere, 16.02.2006, http://www.dfid.gov.uk/news/files/Speeches/wp2006-speeches/services160206.asp [20.0.2006].

Benn, Hilary: Political Governance, Corruption and the Role of Aid, 02.02.2006, http://www.dfid.gov.uk/news/files/Speeches/wp2006-speeches/governance020206.asp [15.02.2006].

Blair, Tony: Gleneagles 2005: Chairman's summary, 08.07.2005, http://www.number-10.gov.uk/output/Page7883.asp [20.08.2005].

Charity Commission: Homepage, http://www.charity-commission.gov.uk/ [05.02.2006].

DFID: About DFID, http://www.dfid.gov.uk/aboutdfid/organisation/regionalprogrammesdivision-africa.asp [03.12.2005].

DFID: Care International (UK) Partnership Programme Agreement, 28 June 2002, http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/care-ppa.pdf [05.12.2005].

DFID: Christian Aid Partnership Programme Agreement, February 2002, http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/ca-ppa.pdf [05.12.2005].

DFID: Civil Society Challenge Fund Guidelines, http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/civilsocietycfguide.pdf [05.12.2005].

DFID: Departmental Report 1998/99, London 1997.

DFID: Departmental Report 2000. The Governments Expenditure Plans 2000-2001 to 2001-2002, London 2000.

DFID: Departmental Report 2005, Norwich 2005.

DFID: DFID historical background. Ministers, http://www.dfid.gov.uk/aboutdfid/history.asp [10.11.2005].

DFID: DFID Public Delivery Agreement 2003-2006, http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/servicedeliveryagree03-06.pdf [05.12.2005].

DFID: Eliminating World Poverty: A Challenge for the 21st Century, London: HMSO 1997.

DFID: Eliminating World Poverty: Making Globalisation Work for the Poor, Norwich: HMSO 2000.

DFID: Partnership Programme Agreement: Oxfam, 19.07.2002, http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/oxfam-ppa.pdf [05.12.2005].

DFID: Public Attitudes towards development. London 2004: Office for National Statistics, http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/omnibus2004.pdf [13.06.2005].

DFID: Public Service Agreement 2003-2006, http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/publicserviceagreement03-06.pdf [03.12.2005].

DFID: Public Service Agreement 2005-2008, http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/PSA/DFID-PSA-2005-08.pdf [03.12.2005].

DFID: Statistics on International Development 2003 edition. London 2003, http://www.dfid.gov.uk/pubs/files/statisticsondevelopment03.pdf [13.06.2005].

Foreign Affairs Select Committee: Minutes of Evidence, in: Foreign Affairs Select Committee (Hrsg.): 3rd Report. Public Expenditure: The Pergau Hydro-Electric Project, Malaysia, the Aid and Trade Provision and related matters, Volume I, London 1994.

FCO: Aid and Good Government. Background Brief, London 1992.

FCO: Country Profile: Serbia and Montenegro (formerly the Federal Republic of Yugoslavia - FRY), http://www.fco.gov.uk/servlet/Front?pagename=OpenMarket/Xcelerate/ShowPage&c=Page&cid=1007029394365&a=KCountryProfile&aid=1019745010237 [10.12.2005].

FCO: Overseas Territories, http://www.fco.gov.uk/servlet/Front?pagename=OpenMarket/Xcelerate/ShowPage&c=Page&cid=1013618138295 [20.11.2005].

FCO: Policy, people and places - Secretaries of State for Foreign Affairs 1782-2001, http://www.fco.gov.uk/servlet/Front?pagename=OpenMarket/Xcelerate/ShowPage&c=Page&cid=1007029395915 [10.11.2005].

GBODA: The Joint Funding Scheme. Guidelines and Procedures, London 1994.

HMSO: Commonwealth Development Corporation Act 1978, Chapter 2, London 1978.

HMSO: Crown Agents Act 1979, Chapter 43, London 1979.

HMSO: Overseas Development and Co-operation Act 1980, Chapter 63, London 1980.

HMT: Delivering the Mauritius Mandate, 1.10.1998, http://www.hm-treasury.gov.uk./newsroom_and_speeches/press/1998/press_161_98.cfm [02.01.2006].

Home Office Communities: Charity Law and Regulation, http://communities.homeoffice.gov.uk/activecomms/charity-law-and-reg/reform-charity-legislation/ [05.02.2006].

House of Commons: International Development Bill, London 2001, http://www.publications.parliament.uk/pa/cm200001/cmbills/049/2001049.htm [06.12.2005].

House of Commons: Hansard, 14.05.1991, Column 208-250.

Ministry of Overseas Development: Overseas Development: The Changing Emphasis in British Aid Policies. More Help for the Poorest, London: HMSO 1975.

Ministry of Overseas Development: Overseas Development: The Work of the New Ministry. London: HMSO 1965.

National Audit Office: Pergau Hydro-Electric Project. Report by the Comptroller and the Auditor General, London 1993.

The Commonwealth Secretariat: Commonwealth Finance Ministers Meeting – Communiqué, 17.09.1997, http://www.thecommonwealth.org/Templates/Internal.asp?NodeID=140762 [02.01.2006].

Parteidokumente/Dokumente von Parteivertretern

Blair, Tony: Labour Party Conference speech, Blackpool, 4 October 1994, in: Richards, Paul (Hrsg.): Tony Blair in his own words, London 2004, S. 93-96.

Blair, Tony: New Britain. My vision for a young country, London 1996.

Blair, Tony: The Third Way: new politics for the new century, Fabian Society Pamphlet, London 1998.

Cameron, David: New Hope for Britain, and new Hope for the world, Speech at the Centre for Policy Studies, 08.11.2005, http://www.conservatives.com/tile.do?def=news.story.page&obj_id=126179&speeches=1 [02.02.2006].

Chalker, Lynda: The Role of NGOs in Today's World. The Cecil Jackson Cole Memorial Lecture, 26.10.1989, London 1989.

Conservative Research Department: Overseas Aid. The new Agenda, London 1992.

Thatcher, Margaret: Downing Street No. 10. Die Erinnerungen, 2. Auflage, Düsseldorf, Wien, New York, Moskau 1993.

Thatcher, Margaret: Speech to the Conservative Party Conference in Brighton, 8.10.1976, in: Thatcher, Margaret (Hrsg.): Complete public statements 1945-1990, Oxford 1999.

The Conservative Party: Firm Action for a Fair Britain. The Conservative Manifesto, 1974, in: Dale, Iain (Hrsg.): Conservative Party General Election Manifestos 1900-1997, London, New York 2000, 199-226.

The Conservative Party: It's time for Action. Conservative Election Manifesto 2005, London 2005.

The Conservative Party: The Conservative Manifesto 1979, in: Dale, Iain (Hrsg.): Conservative Party General Election Manifestos 1900-1997, London, New York 2000, S. 263-282.

The Conservative Party: The next moves forward. The Conservative Manifesto 1987, in: Dale, Iain (Hrsg.): Conservative Party General Election Manifestos 1900-1997, London, New York 2000, S. 311-351.

The Conservative Party: The Best Future for Britain. The Conservative Manifesto 1992, in: Dale, Iain (Hrsg.): Conservative Party General Election Manifestos 1900-1997, London, New York 2000, S. 353-418.

The Conservative Party: You can only be sure with the Conservatives. The Conservative Manifesto 1997, in: Dale, Iain (Hrsg.): Conservative Party General Election Manifestos 1900-1997, London, New York 2000, S. 419-461.

The Labour Party: A fresh start for Britain. Labour's strategy for Britain in the modern world, London 1996.

The Labour Party: Labour Party Manifesto. October 1974, in: Dale, Iain (Hrsg.): Labour Party General Election Manifestos 1900-1997, London, New York 2000, S. 193-213.

The Labour Party: Labour's election manifesto. It's time to get Britain working again, in: Dale, Iain (Hrsg.): Labour Party General Election Manifestos 1900-1997, London, New York 2000, S. 313-342.

The Labour Party: Meet the challenge, make the change. A new agenda for Britain. Final Report of Labour's Policy Review for the 1990s, London 1989.

The Labour Party: New Hope for Britain. Labour's Manifesto 1983, in: Dale, Iain (Hrsg.): Labour Party General Election Manifestos 1900-1997, London, New York 2000, S. 239-288.

The Labour Party: New Labour. Because Britain deserves better, Dale, Iain (Hrsg.): Labour Party General Election Manifestos 1900-1997, London, New York 2000, S. 343-382.

The Labour Party: The Labour Manifesto 2005. Britain forward not back, London 2005.

The Labour Party: The Labour Party Manifesto 1974. Let us work together. Labour's way out of the crisis, in: Dale, Iain (Hrsg.): Labour Party General Election Manifestos 1900-1997, London, New York 2000, S. 181-192.

Dokumente gesellschaftlicher Akteure

ActionAid: Memorandum, in: International Development Select Committee (Hrsg.): 1st Report. The Globalisation White Paper, London 2001, Appendix 7, S. 28-30.

ActionAid/Oxfam/CAFOD/Christian Aid/One World Action/SCF: Memorandum, in: Foreign Affairs Select Committee (Hrsg.): 1st Report. Monitoring of the European Community overseas aid programme, London 1994, S. 27-29.

Balfour Beatty: History, http://www.balfourbeatty.com/bbeatty/aboutus/history/1990/ [10.02.2006].

BOAG: A response from the British Overseas Agencies Group (BOAG) on the start of war on Iraq, 20.03.2003, http://christian-aid.org.uk/news/stories/030317s.htm [10.02.2006].

BOND: About BOND, http://www.bond.org.uk/aboutus/index.html [10.02.2006].

BOND: Make Poverty History, http://www.makepovertyhistory.org/ [05.02.2006].

CBI: CBI Response to the Review of the ECGD's Mission & Status – Public Consultation. Memorandum by the Confederation of British Industry, London 1999.

CBI: Memorandum, in: International Development Select Committee (Hrsg.): 2nd Report. The Development White Paper, London 1997, Appendix 25, S. 78.

CDC Group plc: Annual Report and Accounts 2004, London 2005.

CDC Group plc: Report & Accounts 1999, London 2000.

Gwynn, John: Introducing Oxfam, Oxford 1993.

EGCI: Memorandum, in: Foreign Affairs Select Committee (Hrsg.): 3rd Report. Public Expenditure: The Pergau Hydro-Electric Project, Malaysia, the Aid and Trade Provision and related matters, Volume II, London 1994, S. 289.

EGCI: Memorandum, in: International Development Select Committee (Hrsg.): 2nd Report. The Development White Paper, London 1997, Appendix 22, S. 73-74.

IGBA: Aid is not enough. Britain's Policies to the World's Poor. Report of the Independent Group on British Aid, London 1984.

IGBA: Memorandum, in: International Development Select Committee (Hrsg.): 2nd Report. The Development White Paper, London 1997, Appendix 8, S. 39-41.

IGBA: Real Aid: A Strategy for Britain. Report of the Independent Group on British Aid, London 1982.

IGBA: Real Aid: Missed Opportunities. Britain and the Third World. Report of the Independent Group on British Aid, London 1986.

IGBA: Real Aid: What Europe can do, London 1990.

International Centre for Trade Unions Rights: Memorandum, in: Memorandum, in: International Development Select Committee: 1st Report. The Globalisation White Paper, London 2001, Appendix 27, S. 88.

McGregor, Peter: Aid, Trade, and Survival. A Review of Government Policies Towards Development Aid and the Deployment of British Skills in the Assistance of Developing Countries. The Export Group for the Constructional Industries, London 1985.

Oxfam: Memorandum, in: Foreign Affairs Select Committee (Hrsg.): 3rd Report. Public Expenditure: The Pergau Hydro-Electric Project, Malaysia, the Aid and Trade Provision and related matters, Volume II, London 1994, S. 171.

SCF: Memorandum, in: International Development Select Committee (Hrsg.): 1st Report. The Globalisation White Paper, London 2001, Appendix 11, S. 37-41.

TUC/ICFTU: Memorandum, in: International Development Select Committee: 1st Report. The Globalisation White Paper, London 2001, Appendix 19, S. 63-67.

WDM: Memorandum, in: Foreign Affairs Select Committee (Hrsg.): 3rd Report. Public Expenditure: The Pergau Hydro-Electric Project, Malaysia, the Aid and Trade Provision and related matters, Volume II, London 1994, S. 129.

Zeitungsartikel

Financial Times London: Aid cash should not be tied to 'buying British', 06.09.1996.

Financial Times London: Britain to stop demanding policy changes in return for aid, 02.03.2005.

Financial Times London: Dispute on World Bank Role for Short, 19.05.1997.

Financial Times London: EU plan to double aid is greeted with caution: Development campaigners are doubtful whether some member countries will meet their existing targets, 7.05.2005.

Financial Times London: Hurd broke law over Pergau aid, High Court says: Pounds 234m allocation for Malaysian dam project was ‘fatally flawed’, 11.11.1994.

Financial Times London: Hurd may have to retreat on dam aid, 23.12.1994.

Financial Times London: Poor countries investment agency faces shake-up, 08.01.2004.

Financial Times London: Trade and Aid, 01.09.1996.

The Economist: Aid and Trade. The curse of Pergau, 05.03.1994.

The Economist: And some more questions about Pergau, 26.02.1994.

The Economist (US): Arms and the Dam, 01.02.1997.

The Economist (US): A Short treatise on Globalisation, 16.12.2000.

The Economist (US): Changed by Short, not shortchanged, 17.07.2004.

The Economist: Clare loses it, 17.05.2003.

The Economist (US): Coming to the aid of the party, 08.01.2005.

The Economist (US): Overseas Aid. Alms of Armies, 13.05.1999.

The Economist (US): Overseas Aid. Stop Short, 16.08.1997.

The Economist: The dam affair returns, 05.11.1994.

The Economist: The greening of Margaret Thatcher, 11.03.1989.

The Economist (US): Two fingers to the poor, 16.06.2001.

The Economist: Votes in aid, 30.07.1994.

The Times: Aid and Trade, 04.02.1994.

The Times: Blair to show solidarity with Zimbabwe farmers, 31.08.2002.

The Times: British Aid should follow trade, 06.11.1997.

The Times: Montserrat anger forces leader to resign, 22.08.1997.

The Times: Pergautory, 21.07.1994.

Sekundärtitel

Zeitschriftenartikel/Sammelbandaufsätze

Ansprenger, Franz: Das Commonwealth in Afrika, in: Institut für Afrikakunde (Hrsg.): Afrikajahrbuch 1995, Opladen 1996, S. 45-50.

Bendix, Paul J.: Großbritannien. Vom Weltreich zum mittelgroßen Geber mit Einfluss, in: Reinold E. Thiel (Hrsg.): Entwicklungspolitiken – 33 Geberprofile –. Schriften des deutschen Übersee-Instituts Nr. 36, Hamburg: Deutsches Überseeinstitut 1996, S. 108-113.

Blundell, John: A conversation with Peter Bauer, in: Robinson, Colin: (Hrsg.): A Tribute to Peter Bauer, London 2002, S. 19-51.

Bodemer, Klaus: Entwicklungspolitik, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen, Hamburg 2002, S. 235.

Bose, Anuradha: Aid and the business lobby, in: Bose, Anuradha/Burnell, Peter (Hrsg.): Britain's overseas aid since 1979. Between idealism and self-interest, Manchester, New York 1991, S. 125-145.

Bulpitt, Jim: Rational Politicans and Conservative Statecraft in the Open Polity, in: Byrd, Peter (Hrsg.): British Foreign Policy under Thatcher, Oxford 1988, S. 188-191.

Burnell, Peter: Britain's new government, new White Paper, new aid? Eliminating world poverty: a challenge for the 21st century, in Third World Quarterly 19 (1998) 4, S. 787-802.

Burnell, Peter: Debate: NGOs and Poverty. Third World Charities in a Changing World, in: Community Development Journal 27 (1992) 3, S. 290-302.

Burnell, Peter: Debate: Third World Charities in Britain towards 2000, in: Community Development Journal 28 (1993) 1, S. 66-81.

Burnell, Peter: Introduction to Britain's overseas aid: between idealism and self-interest, in: Bose, Anuradha/ Peter Burnell (Hrsg.): Britain's overseas aid since 1979. Between idealism and self-interest, Manchester, New York 1991, S. 1-31.

Butler, David/Kavanagh, Dennis: The Road to New Labour, in: Butler, David/Kavanagh, Dennis (Hrsg.): The British General Election of 1997, Houndmills, Basingstoke, Hampshire, London 1997, S. 46-67.

Byrd, Peter: Introduction, in: Byrd, Peter (Hrsg.): British Foreign Policy under Thatcher, Oxford 1988, S. 1-23.

Chalker, Lynda Baroness of Wallasey: Britain's Approach to Multilateral Aid, in: Development Policy Review 12 (1994) 3, S. 243-250.

Chalker, Lynda: Britain's Role in the Multilateral Aid Agencies, in: Development Policy Review 8 (1990), S. 355-364.

Cinnock, Jeff/Curtis, Mark/McFarlane, Ian: United Kingdom, in: Randel, Judith/German, Tony (Hrsg.): The Reality of Aid 1995, London 1995, S. 92-95.

Clwyd, Ann: The Labour Party Policy on Overseas Development, in: Journal of International Development 4 (1992) 1, S. 94-102.

Cox, Aidan/ Healey, John Healey: The 1997 White Paper: Powerful poverty commitment, imprecise operational strategy, in: Journal of International Development 10 (1998) 2, S. 227-234.

Crewe, Ivor/Searing, Donald D.: Ideological Change in the British Conservative Party, in: American Political Science Review 82 (1988) 2, S. 361-384.

Doyle, Michael W.: Liberalism and World Politics, in: American Political Science Review 80 (1986) 4, S. 1151-1169.

Dunleavy, Patrick: The Political Parties, in: Dunleavy, Patrick/Gamble, Andrew/Holliday, Ian/Peele, Gillian (Hrsg.): Developments in British Politics 4, London 1993, S. 123-153.

Dunne, Tim/Wheeler, Nicholas J.: Blair's Britain: a force for good in the world?, in: Smith, Karen/Light, Margot (Hrsg.): Ethics and Foreign Policy, Cambridge 2001, S. 167-184.

Freund, Corinna/ Rittberger, Volker: Utilitarian-liberal foreign policy theory, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): German foreign policy since unification. Theories and case studies, Manchester, New York 2001, S. 68-104.

Gaughran, Audrey: United Kingdom. Poverty focus stronger but 'war on terror' diverts funds, in: Randel, Judith/ German, Tony/ Ewing, Deborah (Hrsg.): The Reality of Aid 2004. An Independent Review of Poverty Reduction and Development Assistance, London, New York 2004, S. 297-301.

German, Tony/Randel, Judith: Trends in aid and development cooperation, in: Randel, Judith/German, Tony (Hrsg.): The Reality of Aid 1997/8. An Independent Review of Development Cooperation, London 1997, S. 247-302.

German, Tony: United Kingdom, in: Randel, Judith/German, Tony (Hrsg.): The Reality of Aid. An independent review of international aid, Genf, Brüssel, London 1993, S. 55-57.

Gerschenkron, Alexander: On the Concept of Continuity in History, in: Proceedings of the American Philosophical Society 106 (1962) 3, S. 195-209.

Goodlad, Alastair: The view from the opposition benches, in: Journal of International Development 10 (1998) 2, S. 195-201.

Goudie, Andrew: Eliminating world poverty: A challenge for the 21st century. An overview of the 1997 White Paper on international development, in: Journal of International Development, 10 (1998) 2, S. 167-183.

Grant, Wyn: Pressure Groups, in: Lancaster, Steve (Hrsg.): Developments in Politics. An Annual Review, Volume 10, Lancashire 1999, S. 21-41.

Hay, Colin: Labour's Thatcherite Revisionism: Playing the ‚Politics of Catch-Up', in: Political Studies 42 (1994), S. 700-707.

Hermann, Charles F.: Changing Course: When Governments Choose to Redirect Foreign Policy, in: International Studies Quarterly, 43 (1990) 3, S. 3-21.

Hewitt, Adrian/Killick, Tony: The 1975 and 1997 White Papers compared: Enriched Vision, depleted policies?, in: Journal of International Development 10 (1998) 2, S. 185-194.

Hudock, Ann C.: NGOs' Seat at the Donor Table. Enjoying the Food or Serving the Dinner?, in: IDS Bulletin 31 (2000) 3, S. 14-18.

IGBA: A campaigning group's perspective on the 1997 White Paper on International Development, in: Journal of International Development 10 (1998) 2, S. 215-218.

Jones, Bill: Pressure Groups, in: Jones, Bill/Kavanagh, Dennis/Moran, Michael/Norton, Philip (Hrsg.): Politics UK, Harlow 2001, S. 205-230.

Kant, Immanuel: Zum Ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, in: Weischedel, Wilhelm (Hrsg.): Immanuel Kant. Werke in sechs Bänden. Band VI, Darmstadt 1970, S. 189-251.

Kappen-Risse, Thomas: Ideas do not float freely: transnational coalitions, domestic structures, and the end of the cold war, in: International Organization 48 (1994) 2, S. 185-214.

Kastendiek, Hans: Arbeitsbeziehungen und gewerkschaftliche Interessenvertretung, in: Kastendiek, Hans/Rohe, Karl/Volle, Angelika (Hrsg.): Länderbericht Großbritannien. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Bonn 1998, S. 330-357.

Kayizzi-Mugerwa, Steve: Africa and the donor community: From conditionality to partnership, in: Journal of International Development, 10 (1998) 2, S. 219-225.

Kennedy-Pipe, Caroline/Vickers, Rhiannon: Britain in the International Arena, in: Dunleavy, Patrick/Gamble, Andrew/Heffernan, Richard/Peele, Gillian (Hrsg.): Developments in British Politics 7, Houndmills, Basingstoke, Hampshire, New York 2003, S. 321-337.

Keohane, Robert O.: International liberalism reconsidered, in: Dunn, John (Hrsg.): The economic limits to modern politics, Cambridge 1990, S. 165-194.

Koslowski, Rey/Kratochwil, Friedrich V.: Understanding change in international politics: the Soviet empire's demise and the international system, in: International Organization 48 (1994) 2, S. 215-247.

Legum, Colin: Britain's Policy in Africa, in: Brüne, Stefan/Betz, Joachim/ Kühne, Winrich (Hrsg.): Africa and Europe. Relations of Two Continents in Transition, Münster, Hamburg 1994, S. 59-69.

Maxwell, Simon/Riddell, Roger: Conditionality or contract: Perspectives on Partnership for Development, in: Journal of International Development, 10 (1998) 2, S. 257-268.

May, Ranald S./Dobson, N. C.: The impact of the United Kingdom's bilateral aid programme on British Industry, in: ODI Review (1979) 2, S. 1-22.

Medick-Krakau, Monika: Außenpolitischer Wandel: Diskussionsstand – Erklärungsansätze – Zwischenergebnisse, in: Medick-Krakau, Monika (Hrsg.): Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: Die USA und die Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 1999, S. 3-31.

Meyer, Roland: Die Entwicklungszusammenarbeit Großbritanniens, in: Entwicklung und Zusammenarbeit, (2003) 3, http://www.inwent.org/E+Z/content/archiv-ger/03-2003/schwer_art1.html [10.02.2006].

Moravcsik, Andrew: A New Statecraft? Supranational Entrepreneurs and International Cooperation, in: International Organization 53 (1999) 2, S. 267-306.

Moravcsik, Andrew: Explaining International Human Rights Regimes: Liberal Theory and Western Europe, in: European Journal of International Relations 1 (1995) 2, S. 157-189.

Moravcsik, Andrew: Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: International Organisation, 51 (1997) 4, S. 513-553.

Morrissey, Oliver: An Evaluation of the Economic Effects of the Aid and Trade Povision, in: The Journal of Development Studies 28 (1991) 1, S. 104-129.

Nohlen, Dieter: Lieferbindung, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorie, Begriffe, Personen, Reinbek 2002, S. 523.

Nohlen, Dieter: Zuschusselement, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorie, Begriffe, Personen, Reinbek 2002, S. 909.

Norton, Philip: The House of Commons, in: Jones, Bill (Hrsg.): Politics UK, Harlow 2001, S. 339-376.

Nuscheler, Franz: Entwicklungspolitik Großbritanniens, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorie, Begriffe, Personen, Reinbek 2002, S. 249-250.

Olsen, Gorm Rye: Challenges to Traditional Policy Options, Opportunities for New Choices: The Africa Policy of the EU, in: The Round Table 93 (2004) 375, S. 425-436.

Osei, Robert/Morrissey, Oliver/Lloyd, Tim: The Nature of Aid and Trade Relationships, in: The European Journal of Development Research 16 (2002) 2, S. 354-374.

Pyper, Robert: Civil service management and policy, in: Jones, Bill (Hrsg.): Politics UK, Harlow 2001, S. 458-477.

Robinson, Mark: An uncertain partnership: the Overseas Development Administration and the voluntary sector in the 1980s, in: Bose, Anuradha/Burnell, Peter (Hrsg.): Britain's overseas aid since 1979. Between idealism and self-interest, Manchester, New York 1991, S. 158-177.

Rosati, Jerel A./Sampson, Martin W./Hagan, Joe D.: The Study of Change in Foreign Policy, in: Rosati, Jerel A./Sampson, Martin W./Hagan, Joe D. (Hrsg.): Foreign Policy Restructuring. How Governments Respond to Global Change, Columbia 1994, S. 3-21.

Rose, Richard: The British Conservative Party, in: Morgan, Roger/Silvestri, Stefano (Hrsg.): Moderates and Conservatives in Western Europe. Political Parties, the European Community and the Atlantic Alliance, London 1982, S. 94-116.

Rousseau, Jean-Jacques: Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des Staatsrechts, in: Fontius, Martin (Hrsg.): Jean-Jacques Rousseau. Kulturkritische und politische Schriften in zwei Bänden. 1, Berlin 1989, S. 381-508.

Sally, Razeen: Aid, trade, development: The Bauer legacy, in: Robinson, Colin (Hrsg.): A Tribute to Peter Bauer, London 2002, S. 84-88.

Sanders, David: Foreign and Defence Policy, in: Dunleavy, Patrick/Gamble, Andrew/Holliday, Ian/Peele, Gillian (Hrsg.): Developments in British Politics 4, London 1993, S. 285-300.

Schieder, Siegfried; Neuer Liberalismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen 2003, S. 169-198.

Schrade, Christina: Machtstaat, Handelsstaat oder Zivilstaat? Deutsche Entwicklungspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 4 (1997) 2, S. 255-294.

Seawright, David: One Nation, in: Hickson, Kevin (Hrsg.): The Political Thought of the Conservative Party since 1945, Houndmills, Basingstoke, Hampshire, New York 2005, S. 69-90.

Skidmore, David: Explaining State Response to International Change. The Structural Sources of Foreign Policy Rigidity and Change, in: Rosati, Jerel A./Sampson, Martin W./Hagan, Joe D. (Hrsg.): Foreign Policy Restructuring. How Governments Respond to Global Change, Columbia 1994, S. 43-64.

Smith, Adam: An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, in: Campbell, R.H./Skinner, A.S. (Hrsg.): Adam Smith. An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. Volume 1, Oxford 1976.

Smith, Martin J.: Understanding the ‚Politics of Catch-Up': the Modernization of the Labour Party, in: Political Studies 42 (1994), S. 708-715.

Sutton, Mary/Hewitt, Adrian: Taking stock: three years of conservative aid policy, in: ODI review (1982) 1, S. 20-37.

Taylor, Ian/Williams, Paul: The limits of engagement: British foreign policy and the crisis in Zimbabwe, in: International Affairs 78 (2002) 3, S. 547-565.

Thibaut, Bernhard/Schwehm, Johannes: Verschuldung, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorie, Begriffe, Personen, Reinbek 2002, S. 854-859.

Ulbert, Cornelia: Sozialkonstruktivismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen, Opladen 2003, S. 391-420.

Vazquez, Belen: United Kingdom. Aid level soars but still short of target, in: Randel, Judith/ German, Tony/ Ewing, Deborah (Hrsg.): The Reality of Aid 2002. An Independent Review of Poverty Reduction and Development Assistance, Manila 2002, S. 242-245.

Vereker, John: Blazing the Trail: Eight Years of Change in Handling International Development, in: Development Policy Review 20 (2002) 2, S. 133-140.

Vickers, Rhiannon: Labour's search for a Third Way in foreign policy, in: Little, Richard/Wickham-Jones, Mark (Hrsg.): New Labour's foreign policy, Manchester 2000, S. 33-45.

Wendt, Alexander: Anarchy is what states make of it: the social construction of power politics, in: International Oranization, 46 (1992) 2, S. 391-425.

Whaites, Alan: The new UK White Paper on International Development: An NGO Perspective, in: Journal of International Development 10 (1998) 2, S.203-213.

Wheeler, Joseph: Foreword, in: Organisation of Economic Co-operation and Development (Hrsg.): Voluntary Aid for Development. The role of Non-Governmental Organisations, Paris 1988, S. 5-6.

White, Fidelma/Harden, Ian/Donnelly, Katy: Audit, accounting officers and accountability: the Pergau Dam affair, in: Public Law (1994) 4, S. 526-534.

White, Howard: British Aid and the White Paper on International Development: Dressing a Wolf in Sheep's Clothing in the Emperor's new Clothes?, in: Journal of International Development, 10 (1998) 2, S. 151-166.

Whiteley, Paul F./Seyd, Patrick/Richardson, Jeremy/Bissell, Paul: Thatcherism and the Conservative Party, in: Political Studies 42 (1994), S. 185-203.

Williams, Paul D.: Blair's Britain and the Commonwealth, in: The Round Table 94 (2005) 380, S. 381-391.

Wolf, Reinhard: Was hält siegreiche Verbündete zusammen? Machtpolitische, institutionelle und innenpolitische Faktoren im Vergleich, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 7 (2000) 1, S. 33-78.

Wood, Adrian: Making Globalization work for the poor: the 2000 White Paper reconsidered, in: Journal of International Development 16 (2004) 7, S.933-937.

Zacher, Mark W./Matthew, Richard A.: Liberal International Theory: Common Threads, Divergent Strands, in: Kegley, Charles W. (Hrsg.): Controversies in Internatinal Relations Theory. Realism and the Neoliberal Challenge, New York 1995, S. 107-150.

Zimmerling, Ruth: ‚Rational Choice'-Theorien: Fluch oder Segen für die Politikwissenschaft?, in: Kunz, Volker/Druwe, Ulrich (Hrsg.): Rational Choice in der Politikwissenschaft. Grundlagen und Anwendungen, Opladen 1994, S. 14-25.

Monographien/Sammelbände

Bauer, Peter: Equality, the Third World and Economic Delusion, Cambridge 1981.

Behrens, Robert: The Conservative Party from Heath to Thatcher. Policies and Politics 1974-1979, Westmead, Farnborough, Hants. 1980.

Bendix, Paul J.: Die Entwicklungspolitik Großbritanniens, Berlin 1986.

Bennett, Andrew: Process Tracing in Case Study Research, Cambridge 1997.

Blake, Robert: The Conservative Party from Peel to Major, London 1997.

Bose, Anuradha/Burnell, Peter (Hrsg.): Britain's overseas aid since 1979. Between idealism and self-interest, Manchester, New York 1991.

Braun, Dietmar: Theorien rationalen Handelns in der Politikwissenschaft. Eine kritische Einführung, Opladen 1999.

Burnell, Peter: Charity, Politics and the Third World. Hertfordshire 1991.

Chun, Lin: Wortgewitter. Die britische Linke nach 1945, Hamburg 1996.

Clarke, Michael: British External Policy-making in the 1990s, Houndmills, Basingstoke, Hampshire, London 1992.

Conway, Tim: Changing aid policies of the major donors: UK case study, London 2003.

Cradock, Percy: In pursuit of British Interests. Reflections on Foreign Policy under Margaret Thatcher and John Major, London 1997.

Crewe, Ivor/King, Anthony: SDP. The Birth, Life and Death of the Social Democratic Party, Oxford 1995.

Crosland, Anthony: Socialism Now, London 1974.

Dahrendorf, Ralf: Homo Sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle, Opladen 1977.

Dale, Iain (Hrsg.): Conservative Party General Election Manifestos, 1900-1997. London, New York 2000.

Dale, Iain (Hrsg.): Labour Party General Election Manifestos, 1900-1997. London, New York 2000.

Dale, Iain (Hrsg.): Liberal Party General Election Manifestos, 1900-1997. London, New York 2000.

Drucker, Henry Matthew: Doctrine and Ethos in the Labour Party, London 1979.

Dunleavy, Partrick/Gamble, Andrew/Heffernan, Richard/Peele, Gillian (Hrsg.): Developments in British Politics 7, Houndmills. Basingstoke, Hampshire, New York 2003.

Dunleavy, Partrick/Gamble, Andrew/Holliday, Ian/Peele, Gillian (Hrsg.): Developments in British Politics 4, Houndmills. Basingstoke, Hampshire, London 1993.

Dunleavy, Partrick/Gamble, Andrew/Holliday, Ian/Peele, Gillian (Hrsg.): Developments in British Politics 5, Houndmills. Basingstoke, Hampshire, London 1997.

Erswell, Christopher C.: UK Aid Policy and Practice 1974-90: An Analysis of the Poverty Focus, Gender Consciousness and Environmental Sensitivity of British Official Aid, Liverpool 1994, http://members.lycos.co.uk/CCErswell/ [10.10.2005].

Forster, Anthony/Alasdair Blair: The Making of Britain’s European Foreign Policy. Harlow 2002.

Fukuda, Haruko: Britain in Europe: Impact on the Third World, London, Basingstoke 1973.

Geddes, Andrew: The European Union and British Politics. Houndmills, Basingstoke, Hampshire 2004.

Giddens, Anthony: Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt/M. 1999.

Giddens, Anthony (Hrsg.): The Global Third Way Debate, Cambridge 2001.

Grant, Wyn: Business and Politics in Britain, Houndmills, Basingstoke, Hampshire, London 1993.

Grant, Wyn: Pressure Groups, Politics and Democracy in Britain, Hertfordshire 1995.

Grosz, Stephen: Pergau be dammed, in: The New Law Journal (1994) 6675, S. 1708-1710.

Grotz, Florian: Good Goovernance, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorie, Begriffe, Personen, Reinbek 2002, S. 341-342.

Hall, Stuart/Jacques, Martin (Hrsg.): The Politics of Thatcherism, London 1983.

Heath,Anthony F./Jowell, Roger M./Curtice, John K.: The Rise of New Labour. Party Policies and Voter Choices, Oxford 2001.

Hergreaves Heap, Shaun et al.: The Theory of Choice. A critical Guide, Oxford 1992.

Hübner, Emil/Münch, Ursula: Das politische System Großbritanniens. Eine Einführung, München 1999.

Hughes, Colin/Wintour, Patrick: Labour Rebuilt. The New Model Party, London 1990.

Hurd, Douglas: Memoirs, London 2003.

Jordan, A. Grant/Richardson, Jeremy: Government and Pressure Groups in Britain, Oxford 1987.

Jun, Uwe: Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Party im Vergleich, Frankfurt/M., 2004.

King, Desmond S.: The New Right. Politics, Markets and Citizenship, London 1987.

Kunz, Volker: Rational Choice, Frankfurt/M. 2004.

Maclean, Donald: British Foreign Policy. The years since Suez. 1956-1968, New York 1970.

May, Ranald S./Schumacher, Dieter/Malek, Mohammed H.: Overseas Aid. The Impact on Britain and Germany, Hertfordshire 1989.

McNeill, Desmond: The contradictions of foreign aid, London 1981.

Milner, Helen V.: Interests, Institutions, and Information. Domestic Politics and International Relations, Princeton 1997.

Moran, Michael: Politics and Society in Britain. An Introduction, London 1985.

Moravcsik, Andrew: The Choice for Europe. Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht, New York 1998.

Morgan, Kenneth O.: Labour People. Leaders and Lieutenants. Hardie to Kinnock, Oxford 1989.

Morrissey, Oliver/Smith, Brian/Horesh, Edward: British Aid and International Trade. Aid Policy Making: 1979-89, Buckingham, Philadelphia 1992.

Mosley, Paul/Harrigan, Jane/Toye, John: Aid and Power. The World Bank & Policy-based Lending. Volume 1, London, New York 1995.

Mosley, Paul: Overseas Aid. Its Defence and Reform, Brighton 1987.

Norton, Philip/Aughey, Arthur: Conservatives and Conservatism, London 1981.

Nuscheler, Franz: Die Entwicklungspolitik der Regierung Thatcher. Wie konservativ ist die Overseas Aid-Politik der britischen Konservativen?, Bonn 1986.

Nuscheler, Franz (Hrsg.): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, Bonn 1996.

Patten, Christopher: Great Britain and the World: Three Talks at Berkeley, Berkeley 1990.

Ramsden, John: The Winds of Change: Macmillan to Heath, 1957-1975, London 1996.

Remmert, Michael: Entwicklungspolitik in Großbritannien, Freiburg 1988.

Rosenau, James N.: The study of political adaptation, London 1981.

Saalfeld, Thomas: Großbritannien. Eine politische Landeskunde, Opladen 1998.

Scharpf, Fritz W.: Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung, Opladen 2000.

Shaw, Eric: The Labour Party since 1979. Crisis and Transformation, London 1994.

Simon, Herbert A.: Homo rationalis. Die Vernunft im menschlichen Leben, Frankfurt, New York 1993.

Stuart, Mark: Douglas Hurt. The Public Servant. An Authorised Biography, Edinburgh 1998.

Tarp, Finn (Hrsg.): Foreign Aid and Development, London, New York 2000.

Wallace, William: The Foreign Policy Process in Britain. London 1975.

White, John: The Politics of Foreign Aid, London 1974.

Worsley, Peter: The Third World, Chicago, London 1970.

Diskussionspapiere/Arbeitspapiere

Bauer, Peter: Entwicklungshilfe: Was steht auf dem Spiel?, Kieler Vorträge gehalten im Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Nr. 97, Tübingen 1982.

Bellers, Jürgen: Die Auflösung des Commonwealth und die Entstehung der britischen Entwicklungspolitik, Diskussionspapiere des Faches Politikwissenschaft, Universität GH Siegen, Nr. 71, Siegen 2002.

Bienen, Derk/Freund, Corinna/Rittberger, Volker: Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik: Die Außenpolitiktheorie des utilitaristischen Liberalismus, Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung Nr. 33, Tübingen 1999.

Falk, Armin: Homo Oeconomicus Versus Homo Reciprocans: Ansätze für ein Neues Wirtschaftspolitisches Leitbild?, Institute for Empirical Research in Economic Working Paper Nr. 79, Zürich 2001, http://www.iew.unizh.ch/wp/iewwp079.pdf [01.11.2005].

Hillyard, Mick: The Commonwealth Development Corporation Bill [HL]. Bill 2 of 1998-99, House of Commons Library Research Paper, Nr. 99/29, London 1999, http://www.parliament.uk/commons/lib/research/rp99/rp99-029.pdf [03.12.2005].

Holsti, Kalevi J.: The Problem of Change in International Relations Theory, Institute of International Relations: The University of British Columbia, Working Paper No. 26, Vancouver 1998.

Hyvarinen, Joy: The Millenium Development Goals: At a decisive stage?, The Royal Institute of International Affairs Briefing Paper No. 7, London 2003.

Killick, Tony: Understanding British Aid to Africa: an historical perspective, ODI Background Paper for “G8, UK Aid Policies and Implications for Japan” 2005.

Moravcsik, Andrew/Evrigenis, Ioannis: Britain and the Creation of the United Nations Human Rights Regime, Paper prepared for the 2003 Annual Meeting of the American Political Science Association, Philadelphia 2003.

Moravcsik, Andrew: Liberal International Relations Theory: A social scientific assessment, Weatherhead Center for International Affairs Working Paper Nr. 01-02, Cambridge 2001.

Moravcsik, Andrew: Liberalism and International Relations Theory, Weatherhead Center for International Affairs Working Paper Nr. 92-06, Harvard 1992.

Morrissey, Oliver: British Aid Policy Since 1997: Is DFID the Standard Bearer for Donors? CREDIT Research Paper Nr. 02/23, Nottingham: Centre for Research in Economic Development and International Trade 2002, http://www.nottingham.ac.uk/economics/credit/research/papers/CP.02.23.pdf [13.06.2005].

Richards, Patsy: The International Development Bill [HL]. Bill 37 of 2001-02. House of Commons Library Research Paper, Nr. 01/85, London 2001, http://www.parliament.uk/commons/lib/research/rp2001/rp01-085.pdf [10.08.2005].

Statistische Bände

Development Assistance Committee: Development Co-operation Reports 1988-2005, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development, 1988-2006.

Development Assistance Committee: Development and Co-Operation Report 1993, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development 1994.

Development Assistance Committee: Development and Co-Operation Report 1994, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development 1995.

Development Assistance Committee: Development and Co-Operation Report 1998, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development 1999.

Development Assistance Committee: Development Co-operation Report 2004, Paris: Organisation for Economic Co-Operation and Development 2005.

Development Assistance Commitee: Development Co-operation Review Series. United Kingdom. 1994 No. 1, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development 1994.

Development Assistance Committee: Development Co-operation Review Series. United Kingdom. 1997 No. 25, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development 1997.

Development Assistance Committee: The DAC Journal 2001, Volume 2, No. 4, Paris: Organisation for Economic Co-Operation and Development 2001, Teil 1.

Development Assistance Committee: Twenty-Five Years of Development Co-Operation: A Review. 1985 Report, Paris: Organisation for Economic Co-Operation and Development 1985.

Randel, Judith/German, Tony: United Kingdom, in: Smillie, Ian/Helmich, Henny (Hrsg.): Public Attitudes and International Development Co-operation, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development 1998, S. 145-151.

United Nations Conference on Trade and Development: Development and Globalization: Facts and Figures, New York, Genf 2004, S. 2, http://www.unctad.org/en/docs/gdscsir20041_en.pdf [15.11.2005].

United Nations: The System of National Accouts 1993 – Glossary, New York: United Nations 1994, http://www.oecd.org/dataoecd/38/18/2674296.pdf [10.08.2005].

Woods, Adèle: Facts about European NGOs Active in International Development, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development 2000.

Anhang

Inhaltsverzeichnis Anhang

Anhang I: Zeitleiste für britische Entwicklungspolitik seit den 1990er Jahren **S. 152**

Anhang II: Übersicht über die britischen Finanzströme zur Entwicklungshilfe zwischen 1987 und 1996 **S. 154**

Anhang III: Übersicht über die britischen Finanzströme zur Entwicklungshilfe zwischen 1997 und2005 **S. 156**

Anhang IV: Übersicht über britische Entwicklungshilfebedingungen in Bezug auf Lieferbindung und Zuschusselement **S. 158**

Anhang V: Übersicht über die Empfänger britischer ODA Mittel **S. 160**

Anhang VI: Übersicht über Hilfe an LLDCs **S. 163**

Anhang VII: Sektorale Verteilung von britischer Entwicklungshilfe **S. 164**

Anhang VIII: OECD-Statistiken zu britischen NGOs 1993 **S. 166**

Anhang IX: Interview mit ActionAid Vertreter Tom Sharman **S. 168**

Anhang X: Übersicht über den Wandel anhand ausgewählter Unterkategorien **S. 177**

Anhang XI: Übersicht über gesellschaftliche Koalitionen, deren Einfluss und Interessenspektrum in die Entwicklungspolitik zwischen 1987-2005 **S. 179**

Anhang XII: Übersicht über die Struktur der staatlichen Entwicklungspolitik zwischen 1989-1997 **S. 183**

Anhang XIII: Übersicht über die DFID-Struktur zwischen 1997 und 2005 **S. 186**

Anhang I: Zeitleiste für britische Entwicklungspolitik seit den 1990er Jahren

- *11.06.1987*: General Election (Prime Minister **Margaret Thatcher**) (Minister of Overseas Development **Chris Pattern**)
- *Juli 1989*: Minister of State for Foreign and Commonwealth Affairs and Minister for Overseas Development: **Lynda Chalker** (Baroness Chalker of Wallasey ab April 1992)
- *22.11.1990*: Rücktritt von Thatcher als Party Leader
- *27.11.1990*: **John Major** wird Conservative Party Leader und Prime Minister
- *17.01.1991*: Beginn des ersten Golf-Krieges (bis 28.02)
- *07.01.1992*: UK unterzeichnet Maastricht Vertrag
- *09.04.1992*: General Election (Prime Minister **John Major**)
- *16.09.1992*: UK muss aus dem Exchange-Rate-Mechanism
- *02.10.1993*: UK ratifiziert Maastricht Vertrag
- *22.10.1993*: National Audit Office: **Pergau Hydro-Electric Project**
- *1994:* Südafrika wird Mitglied des Commonwealth (nach dem Verlassen 1961)
- *21.07.1994*: Tony Blair wird Labour Party Leader (nachdem John Smith am 12.05. gestorben war)
- *10.11.1994*: Douglas Hurd wird vor Gericht im Zusammenhang mit den Finanzierungen für Pergau schuldig gesprochen
- *27.03.1996*: Kommission verhängt Einfuhrsperre für englisches Rind
- *17.09.1996*: Vulkanausbruch auf Montserrat. Weitere Ausbrüche bis Mitte 1997 zerstörten zahlreiche Dörfer und Teile der Hauptstadt Plymouth
- *01.05.1997*: General Election (Prime Minister **Tony Blair**) →**Gründung DFID** (Secretary of State **Clare Short**)

- *02.05.1997*: Major tritt als Party Leader zurück. Nachfolger wird William Hague.
- *November 1997*: **WP**: Eliminating World Poverty
- *Dezember 2000*: **WP**: Making Globalisation Work for the Poor
- *April 2001:* General **Aid Untying**
- *07.06.2001*: General Election (Prime Minister **Tony Blair**)
- *12.09.2001*: Ian Duncan Smith wird Conservative Party Leader
- *17.06.2002*: International Development Act 2002
- *Mai 2003*: Secretary of State for International Development: **Baroness Amos**
- *Oktober 2003*: Secretary of State for International Development: **Hilary Benn**
- *06.11.2003*: Michael Howard wird Conservative Party Leader
- *2005*: „Make Poverty History“ Kampagne in Großbritannien beginnt
- *05.05.2005*: General Election (Prime Minister **Tony Blair**)
- *Dezember 2005*: David Cameron wird Conservative Party Leader

Anhang II: Übersicht über die britischen Finanzströme zur Entwicklungshilfe zwischen 1987 und 1996[504]

	1987		1988		1989		1990		1991	
	in Mio. US$	% des GNP[505]	in Mio. US$	% des GNP	in Mio. US$	% des GNP	in Mio. US$	% des GNP	in Mio. US$	% des GNP
Gesamte Finanzflüsse	**3.492**	**0,51%**	**4.289**	**0,52%**	**9.468**	**1,14%**	**6.527**	**0,68%**	**5.623**	**0,56%**
ODA[506]	**1.871**	**0,28%**	**2.645**	**0,32%**	**2.587**	**0,31%**	**2.638**	**0,27%**	**3.201**	**0,32%**
Multilateral Gesamt	863		1.215		1.124		1.164		1.382	
- EC/EU	363		488		499		587		717	
Bilateral Gesamt[507]	1.008		1.430		1.463		1.474		1.818	
- Technische Unterstüzung	462		642		608		709		835	
- Notfallhilfe[508]										
- Unterstützung für NGOs[509]										
Privat[510]	**1.136[511]**	**0,17%**	**1.082**	**0,13%**	**6.159**	**0,74%**	**2.934**	**0,30%**	**1.527**	**0,15%**
- Direkte Investitionen	2.952		2.494		3.888		4.577		2.731	

[504] Vgl. für alle Daten die Angaben aus Development Assistance Committee: Development Co-operation Reports 1988-2003, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development, 1988-2004. Zahlenwerte sind nicht auf einen einheitlichen Wechselkurs bereinigt. Daher entsprechen die Summen dem Wechselkurs des entsprechenden Jahres. Eine Wechselkursbereinigung ist für die hier zu zeigenden Entwicklungen nicht notwendig, zumal die Anteile am GNP davon unbeeinträchtigt sind und die relativen Verteilungen zwischen den Bereichen dennoch deutlich werden. Bei widersprüchlichen Zahlenangaben wurde die Angabe aus dem spätesten DAC Band herangezogen, da interne Korrekturen angenommen werden.

[505] Das „Gross National Product“ (GNP) wurde bis 2000 von der OECD als offizielle Referenzgröße genutzt.

[506] Offical Development Assistance (ODA) beinhalten Zuschüsse und Kredite (mit mindestens 25% Zuschusselement), sowie technische Unterstützung an Entwicklungsländer durch den staatlichen Sektor, die zur Entwicklung der Wirtschaft und Wohlfahrt beitragen sollen.

[507] Beinhaltet Zuschüsse für Technische Zusammenarbeit, Lebensmittelhilfe, Notfallhilfe, Unterstützung von NGO Projekten, Administrative Kosten und Kreditgewährungen.

[508] Keine verlässlichen Angaben vor 1992

[509] Keine verlässlichen Angaben vor 1992

[510] Beinhaltet keine Zuschüsse privater Entwicklungshilfeträger.

[511] Kleinere Gesamtwerte bei größeren Anteilen ergeben sich aus Rückflüssen in anderen Teilbereichen, die hier nicht aufgenommen wurden.

	1992		1993		1994		1995		1996	
	in Mio. US$	% des GNP	in Mio. US$	% des GNP	in Mio. US$	% des GNP	in Mio. US$	% des GNP	in Mio. US$	% des GNP
Gesamte Finanzflüsse	**9.308**	**0,89%**	**7.337**	**0,78%**	**11.964**	**1,15%**	**13.382**	**1,19%**	**22.470**	**1,93%**
ODA	**3.243**	**0,31%**	**2.920**	**0,31%**	**3.197**	**0,31%**	**3.202**	**0,29%**	**3.199**	**0,27%**
Multilateral Gesamt	1.544		1.397		1.435		1.487		1.409	
- EC/EU	713		708		746		856		707	
Bilateral Gesamt	1.699		1.523		1.762		1.716		1.790	
- Technische Unterstüzung	802		687		680		782		849	
- Notfallhilfe	57		187		261		182		195	
- Unterstützung für NGOs	19		48		61		66		65	
Privat	**5.328**	**0,51%**	**5.290**	**0,57%**	**6.687**	**0,64%**	**9.482**	**0,85%**	**18.808**	**1,61%**
- Direkte Investitionen	6.114		5.459		6.257		6.212		6.464	

Anhang III: Übersicht über die britischen Finanzströme zur Entwicklungshilfe zwischen 1997 und2005[512]

	1997		1998		1999		2000		2001	
	in Mio. US$	% des GNP	in Mio. US$	% des GNP	in Mio. US$	% des GNP	in Mio. US$	% des GNP	in Mio. US$	% des GNI[513]
Gesamte Finanzflüsse	**19.659**	**1,50%**	**12.136**	**0,86%**	**15.299**	**1,05%**	**10.230**	**0,72%**	**9.627**	**0,67%**
ODA	**3.433**	**0,26%**	**3.864**	**0,27%**	**3.426**	**0,24%**	**4.501**	**0,32%**	**4.579**	**0,32%**
Multilateral Gesamt	1.454		1.732		1.178		1.792		1.957	
- davon an EC/EU	718		835		819		975		824	
Bilateral Gesamt[514]	1.979		2.132		2.249		2.710		2.622	
- Technische Unterstüzung	894		727		667		685		773	
- Notfallhilfe	164		187		223		344		257	
- Unterstützung für NGOs	76		111		132		169		189	
Privat	**16.025**	**1,23%**	**7.919**	**0,56%**	**11.416**[515]	**0,79%**	**5.265**	**0,37%**	**4.699**	**0,33%**
- Direkte Investitionen	12.685		9.286		11.618		4.005		8.194	

[512] Vgl. für alle Daten die Angaben aus Development Assistance Committee: Development Co-operation Reports 1988-2005, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development, 1988-2006. Zahlenwerte sind nicht Wechselkurs bereinigt. Daher entsprechen die Summen dem Geldwert des entsprechenden Jahres. Eine Wechselkursbereinigung ist für die hier zu zeigenden Entwicklungen nicht notwendig, zumal die Anteile am GNP davon unbeeinträchtigt sind und die relativen Verteilungen zwischen den Bereichen dennoch deutlich werden. Bei widersprüchlichen Zahlenangaben wurde die Angabe aus dem spätesten DAC Band herangezogen, da interne Korrekturen angenommen werden.

[513] Seit 2000 nutzt die OECD das „Gross National Income“ (GNI) als Referenzgröße, das im Rahmen des „System of National Accounts“ von 1993 beschlossen wurde. Die Relation zwischen GNP und GNI ist umstritten. Während die OECD davon ausgeht, dass durch die Umstellung der Referenzgrößen die Leistungen der DAC Länder um durchschnittlich 3% geschmälert werden, sieht die UN keinen relevanten Unterschied. Vgl. United Nations: The System of National Accouts 1993 – Glossary, New York: United Nations 1994, http://www.oecd.org/dataoecd/38/18/2674296.pdf [10.08.2005], S. 19; Development Assistance Committee: Development Co-operation Report 2004, Paris: Organisation for Economic Co-Operation and Development 2005, S. 241.

[514] Beinhaltet Zuschüsse für Technische Zusammenarbeit, Lebensmittelhilfe, Notfallhilfe, Unterstützung von NGO Projekten, Administrative Kosten und Kreditgewährungen.

	2002		2003		2004		2005[516]	
	in Mio. US$	% des GNI	in Mio. US$	% des GNI	in Mio. US$	% des GNI	in Mio. US$	% des GNI
Gesamte Finanzflüsse	**7.634**	**0,48%**	**18.561**	**1,01%**	**26.922**	**1,24%**		
ODA	**4.924**	**0,31%**	**6.282**	**0,34%**	**7.883**	**0,36%**		
Multilateral Gesamt	1.419		2.421		2.544			
- davon an EC/EU	925		1.078		1.529			
Bilateral Gesamt	3.506		3.861		5.339			
- Technische Unterstüzung	874		993		751			
- Notfallhilfe	400		565		523			
- Unterstützung für NGOs	226		268		429			
Privat	**2.360**	**0,15%**	**11.840**	**0,65%**	**18.805**	**0,86%**		
- Direkte Investitionen	2.753		9.745		13.335			

[515] Kleinere Gesamtwerte bei größeren Anteilen ergeben sich aus Rückflüssen in anderen Teilbereichen, die hier nicht aufgenommen wurden.
[516] Die Zahlen für 2005 lagen bei der Ausarbeitung dieser Arbeit noch nicht vor.

Anhang IV: Übersicht über britische Entwicklungshilfebedingungen in Bezug auf Lieferbindung und Zuschusselement[517]

Lieferbindung[518]	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Ungebunden	13,10%	9,80%	13,90%	-	16,30%	17,70%	18,80%	22,50%
Multilateral (hauptsächlich ungebunden)[519]	43,70%	43,80%	42,10%	44,40%	42,10%	35,50%	45,80%	45,00%
Gebunden	42,30%	46,40%	44,00%	-	41,40%	35,50%	34,60%	26,60%
Zuschusselement[520]	1987-88	1988-89	1989-90	1990-91	1991-92	1992-93	1993-94	1994-95
	99,00%	99,10%	98,20%	98,90%	100,00%	96,50%	98,20%	97,60%

Lieferbindung	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Ungebunden	86,20%	86,10%		79,60%	91,80%	91,50%	93,90%	100,00%
Multilateral (hauptsächlich ungebunden)								
Gebunden	13,80%	13,90%		20,40%	8,20%	8,50%	6,10%	
Zuschusselement	1995-96	1996-97	1997-98	1998-99	1999-00	2000-01	2001-02	2002-03
	96,70%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%	100,00%		

[517] Vgl. für alle Daten die Angaben aus Development Assistance Committee: Development Co-operation Reports 1988-2005, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development, 1988-2006. Für die freien Felder lagen keine zuverlässigen Angaben vor.
[518] Die Angaben erfolgen als prozentualer Anteil an der gesamten ODA.
[519] Die multilaterale Entwicklungshilfe wurde bis 1995 in einem eigenständigen Block geführt. Sie ist weitestgehend ungebunden.
[520] Angaben erfolgen nach dem geläufigen Messprinzip zum Grad der Vergünstigung. 100% entspricht einem Geschenk und 0% einem marktüblichen Kredit (bei angenommener Verzinsung von 10%). Vgl. Nohlen, Dieter: Zuschusselement, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.): Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorie, Begriffe, Personen, Reinbek 2002, S. 909.

Lieferbindung	2003	2004	2005
Ungebunden	100,00%	100,00%	
Multilateral (hauptsächlich ungebunden)			
Gebunden			
Zuschusselement	2003-04		
	100,00%		

Anhang V: Übersicht über die Empfänger britischer ODA Mittel[521]

Hauptempfänger-staaten	1986-87	1987-88	1988-89
1.	Indien (8,7%[522])	Indien (6,0%)	Indien (5,3%)
2.	Bangladesch (2,9%)	Bangladesch (2,8%)	Kenia (3,0%)
3.	Malaysia (2,4%)	Kenia (2,7%)	Bangladesch (2,9%)
4.	Kenia (2,3)	Tansania (2,1%)	Ghana (2,4%)
5.	Sambia (2,3%)	Malawi (2,0%)	Tansania (2,2%)
6.	Sudan (1,8%)	Mosambik (1,9%)	Nigeria (2,1%)
7.	Pakistan (1,7%)	Ghana (1,8%)	Malawi (2,1%)
8.	Ghana (1,6%)	Sudan (1,7%)	Sudan (1,8%)
9.	Tansania (1,5 %)	Pakistan (1,6%)	Mosambik (1,7%)
10.	Malawi (1,4%)	Sambia (1,5%)	Uganda (1,6%)
Multilaterale Mittel[523]	41,00%	42,90%	42,20%

Hauptempfänger-staaten	1989-90	1990-91	1991-92
1.	Indien (5,0%)	Indien (5,1%)	Indien (5,7%)
2.	Bangladesch (3,4%)	Bangladesch (3,2%)	Bangladesch (3,0%)
3.	Kenia (2,8%)	Kenia (2,4%)	Tansania (2,5%)
4.	Nigeria (2,3%)	Malawi (1,8%)	Sambia (2,5%)
5.	Malawi (2,0%)	Sambia (1,8%)	Simbabwe (2,3%)
6.	Pakistan (2,0%)	Pakistan (1,8%)	Kenia (1,9%)
7.	Ghana (1,9%)	Simbabwe (1,7%)	Ghana (1,8%)
8.	Tansania (1,8%)	Tansania (1,6%)	Malawi (1,5%)
9.	Sudan (1,6%)	Nigeria (1,5%)	China (1,4%)
10.	Mosambik (1,5%)	Ghana (1,4%)	Uganda (1,4%)
Multilaterale Mittel	41,50%	42,00%	42,70%

[521] Vgl. für alle Daten die Angaben aus Development Assistance Committee: Development Co-operation Reports 1988-2005, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development, 1988-2006. Es lagen noch keine Angaben für das Jahr 2005 vor.
[522] Prozentualer Anteil an der gesamten britischen ODA.
[523] Multilateraler Anteil an der gesamten britischen ODA in Prozent.

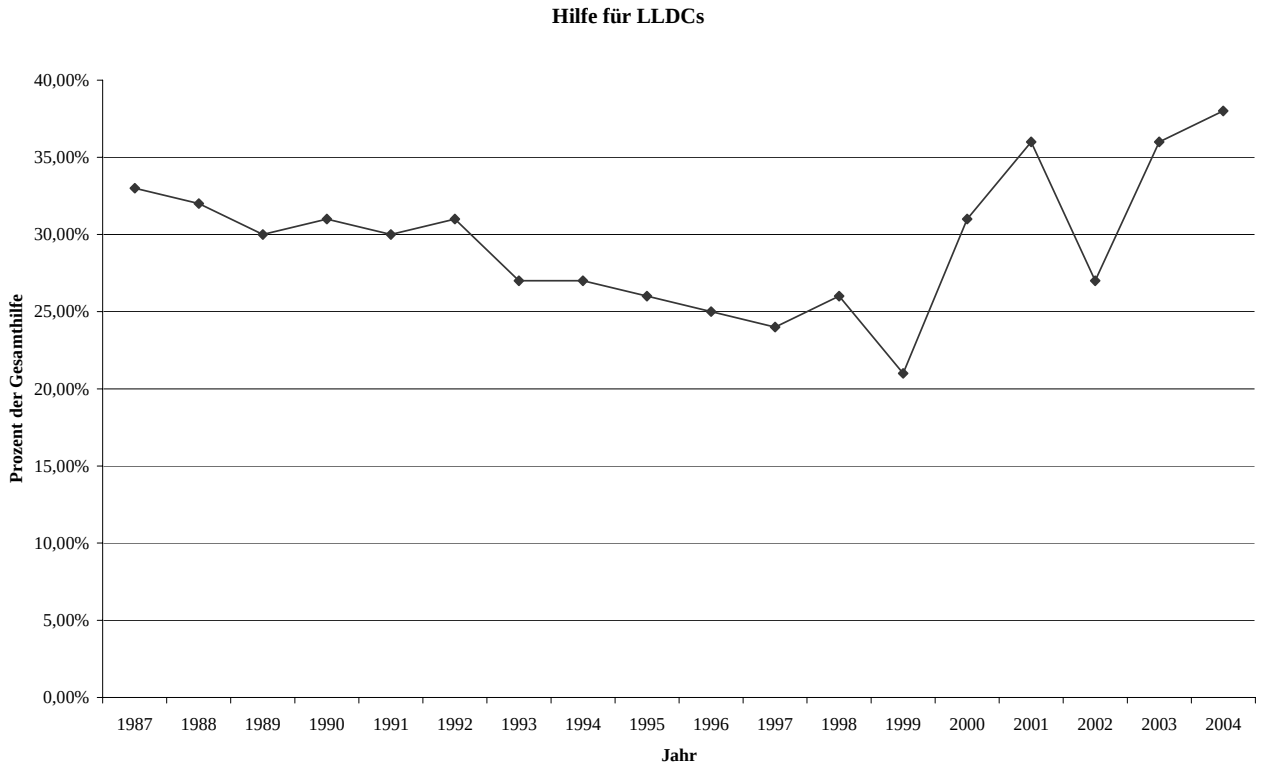
Hauptempfänger-staaten	1992-93	1993-94	1994-95
1.	Indien (5,1%)	Indien (3,9%)	Indien (4,6%)
2.	Bangladesch (2,7%)	Staaten ehem. Jugoslawien (3,2%)	Sambia (2,4%)
3.	Sambia (2,3%)	Bangladesch (2,3%)	Bangladesch (2,2%)
4.	Tansania (2,3%)	Sambia (1,9%)	Staaten ehem. Jugoslawien (2,1%)
5.	Staaten ehem. Jugoslawien (1,6%)	Uganda (1,7%)	Uganda (1,8%)
6.	Ghana (1,6%)	Kenia (1,5%)	Malawi (1,7%)
7.	China (1,6%)	Mosambik (1,4%)	Indonesien (1,5%)
8.	Simbabwe (1,5)	China (1,4%)	Pakistan (1,5%)
9.	Kenia (1,5%)	Tansania (1,4%)	China (1,5%)
10.	Uganda (1,5%)	Malawi (1,4%)	Simbabwe (1,4%)
Multilaterale Mittel	45,30%	45,50%	45,10%

Hauptempfänger-staaten	1995-96	1996-97	1997-98
1.	Indien (5,2%)	Indien (5,2%)	Indien (4,8%)
2.	Sambia (2,3%)	Sambia (2,4%)	Guyana (3,1%)
3.	Bangladesch (2,3%)	Guyana (2,4%)	Tansania (2,9%)
4.	Uganda (2,1%)	Uganda (2,2%)	Sambia (2,4%)
5.	Malawi (2,1%)	Bangladesch (2,1%)	Uganda (2,4%)
6.	Pakistan (1,8%)	Tansania (2,0%)	Bangladesch (2,2%)
7.	Staaten ehem. Jugoslawien (1,6%)	Staaten ehem. Jugoslawien (1,8%)	Mosambik (1,7%)
8.	Indonesien (1,6%)	Malawi (1,7%)	Ghana (1,6%)
9.	China (1,6%)	Mosambik (1,6%)	Montserrat (1,4%)
10.	Tansania (1,5%)	Pakistan (1,6%)	China (1,3%)
Multilaterale Mittel	43,70%	42,10%	41,30%

Hauptempfänger-staaten	1998-99	1999-00	2000-01
1.	Indien (4,5%)	Indien (4,3%)	Tansania (4,8%)
2.	Tansania (3, 2%)	Uganda (3,9%)	Indien (4,4%)
3.	Bangladesch (2,7%)	Tansania (3,0%)	Uganda (3,4%)
4.	Uganda (2,6%)	Bangladesch (2,6%)	Mosambik (2,9%)
5.	Ghana (2,3%)	Sambia (2,3%)	Bangladesch (2,5%)
6.	Sambia (2,0%)	Malawi (2,2%)	Sambia (2,1%)
7.	Malawi (1,8%)	Ghana (2,2%)	Ghana (1,9%)
8.	Südafrika (1,5%)	China (1,8%)	Malawi (1,8%)
9.	China (1,5%)	Mosambik (1,7%)	Kenia (1,5%)
10.	Mosambik (1,4%)	Kenia (1,6%)	China (1,4%)
Multilaterale Mittel	37,90%	37,20%	40,70%

Hauptempfänger-staaten	2001-02	2002-03	2003-04
1.	Indien (5,5%)	Indien (6,0%)	Indien (5,6%)
2.	Serbien Montenegro (4,9%)	Serbien Montenegro (4,1%)	Bangladesch (3,6%)
3.	Tansania (4,0%)	Tansania (3,6%)	Tansania (3,6%)
4.	Mosambik (2,4%)	Bangladesch (3,2%)	Irak (3,1%)
5.	Bangladesch (2,3%)	Ghana (2,3%)	Ghana (2,7%)
6.	Ghana (2,3%)	Afghanistan (2,0%)	Sambia (2,4%)
7.	Uganda (1,9%)	Pakistan (1,8%)	Dem. Republik Kongo (2,2%)
8.	Afghanistan (1,7%)	Irak (1,7%)	Afghanistan (2,2%)
9.	Sambia (1,3%)	Uganda (1,6%)	Malawi (1,6%)
10.	Malawi (1,3%)	Südafrika (1,5%)	Südafrika (1,5%)
Multilaterale Mittel	35,20%	33,90%	34,30%

Anhang VI: Übersicht über Hilfe an LLDCs[524]



Zahlenreihe

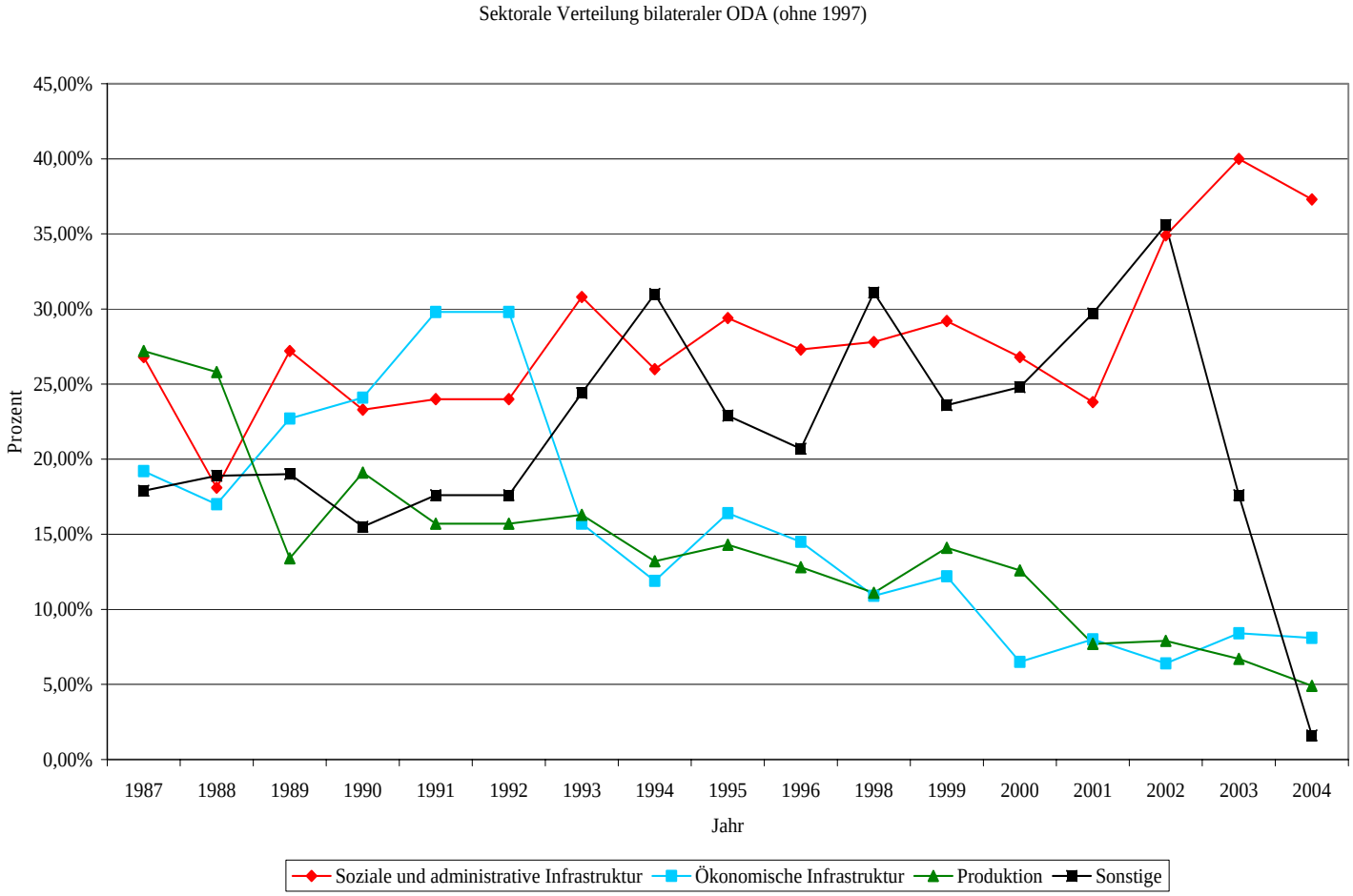
	1987	1988	1989	1990	1991	1992
Mio. US Dollar	620	848	770	821	961	1.020
in % der Gesamthilfe	33,00%	32,00%	30,00%	31,00%	30,00%	31,00%

	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Mio. US Dollar	797	870	827	810	836	996
in % der Gesamthilfe	27,00%	27,00%	26,00%	25,00%	24,00%	26,00%

	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Mio. US Dollar	715	1.406	1.647	1.321	2.273	2.988
in % der Gesamthilfe	21,00%	31,00%	36,00%	27,00%	36,00%	38,00%

[524] Vgl. für alle Daten die Angaben aus Development Assistance Committee: Development Co-operation Reports 1988-2005, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development, 1988-2006. Für das Jahr 2005 lagen noch keine Daten vor.

Anhang VII: Sektorale Verteilung von britischer Entwicklungshilfe[525]



Zahlenreihen

	1987	1988	1989	1990
Soziale und administrative Infrastruktur[526]	26,80%	18,10%	27,20%	23,30%
Ökonomische Infrastruktur[527]	19,20%	17,00%	22,70%	24,10%
Produktion[528]	27,20%	25,80%	13,40%	19,10%
Sonstige[529]	17,90%	18,90%	19,00%	15,50%
Schuldenerlass	4,60%	3,00%	0,90%	4,50%
Notfallhilfe	3,90%	1,50%	1,80%	1,90%
Programmunterstützung[530]	9,40%	14,40%	16,30%	9,10%

[525] Vgl. für alle Daten die Angaben aus Development Assistance Committee: Development Co-operation Reports 1988-2005, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development, 1988-2006. Für die Jahr2005 lagen noch keine Angaben vor.
[526] Enthält u.a. die Bereiche Bildung, Gesundheit und Bevölkerung, Wasserversorgung, Regierung und Zivilgesellschaft.
[527] Enthält u.a. die Bereiche Transport und Kommunikation, sowie Energie.
[528] Enthält die Bereiche Landwirtschaft, Industrie, Bergbau und Baugewerbe, Handel und Tourismus.
[529] Enthält die drei folgenden Bereiche Schuldenerlass, Notfallhilfe und Programmunterstützung.

	1991	1992	1993	1994
Soziale und administrative Infrastruktur	24,00%	24,00%	30,80%	26,00%
Ökonomische Infrastruktur	29,80%	29,80%	15,70%	11,90%
Produktion	15,70%	15,70%	16,30%	13,20%
Sonstige	17,60%	17,60%	24,40%	31,00%
Schuldenerlass	5,40%	5,40%	3,20%	4,30%
Notfallhilfe	4,90%	4,90%	11,90%	14,80%
Programmunterstützung	7,30%	7,30%	9,30%	11,90%

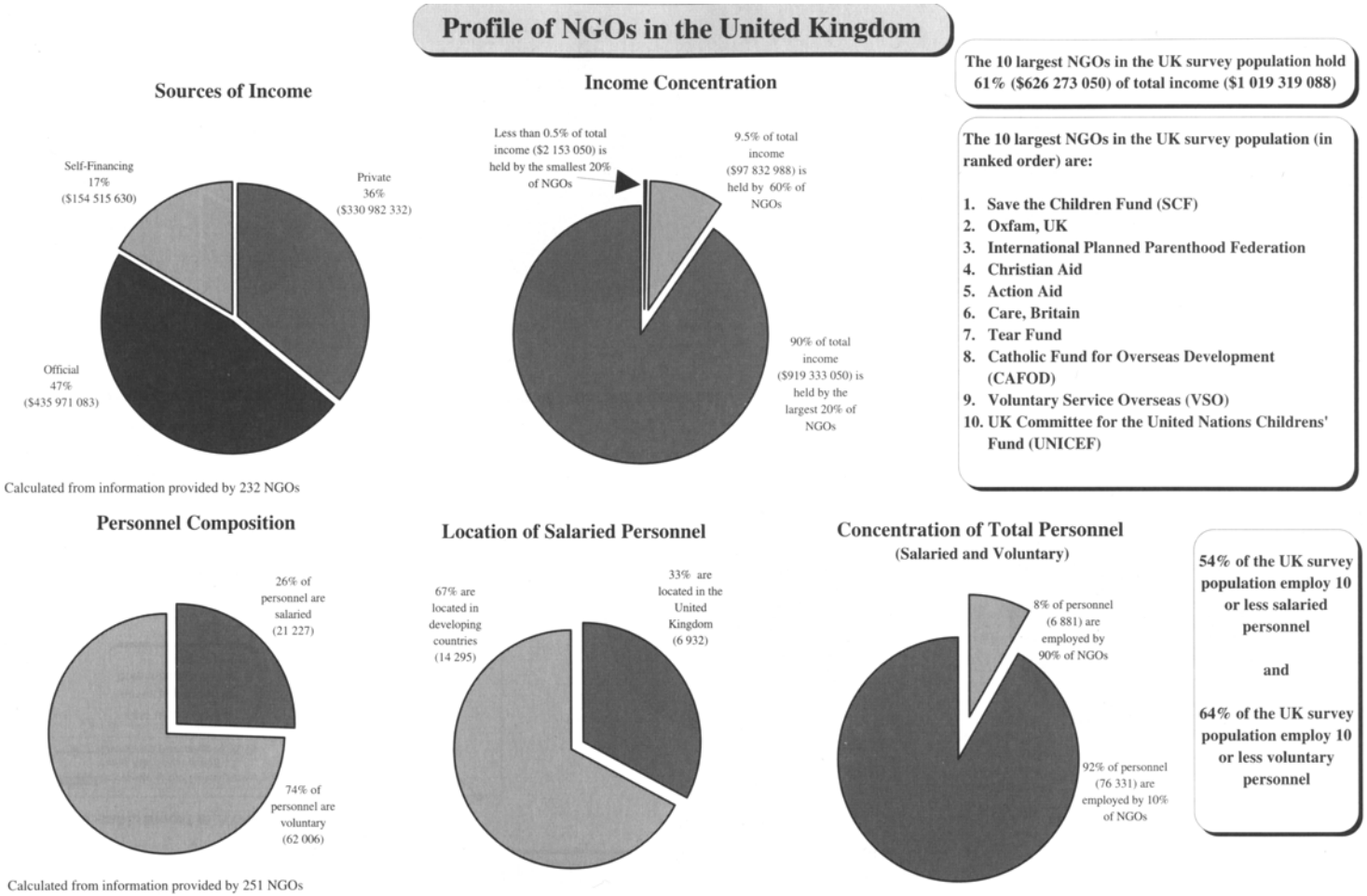
	1995	1996	1997[531]	1998
Soziale und administrative Infrastruktur	29,40%	27,30%		27,80%
Ökonomische Infrastruktur	16,40%	14,50%		10,90%
Produktion	14,30%	12,80%		11,10%
Sonstige	22,90%	20,70%		31,10%
Schuldenerlass	-	-		17,60%
Notfallhilfe	14,20%	11,30%		6,70%
Programmunterstützung	8,70%	9,40%		6,80%

	1999	2000	2001	2002
Soziale und administrative Infrastruktur	29,20%	26,80%	23,80%	34,90%
Ökonomische Infrastruktur	12,20%	6,50%	8,00%	6,40%
Produktion	14,10%	12,60%	7,70%	7,90%
Sonstige	23,60%	24,80%	29,70%	35,60%
Schuldenerlass	5,00%	1,30%	13,70%	16,80%
Notfallhilfe	9,90%	11,00%	9,40%	7,70%
Programmunterstützung	8,70%	12,50%	6,60%	11,10%

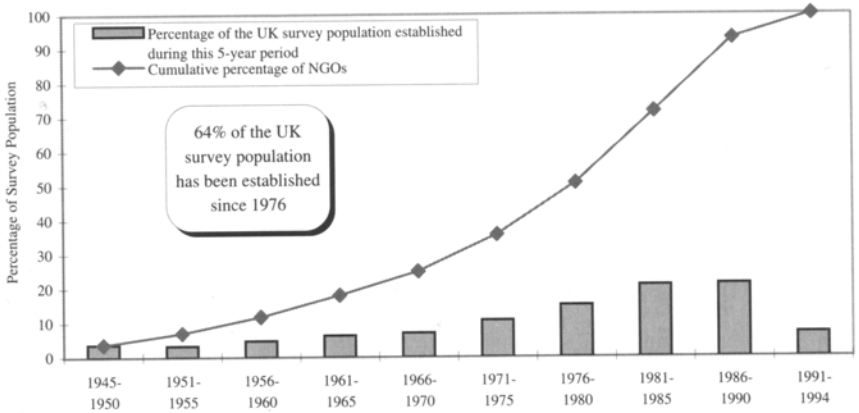
	2003	2004
Soziale und administrative Infrastruktur	40,00%	37,30%
Ökonomische Infrastruktur	8,40%	8,10%
Produktion	6,70%	4,90%
Sonstige	17,60%	1,60%
Schuldenerlass	3,20%	14,10%
Notfallhilfe	14,00%	9,30%
Programmunterstützung	0,40%	2,10%

[530] Programmunterstützung bedeutet den integrierten Einsatz verschiedener Instrumente zur Effizienzsteigerung (Importfinanzierung, Experten, Ausbildung, Forschung, Beratung, usw.), vgl. Bendix, Paul J.: Die Entwicklungspolitik Großbritanniens, Berlin 1986, S. 31.
[531] Keine Angaben zum Jahr 1997.

Anhang VIII: OECD-Statistiken zu britischen NGOs 1993[532]



[532] Vgl. Woods, Adèle: Facts about European NGOs Active in International Development, Paris: Organisation for Economic Co-Operation and Development 2000, S. 90-91.

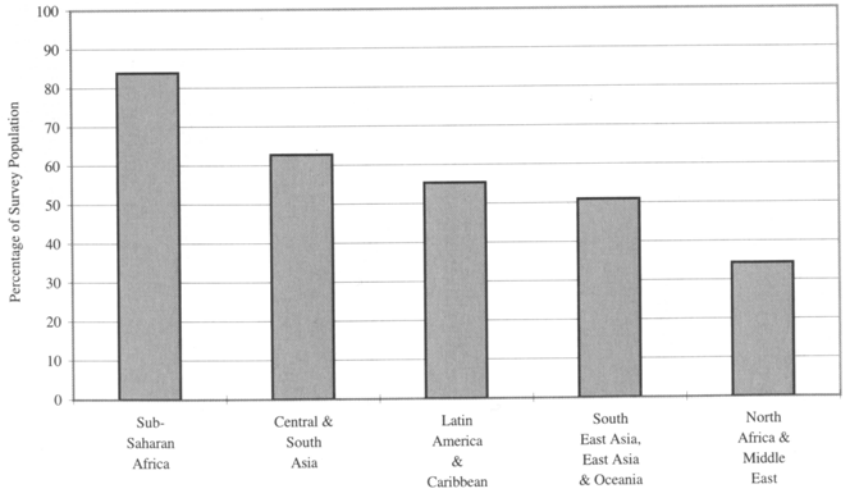


Calculated from information provided by 272 NGOs

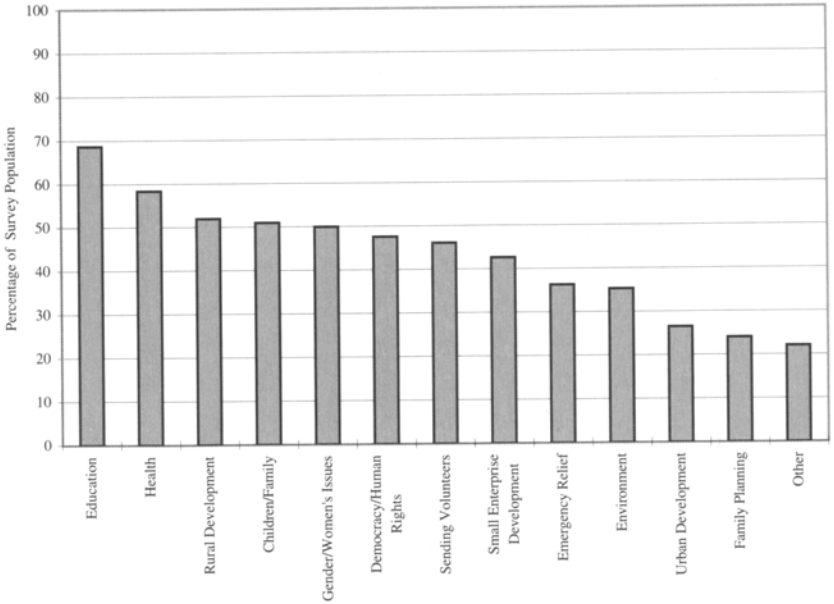
The five most popular development education themes addressed by the UK survey population (in ranked order) are:

1. **International Relations/Economics/Poverty**
2. **Gender/Women's Issues**
3. **Health**
4. **Education**
5. **Rural Development**

Regional Location of Projects Supported by NGOs



Development Co-operation Activities Supported by NGOs



Note: The above two figures (calculated from information provided by 204 NGOs) illustrate the percentage of UK NGOs providing support – not relative expenditure.

Anhang IX: Interview mit ActionAid Vertreter Tom Sharman[533]

Frage 1: What is the perception (internal and from outside) of your organisation within the British development policy?

ActionAid is one of the five biggest NGOs as Part of the so-called BOAG group. And those are the NGOs that are taken most seriously by the British government and the ones that have the most contact with the British government. They do that both through particular meetings of BOAG directors and say, the Secretary of State for International Development, but also in a number of different networks which are not exclusively BOAG networks, but based on a particular issue, that's for example: trade has the trade justice movement, debt has jubilee debt campaign, aid has his new UKAN – UK aid network which have all got the BOAGs participating in them but they are broader and backed by other NGOs as well. The British government do look to us and do listen to us. The relationship is probably one of creative tension. There is more agreement on some aspects of development policy than there is on others. If you take the spectrums of different things that we working on in the UK, there is less disagreement about aid and less disagreement about HIV/Aids treatment and much more disagreement about trade and the role of corporations. That's the kind of four things we work on. There is an organisational reaction to ActionAid as an organisation, but there is also a reaction to ActionAid's different policy lines one those particular issues. In terms of the public: ActionAid has got about 150 000 supporters who give money, that's were most of our money comes from, but we also have – there are other network lists that we do public actions on – make poverty history coalition does email actions which reaches a broader number of people. So people's perceptions being formed by that and also by what we saying in the media. So I say, the British public certainly heard a lot more about ActionAid this year an also in 2005 than they had before, but we don't pretent that we have as high profile as Oxfam. If you have heard of one development NGO, you have heard of Oxfam, not ActionAid. But I think that is growing. I think generally, the key things the public might know if they know about ActionAid is that most of our staff

[533] Das Interview fand am Dienstag, den 24. Januar 2006, in London statt. Das Gespräch wird hier nur in Teilen wiedergegeben, die für die Arbeit von Relevanz sind. An einigen Stellen wurde aus Gründen der Verständlichkeit vom gesprochenen Wort abgewichen, ohne jedoch die Aussage zu verändern.

comes from developing countries. (…) It is an international NGO. What we mean by that is that our headquarter used to be in the UK, we are founded in the UK, but that's now moved to South Africa, our Headquarter is now in Johannesburg. (…) How is the perception by the British public? (…) I think generally it is a very positive. That the name ActionAid, if people have heard about it, than it is a good organisation. And it is about fighting poverty. One of our slogans has been "fighting poverty together". I think, people do know that. Beyond those kind of public perceptions and government perceptions there is also the kind of development establishment, so academics, think tanks, and maybe to some extend journalists. They certainly don't agree with everything that we say particularly on a kind of policy level but non the less we do take us seriously and they do respect what we saying. So I think broadly the development establishment is interested. The exception is certain journalists don't like NGOs at all and made decisions not to listen to NGOs or print what NGOs say, but most journalists I think are still relatively friendly towards NGOs. (…)

Frage 2: Which major political agenda do you have?

I think the overall agenda is the rights based approach. The idea is that there are the six areas we focus on: Right to education, right to food, right to human security in conflict and emergencies, right to a life in dignity in the face of HIV/Aids, right to just and equitable governments and women's rights as overall one. So I think our work connects from the ground. (…) And what we doing is working to ensure they get those rights so that will be often helping them campaign usually for the state to provide things like the right to education but also sometimes directly helping people to set up their own systems and services. (…) Overall within that – overall is the elimination of world poverty.

Frage 3: Which ways and means of influencing the British development policy do you have?

We probably tend to use three different strands and within that different aspects. So we have lobbying as one area, we'd have media as another area and we'd have public campaigning as a third area. Now, lobbying is about having meetings with the

government, civil servants, or special advisors or very occasionally with the minister themselves who is responsible for a particular area. But we wouldn't confine ourselves just to the UK's Department for International Development, because lots of the policies (…) encounter other departments. So I particularly have most contact with the Department for Trade and Industry and so there will be regular meetings that we often organise in coalitions with other NGOs working on the same issue and there will be occasional bilateral meetings just ActionAid and the government on particular things. And the idea there is both to get information about what the governments policy is, what they are doing, but also to propose changes and to ask questions. And as well as lobbying the government directly we also lobbying people the government might listen to. Lobbying, for example, MPs on International Development Committee and Trade and Industry Committee, getting them to ask the kind of questions that we like them to ask.

Zwischenfrage 3.1: Parties as well?

Generally, we either talk to Committees, who are particularly relevant, like International Development Committee, or we will talk to usually Labour MPs, I guess. I don't think we'd normally spend a great deal of time on this – ActionAid certainly. We don't have the resources to go and speak to every single MP, so you have to be a bit strategic and look where the priorities are and it's a Labour government so its Labour MPs that we usually trying to influence.

But to move on from the lobbying bits. The other bit the media. This government particularly is very sensitive to what is written about it in the media and very savvy about how to use the media to present its own policies, so the media is a key tool for us. What we want to do is we want to get our messages and our policy ideas into the media. Both directly with someone saying "ActionAid is saying this" in an article or in a letter but also trying to influence what a journalist might write about a particular subject so that they've heard ActionAid's perspective, not that they write something and its all what ActionAid says but at least that there is ActionAid's view in there somehow. And so have a media team that is largely responsible for that. They'll be responsible for drawing out press releases in consultation with the relevant policy teams. (…) So media

is a crucial part. Particularly on an issue where the lobbying… – If you like, we may start with the lobbying and see quietly and softly, can the government, will the government change its policy. And if that's not working than you need to raise up the temperature. So than be a bit more critical, using the media and also the public campaigning thing. They are all interlinked. The public campaign, what I mean by that is things like postcards sent to ministers saying "I support whatever campaign". (…) It's a good way to get attention of an issue that he [the minister] didn't perhaps know much about. 3000 postcards and the minister will start asking what is our policy on that (…). So I think those are the kind of main things we do, the lobbying, the media and public campaigning and different degrees of each depending on what the issue is and where we are with the issue. (…)

Frage 4: How do you assess the influence of your organisation? How successful is ActionAid towards the government?

You can certainly point out the last year. It is very difficult to say how far has ActionAid done it as oppose to everyone else, but you can certainly say that ActionAid has been a big part of the Make Poverty History campaign and a leading agency in the UK. So it has its fair share of what we've achieved. So on the kind of main issues that the Make Poverty History Campaign has done, which is aid, trade and debt: on aid the main achievement was the UK government agreed to change its policy on conditionality, which were the usual conditions attached to aid. And they now say that they won't attach economic policy conditions to the UKs bilateral aid. That's in a kind of process being implemented but I think that is something people have campaigned for for a long time and ActionAid has been, I guess, the most vocal and the one with the most amount of work on the aid subject. We have got the Real Aid Report which is the highest profile aid report I have certainly seen over the last year. (…) On dept the agreement at the G8 we wanted to see 60 countries dept cancelled- we got 18. That's 18 better than zero. So that's a step forward. On trade, I think that's the area where there is the biggest disagreement on those three, but having said that we got a new policy from the government on economic partnership agreements, which is the thing I have been working on, which didn't meet all of our demands, but again certainly a lot better than

nothing. So there are always things you can point to and say: “We helped to change that”. I think we can legimitally say: “We helped to change it”, because I know certainly on economic partnership agreements most ministers didn’t know what they were, that they exit, civil servants didn’t care that much and it was moved up particularly through the kind of public campaigning and the media that really raised the interest (…) among the government development policy community. So I think campaigning and policy work does change things.

Zwischenfrage 4.1: Which NGO is most influential in Britain? Oxfam probably?

Yes, I would say Oxfam is the most influential. That’s logic because it is the biggest.

Frage 5: Which effects has the Blair government on the British development policy?

I think one thing that has been a big change is that for first time for a long time, they created a new department for International Development which we certainly hadn’t had on the Thatcher government. And that was a very positive thing. Cause it raised the profile of the issue, had development as a distinct department and it meant also that development could be focused on its own agenda and not have to be subsumed under wider foreign policy objectives. The other thing that is positive is the DFID has a very clear poverty focus. So aid is not used or not supposed to use for other reasons like enhancing the role of British companies in the world or given to friendly governments through kind of Cold War reasons. I think there is genially about poverty reduction, it says that in the first White Paper and in the International Development Act that is made explicit. And that is what they are trying to do and certainly that is what different officials and the International Development Secretary try to do. Now, where we disagree is what that means in terms of how is aid best spent on the poorest people and how are development policies changed in pattern of poorest people. But we do agree on the objective. And you have seen also the increase in the amount of aid and the effectiveness of aid under the Blair administration. So although aid as a proportion of national wealth is lower than in the last Labour government in the late 1970s it is a lot

larger than the share inherited from John Major. We always said it should reach the 0,7% of GNI and at the moment it is around 0,4%. But aid increased and the amount of aid spent for the poorest people, is also increased, so aid is now targeted, 70% of it is spent on the poorest countries, I think. But also some of the conditions attached to aid gone away. Aid have been untied, so British goods and services don't have to be bought with aid. Also more broadly, international development is higher up the agenda of this government than the previous government. That's partly down to the growth of campaigning organisations like ActionAid, but also the commitment of the government itself. I think that's partly due to the kind of internationalist tradition of the Labour Party but also the personal interest of the senior figures like Tony Blair and Gordon Brown who are genuinely interested in international development issues. So I think on raising the profile of it and on the aid question it is probably a broadly positive story. On the other issues, I think it has done less well. And the main reason is that there is a different lobby, saying different things on those other issues. So on aid, sure there is some academics or there is some think tanks that will say we should give more aid or we give to much aid, but there not a kind of powerful organised lobby saying "don't give aid", so you going to kind of pushing against open doors in that sense. The only person you have to worry about is the British government and whether they got money from elsewhere to do it. With trade you up against a business lobby that has different objectives to NGOs and is much more powerful than the NGO movement. (…) And the government sees its role in kind of balance the different interests.

Frage 6: Do you think as a NGO you have now more influence on the government than in earlier days? Since 1997 you have partnership agreements and things like that.

I think NGOs have had more influence this government than on previous governments. And that is partly because of personal interest of senior people in this government interested in development issues, more willing to listen to a broader range of people. There are also Party links, like some people who work in NGOs are long standing members of the Labour Party so there is this other kind of connection. Some people have moved from NGOs into government and back again. So the closeness of the NGO

community to the Labour Government has changed- the influence of NGOs is more. That doesn't mean, of course, that everyone in NGOs work is a member of the Labour Party. But there is that connection.

Frage 7: What do you think of the aid spent through multilateral channels?

Certainly the UK bilateral system is more effective than lots of other countries bilateral systems and certainly more effective than EC aid. What we also want to stress is that perhaps the right way of doing things is to fix things at the right international level, so the Worldbank system and IMF system and not necessarily just at the kind of European level. I think there is a role for aid through multilateral channels and certainly some UN organisations are underfunded, so things like UNDP and UNCTAP could probably be funded better. And I think they are more likely to, it is not just aid but also technical advice, is more credible coming from UNCTAP than coming from the Worldbank or from the British government or from the European Commission. So there is definitely a role and also a kind of coordination role is important. That is one of the biggest weaknesses of the aid. You have got so many different countries, doing so many different things in the same country and that county finds it very difficult to cope with the vast number of agencies and countries. So better coordination among bilateral donors and better aid through multilateral channels.

Frage 8: What do you think of the EU-ACP conventions?

Depends on which part of it, I guess. Certainly, I terms of the trade aspect the Lome convention was a useful tool in getting rid of poverty and link to development. Now, has it been an outstanding success? No, but I think some of the aspects of the preferences that were given were used effectively and some countries didn't do have used them effectively. Mauritius and Botswana to some extent. And broadly speaking we be in favour of maintain the preference system rather than going for a trade agreement which the economic partnership agreements propose. At the EU level trade policy certainly seems to trap development policy. So the director of trade is a lot more powerful than the director of development. All of trade and anything related to trade is

dealt with by them. So economic partnership agreements, which is supposed to be about trade and development, WTO is all led by them. So they have classic trade approach, which is: what can we get out of this negotiation rather than what is the best for poor people in poor countries. So I think in that sense the EU development policy is pretty poor. But it is worth saying that to some extent it is the sum of its parts. So the fact that many member states are no good means that the EU development policy unlikely to be great either. Many think the commission is his own actor and I to some extent too. And I think on that the development commission is probably a relatively poor job.

Frage 9: Which aims do you think the British government pursues with its ACP policy?

First I wouldn't say it has an ACP policy as such. It has to some extent an Africa policy with the Commission for Africa. But I don't think it would interest them as a group in the way you face questions. I don't even know if they have a Caribbean policy and a Pacific policy in that way. I think it would have an international development policy for different levels of states and some of those might be Pacific states and some might be Caribbean states. The commission for Africa report is Africa policy if you like, so you can always point to that as an approach. I terms of its aims. Its broad aim is to eradicate poverty in Africa. That is what it is mainly interested in. Obviously there are related things. (...)

Zwischenfrage 9.1: Do you think the colonial past plays a role in this?

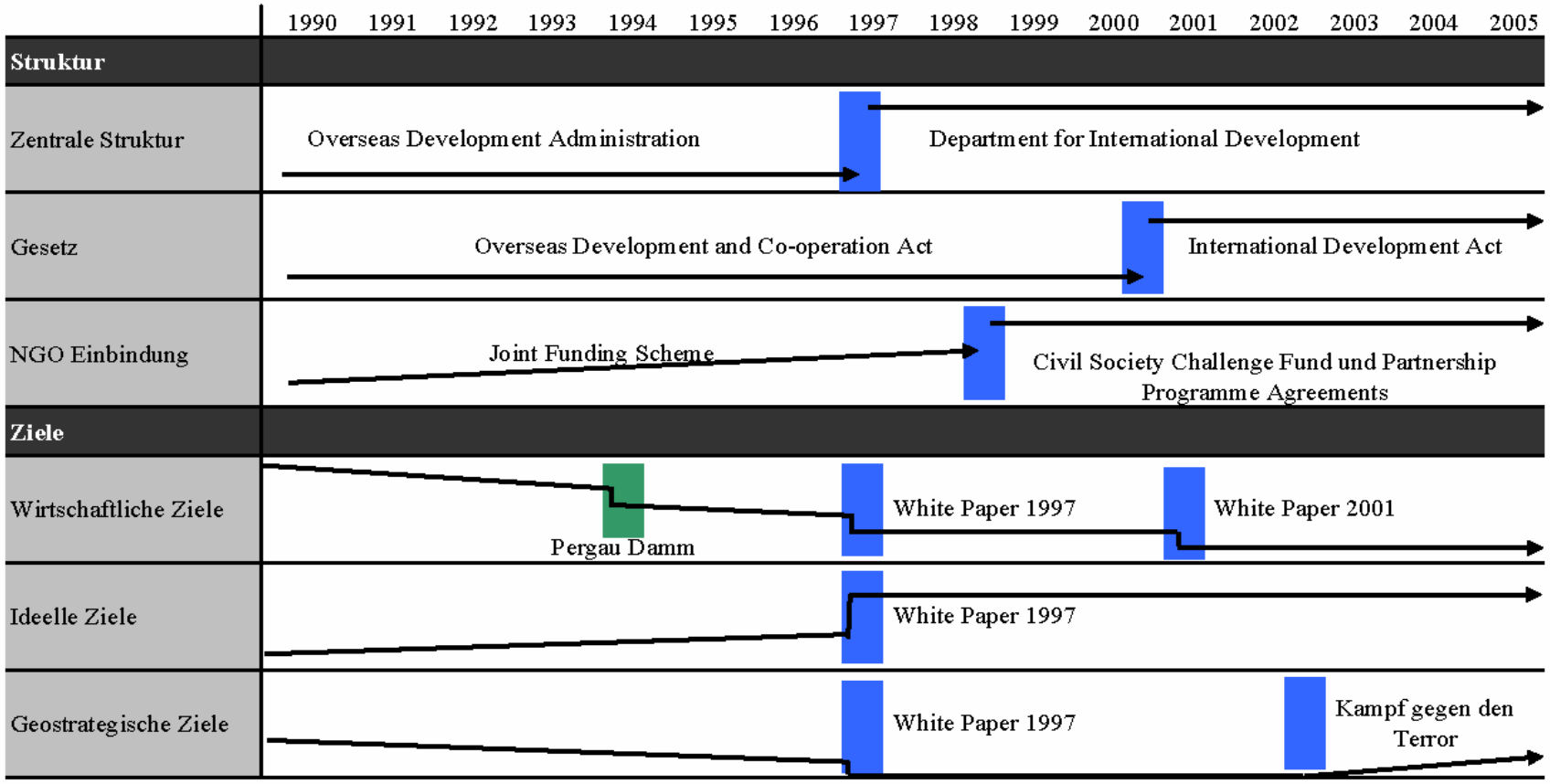
Yes and no. Because I think in many ways Britain has – and this isn't just the government – a very weak understanding of its colonial history. If you go and ask the man in the street about the British Empire I doubt they be able to name more than a couple of countries, they certainly wouldn't tell you the answer when these countries became independent. There is very weak understanding of that and that goes back to it is not something which is learned a lot about in school. So I don't think people think this country is important because it is a former colony. (…) Britain obviously does have certain things like language, which do make it easier to work together with some countries. When you look on where the British money has been spent in Africa, there

are certain countries which are favoured- mean some of them have been previous colonies. (…)

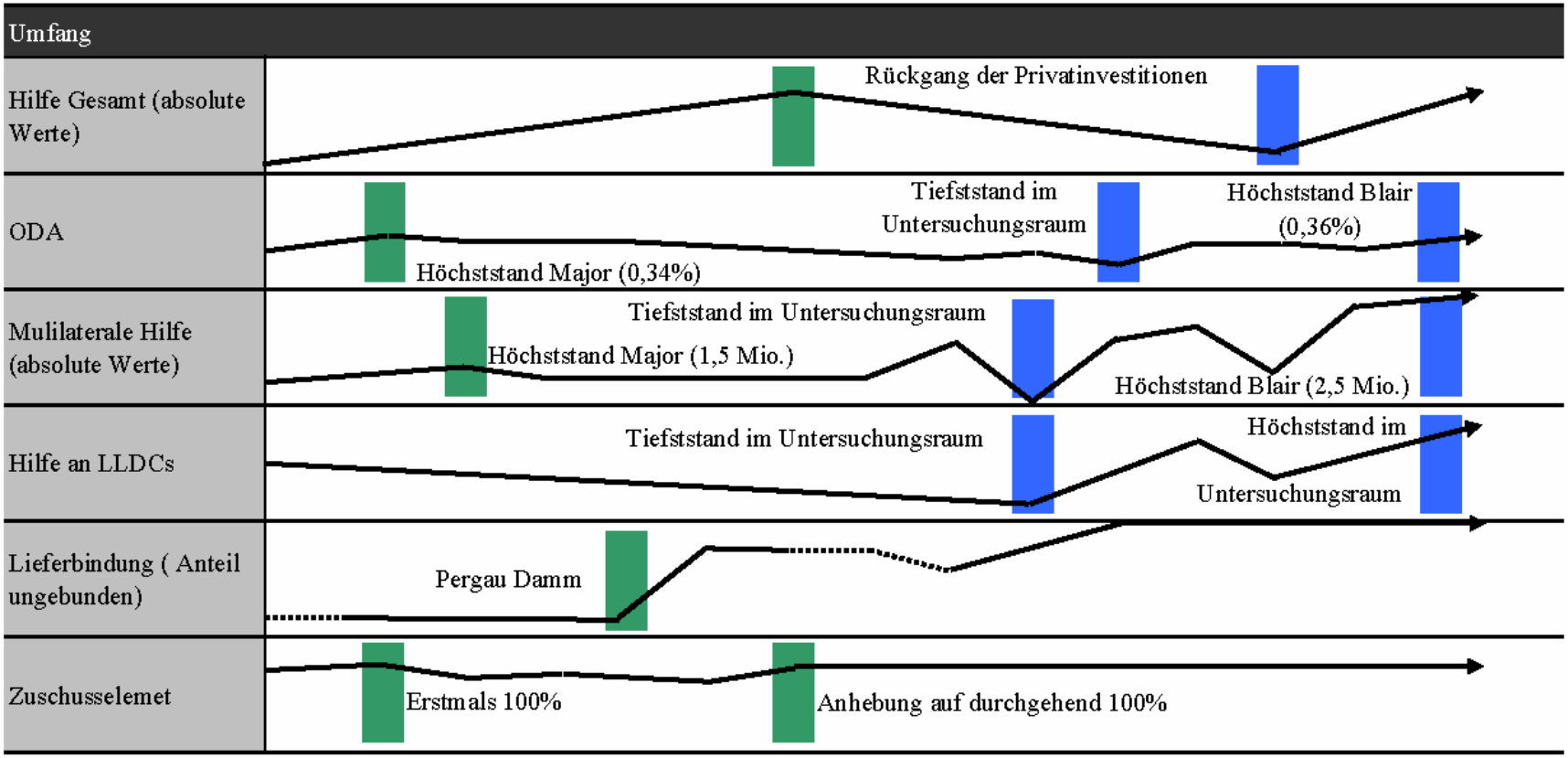
Zwischenfrage 9.2: And the government?

They start from asking which countries are poor and how many poor people are involved. So the biggest program is in India, where there is the largest number of poor people in the world in one country. So it kind of maps its interests by poor people and not really by considerations of which country they happened to rule.

Anhang X: Übersicht über den Wandel anhand ausgewählter Unterkategorien[534]



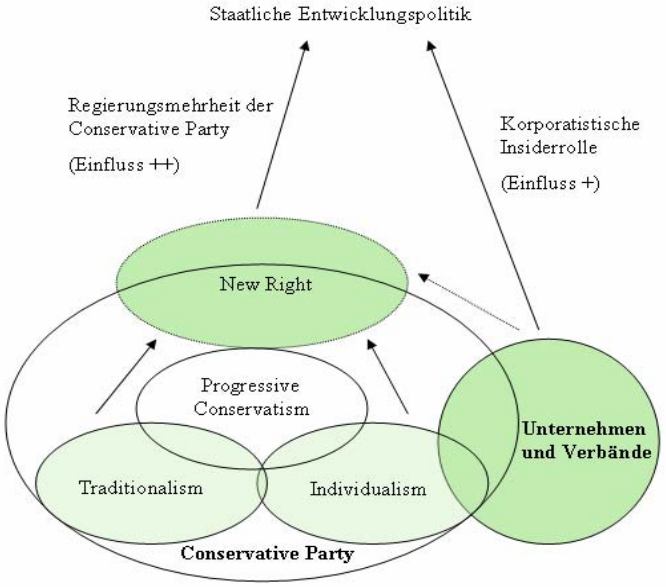
[534] Eigene, stark vereinfachte Darstellung. Die Markierungen zeigen wichtige Veränderungen in den jeweiligen Kategorien, vor 1997 und nach 1997 an. Dadurch lässt sich die Major Zeit von der Blair Zeit unterscheiden. Es soll hier keine normative Wertung im Sinne von besser und schlechter abgegeben werden. Vielmehr soll gezeigt werden, wie der Gesamtwandel durch viele kleine Veränderungen im Untersuchungszeitraum zustande kommt.


Umfang
Hilfe Gesamt (absolute Werte)
Rückgang der Privatinvestitionen
ODA
Tiefststand im Untersuchungsraum
Höchststand Blair (0,36%)
Höchststand Major (0,34%)
Mulilaterale Hilfe (absolute Werte)
Tiefststand im Untersuchungsraum
Höchststand Major (1,5 Mio.)
Höchststand Blair (2,5 Mio.)
Hilfe an LLDCs
Tiefststand im Untersuchungsraum
Höchststand im Untersuchungsraum
Lieferbindung (Anteil ungebunden)
Pergau Damm
Zuschusselemet
Erstmals 100%
Anhebung auf durchgehend 100%

Anhang XI: Übersicht über gesellschaftliche Koalitionen, deren Einfluss und Interessenspektrum in die Entwicklungspolitik zwischen 1987-2005[535]

Späte Thatcher Jahre: Koalition 1

Einflussgrößen der Koalition 1:

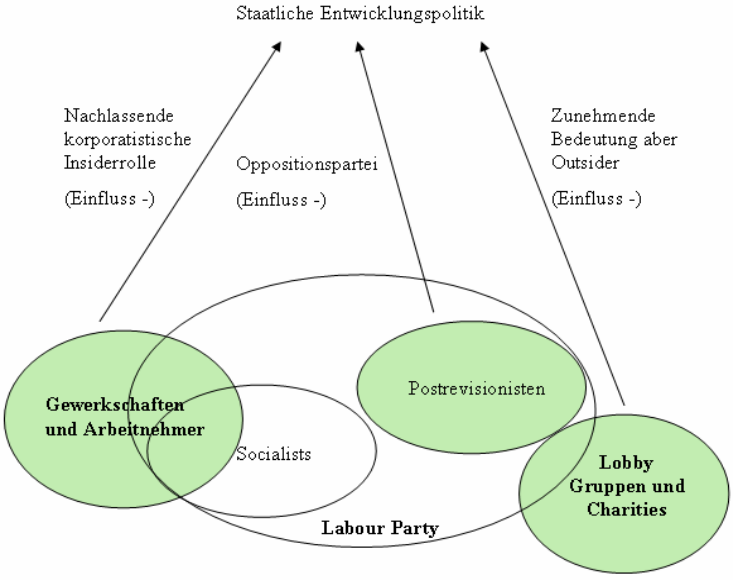


Interessen der Koalition 1:

-ökonomisch/Eigennutz Cons (Hilfe für britische Wirtschaft/Machterhalt) Wirtschaft (Nutzen für Einzelunternehmen/Branche)	++
-geostrategisch Cons (Party of the Nation/Gegen kommunistische Bedrohung)	+
-ideell Cons (schwacher Paternalismus)	-

Späte Thatcher Jahre: Koalition 2

Einflussgrößen der Koalition 2:



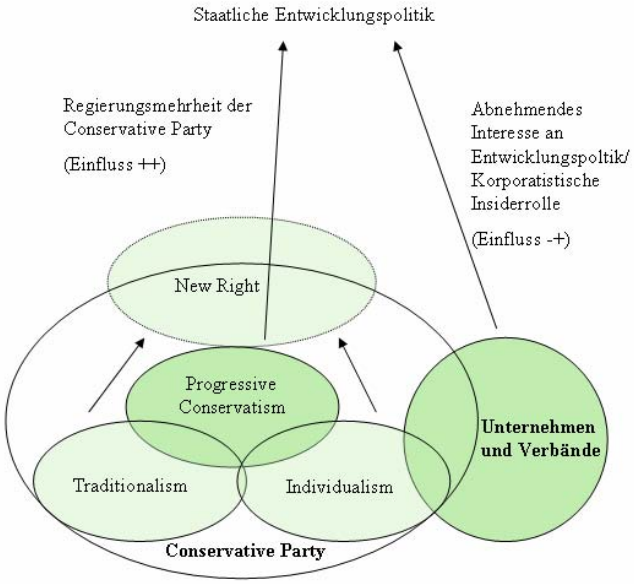
Interessen der Koalition 2:

-ökonomisch/Eigennutz Labour (Machtgewinn) NGOs (Selbsterhalt) Gewerkschaften (Nutzen für Mitglieder/Selbsterhalt)	+
-geostrategisch (keine Interessen artikuliert)	
-ideell Gewerkschaften/Labour (Solidarität) NGOs (moralische Verpflichtung)	++

[535] Eigene Darstellung.
Einflussgrößen: Größe der Gruppen ist in technischen Erwägungen der Darstellung begründet. Koalitionen zwischen den Akteuren sind nur schematisch und sollen nicht mehr als einen Zusammenhang andeuten. Vereinfachungen wurden beim Systemzugang und der inneren Beschaffenheit der Gruppierungen vorgenommen. Die Hervorhebungen sollen die jeweils relevanten Teile der Koalitionen andeuten. Der Einfluss wurde durch eine Skala von ++ (sehr stark) bis -- (sehr schwach) ausgedrückt. +- stellt die Mitte dar, bei der verschiedene Aspekte so gegeneinander laufen, dass eine Zuweisung in stark oder schwach schwierig ist..
Interessen: Die Stärke der Interessen innerhalb der Koalition werden vereinfacht durch eine Skala von ++ (sehr stark) bis -- (sehr schwach) eingestuft. +- bedeutet ein Mittelwert, der sich durch verschiedene Aspekte in der Koalition ergibt.

Major Jahre: Koalition 1

Einflussgrößen der Koalition 1:

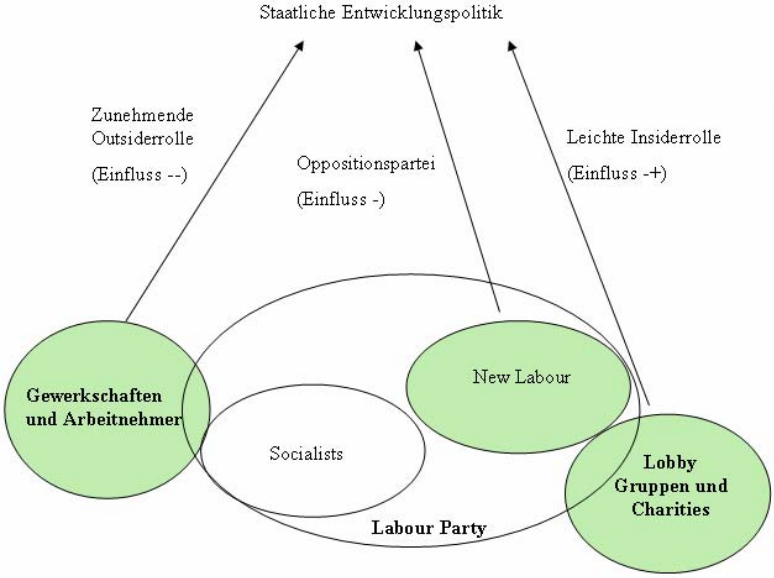


Interessen der Koalition 1:

-ökonomisch/Eigennutz Cons (Hilfe für britische Wirtschaft/Machterhalt) Wirtschaft (Nutzen für Einzelunternehmen/Branche)	+-
-geostrategisch Cons (Party of the Nation)	-
-ideell Cons (Paternalismus/Party of Empire/Demokratieexport)	+

Major Jahre: Koalition 2

Einflussgrößen der Koalition 2:

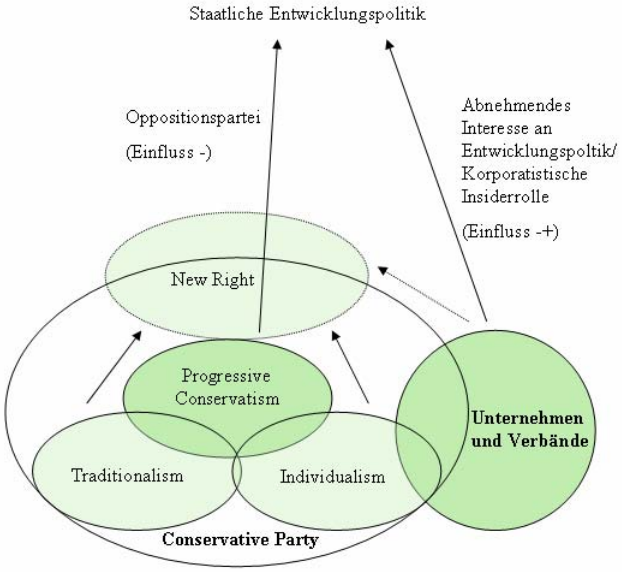


Interessen der Koalition 2:

-ökonomisch/Eigennutz Labour (Machtgewinn/Freihandel in interdependenter Welt) NGOs (Selbsterhalt) Gewerkschaften (Nutzen für Mitglieder/Selbsterhalt)	+
-geostrategisch Labour (Sicherheit in interdependenter Welt)	-
-ideell Labour (Solidarität/moralische Verpflichtung) Gewerkschaften (Solidarität) NGOs (moralische Verpflichtung)	++

Blair Jahre 1997-2001: Koalition 1

Einflussgrößen der Koalition 1:

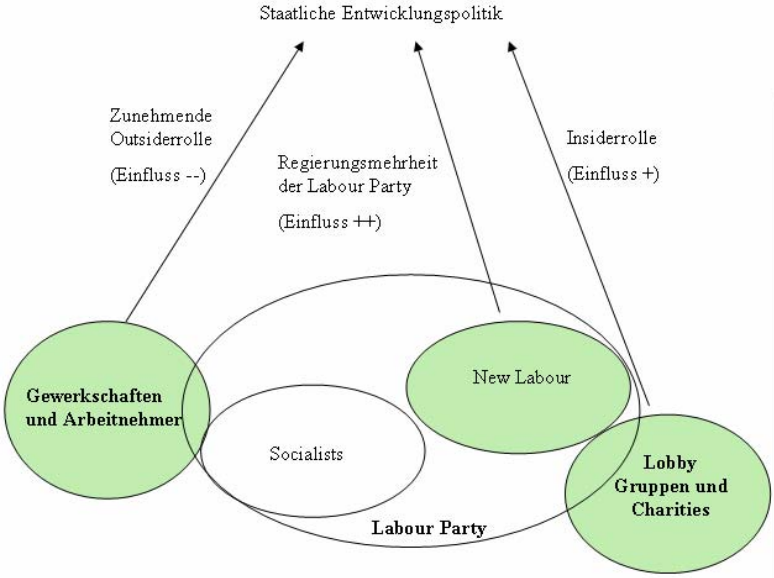


Interessen der Koalition 1:

-ökonomisch/Eigennutz Cons (Freihandel in interdependenter Welt/Machtgewinn) Wirtschaft (Nutzen für Einzelunternehmen/Branche)	+-
-geostrategisch Cons (Party of the Nation)	-
-ideell Cons (Paternalismus/Party of Empire/Demokratieexport)	++

Blair Jahre 1997-2001: Koalition 2

Einflussgrößen der Koalition 2:

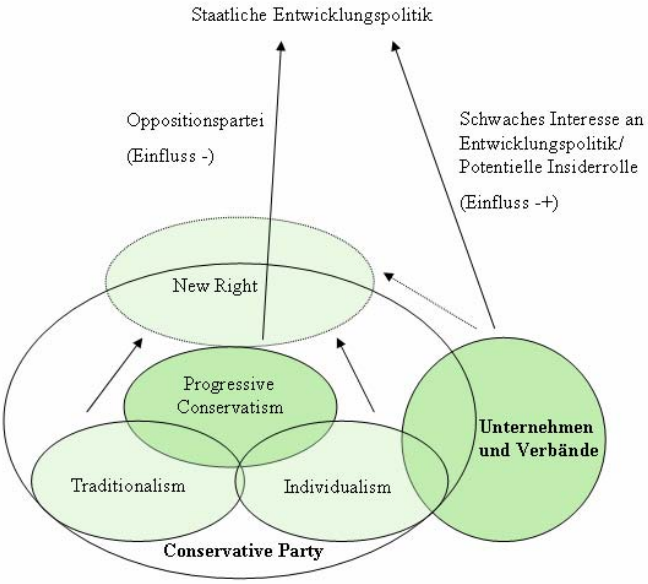


Interessen der Koalition 2:

-ökonomisch/Eigennutz Labour (Machterhalt/Freihandel in interdependenter Welt) NGOs (Selbsterhalt) Gewerkschaften (Nutzen für Mitglieder/Selbsterhalt)	+
-geostrategisch Labour (Sicherheit in interdependenter Welt)	-
-ideell Labour (Solidarität/moralische Verpflichtung) Gewerkschaften (Solidarität) NGOs (moralische Verpflichtung)	++

Blair Jahre ab 2001: Koalition 1

Einflussgrößen der Koalition 1:

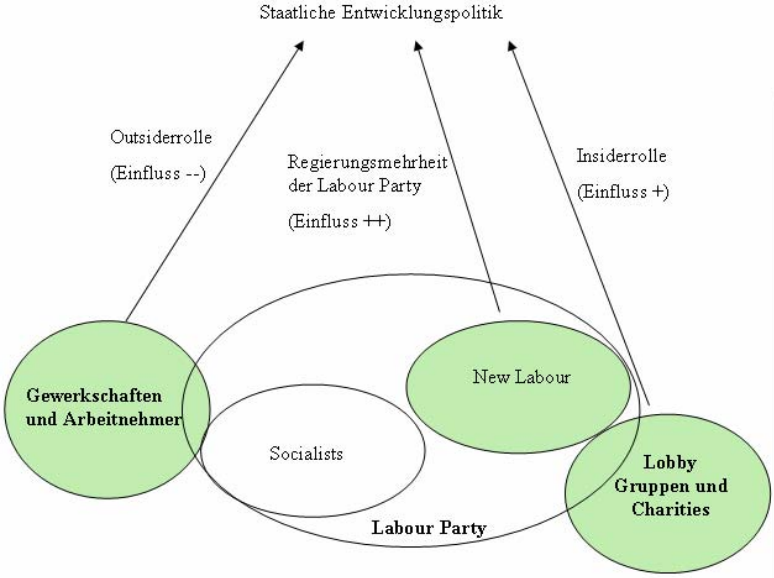


Interessen der Koalition 1:

-ökonomisch/Eigennutz Cons (Freihandel in interdependenter Welt/Machtgewinn) Wirtschaft (Nutzen für Einzelunternehmen/Branche)	+-
-geostrategisch Cons (Party of the Nation)	-
-ideell Cons (Paternalismus/Party of Empire/Demokratieexport)	++

Blair Jahre ab 2001: Koalition 2

Einflussgrößen der Koalition 2:

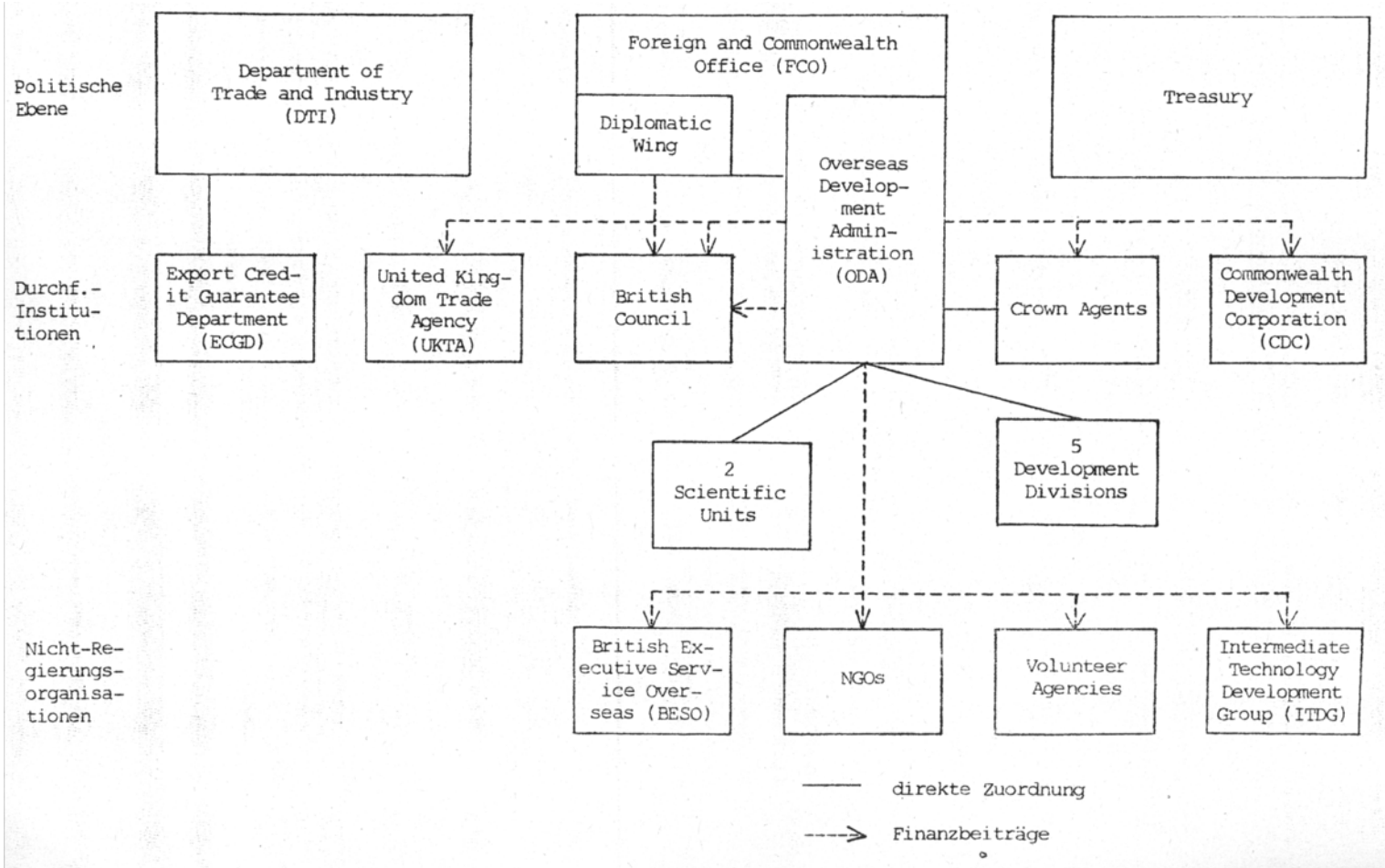


Interessen der Koalition 2:

-ökonomisch/Eigennutz Labour (Machterhalt/Freihandel in interdependenter Welt) NGOs (Selbsterhalt) Gewerkschaften (Nutzen für Mitglieder/Selbsterhalt)	+
-geostrategisch Labour (Sicherheit in interdependenter Welt/Kampf gegen den Terror)	+
-ideell Labour (Solidarität/moralische Verpflichtung) Gewerkschaften (Solidarität) NGOs (moralische Verpflichtung)	++

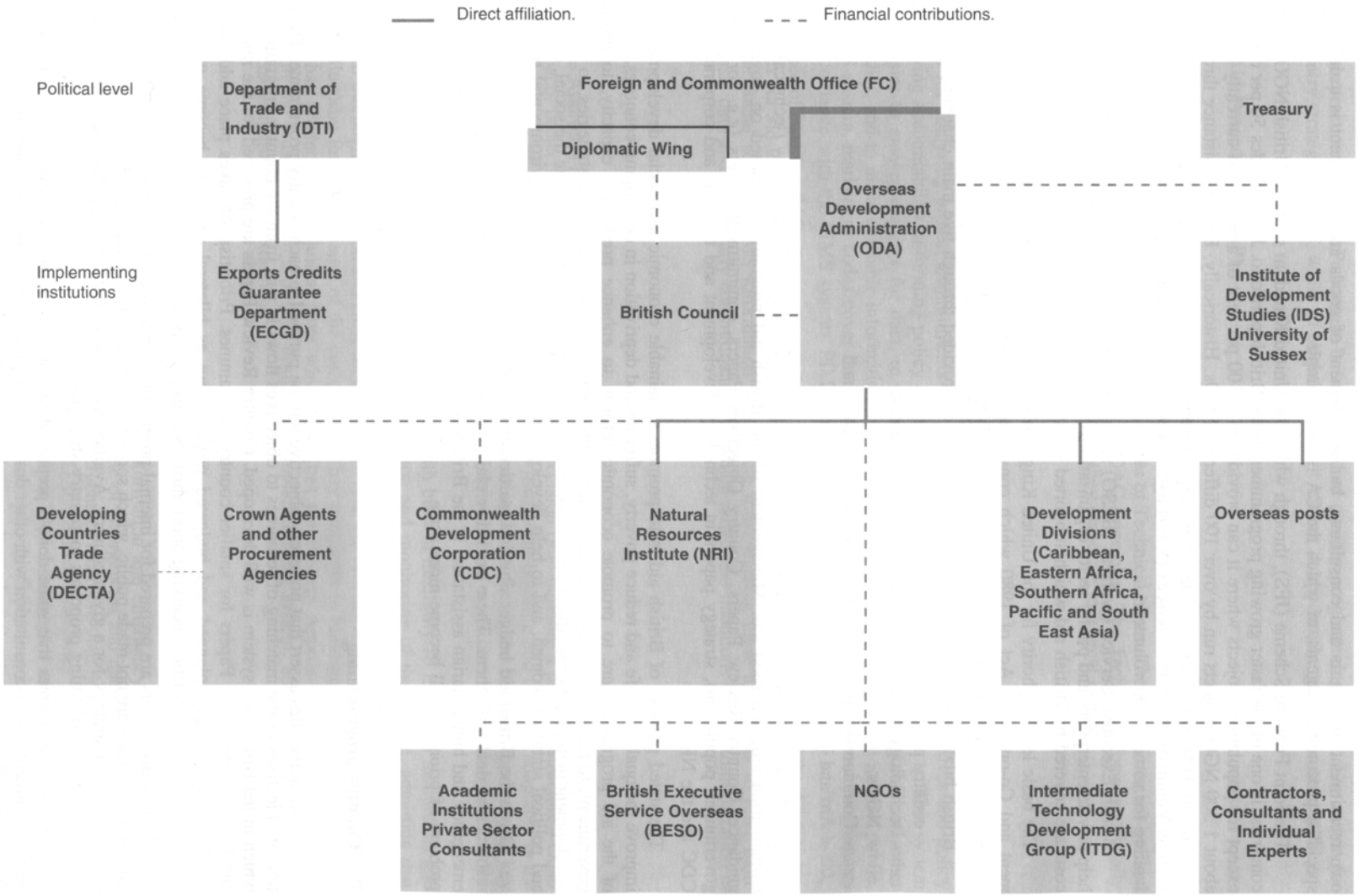
Anhang XII: Übersicht über die Struktur der staatlichen Entwicklungspolitik zwischen 1989-1997

Struktur 1989[536]:



536 Bendix, Paul J.: Die Entwicklungspolitik Großbritanniens, Berlin 1986, S. III.

Struktur 1994[537]:



[537] Development Assistance Commitee: Development Co-operation Review Series. United Kingdom. 1994 No. 1, Paris: Organisation for Economic Co-operation and Development 1994, S. 32-33.

Permanent Secretary

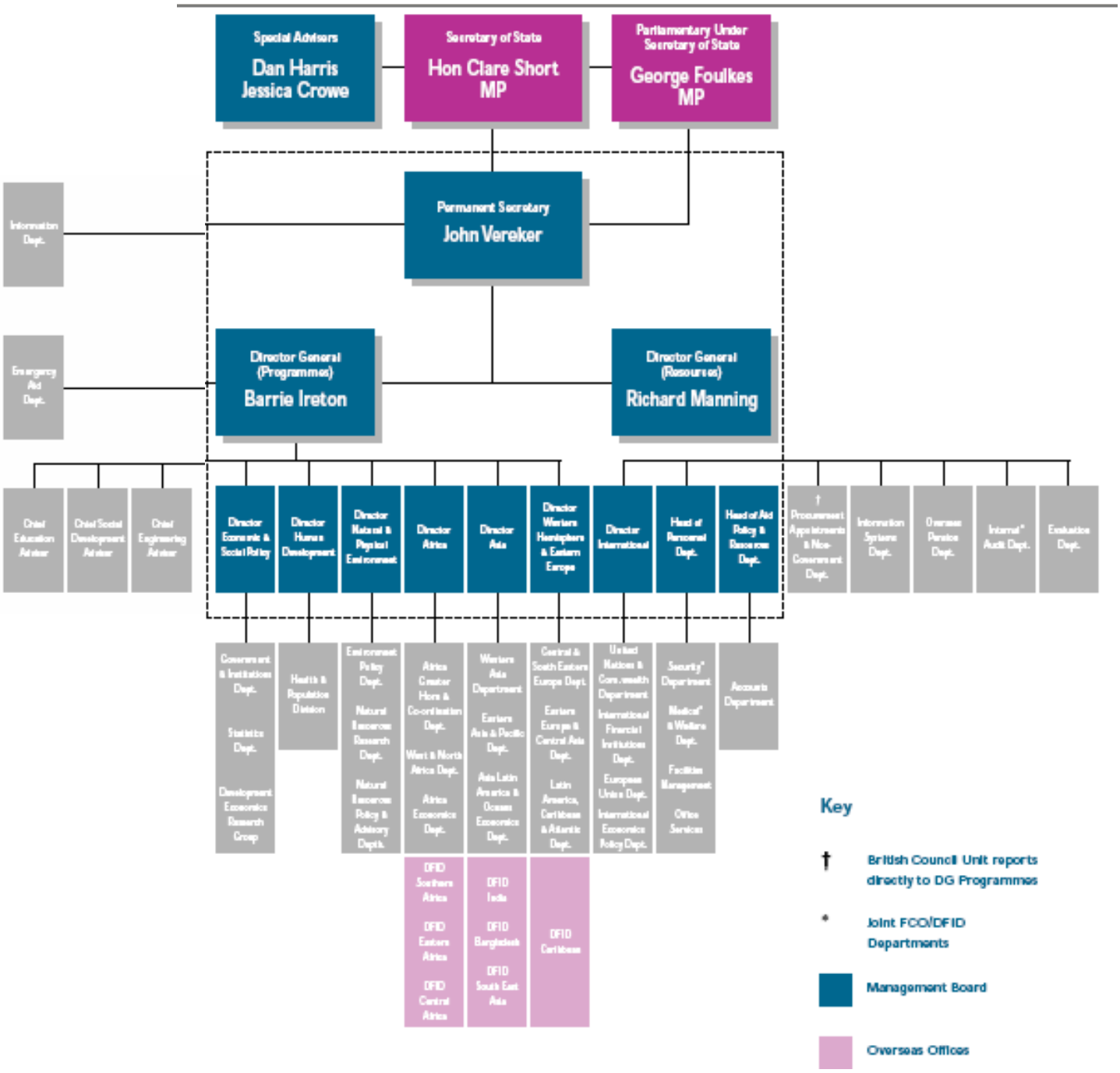
Deputy Secretary

Division	Africa	Asia	Eastern Europe, Former Soviet Union and Western Hemisphere	International	Personnel Organisation and Services	Finance	Economic and Social	Natural Resources
Departments	Central and Southern Africa Eastern Africa West and North Africa British Development Divisions: – Eastern Africa – Southern Africa – Central Africa African Economics	Eastern Asia South Asia Western Asia Pacific South East Asia Development Division Dhaka Aid Management Office Asian Economics	European Bank for Reconstruction and Development *Joint Assistance Units (for assistance to Central and Eastern Europe and the former Soviet Union) Latin America, Caribbean and Atlantic British Development Division in the Caribbean	European Community and Food Aid International Financial Institutions United Nations and Commonwealth	Establishment and Organisation Emergency Aid Information Systems *Management Review Staff *Medical and Staff Welfare Overseas Appointments and Contracts Overseas Pensions Sponsored Organisation and Scholarships Department *Security	*Aid Policy Finance Accounts *Internal Audit Evaluation ATP Unit	Aid Economics and Small Enterprises Multilateral and Research Economics Government and Institutions Statistics Social Development **Information **Library	Environment Policy Natural Resources Research Natural Resources Policy and Advisory Education Division Engineering Division Health and Population Division #Natural Resource Institute

* Denotes joint ODA/Diplomatic Wing Department.
** Report directly to Permanent Secretary.
# Natural Resources Institute – as an Executive Agency the Director is responsible directly to the Minister for Overseas Development for its management.

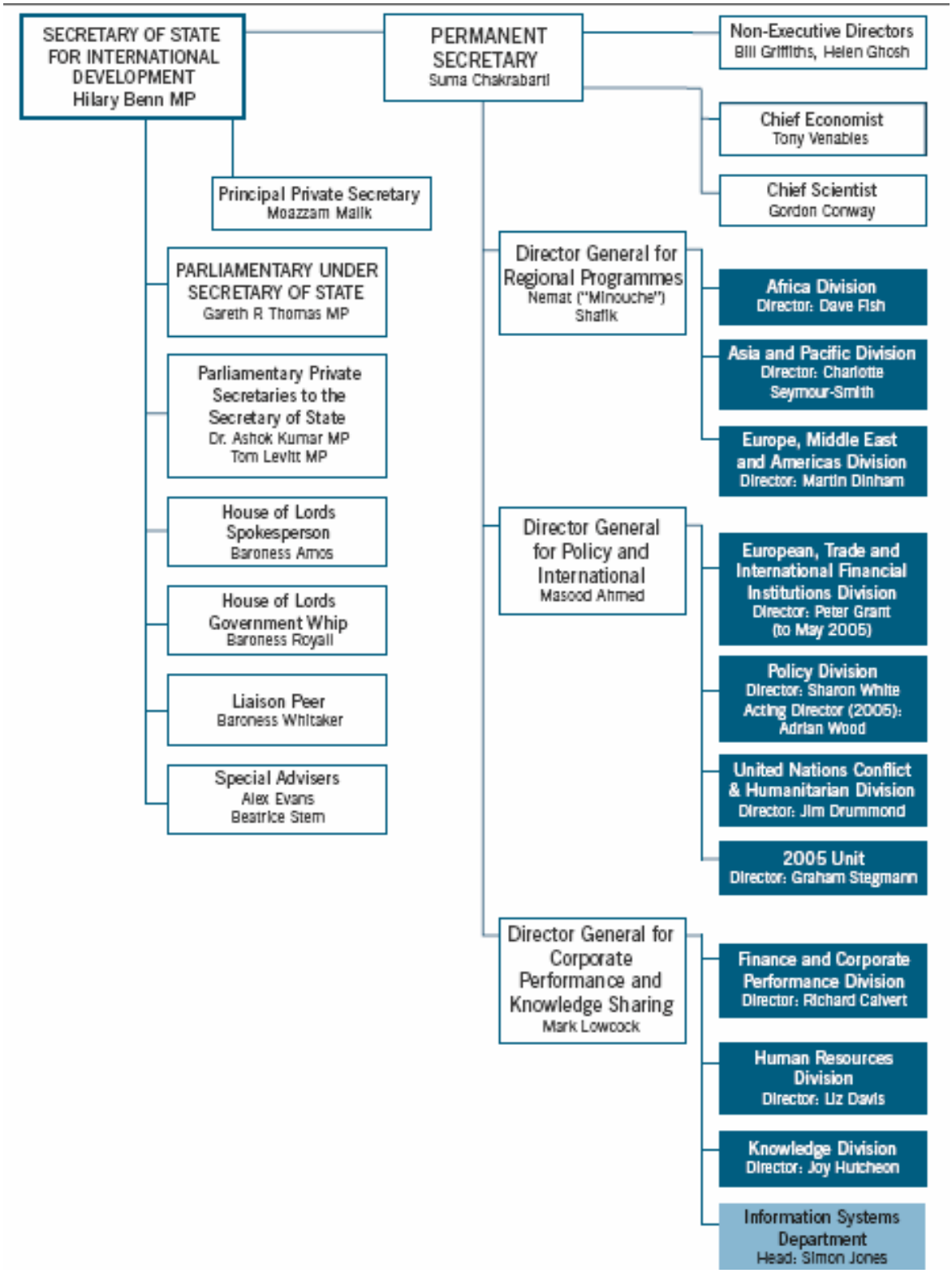
Anhang XIII: Übersicht über die DFID-Struktur zwischen 1997 und 2005

Struktur 1999[538]:

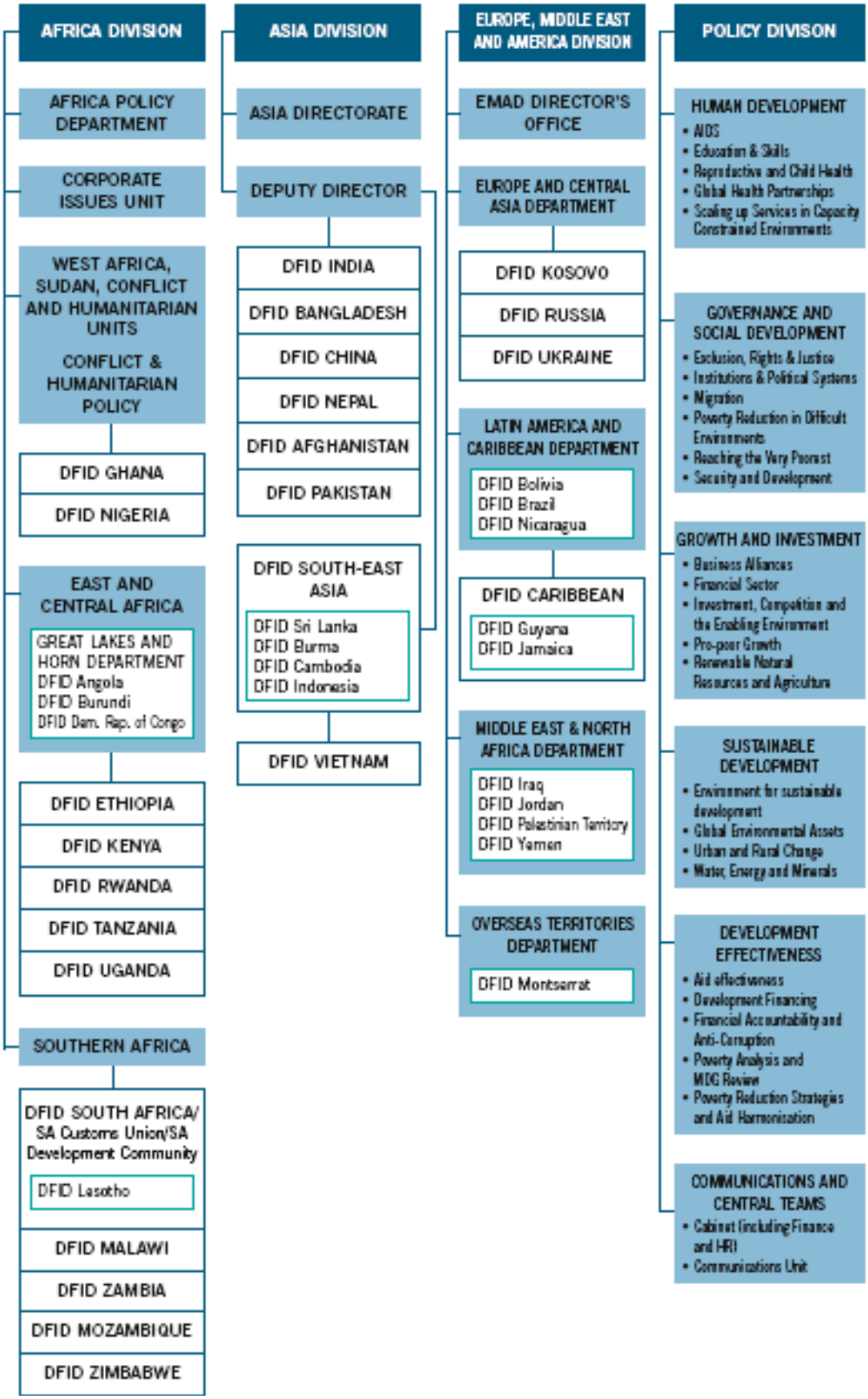


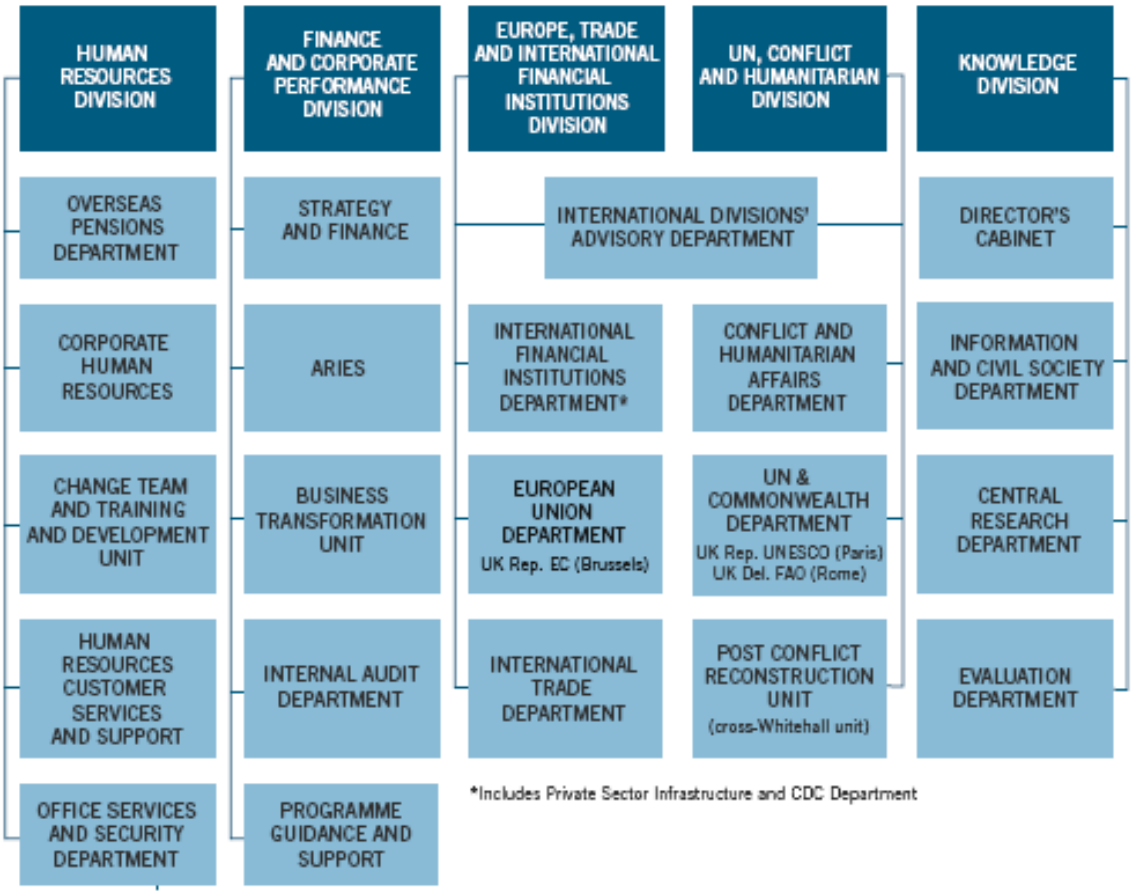
[538] DFID: Departmental Report 1998/99, London 1997, S. 57-58.

Struktur 2005[539]:



[539] DFID: Departmental Report 2005, Norwich 2005, S. 210-212.


AFRICA DIVISION
AFRICA POLICY DEPARTMENT
CORPORATE ISSUES UNIT
WEST AFRICA, SUDAN, CONFLICT AND HUMANITARIAN UNITS
CONFLICT & HUMANITARIAN POLICY
DFID GHANA
DFID NIGERIA
EAST AND CENTRAL AFRICA
GREAT LAKES AND HORN DEPARTMENT
DFID Angola
DFID Burundi
DFID Dem. Rep. of Congo
DFID ETHIOPIA
DFID KENYA
DFID RWANDA
DFID TANZANIA
DFID UGANDA
SOUTHERN AFRICA
DFID SOUTH AFRICA/ SA Customs Union/SA Development Community
DFID Lesotho
DFID MALAWI
DFID ZAMBIA
DFID MOZAMBIQUE
DFID ZIMBABWE
ASIA DIVISION
ASIA DIRECTORATE
DEPUTY DIRECTOR
DFID INDIA
DFID BANGLADESH
DFID CHINA
DFID NEPAL
DFID AFGHANISTAN
DFID PAKISTAN
DFID SOUTH-EAST ASIA
DFID Sri Lanka
DFID Burma
DFID Cambodia
DFID Indonesia
DFID VIETNAM
EUROPE, MIDDLE EAST AND AMERICA DIVISION
EMAD DIRECTOR'S OFFICE
EUROPE AND CENTRAL ASIA DEPARTMENT
DFID KOSOVO
DFID RUSSIA
DFID UKRAINE
LATIN AMERICA AND CARIBBEAN DEPARTMENT
DFID Bolivia
DFID Brazil
DFID Nicaragua
DFID CARIBBEAN
DFID Guyana
DFID Jamaica
MIDDLE EAST & NORTH AFRICA DEPARTMENT
DFID Iraq
DFID Jordan
DFID Palestinian Territory
DFID Yemen
OVERSEAS TERRITORIES DEPARTMENT
DFID Montserrat
POLICY DIVISON
HUMAN DEVELOPMENT
• AIDS
• Education & Skills
• Reproductive and Child Health
• Global Health Partnerships
• Scaling up Services in Capacity Constrained Environments
GOVERNANCE AND SOCIAL DEVELOPMENT
• Exclusion, Rights & Justice
• Institutions & Political Systems
• Migration
• Poverty Reduction in Difficult Environments
• Reaching the Very Poorest
• Security and Development
GROWTH AND INVESTMENT
• Business Alliances
• Financial Sector
• Investment, Competition and the Enabling Environment
• Pro-poor Growth
• Renewable Natural Resources and Agriculture
SUSTAINABLE DEVELOPMENT
• Environment for sustainable development
• Global Environmental Assets
• Urban and Rural Change
• Water, Energy and Minerals
DEVELOPMENT EFFECTIVENESS
• Aid effectiveness
• Development Financing
• Financial Accountability and Anti-Corruption
• Poverty Analysis and MDG Review
• Poverty Reduction Strategies and Aid Harmonisation
COMMUNICATIONS AND CENTRAL TEAMS
• Cabinet (including Finance and HR)
• Communications Unit


HUMAN RESOURCES DIVISION
FINANCE AND CORPORATE PERFORMANCE DIVISION
EUROPE, TRADE AND INTERNATIONAL FINANCIAL INSTITUTIONS DIVISION
UN, CONFLICT AND HUMANITARIAN DIVISION
KNOWLEDGE DIVISION
OVERSEAS PENSIONS DEPARTMENT
STRATEGY AND FINANCE
INTERNATIONAL DIVISIONS' ADVISORY DEPARTMENT
DIRECTOR'S CABINET
CORPORATE HUMAN RESOURCES
ARIES
INTERNATIONAL FINANCIAL INSTITUTIONS DEPARTMENT*
CONFLICT AND HUMANITARIAN AFFAIRS DEPARTMENT
INFORMATION AND CIVIL SOCIETY DEPARTMENT
CHANGE TEAM AND TRAINING AND DEVELOPMENT UNIT
BUSINESS TRANSFORMATION UNIT
EUROPEAN UNION DEPARTMENT
UK Rep. EC (Brussels)
UN & COMMONWEALTH DEPARTMENT
UK Rep. UNESCO (Paris)
UK Del. FAO (Rome)
CENTRAL RESEARCH DEPARTMENT
HUMAN RESOURCES CUSTOMER SERVICES AND SUPPORT
INTERNAL AUDIT DEPARTMENT
INTERNATIONAL TRADE DEPARTMENT
POST CONFLICT RECONSTRUCTION UNIT
(cross-Whitehall unit)
EVALUATION DEPARTMENT
OFFICE SERVICES AND SECURITY DEPARTMENT
PROGRAMME GUIDANCE AND SUPPORT
*Includes Private Sector Infrastructure and CDC Department

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig, ohne fremde Hilfe sowie unter Angabe sämtlicher Hilfsmittel verfasst habe. Ferner bestätige ich, dass die Arbeit weder in dieser noch in ähnlicher Form schon einmal zu Prüfungszwecken vorgelegt worden ist.

Trier, den 19.03.2006

(Unterschrift)